





Pol. civ. 73-2



<36627357800016

<36627357800016

Bayer. Staatsbibliothek



Col C 79

Lot



Grundsätze  
der  
Policeygesetzgebung  
und der  
Policeyanstalten

von  
Ludwig Heinrich Jakob.

*Zweyter Band.*

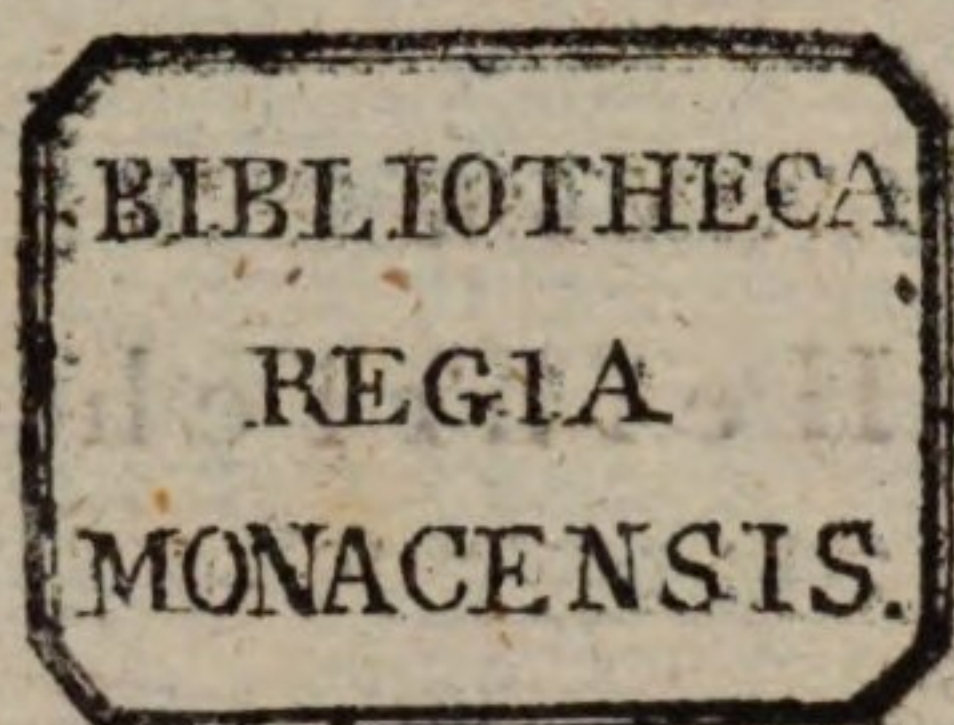
---

Charcow,  
beym Verfasser  
und

Halle und Leipzig,  
in der Rufffchen Verlagshandlung.

1809.







G r u n d f ä t z e  
der  
Policeygesetzgebung  
und der  
Policeyanstalten.

~~~~~  
*Zweyter Theil.*



Einleitung

der

Polizeygesetzgebung

und der

Polizeyverwaltung.

von

Maximilian Fiebig

A 4

Leipzig, Verlag von C. F. Neumann, Neudamm.



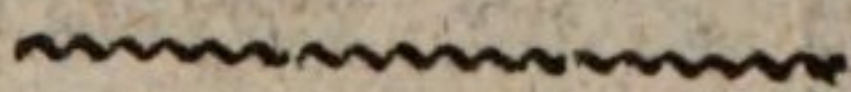
---

*Zweyter Theil.*

Von der Erhaltung, Vermehrung und  
Vervollkommnung der äufsern Güter  
des Volks;

oder:

Von den fächlichen Zwecken des  
Volks.



Einleitung.

*Plan der Abhandlung.*

§. 166.

**D**er einzige Zweck, den Menschen in Ansehung der sie umgebenden Dinge haben können, ist, sie zur Befriedigung ihrer Bedürfnisse anzuwenden. Der ganzen Gesellschaft muß daher daran gelegen seyn, sie in solche Verhältnisse gegen die Menschen zu bringen, oder das Verhältniß der einzelnen Bewohner des Landes gegen die Sachen so einzurichten, daß daraus der größtmöglichste und ausgedehnteste Nutzen für sie entspringt.



In dieser Hinsicht ergibt sich nun folgender sehr wichtiger Unterschied in Ansehung der Dinge. Einige nemlich sind von der Beschaffenheit, daß sie jedermann ohne allen Nachtheil des andern gebrauchen kann. Die Natur bringt sie ohne alle Mühe des Menschen, in solchem Ueberflusse hervor, daß jedermann sie zu allen Zeiten benutzen und so viel davon gebrauchen kann, als er Lust hat, z. B. Luft, Feuer, Wasser u. s. w. Und wenn auch dergleichen Güter begränzt sind, so können sie doch sehr bequem von mehreren oder allen Einwohnern des Landes, dem sie angehören, benutzt werden, da sie Niemanden etwas kosten, und die Benutzung der einen die Benutzung der übrigen gar nicht hindert.

Andere Güter sind dagegen 1) nicht in solcher Menge vorhanden, daß jeder davon so viel nehmen und genießen kann, als er will, ohne daß sie erschöpft und also ihr Gebrauch den übrigen entzogen würde. Sollen sie vermehrt werden, so wird Mühe und Arbeit dazu erfordert; 2) sind sie von solcher Beschaffenheit, daß sie keinen gemeinschaftlichen Gebrauch zulassen, sondern daß, durch den Genuß oder Gebrauch des einen, der andere davon ausgeschlossen wird.

Man sieht bald ein, daß diese Verschiedenheit der Dinge auch verschiedene gesetzliche



Verhältnisse in der Gesellschaft verlange. In Ansehung aller derjenigen Dinge, welche die Natur freywillig und in unendlicher Menge liefert, kann gar keine Einschränkung des Gebrauchs durch das Recht Statt finden. Was aber einen gemeinschaftlichen Gebrauch zulässt, und was nicht nützlicher für die Gesellschaft seyn würde, wenn man einen ausschließlichen Gebrauch dem einen oder dem andern verstatten wollte, das muss auch im gemeinschaftlichen Gebrauche gelassen werden; und wenn gewisse Vorrichtungen und Anstalten nöthig sind, dergleichen Dinge für den gemeinfamen Gebrauch aufzubewahren, zu erhalten, einzurichten oder zu verbessern; so muss dieses auf gemeinfame Kosten geschehen, wie die Einrichtung der Häfen, Fahrbarmachung der Flüsse, Canäle, Wege u. s. w. Es lässt sich kein vernünftiger Grund denken, weshalb die allgemeine Freyheit, diese Dinge zu benutzen, sollte aufgegeben werden, wo nicht erhellet, dass der gemeinfame Gebrauch ohne Nachtheil der Gesellschaft oder ohne Ungerechtigkeit gegen einzelne Glieder nicht Statt finden könne.

Dagegen erhellet auf der andern Seite, dass in Ansehung derjenigen Dinge, welche theils keinen andern als ausschließlichen Gebrauch zulassen, theils nur durch Mühe und Arbeit vervielfältiget oder für die menschlichen Bedürf-



nisse zubereitet werden können, die Vernunft nur ein einziges Verhältniß ausfinden könne, in welchem sie für die Gesellschaft der Menschen von ausgedehntem Nutzen find. Dieses Verhältniß beruhet auf der Idee, daß diese Dinge, nach gewissen Gesetzen unter die Menschen vertheilt werden, so daß ein Jeder sich ein Recht erwerben könne, einen Theil dieser Sachen dergestalt zu besitzen, daß er alle übrige von dem Gebrauche derselben auszuschließen berechtigt ist. Ein solches Recht heist Eigenthumsrecht. Nur unter der Bedingung, daß das Eigenthumsrecht in Ansehung aller Sachen eingeführt werde, die keinen gemeinen Gebrauch zulassen und deren Entstehung, Vervielfältigung und Vervollkommnung Arbeit erfordert, ist die größtmöglichste Vermehrung dieser Dinge und der ausgedehnteste Gebrauch derselben möglich, und hierin allein liegt der wahre Vernunftgrund der Entstehung und der Einführung des Eigenthumsrechtes überhaupt.

## §. 167.

Der Begriff des Eigenthumes schließt immer den Begriff des Rechtes in sich, andere vom Gebrauch einer Sache auszuschließen. Daher stehet auch der ganzen Gesellschaft ein Eigenthumsrecht an den zum gemeinsamen Gebrauch bestimmten Sachen in Ansehung anderer Staaten



zu. — Man unterscheidet daher überhaupt öffentliches Eigenthum und Privateigenthum. Ersteres ist der Inbegriff der Sachen, welche dem Staate gehören, und dieses ist wiederum zwiefach, nemlich 1) ein solches, wo der ganzen Gesellschaft ein gemeinsamer Gebrauch vorbehalten wird, wo also das Recht der Ausschließung nur gegen Fremde Statt findet; 2) ein solches, wo der Staat als Regierung das Eigenthumsrecht gleich einer Privatperson ausübt, und also jeden andern von dem willkürlichen Gebrauche desselben ausschließt. Die Grundsätze, nach welchen dieses letztere erworben und angewandt werden muß, trägt die Finanzwissenschaft vor. Das Privateigenthum ist dasjenige, welches den besondern Gliedern des Staats zukommt. In wiefern diese Glieder Corporationen oder Gemeinheiten sind, hat das Privateigenthum wieder eine Analogie mit dem öffentlichen Eigenthume; in wiefern es aber einzelnen physischen Personen zukommt, ist es Privateigenthumsrecht im strengsten Sinne des Worts.

§. 168.

Der Reichthum des Staats und seiner Glieder besteht in dem Inbegriffe der ihnen gehörigen eigenthümlichen Sachen oder Güter. Ueber je mehr Sachen jeder einzelne im Staate



zu gebieten hat, desto reicher ist ein Volk. Der Reichthum aber ist die nothwendigste Grundlage zur Stärke und Macht eines Staats, zur Ausbildung und Vervollkommnung aller Fähigkeiten, Kräfte und Geschicklichkeiten eines Volks; er macht eine wesentliche Bedingung der Glückseligkeit aus, da durch ihn allein die Mannigfaltigkeit der Genüsse möglich wird.

Das allgemeine Princip der Staatsklugheit in Ansehung des Eigenthums muß daher seyn: solche öffentliche Mafsregeln zu ergreifen, wodurch das Eigenthum am sichersten erhalten und vermehrt werden muß, oder den Nationalreichthum durch die öffentlichen Einrichtungen und Gesetze allenthalben zu befördern, wo die Privatkkräfte der öffentlichen Unterstützung bedürfen.

Da in den Menschen der allerstärkste Trieb liegt, ihre Reichthümer zu vermehren; so hat der Staat nichts zu thun, als dahin zu wirken, daß dieser Trieb den größten Umfang seiner Thätigkeit innerhalb der gesetzlichen Schranken erhalte. Er wird dieses thun, indem er

- 1) das gemeinsame Eigenthum so einrichtet und die öffentlichen Kräfte so gebraucht, daß sie geschickte Mittel werden, die Er-



werbung des Privateigenthums zu erleichtern.

2) Wenn das Privateigenthum unter solchen öffentlichen Gesetzen steht, daß es weder dem allgemeinen noch besondern Wohl nachtheilig werden kann.

3) Wenn er dem erworbenen Eigenthume die größtmögliche Sicherheit verschafft und es gegen mögliche Verluste zu decken sucht.

4) Wenn er den Erwerb und Umtausch des Eigenthums durch seine Einrichtungen erleichtert. Allein bey allen guten Einrichtungen des Staats geschieht es dennoch, daß einige bey der Vertheilung der Güter leer ausgehen, und auch keine Erwerbsmittel besitzen, folglich keine oder doch nicht hinreichende Mittel haben, ihre Bedürfnisse zu stillen, d. h. es finden sich in allen Staaten A r m e. Es entsteht daher

5) die Frage: in wiefern der Staat dazu beitragen könne, theils zu verhindern, daß keine große Anzahl von Armen entstehe, theils die Noth der Armen zu vermindern?





## Erster Abschnitt.

*Von den Grundsätzen, welche den Gebrauch  
des öffentlichen Eigenthums betreffen.*

## §. 169.

Der Staat ist um der einzelnen Glieder willen vorhanden. Ihre Sicherheit und ihr Wohlfeyn ist sein einziges Ziel. Es läßt sich daher kein andrer vernünftiger Grund denken, weshalb gewisse Güter zum gemeinfamen Gebrauch aller vorbehalten — andere der Regierung zum ausschließlichen Gebrauch übergeben, und endlich andere unter die einzelnen Privatleute, als Privateigenthum vertheilt werden, als weil alles dieses die Zwecke der Bürger eines Staats am besten befördert. Wo Fälle eintreten, in welchen dieser Zweck nach einer allgemeinen Regel verfehlt wird, da wird man die Mafsregeln verändern müssen. Veränderte Umstände und verbesserte Einsichten machen auch in diesem Zweige der Staatsverwaltung oft Abänderungen nöthig, indem zu der einen Zeit ein Gut ohne Schaden in Gemeinschaft bleiben kann, was zu einer andern unter veränderten Umständen höchst nachtheilig für die Gesellschaft seyn würde u. f. w.



§. 170.

Nichts ist einleuchtender, als daß dem Staat bey allem Privateigenthum das Territorialrecht vorbehalten werden müsse, d. h. das Recht, daß auf dem Gebiete des Staats alles seinen Gesetzen unterworfen sey, und kein anderer souverainer Wille zugelassen werde. Aber eben so deutlich springt es in die Augen, daß so viel Land zum gemeinfamen Gebrauche verbleiben müsse, als zur Beförderung der leichten Communication, d. h. zu Landstraßen und Wegen zu Wasser und zu Lande nöthig ist, und daß der Staat dafür sorgen muß, daß diese Wege und Communicationsmittel zweckmäfsig eingerichtet und unterhalten werden. Ob der Staat dieses selbst unmittelbar besorgen, oder ob er die Beforgung davon Privatleuten nach gewissen Vorschriften und unter bestimmten Bedingungen überlassen solle, kömmt auf die besondern Umstände an, und ist eine Frage, die mehr vor die Finanz- als Policybehörde gehört.

Bey der ersten Gründung der Staaten war vieles Land noch nicht Privateigenthum geworden. Was daher aufer demselben noch zum Territorium gehörte, verblieb dem Staate und wurde von den Unterthanen gemeinsam benutzt, insbesondere Weiden, Waldungen, Fischereyen u. s. w., welche, da sie keine besondere Pflege zu erfordern schienen, auch keine besonderen



Eigenthümer erhielten. Jeder schickte sein Vieh auf die öffentlichen Weiden, jeder holte sich so viel Holz aus den öffentlichen Wäldern, als er nöthig hatte u. f. w. Als sich die Volkszahl vermehrte, und der Mißbrauch einer solchen Benutzung sichtbar wurde, fing der Staat an, derselben gewisse Schranken zu setzen, und zuletzt sich, besonders in Ansehung der Waldungen, Fischereyen u. f. w. einen ausschließlichen Gebrauch anzumassen, oder sie in ein Eigenthum der Regierung zu verwandeln.

Gewiss ist es, daß ein gemeinsamer Gebrauch der Waldungen, und in den mehresten Fällen auch eine gemeinsame Benutzung der Fischereyen sehr nachtheilig für die Production ist, daß Wälder und Teiche einer besondern Aufsicht und Pflege bedürfen, welche von einzelnen immer besser, als von allen besorgt wird, und es scheint daher entschieden, daß aller gemeinsame Gebrauch der Grundstücke, den der Communicationswege ausgenommen, bey fortschreitender Bevölkerung aufhören müsse. Wem aber das bis dahin gemeinsame Gut als Eigenthum zugesprochen werden solle, ob der Regierung oder den Privatpersonen, scheint so entschieden nicht zu seyn.

Erwägt man auf der einen Seite, daß diese Güter bisher zum gemeinsamen Gebrauch dienten, und daß sie in den Händen der Regierung



gleichfalls zum allgemeinen Besten angewandt werden; so scheint es recht und billig, sie den Händen des Staats zur ausschließlichen Benutzung anzuvertrauen, da hierdurch nur die Art der gemeinsamen Benutzung verändert zu werden scheint, da hingegen bey einer Vertheilung dieser Güter unter Privatleute einige das gewinnen würden, was alle andere verlieren.

Erwägt man dagegen auf der andern Seite, daß der Staat jederzeit ein schlechter Privatwirth ist, und daß er sich überhaupt von seiner Bestimmung entfernt, wenn er Privatwirthschaft treibt, da ihm so viele und wichtige öffentliche Sorgen obliegen, daß die Privatwirthschaft ihm selbst ein Interesse beybringt, welches mit dem öffentlichen allgemeinen Interesse und mit dem Interesse der Privatleute leicht in Widerstreit gerathen kann; so kann man nicht anstehen, sich für die Meinung zu entscheiden, daß es besser sey, wenn dergleichen Güter ein Eigenthum der Privatleute werden, unter der Bedingung, daß diese die Gesellschaft für den Nutzen, den sie bisher daraus zog, entschädigen. Wir werden bey der Lehre von den Gewerben noch deutlicher zeigen können, weshalb die Regierung sich aller Theilnahme an gewinnbringenden Gewerben enthalten muß.



## §. 171.

Was das Vermögen und die Einkünfte der Regierung betrifft; so gibt die Finanzwissenschaft die Grundsätze an, nach welchen es zusammengebracht und geschickt verwandt werden müsse: die Staatspolicey aber schränkt selbst die Finanzwissenschaft ein, und gebietet: durchaus keine Finanzprincipien zuzulassen, wodurch

- 1) die Grundstücke nicht so gut genutzt werden, als sie bey andern Finanzgrundsätzen genutzt werden könnten;
- 2) wodurch das Privateigenthum unsicher, und der öffentliche oder der Privatcredit geschwächt;
- 3) wodurch der Erwerb und freye Verkehr erschwert wird.



## Zweyter Abschnitt.

*Von den nothwendigen gesetzlichen Schranken in Ansehung des Eigenthums.*

## §. 172.

Ohne Einführung des Privateigenthumsrechtes kann es keinen groſsen und bevölkerten Staat, keinen Wohlstand, keine Reichthümer, keine Cultur, keine allgemeine Glückseligkeit geben. Durch dieses Recht allein find die



Menschen von ihrer natürlichen Trägheit zum Fleiße geleitet und bewogen worden, das herumirrende wilde Leben zu verlassen; ihm allein hat die Vaterlandsliebe und die Liebe für die Nachkommenschaft ihre Festigkeit und Stärke zu verdanken. Nur durch dieses Recht können die Güter den höchsten Grad ihrer Vollkommenheit und Tauglichkeit erreichen, und der größtmöglichen Menge von Menschen Unterhalt gewähren. Wie konnten also einige und selbst *Beccaria* in so bittere Declamationen gegen das Eigenthumsrecht ausbrechen \*)? Jene Schriftsteller hatten ohne Zweifel bloß die Unvollkommenheiten und Mißbräuche vor Augen, welche in unsern Gesetzen über das Eigenthum an vielen Orten herrschen. Die Gesetze, da sie oft ihren Ursprung mehr dem Zufalle, der Noth und den vorkommenden Umständen, als sichern und überlegten Principien verdanken, haben das Eigenthumsrecht bald über die Gebühr ausgedehnt, bald über die Gebühr eingeschränkt. Man hat ganzen Classen die Erwerbung des Eigenthums unmöglich gemacht, und alles in wenig Hände zusammengepreßt. Be-

---

\*) „Das Eigenthumsrecht,” sagt *Beccaria*, ist ein abscheuliches und vielleicht ganz unnöthiges Recht. Man hat die tyrannischsten und blutigsten Gesetze darauf gegründet und einen ungeheuren Mißbrauch damit getrieben.”



fonders herrscht in Ansehung des Eigenthums der Grundstücke ein großer Mißbrauch. Der Staat hat die Eitelkeit, den Stolz und selbst die Tyrannei einiger Familien zum Gesetz erhoben, und dadurch dem gemeinen Wesen unendlichen Schaden zugefügt. Denn wo anders, als in der Eitelkeit und dem Hochmuthe können die Gesetze gegründet seyn, daß die Grundstücke nur allein von gewissen ausgezeichneten Familien sollen können befaßen werden, daß sie von diesen Familien unzertrennlich sind, daß sie nur an einen aus der Familie forterben sollen u. s. w. und was ist es anders, als ursprüngliche Tyrannei, wenn das Gesetz Menschen mit unter das Eigenthum zieht und sie den Sachen völlig gleich stellt? — Was aber auch diesen Gesetzen für Absichten ursprünglich zum Grunde gelegen haben; so ist doch gewiß, daß sie der Vermehrung des Nationalreichthums und der Verbreitung der Glückseligkeit unter alle Glieder des Volks geradezu entgegenwirken.

Noch vor der Entstehung der Gesetze hatte schon die Macht oder die List sich der Güter bemächtigt, ein Eigenthum sich angemast und die Bedingungen durch Gewohnheit eingeführt, unter welchen sie solches besitzen wollte. Da die Mächtigen es waren, welche den Staat gründeten, so ist es begreiflich, daß sie die Gesetze nach ihrem Vortheile hauptsächlich einrichte-



ten, und daß der bisherige Brauch, so weit er für sie vortheilhaft befunden wurde, gesetzliche Kraft erhielt. So wie aber der Staat diese Gesetze einmahl genehmigt hat, begründet er auch die allgemeine Erwartung, daß sie Gültigkeit haben und berechtigt dadurch eine Menge Menschen zu Handlungen, welche bloß deshalb unternommen werden, weil man auf diese gesetzlichen Einrichtungen sicher rechnete. Wenn auch jene Gesetze ursprünglich mit Unrecht eingeführt wären; so handeln alle diejenigen, welche im Vertrauen auf sie kaufen, verkaufen oder sonstige Veränderungen vornehmen, vollkommen recht, und es wäre im höchsten Grade unrecht, sie durch Vernichtung jener Gesetze um die Vorthelle zu bringen, welche sie im Vertrauen auf die Gesetzgebung erworben haben.

Dennoch kann es keine Staatsmaxime seyn, „daß jedes Recht, so bald es einmahl durch den Staat sanctionirt ist, ewig bleiben solle, es möge für das Wohl des Ganzen nachtheilig befunden werden oder nicht.“ Vielmehr muß das Princip der Reform der Rechte jedem Staate wesentlich seyn, und es muß die Maxime herrschen: „Kein Recht und kein Gesetz soll fortdauern, wenn die Umstände oder die Einsichten sich so verändern, daß es mit dem allgemeinen Staatszwecke oder mit dem wesentli-



chen Zwecke eines Gliedes des Staats in Widerspruch geräth."

Damit aber diese letzte Maxime mit Gerechtigkeit ausgeführt werden könne, ist es nöthig, daß diejenigen, welche durch Aufhebung oder Abänderung der bisherigen nachtheiligen Gesetze leiden, entschädiget werden. Alle Veränderungen der Gesetze, welche das Eigenthum betreffen, müssen daher nach dem Princip der Entschädigung geschehen. Dieses Princip verlangt, daß der, welcher durch die Veränderung der Gesetze gewisse Vortheile verliert, Vortheile von gleichem Werth auf der andern wieder gewinne. Die Schätzung der Vortheile aber kann hier nicht einer Partei überlassen werden; sondern sie muß nach allgemeinen Grundsätzen, von unpartheyischen Richtern ausfindig gemacht werden. Der Wunsch und die Nothwendigkeit, dieses Princip der Entschädigung bey den Veränderungen der Gesetze, welche das Eigenthum betreffen, zu beobachten, ist es, welches die Veränderungen so schwer macht, und wobey die Staatsklugheit ihre größte Vollkommenheit erreichen kann.

Indessen ist ein Staat um so vollkommner, je weniger er dergleichen Gesetze hat, die eine solche Reform bedürfen. Auch muß jede Veränderung in den Eigenthumsgesetzen, durch



die nothwendigen Schranken des Eigenthumsrechtes selbst, und durch die besondern vorkommenden wichtigen Staatszwecke nach allgemeinen Principien bestimmt werden. Diese sollen hier kürzlich entwickelt werden.

§. 173.

Erstlich ist im allgemeinen zu bemerken, daß das Eigenthumsrecht kein absolutes, sondern nur ein relatives Recht ist, d. h. es ist nur deshalb und in soweit gültig, als es mit dem Begriffe des Staatszweckes überhaupt und mit dem besondern, die Quantität der nützlichen Güter am meisten zu vermehren, übereinstimmt. Bloß aus diesem Grunde sind

- 1) alle Dinge, welche am vortheilhaftesten einen gemeinfamen Gebrauch zulassen, oder deren Gebrauch für alle gleich nothwendig und möglich ist, von dem Privateigenthumsrecht ganz ausgeschlossen; und aus eben diesem Grunde muß es
- 2) Maxime seyn, alle Dinge, welche bisher in Gemeinschaft waren, in Privateigenthum zu verwandeln, sobald bey dem letztern Verhältnisse ein größerer Ertrag, d. h. ein größerer Nutzen für die ganze Gesellschaft zu erwarten ist; und ebendeshalb muß



3) die Gesetzgebung alle eingeschlichenen Eigenthumsverhältnisse abzuschaffen suchen, welche

a) nach einer allgemeinen Regel den Ertrag vermindern und muß solche an deren Stelle setzen, von welchen eine grössere Vermehrung desselben zu erwarten ist;

b) solche, welche ganze Classen der Unterthanen zur ewigen Armuth verdammen, und ihnen alle möglichen Wege des Erwerbes abschneiden. Beyde fehlerhafte Gesetzgebungen trifft man insonderheit bey den Rechtsverhältnissen an, welche das Grundeigenthum betreffen. Jedoch kann der Staat auch diese Veränderungen nur durch allgemeine Gesetze, und gegen Entschädigung der dabey leidenden Parteien treffen.

#### §. 174.

Ueberdem kann alles Eigenthumsrecht nur unter folgenden politischen Schranken zugestanden werden:

1) Dafs das Eigenthum nie auf eine solche Weise besessen oder gebraucht werden solle, dafs die Nichteigenthümer, aller ihrer Anstrengungen ungeachtet, nicht ihre Subsi-

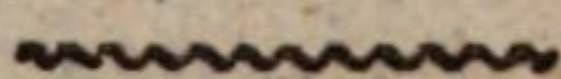


ftenzmittel gewinnen, und nicht die Möglichkeit behalten sollten, gleichfalls zu einem Eigenthume zu gelangen. Jemehr die Eigenthumsgefetze eines Landes einen so nachtheiligen Zustand der Dinge für die ärmeren Classen begünstigen, desto mehr werden sie einer Reform bedürfen.

- 2) Dafs dem Staate das Recht vorbehalten wird, alles was zur Erhaltung der Sicherheit des Staats und zur Erreichung der übrigen Staatszwecke nöthig ist, nach Gesetzen einer billigen Vertheilung von dem Privateigenthume zu entnehmen.
- 3) Dafs Niemand sein Eigenthum auf eine solche Weise besitzen oder gebrauchen dürfe, dafs dadurch eines andern Rechte oder die Rechte der Menschheit in seiner eignen Person verletzt werden. (*Sic utere tuo, ut alium, alienum, rempublicam, temet ipsum non laedas.*)
- 4) Dafs Niemand solche Verfügungen über sein Eigenthum treffen könne, welche nach einer allgemeinen Regel der ganzen Gesellschaft zum Nachtheile gereichen und Elend erzeugen oder auf Verminderung des Nationalreichthums wirken. Der Staat muß bey seinen Gesetzen über das Eigenthum drey Gesichtspuncte vor Augen behalten, wornach er die willkührlichen



Verfügungen über dasselbe einschränken muß, nemlich: 1) daß die Subsistenzmittel für die erzeugte Nachkommenschaft erhalten werden, 2) daß die gesetzliche Successionsordnung mit den in den geselligen Verhältnissen und natürlichen Neigungen der Menschen gegründeten Erwartungen übereinstimmen, und 3) daß die Vertheilung der Güter nach dem Princip der Nationalökonomie möglich bleibe, und die Willkür der Lebenden, die Willkür der Nachkommenschaft in Ansehung des Gebrauchs der Güter nicht auf ewig binden könne. Nach denselben wird also die Successionsordnung bestimmt, und die Willkür, durch Testamente und Vermächtnisse über sein Vermögen zu disponiren, eingeschränkt werden müssen.



### Dritter Abschnitt.

*Von der Vorsoorge des Staats für die Sicherheit und Erhaltung des Eigenthums.*

#### §. 175.

Nichts flößt dem Menschen mehr Muth ein, sein Eigenthum zu vervollkommen und zu vermehren, als wenn er glaubt vollkommen sicher zu seyn, daß dasselbe von Niemanden



angegriffen werden könne. Es muß daher dem Staate äußerst viel daran gelegen seyn, den Eigenthümern den höchsten Grad der Sicherheit in Ansehung ihres Eigenthums zu verschaffen, und jede Art von willkürlichem oder gewaltfamen Eingriff in dasselbe zu entfernen. Diesen Schutz kann der Eigenthümer nur allein von dem Staate erwarten, da der Einzelne zu schwach ist, sich gegen Willkühr und Gewalt der Stärkeren zu verwahren. Allein nicht bloß die Willkür, auch die Natur zerstört oft das Eigenthum der Menschen, und diese sind zu schwach, sich gegen ihre Angriffe zu sichern, wenn ihnen nicht der Staat Beystand leistet. Wo es also möglich ist, da muß er auch hier hülfreiche Hand leisten.

§. 176.

Die Angriffe auf die Sicherheit des Eigenthums, welche von der Willkür der Menschen herrühren, kommen bald von einem gesetzlosen Zustande, dem Kriege, bald von einem schlechten gesetzlichen Zustande, wo entweder Privatpersonen oder gar die Regierung und deren Beamte selbst das Privateigenthum zerrütten und unsicher machen.

Der Krieg ist nicht so fürchterlich durch den Menschenverlust, welchen er den Ländern zuzieht, als durch die Gesetzlosigkeit, welche



in den Ländern einreißt, wo sich dessen Schauspiel eröffnet. Was seit Jahrtausenden gesammelt ist, wird in einem Tage auf die wildeste, brutalste und nutzloseste Weise zerstört. Kein Mensch ist seiner Habe einen Augenblick sicher; ohne Gesetz und ohne Regel nimmt, zerstört, vernichtet der muthwillige oder bedrängte Feind oder Freund alles was er findet. Der Muth zu Unternehmungen wird erdrückt, alle Gewerbe gerathen in Stockung, die Verzweiflung bemächtigt sich aller Stände, und wo die Kriegsfurie wüthet, da verläßt sie Armuth, Jammer und Elend. Gegen dieses schreckliche Uebel hat die Staatspolicey keine Mittel, denn der Krieg setzt sie selbst außer Thätigkeit oder benimmt ihr alle Kraft.

Leichter wird es ihr, das Gefindel zu entfernen, welches das Privateigenthum in Friedenszeiten durch Diebstahl, Raub, Betrug u. s. w. unsicher macht. Sie verräth ihre Unvollkommenheit im höchsten Grade, wenn sie nicht einmahl im Stande ist, das Entstehen von Diebes- und Räuberbanden zu verhüten, gewaltsame Einbrüche einzelner Räuber zu verhindern oder Gewerbe nicht aufkommen zu lassen, welche für die Sicherheit des Privateigenthums nachtheilig sind. Die Mittel dagegen sind allgemein bekannt. Eben so kann die Policey auch dem Leichtfinn und der Fahrlässigkeit,



wodurch fremdem Eigenthum leicht grofser Schaden zugefügt werden kann, manche allgemein zu billigende Schranken fetzen. Die Lehrbücher der Policey geben fowohl die Uebel als die öffentlichen Mittel dagegen vollständig genug an.

Aber ein grofses Uebel ist es, wenn die Regierung felbst das Privateigenthum antaftet und die Sicherheit vernichtet, deren Schutz und Garantie fie übernommen hat. Nichts Verderblicheres kann für die allgemeine Glückseligkeit gedacht werden. Gegen Betrüger, Diebe und Räuber hofft man fich durch Vorſicht und Privatſicherheitsmafsregeln zu decken; den Krieg hält man für ein vorübergehendes zufälliges Uebel. Sobald er vorbey oder nur entfernt iſt, tritt der Eifer und der Fleiſs wieder verdoppelt hervor, um die erlittenen Verluſte zu erſetzen; aber wer kann es wagen, Muth zu faſſen, wenn der Staat ſelbſt ein Princip der Unſicherheit für das Privatvermögen ankündigt und practiſch übt? — Eine willkürliche tyranniſche Regierung, eine ſchlechte Geſetzgebung, eine unſichere Juſtizverwaltung, eine intolerante Religion — ſind innere bleibende Urſachen einer continuirlichen Unſicherheit. Ein Act der Gewaltthätigkeit bringt ſchon einen gewiſſen Grad der Beforgniſs hervor, und ſchlägt einige furchtſame Gemüther nieder; ein



zweyter folgt, und die Unruhe wird allgemeiner. Die Vorsichtigen ziehen ihre Capitale aus den nützlichen Unternehmungen zurück, und verlassen nach und nach eine Laufbahn, auf welcher sie Verluste besorgen müssen. Werden dergleichen Angriffe noch öfter wiederholt, und wird die tyrannische Willkür der Character der Regierung; so verschwindet aller nützliche Unternehmungsgeist. Die alten Unternehmer werden nicht ersetzt; die, welche noch übrig geblieben sind, ermatten, und endlich ist das ganze Feld der Industrie, welches den Reichthum der Nation schaffen soll, leer und öde.

Kleinasien, Griechenland, Egypten, die Küste von Africa, die zu den Zeiten der Römer durch Ackerbau, Manufacturen und Handel so blühend waren, was ist aus ihnen unter dem absurden Despotismus der türkischen Regierung geworden? Alle diese schönen Länder sind bloß durch eine ungereimte Regierung in Wüsteneyen verwandelt, und ihre Einwohner sind auf die niedrigste Stufe der Unwissenheit, des Aberglaubens und der Unsittlichkeit heruntergefunken.

Wir haben hier nicht nöthig, von den offenkundigen Räubereyen einiger morgenländischen Fürsten zu reden. Das Ungerechte, Tyrannische und Verderbliche springt zu sehr in die Augen, als daß es in cultivirteren Staaten ver-



fucht werden sollte, und was würde das Predigen gegen den helfen, der weder das Unrecht noch das Unpolitische scheuet? — Aber es haben sich auch in gesitteteren Staaten gewisse Operationen erhalten, welche im Grunde wahre Angriffe auf die Sicherheit des Privateigenthums sind, deren Ungerechtigkeit und Schädlichkeit man aber unter allerley Scheingründen zu verbergen gesucht hat, indem man den kurzen vorübergehenden Vortheil hervorhob, welcher den Staat bestimmte, sich zu diesen Mitteln herabzulassen. Das Ungerechte und Schädliche solcher Operationen ins hellste Licht zu setzen, muß daher das eifrigste Bestreben der Staatspoliceywissenschaft seyn.

§. 177.

Zu solchen Verletzungen der Sicherheit des Privateigenthums durch den Staat selbst gehört:

- 1) Eine erzwungene Erhöhung des Münzfusses, um die öffentlichen Schulden desto leichter bezahlen zu können. Diese Operation ist nichts anders als ein Banquerott. Denn man bezahlt nicht alles was man schuldig ist; sie ist noch dazu ein betrügerischer Banquerott, weil man sich dabey den Schein gibt, als bezahle man alles, und ein dummer Betrug, weil man Niemanden betrügt, in-



dem jedermann sehr wohl weiß was geschieht. Zugleich wird durch diese Operation ein allgemeiner Raub gesetzlich autorisirt. Denn der Regent berechtigt alle Schuldner, ihre Gläubiger auf gleiche Weise zu berauben, wie er die Staatsgläubiger beraubt. Endlich ist es ein unpolitischer Raub, welcher dem Reiche unendlichen Schaden und der Regierung nicht einmal den Vortheil bringt, den sie sich davon versprach. Nachdem sie den öffentlichen Credit zerstört, ehrliche Bürger arm und Schurken reich gemacht, den Handel zerrüttet, die Auflagen in Unordnung gebracht und tausenderley Unglück in den Familien verursacht hat, behält die Regierung, die sich dadurch entehrt hat, nicht den geringsten Vortheil davon. Denn sie hat ihre Einnahme durch den erniedrigten Zinsfuß vermindert, und ihre Ausgaben vermehrt, und das Deficit, das sie zu decken suchte, ist nach der Operation größer als vorher.

2) Eine erzwungene Erniedrigung des Zinsfußes. Diese Operation ist nichts anders, als eine gewaltsame neue Vertheilung des Vermögens. Sie nimmt den Capitalisten einen Theil, um ihn den Gläubigern zu geben. Alle Gründe, wel-



che man für eine solche Operation anführen kann, würden es auch rathsam machen, den Gutsbesitzern ihre Rente zu schmälern und den Reichen einen Theil von dem ihrigen zu nehmen, um ihn unter die ärmeren zu vertheilen. Wo will man Principien für die Grenzen eines solchen Verfahrens finden? — Warum will man mit der Theilung nicht bis zur vollkommenen Gleichheit fortfahren? und wenn diese zu Stande gebracht ist, wird man nicht täglich eine neue Theilung vornehmen müssen? Zahllose Ungereimtheiten folgen aus einem solchen Systeme. Und wird man etwa den Zustand der Gläubiger dadurch verbessern? — Fremde Capitale werden nicht mehr zu uns kommen; die im Lande befindlichen fremden und einheimischen werden auswandern, und ein Land auffuchen wo sie sich mehr Sicherheit zu versprechen haben — dem Handel und den Gewerben werden also ein Menge Capitale entzogen werden — viele Gewerbe werden ganz eingehen, und der Reichthum wird auf tausend Punkten in Abnahme gerathen.

- 4) Allgemeine Vermögensconfiscationen. Confiscationen sind vielleicht unter allen Umständen schlechte und ver-



derbliche Arten zu strafen. Wer Vermögen besitzt, steht gemeiniglich mit einer grossen Menge Menschen in solchen Verbindungen, wodurch er ihnen Geld, Güter oder andere Verbindlichkeiten schuldig ist, die er, wenn ihm sein Vermögen genommen wird, nicht erfüllen kann. Nimmt ihm also der Staat sein Vermögen, so bestraft er nicht bloß ihn, sondern zugleich eine Menge anderer, ganz unschuldiger Menschen. Sind indessen dergleichen Confiscationen auf solche Verbrechen gesetzt, die nur aus einem allgemein schändlichen Character herrühren können; so geht es noch an, theils weil die Fälle selten sind, theils weil man sich vor der Verbindung mit solchen Menschen hüten kann, da ihr Character gemeiniglich schon vorher, ehe er dergleichen Verbrechen begeht, bekannt ist. Werden aber dergleichen Confiscationen an politische Vergehungen und an solche gebunden, die auf der Uebertretung willkürlicher, unbilliger und wohl gar ungerechter Gesetze beruhen; so sind sie die stärksten Angriffe auf die Sicherheit des Eigenthums und müssen die stärksten Erschütterungen des öffentlichen Vertrauens und des Privatcredits zur Folge haben.



Hierhin gehören die schändlichen Quälereien, wo man ganze Religions- oder politische Secten bloß um ihres Bekenntnisses willen, aus dem Lande treibt und ihr Vermögen in Masse confiscirt. In der That scheint es oft, wenn man die Geschichte der religiösen und politischen Verfolgungen liest, daß man mehr das Verbrechen gemacht habe, um confisciren zu können, als daß ein Vergehen da ist, das eine solche Strafe erforderte. In einem Staate, der von Parteien zerrissen wird, ist die eine Hälfte in den Augen der andern immer Rebell. Man führe das System der Confiscationen hier ein, und die Parteien werden ihr Vermögen wechselseitig verschlingen, wie man es in Rom und in andern Ländern so häufig gesehen hat. Die Juden hatten oft kein anderes Verbrechen begangen, als daß sie reich waren, um sie der Confiscation zu unterwerfen. Die *chambres ardentes* in dem alten Frankreich waren nicht weniger fürchterlich als was wir zur Zeit der Revolution gesehen haben. Zwar hört man öfters dergleichen Mafsregeln mit der Sentenz rechtfertigen, „daß die Reichthümer der Generalpächter, der Juden und der Mächtigen durch Ungerechtigkeit zusammen gebracht wären, und man also dem Publico das wieder geben könne, was ihm ungerechter Weise entziffen worden sey.“ Allein ein solches Raifonne-



ment würde der Tyrannei Thür und Thor öffnen; Unschuld und Reichthum würden zwey unverträgliche Begriffe werden. Denn wo könnte man nicht annehmen, daß der Reichthum eines Menschen in irgend einer Ungerechtigkeit seiner Vorfahren seinen Ursprung habe? — Confiscationen, ohne deutlichen vollkommenen Beweis des Betruges oder eines andern schweren Verbrechens, gegen jeden einzelnen, Confiscationen gegen ganze Gesellschaften und Parteien bleiben allemal ein Ausbruch der härtesten schrecklichsten Tyrannei, und müssen die unschuldigen Einwohner mit Furcht und Schrecken erfüllen und die Lust zum Erwerbe vermindern.

Selbst einzelne Confiscationen sollten äußerst selten, und nur im Falle der allerschwersten Verbrechen Statt finden, wo sie nicht ganz und gar vermieden werden können. In Ländern, wo der Kaufmann durch Uebertretung der Zollgesetze leicht in so große Strafe verfallen kann, daß er einen großen Theil seines Vermögens dadurch verliert, muß nothwendig der Kaufmannscredit sehr geschwächt werden. Denn das Verbrechen, die Zollgesetze zu übertreten, ist in den Augen der mehresten Menschen in moralischer Hinsicht so klein, daß jeder Kaufmann es dem andern zutrauet. Wie kann aber der Ausländer den Kaufleuten eines Landes



ohne große Gefahr Credit geben, wenn sie durch so leicht mögliche Vergehen zu armen Leuten werden können?

In den alten Staaten sehen wir das Confiscationssystem und Angriffe auf das Privatvermögen eine sehr große Rolle spielen, und die alten Schriftsteller haben diese Ungerechtigkeiten so zu beschönigen gewußt, daß sich selbst bis auf die neuesten Zeiten ein günstiges Vorurtheil für sie erhalten hat. Der gesetzliche Banquerott, wodurch der römische Senat, vom Pöbel gezwungen, die betrügerischen Schuldner von ihrer Verpflichtung, zu bezahlen, befreiete, wird fast mit allgemeinem Beyfall von den alten und neuen Geschichtschreibern erzählt, und doch erscheint er vor den Augen eines unparteiischen Beurtheilers eben so ungerecht, als unpolitisch. Die Wirkungen, welche man dadurch beabsichtigte, wurden durch diesen Banquerott selbst zerstört. Der Wucher, der zu diesem Raube Veranlassung gegeben hatte, mußte unmittelbar darauf noch größer werden. Denn was sind die übertriebenen Zinsen anders als Prämien für die Gefahren und Beforgnisse, daß der Gläubiger sein Capital verlieren möchte? Die Römer waren im Auslande und Inlande daran gewöhnt, das Eigenthum nicht zu achten. Ihr Colonialsystem war nichts als ein organisirtes Plünderungssystem unschuldiger Völ-



ker; und im Reiche selbst war das ewige Dringen des unruhigen Haufens auf neue Theilung der Ländereyen der Feuerbrand, der jeden reichen Mann continuirlich bedrohete, und der endlich unter den Triumviren die Flamme jenes schändlichen Confiscationsystems entzündete. —

Am wenigsten hat man sich in den neueren Zeiten ein Gewissen daraus gemacht, Staatsbedienungen, Pensionen oder Pfründen einzuziehen, und die bisherigen Inhaber dem Hungertode Preis zu geben. Viele haben diesen Act der Ungerechtigkeit gar als die Folge einer weisen Staatsverwaltung und einer guten Oekonomie gepriesen, und gewiß gab es kein besseres Mittel, sich der Habfucht zu empfehlen, als ihr die Maske des allgemeinen Besten zu leihen. Das allgemeine Wohl kann allerdings verlangen, daß gewisse Aemter aufgehoben, gewisse Institute, die zur Ernährung des Müßigganges dienten, vernichtet werden; aber es fordert nicht, daß die Menschen, welchen der Staat bisher ihr Einkommen aus jenen Stellen versichert hatte, unglücklich gemacht werden; es verlangt vielmehr, daß der Staat jeden, dem er gewisse Einkünfte durch seine Gesetze garantirt hat, vollkommen entschädige, wenn er es für nöthig hält, diese Gesetze zu ändern. Wenn der Staat einigen Menschen ihre Einkünfte nimmt; so stürzt er sie in ein gewisses Elend,



und der Profit, den er davon hat, vertheilt sich unter so viele, ist so unendlich klein für jeden Einzelnen der Millionen, die bisher den Verlust trugen, daß die Glückseligkeit, welche er durch dergleichen Gewinn hervorbringt, fast nichts ist; wenige werden mit einem Male dadurch arm, und keiner wird reich. Die Sentenzen, womit man dergleichen ungerechte und grausame Operationen der Regierungen zu entschuldigen sucht, sind nichts als halb wahre halb falsche Sophismen, womit man einem leichten einfachen Problem das Ansehen eines politischen tiefen Geheimnisses gibt. Das Interesse der Einzelnen, sagt man, steht dem Interesse des Ganzen nach. Nichts als blauer Dunst. Ist denn das Interesse des Ganzen etwas anders, als das Interesse aller Einzelnen? Opfert ihr das Interesse des Einen auf, warum nicht auch des Zweyten, Dritten, und so bis an den Letzten? Denn es wird immer noch ein Vortheil für die Uebrigen seyn, wenn das Interesse des Einen von ihnen den Andern aufgeopfert wird. Also entweder das Interesse des Ersten muß heilig und unverletzlich seyn, oder es ist gar nichts mehr sicher gegen die willkürlichen Angriffe des Staats. Und muß jemand den Schaden tragen, ist es denn nicht besser, gerechter und vernünftiger, daß ihn alle, als wenige, daß ihn viele, als daß ihn einer



trägt? Wer ist denn hier der größte Egoist? Der, welcher das Wenige zu behalten wünscht, was ihm das Recht zugestanden hat, oder der, welcher schon alles hat, aber auch dem Einen noch das Wenige nimmt, was ihm das Recht zugesprochen hat? Welch eine fade und grausame Ironie ist es hier, noch das allgemeine Beste zum Vorwande zu gebrauchen!

Je heiliger der Staat das Eigenthum und das Recht eines jeden achtet, desto tiefer prägt sich die Pflicht gegen das Eigenthum in die Gemüther des Volks. Kleine öffentliche Verletzungen bereiten zu größern vor. Die Raubsucht wird mit jeder Nahrung, die sie erhält, größer, und spottet zuletzt aller Gesetze. Es ist daher nichts wichtiger, als daß sich die Regierung auch nicht die kleinste Abweichung von dem Gesetz erlaube.

#### §. 178.

Abgesehen von den Eingriffen, auf das Privateigenthum, zu welchen die Regierung, durch den Schein eines gegenwärtigen in die Augen springenden Vortheils verleitet wird, kann auch aus der schlechten Beschaffenheit der Gesetze, welche das Eigenthum betreffen, und aus der unvollkommenen Justizverwaltung ein hoher Grad von Unsicherheit entstehen.



In den mehresten Ländern sind die Gesetze ein unübersehbares Chaos, wovon das gemeine Volk gar nichts, der gebildete Theil sehr wenig und selbst die gelehrtesten Rechtsverständigen nicht mehr begreifen, als so viel dazu gehört, sich Jahre lang über den Sinn oder die Gültigkeit eines Gesetzes methodisch zu streiten. Fast in allen Ländern gibt es allgemeine Landesgesetze, Provinzial- und Municipalgesetze, Herkommen, Gewohnheiten und daneben noch eine Menge ausländischer Gesetze; täglich wird die Zahl der Gesetze und mit ihr die Unordnung, Verwirrung und Dunkelheit vermehrt. Wenn die Eigenthumsverhältnisse schon an sich sehr zusammengesetzt, mannichfaltig und verwickelt sind; so sollte man um so mehr darauf bedacht seyn, Einfachheit und Verständlichkeit in dieselben zu bringen, damit jeder seine Rechte und Pflichten, die sich darauf beziehen, leicht erkennen könnte. Denn die Unbestimmtheit und Dunkelheit der Gesetze macht das Eigenthum auf vielfache Weise unsicher.

Aber neben guten Gesetzen muß auch für eine gute Justizpflege, für ein rasches unparteyisches gerichtliches Verfahren gesorgt werden. Man hat Länder, wo die Gesetze gut sind, wo aber die streitenden Parteien an der Procedur sterben. Eine gute Procedur soll den



Proceffen vorbeugen, die gütlichen Beylegungen befördern, nicht beyzulegende Streitigkeiten schnell und ohne groſſe Koſten entſcheiden. Wo dieſes nicht iſt, da rauben die Proceſſe Ruhe, Zeit und Vermögen. Je länger ein Proceſs verzögert wird, je mehr Koſten er verſchlingt, deſto mehr Urfachen der Verminderung des Nationalreichthums ſind vorhanden. Die vielen Friſten, welche die Gerechtigkeit befördern ſollen, haben nur der Chicane den Weg eröffnet, und die Proceſſe vervielfältiget; die Häufung der Formalitäten in dem Verfahren ſpielt den kleinſten Proceſs in die Hände der Advocaten, und bringt die Parteien oft um ihr Vermögen. Kurz eine ſchlechte Juſtizverfaſſung iſt der fürchterlichſte Räuber in einem Staate, da er durch die Geſetze autorifirt iſt, da Niemand mit der größten Vorſicht ſich gegen ihn ſchützen kann, und ohne, daſs die Regierung den geringſten Vortheil davon hat, auf ſtete Verarmung des Ganzen und der Einzelnen loſarbeitet. Das Problem, wie die Geſetze über das Eigenthum ſo einzurichten, daſs daraus die größte Sicherheit für daſſelbe und die größte Leichtigkeit des Erwerbes entſpringe, und wie die Gerichtsprocedur am einfachſten und vortheilhafteſten zu beſtimmen ſey, iſt ein ſchweres Problem für die Juſtizgeſetzgebungswiſſenſchaft. Die Staatspolicey kann nur die



Punkte angeben, welche sie dabey nicht vernachlässiget zu sehen wünscht. Diese sind:

- 1) Dafs die Kennzeichen des Eigenthums und des Erwerbes natürlich und einfach seyn mögen.
- 2) Dafs das Eigenthum weder eine solche Ausdehnung, noch auch solche Schranken durch die Gesetze erhalte, welche der bestmöglichen Benutzung desselben im Wege stehen.
- 3) Dafs der Uebergang desselben in bessere Hände möglich bleibe, und die Vertheilung desselben nicht unmöglich gemacht werde.
- 4) Dafs die Procedur der Justiz auf leichten allgemein verständlichen, durch die gesunde Vernunft leicht zu findenden Principien beruhen möge, um theils die Entstehung der Processe zu verhindern, theils die nothwendigen Streitigkeiten schnell und ohne grofse Kosten zu entscheiden.
- 5) Dafs alle Eigenthumsverhältnisse, welche diesen Zwecken entgegenwirken, nach und nach, nach Principien der Gerechtigkeit abgeschafft, und bessere Verhältnisse eingeführt werden mögen.



## §. 179.

Aber nicht allein Gewalt und Willkür sind Feinde des Eigenthums, welche der Staat zurückhalten kann; auch die Natur zerstört es nicht selten, ohne daß Privatkkräfte es verhindern können. Gemeinsame Macht aber kann diese physischen Uebel sehr oft, wo nicht ganz vernichten, doch sehr vermindern.

Es gehören dahin alle Anstalten gegen Ueberschwemmungen und Verwüstungen durch Wasser, Feuer, Viehseuchen, schädliche Insecten u. s. w., Ersatz solcher Verluste, welche durch unverschuldete Zufälle leicht verursacht werden können u. s. w., in wiefern sie nicht anders, als durch gemeinsame Ueberlegungen, durch gemeinsame Beschlüsse und Kräfte zu Stande kommen können. Wie dergleichen Anstalten am besten einzurichten sind, muß nach den besonderen Umständen jedes Landes und jeder Provinz bestimmt werden. Es sind davon so viele gute Beyspiele und so ausführliche Belehrungen vorhanden, daß es überflüssig seyn würde, sie hier zu wiederholen, wo nur die Grundsätze für die Policeygesetzgebung entwickelt und ihre Anwendung auf zweydeutige und schwierige Fälle gezeigt werden soll. Es ist genug, zu bemerken, daß die nützlichen Anstalten dieser Art unter einer guten Regierung und in einem reichen Lande zwar häufig durch



Privatvereine ausgeführt werden, daß es aber dennoch gut ist, wenn die Regierung, da wo diese noch nicht geschickt genug sind, den ersten Stofs dazu gibt, die nützlichen Privatinsti- tute unter ihre besondere Obhut nimmt, und ähnliche Anstalten durch ihre Unterstützung aufmuntert. Gemeinheiten muß sie die Ver- bindlichkeit auflegen, dergleichen Anstalten zu treffen, und die besondere Stadt- und Dorfpo- licey gibt die Anweisung dazu.

~~~~~  
Vierter Abschnitt.

*Von der öffentlichen Vorsorge für die Ge-  
werbe überhaupt.*

§. 180.

Jeder will im Staate gewinnen, jeder will reicher werden, und je reicher jeder Einzelne wird, desto reicher, desto mächtiger wird der Staat, desto mehr Quellen sind vorhanden, sei- ne Regierungseinkünfte zu vermehren. An der Vermehrung des allgemeinen Reichthums müs- sen also alle Parteien das größte Interesse neh- men. Ein Mensch kann dadurch reicher wer- den, als der andere, wenn er den andern ihre Güter abnimmt; aber eine allgemeine Ver- mehrung der Reichthümer ist nur dadurch mög- lich, daß die Güter, woraus der Reichthum



besteht, im Lande wirklich vermehrt und vielfältiget werden. Die Vermehrung der Güter ist also das eigentlich allgemein Wünschenswerthe. Das einzige Mittel aber, die Güter auf eine reelle continuirliche und dauerhafte Art zu vermehren, sind die Gewerbe, d. h. die verschiedenen Arten der Thätigkeiten oder Beschäftigungen der Einwohner, welche die Vermehrung oder zweckmäßige Umgestaltung der Güter zur Absicht haben. Je mehr Menschen im Staate diese Beschäftigungen treiben, und je größer die Production ist, die jeder Einzelne bewirkt, desto reicher muß ein Volk werden, und da der Reichthum der äußere Maßstab der Glückseligkeit und das unentbehrliche Mittel der Macht ist, da der Reichthum zugleich die Mittel zur Cultur enthält, so wird ein Volk auch um so glücklicher, um so mächtiger und um so cultivirter seyn können, je reicher es ist.

Blühende, vollkommne, ausgedehnte Gewerbksamkeit des Volks ist die einzige sicherste Quelle des werdenden und daurenden Reichthums. Die Reichthümer, welche eine siegreiche Armee ins Land schleppt, gründen keinen Volksreichthum, da sie größtentheils in die Hände gewerbloser Personen fallen, und bald verzehrt werden, ohne daß sie andere Güter an ihre Stelle schaffen. Die Zerstörung der Ge-



werke, welche die Folge des Kriegs ist, thut dem Reichthume größern Schaden, als die glänzendsten Eroberungen Vorthelle bringen können.

§. 181.

Alle Regierungen sind von der Wahrheit, daß die Gewerbe die alleinigen sichern Quellen des Reichthums sind, überzeugt, und daher im Allgemeinen, auch stets bemüht gewesen, die Gewerbe zu ordnen, einzutheilen, aufzumuntern u. s. w. Aber theils irrige Einsichten, theils andere Zwecke, die höher und wichtiger zu seyn schienen, als der Erwerb, haben die Wirkung der öffentlichen Vorforge für die Gewerbe sehr oft gehindert, und nicht selten haben die Mafsregeln der Regierung der Vervollkommnung der Gewerbe entgegengewirkt. Um genau und richtig zu beurtheilen, was der Staat in Beziehung auf die Gewerbe zu thun habe, müssen wir zunächst die Triebfedern erforschen, welche die einzelnen Menschen zur Production der Güter antreiben, wir müssen uns deutliche Begriffe von der Art und Weise schaffen, wie die Güter vermehrt und vertheilt werden, und unter welchen Bedingungen diese Vermehrung am sichersten und leichtesten erfolgt. Dann erst wird sich beurtheilen lassen, ob und was die öffentliche Gewalt in Ansehung der Gewerbe zu leisten habe. In dieser Beziehung sollen hier



die Gewerbe zuerst im Allgemeinen, und sodann jede Classe insbesondere betrachtet werden.

## §. 182.

Frägt man sich, warum ein Mensch ein Gewerbe wählt, und warum er fleißig ist; so kann man nicht anders antworten, als, um seines Gewinnes oder Vortheilcs willen. Jeder arbeitet nur, in wiefern er in der Arbeit das einzige schickliche Mittel sieht, sich Auskommen und Vermögen zu verschaffen, und jeder wählt dieses und kein anderes Gewerbe, wenn er sonst nur frey ist, weil er nach seiner Lage und nach seinen Umständen es für dasjenige hält, worin er sein Fortkommen am leichtesten und sichersten finden wird. Alle Gewerbe werden um so eifriger gesucht und um so ämftiger getrieben, je größer und je gewisser der daraus zu entspringende Vorthcil ist.

Wer wird aber die Gewerbefuchenden am besten belehren und anweisen können, wo sie ihren größten und sichersten Vorthcil finden? Gewiss werden die Privatleute hierzu am geschicktesten seyn. Jeder kennt seine Neigungen, seine Fähigkeiten und Geschicklichkeiten, die ihn umgebenden Verhältnisse, sein Capital und alles übrige, was zur Beurtheilung der Wahl eines gewissen Standes gehört, am allerbesten; jeder wird den besten und sichersten Rath



bey feinen Umgebungen, feinen Eltern, Verwandten, Freunden u. f. w. finden. Ob bey einem Gewerbe mehr zu gewinnen fey, als bey dem andern, ob die Zahl der Arbeiter in dem einen zu groß oder zu klein fey, alles dieses und was sonst noch bey der Wahl eines Gewerbes zu bedenken ist, findet der Scharffinn der Privatleute am aller bestimmtesten und sichersten aus. — Was könnte also der Staat für ein Interesse dabey haben, sich in die Wahl der Gewerbe zu mischen, wenn diese Wahl von den Privatpersonen aufs beste besorgt wird? Vielmehr wird die Einmischung der Regierung in die Bestimmung der Wahl der Gewerbe in der Regel schädlich seyn. In einzelne Anweisungen kann sie sich nicht einlassen, die auch nothwendig ganz unzweckmäfsig ausfallen würden: sie muß also das Volk in gewisse Kasten oder Classen theilen, und die eine zum Ackerbau, andere zu Handwerkern, andere zu Soldaten, Priestern u. f. w. bestimmen. Aber wie kann sie wissen, ob alle, die in einer Classe geboren werden, Lust und Talent zu dem Gewerbe haben werden, wozu sie bestimmt sind? wie kann sie wissen, ob in der einen Classe nicht zu viel, in der andern nicht zu wenig seyn werden? — Doch die Ungereimtheit einer solchen Anordnung wird in Europa allgemein anerkannt. Dennoch herrschen hier und da noch Spuren



einer solchen barbarischen Verfassung. In vielen Ländern ist der Bauer verdammt, bey dem Ackerbau zu bleiben, und der Handwerker kann nicht aus dem Handwerksstande heraus: ein ganzes industriöses Volk, die Juden, zwingt man zum Kaufmannsstande, den Adel verbinden Vorurtheile und Staatsgesetze, sich aller Gewerbe zu enthalten, wenn er nicht seine Güter bewirthschaftet, oder in Staatsdienste tritt. Was erblicken wir in diesen Einrichtungen anders, als indianische Kasten, nur etwas erweitert?

Fragt man also Vernunft und Erfahrung, wie es die Regierungen anzufangen haben, um den Fleiß ihrer Unterthanen zu lenken, die Wahl und die Vertheilung der Handthierungen zu bestimmen; so ist die Antwort:

„Laßt nur für dieses alles die Liebe zum eignen Vortheil jeder einzelnen selbst sorgen, und verstattet jedem eurer Bürger die vollkommne Freyheit, seine Kräfte nach seinem eignen Ermessen anzuwenden und einen Gegenstand für seinen Fleiß zu wählen, welchen er selbst will.“

Der Staat wird nur dafür zu sorgen haben:

- 1) Dafs er selbst keine Veranlassung zur Erzeugung der Verachtung nützlicher Gewerbszweige gibt, und Geringschätzung, da wo sie vorhanden ist, zu vernichten sucht;



2) Dafs er der Privatindustrie keine Gegenstände, ohne wichtigere Staatszwecke, entzieht;

3) Dafs der Zugang zu den Gewerben aller Art offen erhalten, und alle Schwierigkeiten zu denselben zu gelangen, wo sie vorhanden sind, bey Seite geschafft werden.

Was aber

4) die positiven Beförderungsmittel der Gewerbe betrifft, so müssen sie von allen Seiten genau geprüft und es muß dabey insbesondere erwogen werden, a) ob sie nicht auf der andern Seite eine gröfsere Production verhindern, als sie auf der einen erzeugen; b) ob sie nicht dem Staate mehr kosten, als die Nation dadurch gewinnt; c) ob sie nicht andern Bürgern Nahrungsquellen entziehen, indem sie die Erwerbungsmittel einiger wenigen verstärken.

§. 183.

1) Der Umstand, dafs die Gewerbe die alleinige Quelle des Nationalreichthums sind, und die Beobachtung, dafs in den Staaten so viele Menschen ohne Gewerbe leben, hat einige Staatsphilosophen bewogen vorzuschlagen, dafs ein Gesetz gegeben würde, wodurch alle Staatsbürger ohne Ausnahme sich zu irgend einem Gewinn bringenden Gewerbe bekennen müß-



ten, und sie glauben, dadurch den Gewerben diejenige Ehre und Ausdehnung wieder zu geben, welche ihnen ursprünglich gebührt. Man will das ganze Volk in lauter gewerbtreibende Classen oder Zünfte eintheilen und jeder Staatsbürger soll von einer solchen Zunft Mitglied seyn. Allein es ist zu fürchten, daß damit wenig ausgerichtet werden möchte, wenn die übrigen Gesetze und Verfassungen in Ansehung der gewerbetreibenden Stände, von welchen eigentlich ihre Geringschätzung gewirkt wird, bleiben. Schafft man aber diese weg; so wird man ein solches Spielwerk leicht entbehren können. Ein Fürst der seine Landleute von der Leibeigenschaft, den Frohnen, der willkürlichen Gerichtsbarkeit u. s. w. befreyet, schafft seinen Bauern mehr Ehre, als wenn er sich einmal herabläßt, den Pflug zu führen.

Die Mittel den Gewerben die ihnen gebührende äußere Achtung zu verschaffen, in wiefern sie vom Staate abhängen; sind:

- 1) Daß er die Gewerbsgenossen einer gleichen Gesetzgebung und einer gleichen Gerichtsbarkeit, als alle übrigen Stände, unterwirft;
  - 2) Daß kein Gewerbe eine öffentliche demüthigende Behandlung nach sich zieht und von keiner Ehrenstelle ausschließt.
- Die Frage bey Vertheilung der öffentli-



chen Aemter und Ehrenstellen muß nicht seyn: welches Gewerbe hast du bisher getrieben, sondern, was hast du gelernt und was hast du für einen sittlichen Character? Die öffentlichen Mittel aber die Einwohner zu bestimmen, daß sie Gewerbe ergreifen, sind:

- 1) Wenn der Staat keine Pfründen für den Müßiggang stiftet oder zu stiften erlaubt.
- 2) Wenn er nicht mehr Staatsämter errichtet, als der Zweck des Staats nothwendig erfordert.
- 3) Wenn er keinen, [der nicht gewerbtreibenden Stände, mit solchen Vorzügen ausstattet, welche für die gewerbtreibenden Stände drückend und demüthigend sind. In den mehresten Staaten besteht die größte Ehre darin, zu einem Stande zu gehören, der kein Gewerbe treibt, und der Staat macht es bey vielen gesetzlichen Ehrenbezeugungen zur Bedingung, daß die, welche sie erhalten, entweder aller, oder doch einer großen Menge von Gewerben sich enthalten. Wie ist es anders möglich, als daß dadurch alle die Gewerbe, welche auf solche Weise gebrandmarkt werden, in Verachtung sinken müssen?



4) Wenn er keine Aufmunterungsmittel und Prämien ertheilt, die gewerbtreibenden Stände zu verlassen und sich zu den müßigen Ständen zu begeben. Das bloße Bekenntniß, daß jemand nicht mehr zu dem gewerbtreibenden Ständen gehören will, ist in vielen Ländern schon hinreichend, ihm eine große Menge Privilegien und Vorzüge zu verschaffen. Denn offenbar ist es nur eine solche negative Handlung, wenn sich jemand in eine Schule oder unter die Schüler einer Universität aufnehmen läßt. Er behält die dadurch ertheilten Standesvorzüge eines Gelehrten, Freyheit vom Militär, höheren Gerichtsstand u. s. w. wenn er auch nie das geringste lernt, und dem Staate nie einen Dienst leistet. Sind dieses nicht aber die stärksten Lockungen, den nützlichen Stand der Gewerbsleute zu vermindern und die müßigen Zehrer zu vermehren? — Nur das Staatsamt muß die Vorzüge geben, welche zur Erzeugung der Kraft und Würde desselben nothwendig sind; so lange aber Jemand noch nicht im Amte ist, darf er keine gesetzlichen Vorzüge genießen. Eine solche Ordnung der Dinge wird den Rücktritt verunglückter Candidaten zu andern nützlichen Gewerben nicht erschwe-



ren, und dem Staate eine Menge nützlicher Arbeiter schaffen und erhalten, die jetzt alle an den Gütern anderer zehren. Jetzt drängt sich alles aus den sogenannten niedrigen Ständen, d. h. den producirenden und erwerbenden Classen in die sogenannten höheren Stände, d. h. in die nichtproducirenden und müßigen Classen, und an diesem Uebel sind allein die genannten Staatseinrichtungen Schuld. Es ist wahr, der Staat wird seine Beamten etwas theurer bezahlen müssen, wenn er die Vorzüge der Candidaten vernichtet, welche sich zu den Aemtern vorbereiten, weil sich dadurch das Zufließen zu dem gelehrten Stande vermindern wird. Allein diese Kosten gewinnt er durch die Hände, welche er dadurch den gewerbtreibenden Händen erhält, vielfach wieder.

Sehr viel zur Verachtung unserer gewerbtreibenden Classen trägt auch gewiss die bestehende Einrichtung der Zünfte und Gilden bey. Ich will hier nicht bestreiten, ob sie nicht ursprünglich manches Gute gestiftet haben, und vielleicht noch stiften. Aber so viel ist klar, daß die Zunfteneinrichtung den Handwerksstand zu einem geschlossenen Stande gemacht hat, zu dem man in der Regel nur dadurch gelangen kann, daß man sich einer Menge Formalitäten



unterwirft und in Verbindungen einläßt, die, so ehrwürdig und ehrenvoll sie bey dem rohen Ursprunge der Gewerbe scheinen mochten, nach und nach für jeden, der bessere Begriffe und einen höheren Grad der Cultur erhalten hat, im höchsten Grade lästig und unausstehlich sind, daß man ferner durch die Eingehung der Verbindung mit einer solchen Zunft alle Unannehmlichkeiten und beschwerlichen gesetzlichen Verhältnisse übernehmen muß, welche die ganze Zunft drückt und sie in den Augen des höheren Publicums herabsetzt. Die Folge davon ist, daß der ganze gebildete Stand und seine Capitale von dem Kreise der Zunftgewerbe auf immer abgehalten werden, und diese in der öffentlichen Achtung um so mehr verlieren müssen, als die freyeren Stände sich über sie erheben. Es ist aber nichts geschickter, alberne Vorurtheile und lächerliche Gebräuche selbst unter dem Scheine der Wichtigkeit zu verewigen, als das bisherige Zunftwesen. Also auch in dieser Hinsicht bedarf das Zunftwesen einer großen Reform.

§. 184.

2) Je ausgedehnter und mannigfaltiger die Gegenstände sind, an welchen sich der menschliche Fleiß thätig beweisen kann, desto leichter wird ein jeder einen für ihn passenden Erwerbszweig finden können. In vielen Staaten betreibt



die Regierung zugleich mehrere Gewerbe, um sich dadurch einen Theil ihrer Einkünfte zu verschaffen, es sey, daß sie gewisse Gewerbe mit den Unterthanen zugleich betreibt, oder daß sie sich gewisse Erwerbszweige ausschliesslich vorbehält, und diese entweder selbst verwaltet oder von andern gegen eine Vergütung verwalten läßt. Je mehr Gegenstände auf diese Weise vom Staate in Beschlag genommen werden, desto öfter kommt der Privatfleiß mit dem Staate in Collision, desto mehr Schwierigkeiten und Hindernisse findet er. Je öfter aber die Privatindustrie durch Einschränkungen, Verbote u. f. w. abgeschreckt wird, desto furchtsamer, desto niedergeschlagener wird sie. Die Regeln, welche der Staat in staatswirthschaftlicher Rücksicht hierbey zu befolgen hat, sind:

- 1) Der Staat soll alle Gewerbe aufgeben, welche nach einer allgemeinen Regel in den Händen der Privatleute mehr hervorbringen, als in den Händen einer großen Gesellschaft. Denn es muß ihm um die größtmöglichste Production zu thun seyn. Wo also diese von Privatleuten am ersten zu erwarten ist, muß er sie ihnen überlassen, und sich keine Vortheile auf eine andere Weise sichern.
- 2) Der Staat soll in keinem gewinnvollen Gewerbe mit Privatpersonen wetteifern.



Sobald jemand ein Gewerbe treibt, will er auch gewinnen. Es ist aber für den Staat schwer, wo nicht unmöglich, die Gewerbe mit so viel Sorgsamkeit, Fleiß und Sparsamkeit zu treiben, als Privatpersonen. Da er nun durch diese einzigen wahren Gewinnungsmittel nichts gewinnen kann; so wird er zu Monopolen, Privilegien, Zwangsanstalten u. s. w. seine Zuflucht nehmen. Dadurch aber wird er die Privatgewerbe dieser Art vernichten und den Nationalreichthum vermindern \*).

- 3) Der Staat soll sich vor allen Gewerbsunternehmungen deshalb hüten, weil sie ein dem allgemeinen Wohl entgegengesetztes Interesse in ihm erregen, und ihn zur Unterdrückung der Privatgewerbe reitzen. Der Zweck des Staats ist, die Gewerbefreyheit zu schützen und die Quellen des Reichthums zu vervielfältigen. So wie aber der Staat ein Gewerbe treibt, will er auch dadurch als Gewerbsmann gewinnen, und da er dieses am leichtesten und fast allein dadurch kann, daß er seine Waaren zu höheren Preisen verkauft, als sie Privatleute verkaufen würden, diese aber nur

---

\*) S. meine National-Oekonomie; §. 552. u. s. w., oder I. Hauptst. Abschn. V.



durch Zwangsmittel zu erreichen find; so ist der Reiz, zu solchen Mitteln seine Zuflucht zu nehmen, wogegen er das Volk schützen soll, außerordentlich groß, und geschieht allenthalben, wo der Staat Gewerbe treibt. Dadurch aber vermindert der Staat allemal den Nationalreichthum und schlägt einen Theil der Gewerbe nieder.

Der ganze Umfang der Gegenstände der Gewerbsindustrie wird also am besten der Privatindustrie mit vollkommener Freyheit überlassen, und der Staat kann sich nur da in Gewerbsunternehmungen mischen; a) wo Privatunternehmer noch kein Interesse dabey finden, aber dennoch ein wichtiger Grund vorhanden ist, daß das Gewerbe auf öffentliche Kosten getrieben, oder in Gang gebracht werde; b) wo gewisse Gewerbe eine öffentliche Aufsicht, wegen der allgemeinen Sicherheit fodern; c) wo wichtigere Zwecke gewisse Gewerbe mit Aufopferungen fodern, welche von Privatpersonen nicht zu erwarten sind. In Ansehung solcher Gegenstände kann der Staat mit den Privatgewerben in keine Collision kommen, da Gewinnst dabey gar nicht der Zweck ist.



## §. 185.

3) Es müssen nicht allein die Gegenstände der Gewerbe dem Volke überlassen werden, sondern auch die Vertheilung der Gewerbe geschieht am vortheilhaftesten, wenn sie gänzlich der freyen Wahl überlassen bleibt, und wenn die Regierung keine Einrichtung duldet, wodurch der Zutritt zu einem Gewerbe oder der Uebergang von dem einen zum andern erschwert wird. Kurz die Regierung muß von dem Grundsätze ausgehen: Ein jeder hat das Recht, ein Gewerbe zu treiben welches er will, und seine Kräfte und seine Capitale nach eignem Gutdünken anzulegen, wo nicht ein höherer Zweck der Gesellschaft, als der Erwerb und die Vermehrung des Reichthums, eine öffentliche Einschränkung nothwendig macht.

Hat jeder das Recht sich nach Belieben ein Gewerbe zu wählen, welches er will, so wird 1) ein jeder am ersten dasjenige erwählen, wozu er die meisten Anlagen und Geschicklichkeiten besitzt und wovon er sich den größten Vortheil versprechen kann; 2) Es wird sich das Verhältniß der Gewerbetreibenden am leichtesten nach den vorhandenen und wechselnden Bedürfnissen modificiren. Denn findet ein Gewerbe keine Nachfrage, so wird es auch keine Bewerber finden, und vermindert oder ver-



mehrt sich die Nachfrage nach demselben, so werden sich die, welche es betreiben, bey vollkommner Gewerbsfreyheit auch am leichtesten nach der nöthigen Proportion vermindern oder vermehren können, da keine willkürlichen Statute den Uebergang von einem Gewerbe zum andern verhindern, und also die Schwierigkeiten, welche in der Natur der Veränderung der Beschäftigung liegen, desto leichter überwunden werden können, wo es die Noth erfordert.

Die Eintheilungen der Gewerbe werden sich bey einer solchen Freyheit auch am leichtesten in eine natürliche und passende Ordnung fügen. Denn es liegt in der Natur der Sache, daß ein Mensch ein Geschäft um so vollkommner betreiben lernt, je einförmiger und homogener alle Operationen sind, die zu demselben gehören. Je bevölkerter und reicher die Städte sind, in desto mehr Zweige werden die Gewerbe zerpalten werden, desto einfachere Operationen werden auf jedes einzelne fallen, desto vollkommner werden aber auch diese einzelnen Operationen verrichtet werden; je weniger Menschen an einem Orte zusammen leben, desto mehrerley Arten gleichförmiger Arbeiten wird ein Handwerker oder Künstler unternehmen müssen, um sein Auskommen zu finden. Immer aber werden die Menschen diejenigen



Geschicklichkeiten zu vereinigen suchen, die sich am leichtesten einander unterstützen, folglich auch in der Regel nur mehrere homogene Arbeiten zu ihrem Gewerbe schlagen, wozu einerley Werkzeuge, einerley Handgriffe, einerley Materialien erfordert werden.

Dieser Freyheit der Gewerbe steht nicht entgegen:

- 1) Dafs sich die Gewerbsgenossen nach der Uebereinstimmung ihrer Beschäftigungen zu Corporationen organisiren, und dafs dergleichen Gesellschaften gewisse öffentliche Statuten erhalten, wenn nur in diesen Statuten kein Monopol, kein Hinderniß des freyen Zutritts aller, welche ihre Geschicklichkeit in diesem Gewerbe begründen, enthalten ist.

Der Corporationsgeist der Handwerker hat in dem Staate viel Böses gestiftet; aber gerade dieses ist ein Zeichen, dafs auch viel Gutes durch ihn ausgerichtet werden kann, und ich bin daher ganz mit dem Herrn Grafen von Soden einstimmig \*), dafs mit der Abschaffung des jetzt allgemein herrschenden schädlichen Zunftsystems nicht das Gute, was in dem System der Gesellschaftlichkeit liegt, abgeschafft werden müsse. Es ist a) an sich schon natürlich, dafs

---

\*) dessen National-Oekonomie, Th. 2. S. 125 u. f. w.



diejenigen Menschen, welche einerley Geschäfte treiben, also einerley Begriffe, Urtheile, Gefühle und Bedürfnisse haben, sich leicht an einander anschliessen, und wenn der Staat dieses Anschliessen erleichtert oder ihm eine gewisse Ordnung gibt; so hilft er ein wahres Bedürfnis der menschlichen Natur erfüllen; b) die Zwecke der Wohlthätigkeit, der Cultur und Vervollkommnung des Gewerbes durch Unterrichtsanstalten in den verschiedenen Gattungen der Industrie können durch dergleichen Gesellschaften gegen ihre Glieder weit besser erreicht werden, als wenn alles politisch isolirt bleibt; c) auch kann der Corporationsgeist sehr viel zur Verhütung gewisser ungeselliger Laster und Hervorbringung geselliger Tugenden beytragen, was weder die allgemeinen Gesetze noch die innere Tugend in gleicher Ausdehnung bewirkt. Dem Staate muß aber an allen Verhältnissen gelegen seyn, wodurch die Erreichung der Zwecke der Gesellschaft erleichtert werden kann. Dieselben Gründe also, welche den Staat antreiben müssen, das Ansehen der kleinern häuslichen Gesellschaften aufrecht zu erhalten (§. 165.), müssen ihn auch bestimmen, die größern Privatvereine, welche die Gleichheit der Gewerbe hervorbringt, nicht aufzulösen, sondern ihnen vielmehr eine solche Verfassung zu geben, daß sie mit den Staatszwecken übereinstimmt.



Der Staat wird durch die Organisirung solcher Gewerbsgesellschaften auch zugleich den Zweck erreichen, daß er desto leichter sich eine Uebersicht der Gewerbe verschaffen und die Abgaben, wenn er die Gewerbe zu belegen für nöthig erachtet, richtiger vertheilen kann.

2) Daß den verschiedenen Gewerben und den zu den Gewerbscorporationen gehörenden Genossen, auch ein verschiedener bürgerlicher Rang zugestanden werde. Da unstreitig die verschiedenen Gewerbe einen verschiedenen Einfluß auf das Wohl des Staats äußern, da ein verschiedener Grad des Talents, der Geschicklichkeit, der Cultur dazu erfordert wird, warum sollte der Staat nicht die verschiedenen Gewerbsclassen nach diesem Mafsstabe ordnen, und darnach die bürgerliche Achtung, der Gleichheit der Rechte unbeschadet, bestimmen können? Freylich müßten der Rangabtheilungen nur wenig seyn und im Großen bestimmt werden. Dergleichen Abstufungen erbittern nicht, wo es durch Verdienst und Geschicklichkeit jedem möglich bleibt, von der niedrigeren Stufe zur höhern zu steigen, und sie thun dem Nationalreichthume keinen Schaden, wo sie nicht mit so großen Vorzügen begleitet sind, daß selbst der stärkere Eigennutz von



dem Ehrgeize unterdrückt werden muß. Ein Regent würde das Verdienst aller nützlichen Gewerbe anerkennen, wenn er jeder Corporation eine Bürgerkrone oder den Civilorden ertheilte, und wenn er die Rangordnung der Gewerbe durch die Zahl der Ordenszeichen bestimmte, welche jede Corporation erhalten könnte; so wäre dieses zur Ehrenabmarkung vollkommen hinreichend. Würde den Mitgliedern das Recht ertheilt, die verdientesten unter sich zu der Erlangung dieser Ehrenzeichen vorzuschlagen, und würde Fundirung und Errichtung von Gewerbs- und Kunstschulen zur Bedingung der Erlangung und Vermehrung dieser Ehrenzeichen gemacht; so würde man den Corporationen eine bürgerliche Wichtigkeit ohne allen Nachtheil verschaffen, und es könnten durch die kleinsten Kosten die wichtigsten Dinge ausgerichtet werden.

3) Da es schon eine Ehre seyn würde, zu einer solchen Corporation zu gehören, da nur Beweis der Geschicklichkeit in dem Gewerbe dieser Corporation dazu erfordert werden soll, um Mitglied derselben zu werden; so könnte schlechterdings Niemand, als bloß der Ungeschickte verhin-



der werden, sich bey irgend einer Corporation einschreiben zu lassen.

4) Wenn eine zweckmäßige Prüfung die einzige Bedingung des Zutritts zu einer Gewerbscorporation ist, wenn jedermann zu so vielen Gewerbscorporationen zugelassen werden muß, als er will, sobald er die Prüfung derselben besteht, wenn alle Prüfungen und Zulassungen ohne Kosten geschehen; wenn jeder auch ohne Prüfung, jedoch corporationslos alle Gewerbe betreiben kann, so ist die vollkommenste Gewerbsfreyheit mit allen Vortheilen, die je das Zunftsystem hat hervorbringen können, vereinigt, und alle Nachtheile des bisherigen Zunftsystems sind gehoben.

5) Auch widerspricht es dieser Gewerbsfreyheit nicht, wenn der Staat nur ihm bekannte und geprüfte Personen, unter der Verpflichtung zu eigner speciellen Verantwortlichkeit, diejenigen Gewerbe betreiben läßt, wo Unredlichkeit, Ungeschicklichkeit und Leichtfinn, das Leben, die Gesundheit und das Vermögen der Bürger leicht in Gefahr bringen können, weil eine besondere Kunst und Wissenschaft dazu gehört, die Güte der Gegenstände zu erkennen und Betrug und Täuschung allzuleicht möglich ist. Und eben so können



Gemeinden, Provinzen oder der Staat, wo es nöthig ist, einen Mann zu einem besondern Geschäft, das sie bedürfen, in ihren Dienst nehmen und ihm die ausschließliche Betreibung dieses Geschäftes zusichern, ohne daß dadurch die Gewerbsfreyheit verletzt wird. Denn es kann allerdings manches Geschäft geben, wovon nur einer oder sehr wenige leben können, das daher als ein bloßes Nebengeschäft anderer, schlecht betrieben wird, wenn man es der freyen Concurrenz überläßt und wo man, um einen vollkommenen Arbeiter zu bekommen, genöthigt ist, ihm den ausschließlichen und zeitlebenslänglichen Besitz des Gewerbes zu sichern. Dieser Art von Gewerben gibt es aber nur sehr wenig.

6) Endlich widerspricht es auch dieser Gewerbsfreyheit nicht, wenn der Staat, wo es höhere Staatszwecke nöthig machen, die Gewerbe durch dieselben einschränkt. Es ist falsch, daß der Bürger ein Recht zur absoluten Gewerbsfreyheit besitze, und also jede Einschränkung derselben eine Ungerechtigkeit sey. Der größtmöglichste Erwerb der einzelnen ist nur ein untergeordneter Staatszweck. Daß die Sicherheit des ganzen Staats erhalten,



dafs jeder Classe der Einwohner die Möglichkeit, ihren Unterhalt durch ihren Fleifs zu gewinnen, verbleibe, sind weit höhere Zwecke, als die grösstmögliche Bereicherung einzelner Personen oder einzelner Stände. Wenn daher einer dieser Zwecke die Einschränkung eines gewissen Gewerbes gebietet, so mufs sich dieselbe jeder gefallen lassen, und es liegt in der allgemeinen Staatsidee, dafs jeder nur eine so grosse Freyheit für sein Gewerbe verlange, als sich mit den nothwendigen Zwecken des ganzen Staats und selbst der einzelnen Glieder verträgt. Denn nur unter dieser Einschränkung kann die Einführung des Privateigenthums von der Vernunft gebilliget werden. — Ob aber in vorkommenden Nothfällen die Einschränkung eines Gewerbes der Noth wirklich abhelfe, ist eine Untersuchung der Staatsklugheit. Gewifs ist es, dafs man sich sehr oft in dieser Beurtheilung geirrt hat, und dafs die Einschränkung der Gewerbefreyheit die Noth oft vergröfsert hat, anstatt sie zu vermindern. Aufgeklärte Begriffe von Wirkungen allgemeiner Anordnungen in allen Theilen der Volksökonomie, und feste bestimmte Grundsätze, nebst genauer sehr detaillirter Kenntnifs der vorliegenden Um-



stände, welche dergleichen Mafsregeln nöthig machen, sind hier hauptsächlich nothwendig. Gewifs sind die Ausfuhrverbote des Getreides in tausend Fällen zweckwidrig und schädlich gewesen. Dafs aber kein Fall vorkommen könne, wo die Nothwendigkeit und ein höherer Staatszweck sie erfordern könne, und wo sie wirklich die öffentliche Noth vermindern, läfst sich nicht beweisen. Immer aber werden dergleichen Fälle unter die Ausnahmen gehören, und sehr oft werden sie blofs durch andere Staatsfehler herbeygeführt seyn. Wir werden bey der Betrachtung der speciellen Gewerbe, insbesondere bey der Handelspolicey, darauf zurückkommen.

§. 186.

Aber der Zustand, welchen wir geschildert haben, ist ein idealischer Zustand. Fast nirgends existirt diese Freyheit der Gewerbe. Zünfte, Gerechtigkeiten, Monopole legen ihr allenthalben unendliche Hindernisse in den Weg. Es würde vergebliche Mühe seyn, die Nachteile dieser mannigfaltigen Einschränkungen hier ausführlich schildern zu wollen. Theils erhellen sie aus unsern Grundsätzen, theils sind sie von andern Schriftstellern auf das vollkom-



menste dargestellt worden \*). Die Frage ist aber: Wie es eine Regierung anzufangen habe, um das alte hergebrachte System den von uns aufgestellten besseren Principien der Freyheit näher zu bringen, ohne die Gerechtigkeit und die Klugheit zu verletzen?

Die Zünfte haben bisher ein mehr oder weniger beschränktes Monopolrecht genossen, die einzelnen Zunftgenossen haben zum Theil ihre Privilegien und Gerechtigkeiten theuer erkaufte; viele in ihren Handgriffen grau gewordene Meister würden mit ihren Familien ganz zu Grunde gehen, wenn man mit einem Male ihr Gewerbe jedem freygeben wollte. Nur das Privilegium, daß einige oder wenige allein ein Gewerbe treiben dürfen, erhält ihnen ihr Brot. Hat die Regierung einen Irrthum begangen, daß sie dergleichen Privilegien ertheilte; so würde sie eine Ungerechtigkeit begehen, wenn sie ein garantirtes Recht ohne Entschädigung aufheben wollte (§. 172.). Entschädigung aber ist in diesem Falle schwer, wo nicht unmöglich. Oft ist der Schade kaum zu bestimmen, und dennoch vorhanden. Im Ganzen aber ist der Ver-

---

\*) Vor allen verdient hierher die schöne und vortreffliche Schrift gerechnet zu werden: Das Interesse des Menschen und Bürgers bey den bestehenden Zunftverfassungen. Königsberg 1803.



lust, den die Privilegirten durch Aufhebung der Privilegien leiden würden, für sich so groß, daß die Regierung die Mittel eines vollkommenen Ersatzes schwerlich ausfindig machen kann, wenn die Operation plötzlich vollführt werden sollte. Um so einleuchtender sind aber die Nachtheile der Zünfte und Privilegien. Denn aller Gewinn, den diese ihren Genossen geben, ist nur Verlust der übrigen Bürger. Es ist also der Gewinn, welcher aus der Zunftverfassung entspringt, keine Vermehrung des Landesreichthums, sondern nur eine Vermehrung des Einkommens der Zunftgenossen auf Kosten ihrer Mitbürger. Es ist daher zuerst durch die Zunftverfassung eine ungerechte Vertheilung begründet, aber zweytens hüßt auch die ganze Gesellschaft durch die bestehende Zunftverfassung mehr ein, als die Zünftler dabey gewinnen, indem einerseits die Kosten der Zünfte zu nutzlosen Zwecken verwandt werden, und andererseits die Vervollkommnung der Gewerbe und die Quantität der Production, welche bei vollkommener Gewerbsfreyheit Statt finden würde, leidet. Der Staat hat also ein vielfaches Interesse dabey, das bisherige Zunftsystem zu reformiren und die Gerechtigkeiten abzuschaffen.

Um dieses mit Gerechtigkeit und Klugheit auszuführen, muß er sich 1) einen deutlichen Begriff machen von den Vortheilen der Privile-



girten und den Nachtheilen, welche aus der Aufhebung der dem Ganzen schädlichen Privilegien für sie entstehen können; 2) einen deutlichen Begriff von dem durch jene Privilegien ertheilten Rechte; 3) muß die Regierung zur Vertilgung der für das Ganze schädlichen Gewerbsprivilegien auf eine solche Art schreiten, daß sie das Princip der Entschädigung, da wo diese Gerechtigkeit und Billigkeit fordert, nie aus dem Auge verliert, und daß sie zugleich die beschlossene Abschaffung oder Verbesserung des bestehenden Zunftsystems so wie die Grundfätze, nach welchen sie dabey verfahren wird, öffentlich, deutlich und bestimmt ankündige.

Was insonderheit das Recht der Zünfte anbetrifft; so ist zu bemerken, daß keine Zunft ihr Privilegium als ein Eigenthum der Gesellschaft für alle künftige Zeiten ansehen könne. Die Zünfte sind nur als Einrichtungen für das Wohl der bürgerlichen Gesellschaft anzusehen. Sobald erkannt wird, daß sie derselben schädlich werden, können sie aufgehoben werden, wenn nur dieses ohne Nachtheil der jetzt lebenden Glieder geschieht, welche im Vertrauen auf die Gesetze des Staats, ihr Vermögen und ihre Zeit aufgeopfert haben, um zu dem einmal gesetzlich garantirten Vorzuge zu gelangen. Der Staat hat es also immer nur mit den lebenden, jetzt vorhandenen Gliedern der Zunft zu



thun, in Ansehung der Nachkommenschaft ist er gänzlich frey. Denn diese nehmen an den erweiterten Vorthailen, welche die Gewerbsfreyheit gewährt, in vollem Masse Theil.

2) Der Staat braucht auf keine schimärischen, bloß eingebildeten Vorzüge der Zunftgenossen Rücksicht zu nehmen. Nur die, welche den Gliedern wahren Gewinnst, reelles Einkommen gewähren, verdienen seine Aufmerksamkeit; in Ansehung aller übrigen bestimmt ihn das allgemeine Wohl unbedingt. 3) Mißbräuche, d. h. solche Gebräuche in den Zünften, welche auf eine gesetzwidrige Art sich festgesetzt haben und sich mit den Zwecken des Staats nicht reimen, können nie als Rechte gelten, und ihrer Ausrottung steht nichts von Seiten des Rechts im Wege. 4) Das Recht eines Gewerbsprivilegirten wird nie verletzt, wenn sein Privilegium gegen Erstattung des Nutzwerths desselben aufgehoben wird.

Nach diesen Grundsätzen wird also die Regierung alle Mißbräuche der Handwerke und Innungen unbedingt abschaffen, alle Gewerbsprivilegien und Gerechtigkeiten aber unter der Bedingung der Entschädigung derer, welche im Besitze dieser Rechte sind, aufheben können. Die einzelnen Maßregeln hierzu zu gelangen, werden nach der Verschiedenheit der Beschaffenheit der Umstände fast in jedem Lande, und



für die mannigfaltigen Gewerke in denselben verschieden seyn müssen. Da, wo noch kein Zunftgeist Wurzel geschlagen hat, wie in Rußland und Nordamerica, wird sich die im vorhergehenden Paragraph entworfene Ordnung der Dinge am leichtesten allgemein realisiren lassen. In einem Staate, wo das Zunftwesen in die bürgerliche Verfassung tiefer verwebt ist, wie in Deutschland, werden sich freylich mehr Schwierigkeiten zeigen. Folgendes scheinen die allgemeinen Maximen zu seyn, welche den Staat bey diesem wichtigen Unternehmen leiten müssen:

- 1) Er wird damit anfangen, daß er denjenigen Gewerben eine freye Verfassung gibt, welche bisher entweder ganz ohne Zunft waren, oder deren Zunftgesetze schon an sich einen hohen Grad von Liberalität hatten. So würde es sehr leicht seyn, Kaufleute, Uhrmacher, Goldschmiede und andere zu bestimmen, ihre Zunftverfassung aufzugeben, und eine freye Corporation zu stiften, da so fast nirgends mehr von ihnen auf ihre Zunftverfassung streng gehalten wird.
- 2) In den übrigen Zünften müßte mit strenger Abschaffung der eingeschlichenen Mißbräuche der Anfang gemacht werden. Die Einschränkung, daß ein Meister nur eine



bestimmte Anzahl Gefellen halten dürfe, dafs ein Geselle nicht von einem Meister zum andern in derselben Stadt übergehen soll, dafs Wanderung zur Aufnahme in das Gewerk nothwendig sey, die Weigerung der Aufnahme unehelicher Kinder zu Lehr-lingen, die kostbaren und nutzlosen Meisterstücke u. s. w. sind unstreitige Mißbräuche, die aufgehoben werden müssen. Nach diesen Vorbereitungen würde es leicht seyn, die liberalen Gesellschaften zu formiren, in welche sich die Zünfte bald von selbst auflösen würden. Da das Band der Gefelligkeit dadurch nicht verloren ginge, die bürgerliche Ehre der Gewerbsgenossen dadurch vermehrt würde; so würden bald die Zunftgenossen ihre Zunft verlassen und sich an die neue Verbindung anschliessen. Sehr bald würden die Zünfte ganz von freyen Stücken dem Staate entgegenkommen und ihn bitten, sie an dem ehrenvollen Range einer Gewerbscorporation Theil nehmen zu lassen.

- 3) Was die Inhaber der Gerechtigkeiten betrifft; so ist der ursprüngliche Zweck des Staats bey ihrer Stiftung nicht gewesen, denselben einen ausschließlichen Gewinn zu sichern, oder gar denselben continuirlich zu erhöhen, sondern man hielt damals der-



gleichen Gerechtigkeiten für das beste Mittel, für die Bedürfnisse des Publicums zu sorgen. Keine Regierung hat daher dem Rechte entlagt, die Gerechtigkeiten zu vermehren, wo es das Bedürfnis verlangt. Der Verfasser der oben \*) (S. 430) angezeigten Schrift, thut die zweckmässigsten Vorschläge zur allmählichen Aufhebung derselben.

§. 187.

4) Zur Vervollkommnung der Gewerbe haben allerdings die Gewerbsgenossen selbst die allerstärkste Triebfeder in ihrem eignen Nutzen, und wenn Gewerbsfreyheit vorhanden ist, so erhält die Wirksamkeit dieser Triebfeder noch mehr Stärke. Indessen kann doch vieles, was zu diesem Zwecke beyträgt, durch isolirte Kräfte bey weitem nicht so gut bewirkt werden, als wenn sich die ganze Gesellschaft dieses Zweckes annimmt, und durch Vervollkommnung der Gewerbe der Vortheil aller besorgt

---

\*) Man versteht unter Gerechtigkeiten gewisse ausschliessende Privilegien, wornach in jeder Stadt, Districte oder Provinz, nur eine bestimmte Anzahl von Personen zu Betreibung eines Gewerbes berechtigt sind. Dergleichen Gerechtigkeiten sind bald persönlich, bald hängen sie an gewissen Grundstücken, Stellen u. s. w.



wird; warum sollte sich der Staat derselben insbesondere annehmen, wo von ihm hauptsächlich das Gute erwartet werden kann.

Dieses kann er aber unstreitig dadurch:

- 1) Dafs er die Errichtung guter Kunst-, Industrie- und Gewerbschulen begünstiget. Was im Allgemeinen zur Vorbereitung der Gewerbe geschehen müsse, ist schon oben (§. 151.) gesagt; aber wenn die bisherigen Lehrjahre der Handwerker wegfallen; so würde es nützlich seyn, an deren Stelle eine bessere Methode der Erlernung der Gewerbe einzuführen. Die beste würde unstreitig die seyn, wenn man die geschicktesten Meister insbesondere zu Lehrmeistern stempelte, und aus ihnen eine Unterrichtsanstalt für jedes Gewerbe formirte. Ohnerachtet nun jedem Meister erlaubt seyn müßte, andere zu unterweisen, so könnte doch daneben eine vollkommne und organisirte practische Lehranstalt bestehen, wo jeder gewifs wäre, es in dem Gewerbe durch Fleiß und Mühe bis zu dem höchsten jetzt bekannten Grade der Vollkommenheit zu bringen. Die Einrichtung dieser Lehranstalten, so wie die schnelle Communication aller neu entdeckten Vortheile in den Gewerben, müßte die



Haupttendenz der Gewerbsaffociationen seyn.

2) Wenn er zu nützlichen Erfindungen durch Geld und Ehrenprämien anreizt, und die Einführung der neuerfundenen Künfte durch Bekanntmachungen, Mittheilungen u. f. w. erleichtert.

3) Wenn er den Werken der Industrie öffentliche Aufmerksamkeit beweiset, und den vollkommenen gemeinnützigen Arbeiten Gelegenheit verschafft, bald allgemein bekannt zu werden. Die öffentlichen Kunstausstellungen hat man von jeher als ein Mittel erkannt, die Künfte zu befördern. Was in den schönen Künften aber wirksam ist, wird es auch für die mechanischen und chemischen seyn. In Frankreich hat man diese Triebfeder zuerst benutzt, und mehrere Staaten sind schon nachgefolgt. Aber die Industrie verdient nicht nur Aufmunterung, um ihre Werke zu vervollkommen. Auch die Geschicklichkeit, die Geschwindigkeit und Sicherheit der Arbeit verdient angereizt zu werden. Sie enthalten nicht mindere Quellen des Nationalreichthums. Eine Industrielehranstalt also, wo die Arbeiten schneller, besser vertheilt, mit bessern Instrumenten und Maschinen verrichtet werden als an-



derswo, hat unstreitig noch grössern Einfluß auf den Wohlstand einer Nation, als ein, vielleicht in allzuvieler Zeit vollendetes Werk des Luxus. Bisher hat sich der Staat fast nur für gelehrte Anstalten interessirt; es ist aber offenbar, daß Industrieanstalten, wo nicht mehr, doch gewiß eben so sehr seiner Aufmerksamkeit werth sind.

§. 188.

Die Aufmunterungen der Industrie; welche wir bisher erwähnt haben, sind sämmtlich von der Art, daß sie zu keines Nachtheile, sondern vielmehr zu aller Vortheile gereichen. Denn die Verstärkung der Reichthumsquellen dient allemal dem Wohl aller. Verdächtiger und zweydeutiger sind einige in der bisherigen Staatswirthschaft übliche Reizmittel, die darin bestehen, daß man der Industrie einen höheren Preis ihrer Producte sicherte als sie, dem natürlichen Lauf der Dinge zufolge, gefunden haben würden. Dergleichen sind:

- 1) Patente d. h. Rechte, daß die Erfinder neuer Künste oder Gewerbe, die Vortheile davon eine bestimmte Zeit allein genießen, und allen andern verwehrt werden soll, die Producte ihrer neuen Industrie zu ihrem Gewerbe zu machen. Wenn dergleichen Patente nur auf solche Künste ertheilt wer-



den, deren Erfindung viel Aufopferung von Zeit, Geld und Arbeit gekostet hat, und deren Erfindung nicht so leicht ist, daß sie von andern eben so leicht erfunden werden können, sobald man die Kunst bedarf; so sind sie eine gerechte und billige Belohnung des Erfinders; werden sie aber auf zufällige Erfindungen und auf unbedeutende Kunstgriffe ausgedehnt; so können sie leicht die Industrie anderer lähmen, und sind also verwerflich.

2. Monopole, d. h. Vorrechte, gewisse Producte im Lande allein zu verfertigen und zu verkaufen. Gewöhnlich nimmt man zu denselben seine Zuflucht, wenn es an gewissen Producten im Lande fehlt, und man gern die Einfuhr ausländischer Waaren dieser Art verdrängen möchte. Daß es vortheilhafter sey, ein Product des Inlands theurer zu bezahlen, als es im Auslande wohlfeiler zu kaufen, ist ein politisches Vorurtheil: der Nationalreichthum muß dabey allemal verlieren. Es sind daher alle Mittel, Gewerbe künstlich ins Land zu pflanzen, die sich ohne positive Unterstützungsmittel nicht erhalten können, vor einer gefunden Politik verwerflich \*). Nur

---

\*) Den Beweis liefert die National - Oekonomie.



als Beschleunigungsmittel der Einführung eines nützlichen Gewerbes lassen sich die Monopolen einigermassen entschuldigen. Dann müssen sie aber auf eine kurze Zeit eingeschränkt und überhaupt mit vieler Vorsicht und unter grossen Einschränkungen ertheilt werden, damit das Publicum nicht grössern Schaden als Vorthail davon habe. Von gleicher zweydeutiger Beschaffenheit sind

3. die Prämien, in wiefern sie nicht Belohnungen einzelner Erfindungen und Aeusserungen der Industrie überhaupt sind, wo sie allerdings sehr heilsam seyn können; sondern in wiefern sie gebraucht werden, den Producenten einen höhern Preis für ihre Waaren zu sichern, als sie vom Käufer unmittelbar erhalten, oder sie in den Stand zu setzen, die Waare wohlfeiler zu verkaufen, als es vom Ausländer geschehen kann. Der Staat bezahlt nemlich diese Prämie entweder unmittelbar, wie England die Getreideprämie und Preussen unter *Friedrich II.* die Prämie auf die inländischen Seidenfabricate bezahlte, oder er läßt sie die Unterthanen dadurch bezahlen, daß er durch Zölle den Preis der übrigen gleichen Waaren so sehr in die Höhe treibt, daß Niemand sie zu einem so



niedrigen Preise im Lande verkaufen kann, als die Begünstigten. Welche Methode der Prämienertheilung der Staat wählen mag, immer müssen die Käufer oder gar Käufer und Nichtkäufer die Prämie und das, was die Verkäufer über den Preis bekommen, den die Waare bey freyer Concurrenz erhalten würde, bezahlen. Die Aufmunterung aber, welche dadurch die Industrie erhält, ist ganz zweckwidrig. Denn die Industrie soll zur Hervorbringung und zur Vermehrung, nicht aber zur Vernichtung und Verminderung des Vermögens dienen. Wenn aber andere gezwungen werden, mehr von ihrem Vermögen für die Arbeiten anderer zu geben, als nöthig wäre, wenn jener Zwang nicht existirte; so vernichtet jener Zwang offenbar einen Theil des Vermögens. Denn jene Arbeiter und Capitalien, welche der Staat durch Prämien bey gewissen Gewerben erhält, würden nicht müßig geblieben seyn, wenn sie nicht durch die Prämien zu dieser Art der Production gelockt worden wären. Sie hätten eben so große Werthe hervorgebracht, als jetzt, und diese hätten der Gesellschaft nichts gekostet. Und wenn daher ihre hervorgebrachten Werthe auch noch etwas kleiner gewesen wären; so



hätte doch der Staat im Ganzen gewonnen. Denn die Prämien, welche die privilegirten Producenten erhielten, hätten zugleich zu einer nützlichen Production verwandt werden können. Diese Prämien sind also keine Aufmunterungen, sondern wirkliche Zerstörungsmittel des Gewerbfleisses.

Das mehrste Aufsehen haben die Prämien auf die Getreideausfuhr in England gemacht, und man hat die Politik dieses Landes oft als meisterhaft gepriesen, indem man den blühenden Zustand des Ackerbaues hauptsächlich von diesen Prämien herleitet. Allein *Adam Smith* \*) hat das Irrige und Falsche dieser Meinung deutlich und gründlich bewiesen. Jene Prämien hatten an dem steigenden Wohlstande Großbritanniens so wenigen Antheil, daß sie vielmehr ihm entgegen gewirkt haben und nur die stärkeren entgegenstrebenden Ursachen ließen den Nachtheil des Prämiensystems nicht bemerken. Man hat ein Hinderniß des steigenden Wohlstandes für eine Ursache desselben gehalten. Denn da der Wohlstand, des Hindernisses ungeachtet, stieg, so hielt man es für die Ursache des Steigens, und täuschte sich auf die Weise, wie man sich häufig in Beurtheilung politischer Phä-

---

\*) An Inquiry into the nature and causes of the Wealth of nations by A. Smith. Basil. T. III. 10 u. f. w.



nomene täuscht. Prämien auf die Ausfuhr im Lande unentbehrlicher Producte sind geradezu die allerschlimmsten und drückendsten Prämien. Denn die Unterthanen müssen nicht nur die Prämie, sondern auch den durch dieselbe in die Höhe getriebenen Preis für alle die Waaren bezahlen, welche sie davon nöthig haben \*).

- 4) Alle Arten von Beförderungen des Debits der Waaren sind auch immer Aufmunterungen für die Gewerbe, welche dergleichen Waaren erzeugen. Trägt nun der Staat zur Erleichterung dieses Debits durch gute Wege und Canäle, durch vortreffliche Einrichtungen des Post- und Frachtwesens, durch Sorge für Sicherheit im Lande und für leichtes Fortkommen im Auslande dazu bey, so hält er sich innerhalb der Grenzen seiner Befugniss und Pflicht und verdient allgemeinen Dank. Gebraucht er aber das Abgaben- und Zollsystem zugleich als ein Mittel, die Industrie aufzumuntern, so ergreift er ein Instrument, dessen Gebrauch so viel Kunst und Geschicklichkeit erfordert, das man noch keinen Staatsmann kennt, der nicht durch den Gebrauch desselben dem Staate, dem er dienen wollte, zugleich grofse Uebel zugefügt und sich im

---

\*) S. meine National - Oekonomie. S. 293.



Verlauf der Zeit den bittersten Tadel zugezogen hätte, und wenn daher auch wirklich einiger Nutzen dadurch zu stiften wäre; so ist es doch vielleicht besser, sich des Gebrauchs eines so gefährlichen Instrumentes gänzlich zu enthalten, oder doch es nur sehr behutsam und mit der allergrößten Vorsicht, immer aber nur temporär anzuwenden.

In der That muß man bey genauer Betrachtung der Quellen des Nationalreichthums gänzlich daran zweifeln, ob Abgaben je ein schickliches Mittel seyn können, die Industrie auf eine für das Ganze vortheilhafte Art zu beleben und ob es nicht besser sey, bey Regulirung derselben nur allein darauf zu sehen, daß man keine Art von Gewerbe dadurch niederschlage, nie aber darauf, daß man eine besondere Art von Gewerbe dadurch aufmuntere. Denn Abgaben können das eine Gewerbe nicht aufmuntern, ohne daß sie tausend andere die Kosten dazu tragen lassen. Hierdurch leidet aber die Gesellschaft allemal auf der einen Seite mehr, als sie auf der andern gewinnt \*). Eine solche Aufopferung ist aber ganz unnöthig, wenn die Arbeiter und Capitale, bey vollkommner Gewerbsfreyheit, solche Be-

\*) Nationalökonomie, S. 295.



schäftigungen gefunden haben würden, wobey sie, ohne alle Aufopferung der übrigen, denselben Werth würden hervorgebracht haben.

~~~~~  
Fünfter Abschnitt.

*Von der öffentlichen Vorsorge für die Gewerbe, insbesondere wodurch die rohen Producte gefördert werden.*

§. 189.

Je mehr Landesproducte gewonnen werden, desto reicher wird eine Nation, desto besser und leichter wird sie alle ihre Bedürfnisse befriedigen. Dieser Satz ist einleuchtend und allgemein anerkannt. Alle Mittel, wodurch die größtmöglichste Vermehrung der Erzeugnisse des Bodens am leichtesten bewirkt wird, muß daher der Staat vorzüglich unter seinen Schutz nehmen, oder sie da, wo sie fehlen, herbeyzuschaffen suchen, wo Privatkräfte dieses nicht so leicht vermögen.

Im allgemeinen läßt sich auch hierbey auf die Wirksamkeit des freyen Spiels des Privatinteresses das meiste rechnen. Jeder, der ein Grundstück besitzt, wird in der Regel die größte Anstrengung anwenden, um aus demselben den größtmöglichsten Gewinn zu ziehen. Fehlt es ihm an Mitteln dazu; so



werden andere, welche diese Mittel besitzen, das Grundstück an sich zu bringen suchen, und dem alten Besitzer ein solches Capital dafür geben, welches ihm mehr einbringt, als sein Grundstück, dahingegen sie, vermittelt der in ihrer Gewalt befindlichen Mittel, mehr aus dem Grundstücke gewinnen werden. In der Regel findet das Privatinteresse die Mittel, wie Grundstücke am besten zu nützen sind, am leichtesten und sichersten aus, und wenn der Staat nur dafür sorgt, daß die Privatthätigkeit keine Hindernisse und Schwierigkeit bey Benutzung der Grundstücke antrifft, und daß der Eigennutz des einen den andern die ihnen rechtmäßig gebührenden Vortheile nicht entziehen kann; so scheint es, daß er sich aller übrigen Zwangsregulative für die rechte Benutzung der Grundstücke gänzlich enthalten könne. Eine nähere Betrachtung der einzelnen Gewerbezweige, wodurch rohe Producte gewonnen werden, wird die Richtigkeit der Grundsätze in der Anwendung näher an den Tag legen.

Die Hauptzweige des Gewerbes, wodurch rohe Producte gewonnen werden, sind:

- 1) Jagd und Fischerey;
- 2) Forstbau;
- 3) Bergbau;
- 4) Landwirthschaft, Ackerbau, Viehzucht, Gartenbau u. s. w.



§. 190.

1) Die Jagd kann bald die Ausrottung, bald die Benutzung wilder Thiere zum Zweck haben. Sie wird infonderheit in letzterer Hinsicht, wo sie als gewinnbringendes Gewerbe betrieben werden soll, ein Gegenstand der Policy. In cultivirten Staaten ist die Jagd nur ein Nebengewerbe, und da hat die Policy mehr damit zu thun, dahin zu wirken, daß sie andern fruchtbareren Gewerben keinen Schaden zufüge, als sich um die Ausbreitung ihrer Nutzbarkeit zu bekümmern.

Noch lange, nachdem das Grundeigenthum eingeführt war, blieb die Jagd frey. Wilde herumirrende Thiere wurden als das Eigenthum dessen betrachtet, der sie ergriff. Sobald aber die Jagd ansehnliche Vortheile verspricht, und die Producte derselben Handelsgegenstände werden, suchen sich auch diejenigen, welche Anspruch auf den Boden machen, des ausschließlichen Rechtes über die sich auf demselben befindlichen Thiere zu versichern. Wo Grund und Boden Gemeingut ist, da bleibt auch das Jagdrecht gemein und jeder bedient sich desselben nach dem Mafse seiner Kunst und Geschicklichkeit. Ohne alle einschränkende Regeln gedeihet dieses Gewerbe, beyder vollkommenen Freyheit, am besten. Bloß die



Jagdzeit bedarf unter solchen Umständen eine Bestimmung, weil der Privateigennutz sonst leicht die Quelle des künftigen Reichthums zerstören kann. Und diese Einschränkung wird unter allen Umständen da Statt finden müssen, wo mehrere an dem Jagdrechte Theil nehmen. Denn in wie weit die edlere und bessere Production nicht etwa die gänzliche Vertilgung der Thiere nothwendig macht, darf man es nicht auf Zerstörung anlegen. Der daurende Nutzen der Jagd ist nur durch den jährlich wiederholten Ersatz der erlegten Thiere möglich. Wenn nun auch einige Theilnehmer der Jagd sich des Jagens zu der Zeit, welche zur Fortpflanzung der Geschlechter nothwendig ist, enthalten wollen; so würde der Eigennutz andere antreiben, die Jagd in dieser Zeit desto stärker zu benutzen, und diese würden durch Befriedigung ihres Vortheiles andern, so wie dem ganzen Jagdgewerbe, einen großen Schaden zufügen. Folglich muß da, wo dieses zu beforgen ist, eine allgemeine öffentliche Einschränkung in Ansehung der Jagdzeit allenthalben, wo das Jagdrecht mehreren gemeinsam zustehet, Statt finden.

So bald der Boden zu einträglicheren Früchten angewandt wird, als die Jagd liefern kann, wird das Princip der Gesetzgebung seyn müssen, die Jagd so einzufchränken,



dafs dadurch der besseren und werthvolleren Production kein Abbruch geschehe. In stark bewohnten Gegenden macht die Sicherheit der auf der Jagdflur sich befindenden und bewegenden Menschen noch mehrere Einschränkungen nothwendig (§. 117). Die Einschränkung des Jagdrechts auf die Herren der Grundstücke und auf die Bedingung, dafs es nur von jagdverständigen Personen ausgeübt werden dürfe, scheint sich für cultivirte und angebauete Länder am besten zu passen. Eine solche Ausdehnung des Jagdrechts, wodurch dem Ackerbau und der nützlicheren Cultur des Landes Schaden zugefügt werden darf, widerspricht aller gefunden Politik, und ist ein Recht, dem der Staat keine Gültigkeit zugestehen kann, wenn es auch durch einen Vertrag erworben wäre. Denn im Staate sollen keine Verträge geschlossen werden, welche das Princip der Erweiterung der Population und der möglichen Vermehrung des Staatsreichthums zerstören. Wo das Jagdrecht einem andern auf fremdem Grund und Boden zustehet, mufs der Berechtigte dennoch für alle Schäden verantwortlich gemacht werden, die er dem fremden Boden oder den darauf wachsenden Producten durch die Jagd zufügt, und wenn den Jagdberechtigten die Einhegung des Wildes zur Pflicht gemacht und zugleich jedem Grundeigenthümer



das Recht zugestanden wird, die verwüstenden Thiere, welche er auf seinem Grundstücke antrifft, zu tödten; so scheint dadurch dem Mißbrauche des Jagdrechtes hinlänglich vorgebauet zu seyn.

Die Fischerey ist ein sehr bedeutender Gegenstand in manchen Staaten; in allen Ländern aber macht sie einen Erwerbszweig aus, welcher der Aufmerksamkeit des Staats nicht entgehen darf. Sie kann in Meer- und Fluß- oder Teichfischerey eingetheilt werden und letztere ist wiederum entweder ausschließende Privatifscherey oder gemeinsame Fischerey. Die Pflichten der Policey in Ansehung dieser verschiedenen Arten der Fischerey sind sehr verschieden.

In Ansehung der Meerfischerey hat man oft Gesellschaften privilegirt, und ihnen das ausschließende Recht zugestanden, in gewissen Theilen des Meeres zu fischen, um ihnen den Gewinn von der Anlegung ihrer Capitale zu sichern. Wenn dieses geschieht, um das nützliche Gewerbe der Fischerey einzuführen, weil die Furcht vor der Gefahr der Verluste die ersten Unternehmer abhält; so ist ein solches Monopol zweckmäßig (§. 188). Es darf aber auf nicht längere Zeit ertheilt werden als es nothwendig ist, um das Gewerbe in den Gang zu bringen. Prämien wären vielleicht ein noch



•besseres und weniger schädliches Mittel, da man leichter damit inne halten kann, wenn sie ihren Zweck erreicht haben, und die Concurrency dabey keine Einschränkung leidet. Wo, wie im Meere, das Gebiet der Industrie gleichsam unendlich ist, sollte man die Benutzung der Gewässer am allerwenigsten auf eine Anzahl einschränken. Vollkommene Freyheit der Meeresfischerey wird stets die meisten Producte und diese zu den wohlfeilsten Preisen liefern.

Was die innländische Flufs- und Teichfischerey betrifft; so hat die Policy gar keine Schranken für alle diejenigen nöthig, welche auf ganz eigenthümlichen Gewässern auf eignen Grundstücken fischen. Denn diese leitet ihr eigener Nutzen am sichersten zur Vermehrung des Nationalreichthums. Sobald aber mehrere an der Fischerey Theil nehmen, oder mehrere die Gewässer auf andere Art benutzen dürfen; so werden mancherley Schranken nothwendig, welche sämmtlich durch das Princip der Beförderung der größtmöglichsten Production bestimmt werden. Nach demselben werden nicht nur alle Handlungen untersagt werden müssen, wodurch die Fische verscheucht oder leicht getödtet werden können, wo nicht ein höherer Zweck solche nothwendig macht, sondern es muß auch eine gute Fischerordnung entworfen werden, wodurch verhindert wird,



dafs Unwissenheit, Leichtfinn oder Eigennutz der einen nicht dem ganzen Gewerbe schaden, und diese Quelle des Nationalreichthums vermindern könne. Sachkundige Männer, ausgerüstet mit der gehörigen Localkenntniß, werden die besten Vorschläge zur Erreichung dieser Zwecke thun können.

§. 191.

2) In keinem Zweige der Staatsökonomie haben die verschiedenen Politiker mit so vieler Hartnäckigkeit die entgegengesetzten Meinungen behauptet, als in der Forstwirtschaft. Meiner Meinung nach kann dem Staate das Recht nicht abgestritten werden, einen solchen Gebrauch selbst des Privateigenthums zu verhindern, welcher dahin wirkt, der Nation die unentbehrlichsten Subsistenzmittel zu entziehen. Wenn also zu fürchten wäre, dafs die Privatwirthschaft mit ihren Waldungen eine so unsinnige Wirthschaft trieben, dafs sie ein für die Nation unentbehrliches Material, das Holz, vernichteten; so müßte freylich wohl die Regierung einer solchen Wirthschaft Schranken setzen. Aber ob ein solcher Fall bey gehörig organisirtem Privateigenthum der Forsten je eintreten könne, ist sehr zu bezweifeln, da keine Ursache vorhanden ist, weshalb der Eigennutz, der so sehr darauf bedacht ist, alle Bedürfnisse herbey



zu schaffen, nicht auch genugsame Holzvorräthe produciren oder herbeyführen sollte, wenn er durch gute Bezahlung dazu aufgemuntert wird. Die Sache ist indessen sehr zusammengesetzt und die Fälle sind sehr verschieden. Daher läßt sich im Allgemeinen über die in einzelnen Fällen zu ergreifenden Mafsregeln nichts bestimmen.

Ein grofser Unterschied dieser Mafsregeln wird schon durch die verschiedenen Eigenthumsverhältnisse nothwendig gemacht, welche fast bey keinem Gegenstande so verschieden modificirt sind, als bey den Forsten, und welche einen sehr verschiedenen Einflufs auf den Nationalreichthum haben. Einige Waldungen nemlich gehören der Regierung unbedingt, bey andern üben die Unterthanen ein Nutzungsrecht aus. Einige Forsten haben noch gar keinen Eigenthümer, sondern werden von jedem beliebig benutzt; über andere stehet das Eigenthumsrecht den Gemeinden, über noch andere Privatleuten zu; und dieses Eigenthumsrecht ist gemeiniglich sehr mannigfaltig modificirt. Dem einen gehört das Holz, einem andern der Grund und Boden, einem dritten die Grafsnutzung, einem vierten die Jagd. Die Menschen können sich schwer daran gewöhnen, das im freyen Walde von der Natur selbst hervorgebrachte Holz als ein Privateigenthum zu be-



trachten, und sehen die Ausübung dieses Rechtes als eine Anmaßung des Stärkeren gegen den Schwächeren an. Daher herrscht fast in allen Ländern ein stillschweigender Verein der ärmeren Classen, das Eigenthumsrecht auf Wälder nicht anzuerkennen, und davon so viel zu stehlen und zu rauben, als immer möglich ist. Auch ist nicht zu läugnen, daß in vielen Ländern dem gemeinen Manne das Recht auf Benutzung des Holzes willkürlich entzogen worden ist. In cultivirten Ländern sind indessen die Eigenthumsverhältnisse der Waldungen bestimmter, und werden mehr geachtet, als in solchen, wo die bürgerliche Gesellschaft noch im rohen Anfange ist.

Eine zweckmäßige Anordnung der Eigenthumsverhältnisse in Ansehung der Waldungen ist aber das allererste, worauf eine weise Regierung Bedacht nehmen muß. Alle Verordnungen über die Forstbenutzung werden vergebens seyn, oder wenig ausrichten, wo nicht die Eigenthumsverhältnisse geordnet sind, und sind diese nach Grundsätzen der Nationalökonomie eingeführt; so wird die Policy fast alle Vorschriften in Ansehung der Nutzung der Wälder entbehren können, und alles wird einen guten Gang gehen.

Das erste einer guten Staatswirthschaft wird also seyn müssen, daß alle Forsten im



Staate bestimmte Eigenthümer erhalten, daß die Grösse und die Grenzen der Wälder, worauf die bestimmten Personen ein Eigenthumsrecht haben, genau bestimmt werden \*). Es ist besser, daß ein Grundstück irgend einen gewissen Eigenthümer hat, wenn es auch ein schlechter wäre, als gar keinen, und es ist besser, daß es gar keinen hat, als einen ungewissen und unbestimmten. Denn im letzten Falle ist der Wald ein gewisser Raub des Eigenthümers sowohl, als der Nichteigenthümer, weil bey der Ungewissheit, wem er am Ende zufallen wird, ihn jeder plündert und Niemand für seine Verbesserung sorgt.

Der zweyte Umstand ist, daß der Staat dafür sorge, daß die Waldungen solche Eigenthümer erhalten, und daß solche Eigenthumsverhältnisse eingeführt werden, in deren Natur es liegt, daß daraus die möglichst beste Benutzung der Waldungen folgt. Die unwirthschaftlichste Art des Eigenthumes ist es, wenn solches grossen Gemeinheiten gemeinschaftlich zustehet, die wirthschaftlichste, wenn ein Einzelner uneingeschränkter Herr davon ist. Je weniger Herren eines Grundstückes sind, je weniger ir-

---

\*) In Rußland liegen noch viele Wälder, die Niemanden gehören und noch mehr, wovon der Eigenthümer nicht weiß, wie viel ihm davon gehört. S. *Storcks Rußland* unter *Alexander I.* Heft XXII.



gend ein anderer sie in Benutzung ihres Grundstückes einschränken kann, desto vortheilhafter werden sie das Grundstück sowohl für sich als für die ganze Gesellschaft benutzen. Jemehr also der Staat es dahin bringen kann, daß die Waldungen unter Privatleute eigenthümlich vertheilt werden, je mehr er jeden Privateigenthümer von allen Servituten, die auf seinem Eigenthume haften, befreyen kann, so daß Boden, Holz, Grasung, Jagd, ihm gleich unumschränkt angehören, desto besser wird für die Vermehrung des Nationalreichthums gesorgt seyn, desto besser wird der Holzanbau da, wo er nöthig ist, gedeihen. Daß der Staat ein besserer Eigenthümer der Waldungen ist, als Gemeinheiten, läßt sich im allgemeinen mit Gewissheit behaupten. Denn der Staat nimmt ein Interesse an dem allgemeinen Wohl und dieses wird ihn antreiben, wenigstens nützliche Verordnungen für die Waldwirthschaft zu machen, da Gemeinheiten selten ein großes Interesse haben, das Wohl des Ganzen zu besorgen und dem Streben jedes einzelnen, den Vortheil in kurzer Zeit zu ziehen, die Sorge für die Nachkommen immer untergeordnet bleibt. Aber nie wird doch der Staat in Benutzung seiner Grundstücke dem einzelnen Privateigenthümer in der Regel gleich kommen. Denn wenn auch seine Vorschriften besser seyn mögen, so kann es doch



seine Praxis nicht seyn, da weder sein eignes Interesse, noch das Interesse derer, welche er zu Administratoren bestimmt, so groß seyn kann, den größtmöglichen Gewinn von den Grundstücken zu ziehen, als das Interesse eines Privatmannes, und die Sorgfalt und Umsicht des letzteren, um alle Vortheile zu benutzen, die Sorgfalt der öffentlichen Vorforge weit übertrifft.

Zwar hält man gemeiniglich dafür, daß in Ansehung des Eigenthums der Waldungen eine Ausnahme Statt finde, und dieses sich besser für den Staat als für Privatleute schicke. Denn sagt man 1) erfordert es das allgemeine Interesse, daß die Waldungen geschont und nur nach und nach benutzt werden, da hingegen das Privatinteresse seinen Vortheil dabey findet, das Holz schnell und auf einmal zu veräußern; 2) hat der Staat ein weit größeres Interesse dabey, für alle Gegenden des Reichs zu sorgen als der Privatmann, und es ist daher besser, daß die Waldungen in den Händen des Staats als in den Händen von Privatleuten sind.

Allein 1) würde hieraus noch nicht folgen, daß die Waldungen am besten Staatseigenthum wären, wenn auch wirklich das Privatinteresse dem allgemeinen entgegenwirken könnte. Denn immer wird doch die Privatforfgalt für Erhaltung und Vermehrung des



Holzes größer seyn, als die öffentliche und der Staat dürfte daher nur, auf den Fall eines für die Gesellschaft schädlichen Gebrauchs der Waldungen, gewisse allgemeine Schranken der Benutzung der Privatwälder bestimmen. Die öffentliche Administration ist wenigstens immer kostbarer und nachlässiger als die Privatadministration eines einzelnen Eigenthümers, und so würde doch das Privateigenthum unter gehöriger Einschränkung immer besser seyn, als das öffentliche. Allein 2) die Furcht vor Verwüstung des Holzes durch die Privateigenthümer selbst, liegt bloß in der Einbildung. Die Holzverwüstungen gehen in Staatswäldern oder in solchen, die keine sichern Eigenthümer haben, oder auch in Gemeindewäldern am häufigsten vor. Privateigenthümer können keinen reellen Vortheil dabey finden, ihre Hölzer plötzlich niederzuhauen, wenn ihnen nicht die einschränkenden Policeyverordnungen selbst, erst diese Vortheile verschaffen. Man setze, es habe im Lande jeder Waldbesitzer die Freyheit, so viel Holz zu schlagen, als er will, und es wollten alle diese Freyheit so gebrauchen, daß sie plötzlich ihre Waldungen niederschlägen; so würde hieraus eine große Wohlfeilheit des Holzes entspringen. Diese aber würde die klügeren und reicheren augenblicklich bestimmen, mit dem Niederhauen inne zu halten, da sie ein-



sehen müssen, daß bey einem so unfinnigen Verfahren der Preis des Holzes sehr bald wieder steigen müßte und sie sodann einen desto höheren und längeren Profit haben würden. Es ist kein Grund anzunehmen, daß die Waldbesitzer so thöricht seyn und eilen sollten, ihr Holz zu wohlfeilen Preisen jetzt zu verkaufen, wenn sie einsehen, daß sie es in kurzem zu höheren Preisen verkaufen können. Wenn aber das willkürliche Holzschlagen den Privateigenthümern in der Regel verboten ist; so ist es natürlich, daß ein solches Verbot den Holzpreis über seinen natürlichen Preis hält, und wenn nun ein einzelner die Erlaubniß erhält, sein Holz beliebig wegzuschlagen, so kann er sein ganzes Holz zu dem hohen Preise verkaufen, und dann kann er allerdings gute Gründe haben, sich ein Capital mit einem Male zu verschaffen, wozu ihm sonst die Gelegenheit fehlen würde.

Es lassen sich fast gar keine allgemeinen Vorschriften für die bestmögliche Benutzung der Wälder geben, da Local- und andere besondere Verhältnisse stete Abänderungen in dem Verfahren fodern. Setzt daher der Staat der Benutzung der Wälder allgemeine Schranken; so werden dieselben hier gut und nützlich, dort aber schlecht und schädlich seyn. Wo sie gut sind, hätte sie der Privateigenthümer gewiß von selbst befolgt, da waren sie also überflüssig; wo



sie aber schädlich sind, schränken sie den Privateigenthümer auf eine höchst nachtheilige Art in Benutzung seines Bodens ein. Es scheint daher die allerbeste Politik in Ansehung der Waldungen zu seyn, die Benutzung der Privatwaldungen jedes Eigenthümers Willkür zu überlassen, und alle Gemeinwälder und selbst die Staatswälder nach und nach in uneingeschränktes Privateigenthum zu verwandeln, wo nicht etwa andere wichtige Zwecke die Beybehaltung einiger Staatsforsten erfordern.

Gegenwärtig existiren in vielen Ländern an manchen Orten Waldungen, wo sie gar nicht benutzt werden können, und wo ein Morgen Waldung keine oder kaum einige Pfennige jährliche Renten bringt; an vielen Orten aber ist großer Holzmangel, ohne daß man deshalb einen großen Eifer für neue Anpflanzungen bemerken sollte. Liefse man die Benutzung des Bodens ganz frey und legte den Eigenthümern der Waldungen gar keine Schranken auf; so würden vielleicht bey der Eröffnung einer solchen Freyheit mehrere ihre Waldungen niederschlagen. Hierdurch würde aber das Holz an den Stellen, wo es geschähe, wohlfeiler werden, um bald darnach desto höher wieder zu



steigen. Ein solches Steigen des Holzpreises würde mehr aufmuntern, neue Anpflanzungen zu unternehmen, und es würde in allen Gegenden bald so viel Holz angepflanzt werden, als die Gegend nöthig hat, sobald die Besitzer des Bodens ihren Vortheil dabey fähen. Die Regel ist: „Sobald es gleich vortheilhaft seyn wird, einen Acker mit Holz oder mit Getreide zu bepflanzen, und sobald die Holzpflanzungen in gewissen Strichen noch vortheilhafter sind, als der Getreidebau; so wird es der Privateigenthum an Holze nicht fehlen lassen.“ So lange aber dieses nicht der Fall ist, so lange der Boden besser benutzt werden kann, wenn man ihn zu andern Früchten als zu Holz benutzt, wird der Nationalreichthum immer mehr gewinnen, wenn das Holz ausgerottet, und der Boden auf eine vortheilhaftere Art benutzt wird.

Sagt man, daß das Holz lange Zeit gebrauche und daher ein angerichteter Schade sobald nicht herzustellen sey; so ist zu erwägen, daß eine so gefährliche Holzverwüstung von den Privateigenthümern gar nicht zu fürchten sey, wo die Sachen ihrem natürlichen Gange überlassen werden. Ein Waldbesitzer wird daselbst immer ein größeres Capital für seinen Wald erhalten können, wenn er ihn an einen Capitalisten verkauft, als wenn er das Holz mit einem



Male niederschlagen und einzeln verkaufen wollte \*). —

Es liegen daher weit mehr Gründe in der öffentlichen Verwaltung, die Waldungen schlecht zu benutzen, und selbst sie zur Unzeit zu ruiniren, als in der Privatbenutzung. Denn 1) ist in der Regel jede öffentliche Wirthschaft weniger ökonomisch, als eine Privatwirthschaft, und dafs es infonderheit die öffentliche Forstwissenschaft sey, weifs ein jeder, der das Forstwesen etwas näher kennt. Die Gelegenheiten zum Betrug sind hier unendlich und die Reize der Forstbedienten, das Holz zu vermindern, sind allenthalben stark. 2) Liegen der Regierung zur Zeit der Noth ihre Forsten eben so nahe, als dem Privatmanne, und da die erstere sie zur Zeit der Noth nicht leicht verkaufen kann, weil sie zu grofse Capitale gebraucht, die für den Ankauf der Grundstücke nicht entbehrt werden können; so hat sie den grössten Reiz,

G g 2

---

\*) Wenn ein Wald bey guter Forstwirthschaft jährlich 5000 Thlr. reinen Gewinn abwirft; so wird der Waldbesitzer in jedem Lande, wo die Zinsen 5 Procent stehen, leicht 100,000 Thaler für seinen Wald erhalten. Wollte er das Holz mit einem Male niederhauen; so würde er vielleicht kaum die Hälfte daraus lösen. Denn 1) würde er nicht sogleich Käufer für das viele Holz finden, und 2) würde er es wenigstens viel wohlfeiler verkaufen müssen, als er das Holz verkauft, was alljährlich in kleineren Quantitäten geschlagen wird.



die Hölzer niederschlagen zu lassen, um auf die kürzeste und schnellste Weise zu Gelde zu kommen. Die Beyspiele davon sind in der Geschichte nicht selten.

§. 192.

Wenn ich aber gleich behaupte, dafs der öffentliche Besitz und die öffentliche Verwaltung der Forsten im Allgemeinen minder vortheilhaft für das Land und für die Vermehrung des Nationalreichthums sey, als Privateigenthum und Privatwirthschaft der Wälder; so schliesse ich doch deshalb die Vorforge des Staats für die Erleichterung und Erweiterung der Holzanpflanzungen, da wo es nöthig ist, für die Beförderung der Vervollkommnung dieses Zweiges der Nationalwirthschaft zu sorgen, nicht aus. Die Mittel, wodurch der Staat diesen Zweck befördern kann, sind:

- 1) Dafs er die Eigenthumsverhältnisse über die Wälder richtig bestimmt, und alle diejenigen nach und nach auf eine gerechte Weise zu vermindern und aufzuheben sucht, welche der möglichst besten Benutzung der Forsten im Wege stehen. Sowohl in Ansehung seiner eignen als anderer Forsten, wird es am besten seyn, die Ansprüche der verschiedenen Theilnehmer zu trennen, und jedem für sein Nutzungsrecht lieber eine vollkommne Entschädi-



gung, es sey durch Abtretung eines Theils des Waldes, oder auf andere Weise zu kommen zu lassen, damit das Eigenthumsrecht möglichst rein und unbeschränkt werde. Insbesondere wird sein Augenmerk auf die gemeinamen Forsten gerichtet seyn müssen. Wenn es sich bewirken läßt, daß die Gemeinschaft aufgegeben, und entweder eine Vertheilung unter die Berechtigten, oder noch besser, eine Abtretung an einzelne Eigenthümer mit Entschädigung der übrigen erfolgt; so scheint am besten für die bessere Benutzung dieser Art Besitzungen gesorgt zu seyn. Noch haben viele geglaubt; daß nur reichen und großen Landeigenthümern der Besitz der Waldungen verstattet seyn sollte, weil von Armen und kleinen Leuten eine gute Benutzung der Waldungen nicht zu erwarten sey. Allein es scheint hierüber keine Verordnung des Staats nöthig zu seyn, wo vollkommne Freyheit herrscht, die Grundstücke nach Gefallen zu veräußern. Die Wälder werden in einem solchen Lande von selbst in einer solchen Proportion in die Hände solcher Eigenthümer gerathen, welche den größtmöglichen Nutzen davon zu ziehen verstehen. Besitzt ein kleiner Eigenthümer ein Holz, das er gern



schnell zu Gelde machen will; so wird er, bey vollkommner Freyheit, immer sicherer und schneller durch Verkauf des Grundstücks zu dem Werthe desselben gelangen, als durch Umhauung des Waldes. Die Waldungen werden von selbst eine Liebhaberey der Reicheren werden, und es werden am Ende eigne Forstgüter entstehen, die bloß von Forstverständigen gesucht, von diesen am besten bezahlt und benutzt werden können. Wird einmal ein Boden durch den Holzbau am besten benutzt; so ist nicht zu fürchten, daß derselbe eingehen werde, wenn nur vollkommne Freyheit in Ansehung desselben herrscht. Denn es werden immer Liebhaber seyn, die mehr dafür bezahlen, als der Besitzer durch den plötzlichen Ruin seines Forstes gewinnen könnte.

- 2) Die Regierung muß besondere Mafsregeln zur Sicherheit der Forsten treffen. Auch diese wird eher bey Privatforsten, als bey öffentlichen erreicht werden. Die Wachsamkeit gegen Diebereyen, Feuersgefahr, schädliche Insecten u. s. w. verdoppelt sich bey Privateigenthümern, da sie entweder unmittelbar sich der Sache annehmen oder doch eine viel genauere Aufsicht auf ihre Forsten führen, als der Staat die-



ses thun kann. Die öffentlichen Forsten werden gegen Dieberey und muthwillige Verwüstungen oft mehr durch Regeln gesichert, wie die anwohnenden Landleute gegen billige Bedingungen ihr nöthiges Holz aus denselben erlangen können, als durch strenge Strafen.

3) Erweiterung und Verbreitung richtiger Forstkenntnisse, indem er Forstschulen und practische Forstinstitute errichtet, in welchen Forstbeamte und Forstbesitzer sich bilden können. So lange genug Waldungen vorhanden sind, welche die Natur hervortrieb, braucht man sich wenig um die Kunst, das Holz durch Pflanzungen zu ziehen und es ökonomisch zu bewirthschaften, zu bekümmern. So wie aber die Bevölkerung die freywilligen Gaben der Natur vermindert, wird die Geschicklichkeit, Holz zu ziehen, eine eigne Kunst, und bedarf einer besondern wissenschaftlichen Behandlung, an deren Vervollkommen der ganzen Gesellschaft ungemein viel gelegen seyn muß, da die leichte Befriedigung eines der unentbehrlichsten Nationalbedürfnisse davon abhängt.

4) Eben so wird es zum öffentlichen Vortheil gereichen, wenn der Staat die Holzanpflanzungen durch öffentliche Baumschulen,



durch Austheilung guter Saamen u. f. w. erleichtert, und zu Anpflanzungen, da wo die Trägheit, das Herkommen u. f. w. ihnen entgegen wirkt, durch Prämien und andere Reizmittel aufmuntert, oder auch die Bepflanzungen wüster zur Holzcultur schicklicher Gemeinheitsflecke durch strengere Mittel bewirkt, wenn deren Theilung an einzelne Eigenthümer nicht zu bewirken ist.

- 5) Die Gewissheit, daß der Waldbesitzer eine vollkommene Freyheit in der Benutzung seines Waldes genießten werde, wird aber hauptsächlich nöthig seyn, wenn die Lust zu Anpflanzungen erweitert und der Besitz der Forsten den Eigenthümern nicht zur Last werden soll. Alle Arten der Einschränkungen der Forstbenutzungen, welche mehr als die Sicherung des Eigenthums der übrigen zum Zweck haben, wirken der Lust der Waldanpflanzungen entgegen, und sind theils unnütz theils schädlich.

#### §. 193.

- 3) Unter der Erde liegen eine Menge wichtiger Producte für die Menschen, nicht bloß Gold, Silber, Kupfer, Eisen und andere nützliche Metalle, sondern auch eine Menge brauchbarer Erden, Steine, Harze u. f. w., und



es liegt der Gesellschaft ohne Zweifel viel daran, daß solche öffentliche Anordnungen getroffen werden, welche der Förderung dieser Producte zuträglich sind.

Viele Staatskundige sind der Meinung, daß zwar diejenigen Dinge, welche unmittelbar unter der Oberfläche oder zu Tage liegen, und also ohne besondere Kunst und Kosten gefördert werden können, den Privateigenthümern des Bodens überlassen werden können, daß aber diejenigen Schätze, zu deren Auffuchung und Förderung grössere Kunst und eigentliche Bergmannswissenschaft erfordert werde, insbesondere aber die Förderung der Metalle, am besten der Regierung ausschliesslich zustehe. Ihre Gründe für diese Behauptung sind: 1) Weil die Betreibung der Bergwerke ein grosses Capital erfordere, das selten die Privatbesitzer der Grundstücke befäßen; 2) weil ein grosses Risiko damit verbunden sey, das einen Privatmann leicht ruiniren könne; 3) weil Privatleute aus Unwissenheit und Nachlässigkeit leicht das nicht achten würden, was unter der Oberfläche der Erde verborgen liegt und nur mit vielen Kosten herausgeschafft werden kann; 4) weil zur Betreibung der Bergwerke oft mehrere neben einander liegende Grundstücke nothwendig sind, wozu also entweder Vereinigung der Eigenthümer zu gemeinschaftlicher Betrei-



bung des Bergwerkes gehören würde, oder das Recht, gegen den Willen des andern seinen Boden zu durchgraben, wenn nicht viele Schätze ganz unzugänglich seyn sollten; 5) weil es gut sey, daß die unterirdischen Schätze, besonders die edeln Metalle, selbst mit Schaden der Unternehmer hervorgeholt werden, welches nur vom Staate erwartet werden könne, besonders wenn er alle Bergwerke besitzt.

Allein diese Gründe beweisen nur, daß Gesetze vorhanden seyn müssen, welche dem Eigenfinne oder der Trägheit der Eigenthümer, so weit sie dem allgemeinen Besten nachtheilig sind oder entgegen wirken, Schranken setzen. Denn alles Eigenthum steht zugleich unter der Idee des allgemeinen Nutzens (§. 174.) in wiefern sich dasselbe mit dem Privatnutzen reimen läßt. Niemand kann in Collisionsfällen mit dem allgemeinen Nutzen einen höheren Grad von Schonung seines Eigenthums verlangen, als, daß ihm der aus seinem Eigenthume entspringende Nutzen unverfehrt erhalten werde. Er kann nie fodern, daß er diesen Nutzen auf eine solche Weise ziehen wolle, daß er dadurch die Gesellschaft hindere, einen noch viel gröfsern Nutzen aus seinem Eigenthume zu ziehen, oder er darf nicht ihr allen sonst möglichen Nutzen aus bloßem Eigenfinne verweigern.



Indessen sieht man bald, daß diese Einschränkung des Eigenthums so viel ist, als gar keine. Denn wenn ein Privateigenthümer überzeugt ist, daß viel größere Schätze unter der Oberfläche seiner Aecker verborgen liegen, als ihm jene liefert, so wird, wenn er nicht wahnsinnig oder völlig stupide ist, er nicht abgeneigt seyn, sich dieser Vortheile zu bemächtigen, es sey nun, daß er selbst sie hervorholt, oder daß er die Vortheile an solche verkauft, die mehr Lust und Geld zu dergleichen Unternehmungen haben, als er.

Der erste Einwand ist ganz ohne Fundament. Es ist den Grundsätzen einer guten Nationalwirthschaft gemäß, die Capitale nur da anzulegen, wo sie die mehresten Früchte bringen. Ist nun ein Land noch arm, oder reicht dessen Capital noch nicht hin, um die einträglicheren Erwerbszweige alle zu nutzen; so wird es immer nachtheilig seyn, Capitale auf minder einträgliche Gewerbe zu legen, es geschehe dieses durch den Staat oder durch Privatleute. Denn der Staat nimmt seine Capitale von der Masse des Nationalreichthums. Triebe er kein Gewerbe damit, so würden sie in Privathände fallen, und in denselben eine nützlichere Anwendung gefunden haben. Bergbau ist in der Regel selten so einträglich, als Getreidebau. Wo daher der letztere vortheilhafter ist, und



noch ausgedehnt werden kann, da ist es immer besser, dafs sich dieser erweitere, als dafs der Bergbau auf Kosten des letzteren blühe. Wo aber der Bergbau eine grössere oder sicherere Ausbeute verspricht, als der Getreidebau, da werden ihn die Privatleute nicht vernachlässigen, wenn ihnen nur sonst die gehörigen Erleichterungsmittel vom Staate angeboten werden. Folglich ist es immer besser, in einem Lande, das noch nicht genug Capitale für seinen Landbau besitzt, die ungewissen Schätze unter der Erde so lange ruhen zu lassen, bis sich die Reichthümer mehr häufen, um etwas auf unsichere Unternehmungen, ohne Nachtheil zu wagen. Wo wüßte Aecker einen grössern Ueberschuß über die Kosten des Anbaues versprechen, als Bergbau, da wird es vortheilhafter seyn, die nöthigen Mineralien von andern Nationen einzutauschen, als sie selbst auszugraben. Was

zweytens das Rifico betrifft; so schickt es sich für einen Staat so wenig als für einen Privatmann, große Capitale auf gut Glück zu wagen. Die Regierung verwaltet fremdes Geld und sollte daher noch vorsichtiger bei Anlegung desselben zu Werke gehen, als Privatleute. Sobald sich der Reichthum unter den Privatpersonen ausbreitet, werden sich auch genug finden, welche einen proportionirlichen Theil ihres



Vermögens auf gefahrvolle aber, wenn sie glücklich ausschlagen, desto mehr Gewinn bringende Unternehmungen wagen, und Privatleute werden dieses mit weit mehr Behutsamkeit thun, als der Staat. Das Wahre in der Sache ist folgendes: wenn der Staat den ganzen Bergbau allein betreibt, so wird er deshalb eher die Gefahren der Auffuchung übernehmen können, weil der Gewinn bey den einen Werken ihn in den Stand setzt die Verluste der unglücklichen Entreprisen zu tragen. Dafs aber letztere unternommen werden, ist doch gut, weil es sich treffen kann, dafs man auf diesem Wege sehr reiche Minen mitunter trifft, die unentdeckt geblieben seyn würden, wenn nichts gewagt worden wäre. Privatleute werden sogleich abgeschreckt werden, sobald nur zwey oder drey Unternehmungen unglücklich ausfallen, und die reicheren Gruben werden unentdeckt bleiben. Der Staat aber wird im Ganzen von dem Bergbau immer grofsen Gewinn haben, wenn er gleich bey den einzelnen Gruben verliert. Ueberdem wird für die Bergleute besser geforgt seyn, wenn sie unter einem als unter vielen Herren arbeiten. So wie das Gewerbe an dem einen Orte stockt, wird man ihnen gleich andere Gegenden anweisen können, wo sie ihr Brot verdienen können, und selbst auf die Cultur der Bergmannswissenschaft werden mehr



Kosten gewandt werden, wenn der Bergbau in der Hand des Landesherren ist.

Um alle diese Vorthelle zu erreichen, ist es doch nicht unumgänglich nothwendig, daß der Staat das Gewerbe ausschliesslich oder auch nur hauptsächlich betreibe. Wenn er auf die reine Ausbeute der Privatbergwerke eine Abgabe legt, und die Einkünfte davon theils zur Aufmunterung, neue Bergwerke aufzufuchen, theils zur Vervollkommnung der Bergmannswissenschaft verwendet, wenn er die Bergleute in eine Corporation (§. 185.) verbindet, und die Communication der Unterthanen erleichtert, damit das Bedürfnis der Arbeiter an dem einen und der Ueberfluß derselben an dem andern Orte leicht bekannt werden kann; so werden alle jene Vorthelle erreicht werden können, ohne daß sich der Staat unmittelbar mit diesem Gewerbe befaßt. Die Privatthätigkeit, welche, wo sie keine Hindernisse findet, stets speculativer und scharffinniger in Ausfindung aller großen und kleinen Vorthelle ist, wird stets jedes Gewerbe vortheilhafter betreiben, als der Staat, und wenn daher es der Staat dennoch vortheilhaft oder nothwendig findet, den Bergbau nicht aufzugeben; so wird es doch nothwendig seyn, die vollkommne Betreibung desselben dem Privatinteresse so nahe zu rücken, als möglich, und dieses als die Maschine zu ge-



brauchen, den größtmöglichen Gewinn daraus zu ziehen.

Dem dritten und vierten oben erwähnten Umstande kann auf der einen Seite durch gute Unterrichtsanstalten in den Bergmannswissenschaften, und auf der andern durch eine zweckmäßige Bergbauordnung entgegen gearbeitet werden. Sobald die Privatleute wissen, daß der Bergbau zu den freyen Gewerben gehört, werden auch viele durch ihr eignes Interesse aufgefordert werden, sich die gehörigen Kenntnisse darin zu verschaffen. Die Bergordnung aber muß bestimmen, wem der Anbau zukomme, wie weit er sich erstrecken dürfe, nach welchen Gesetzen der eine Grundherr verpflichtet sey, an dem Baue seines Nachbars, es sey durch Vergesellschaftung mit ihm oder durch Abtretung der Nutzung oder des Eigenthums seines Grundstückes gegen volle Entschädigung u. s. w. Theil zu nehmen, unter welchen Bedingungen es Fremden verstattet sey, die Erlaubniß zum Bergbau auf anderer Grundstücken zu fordern u. s. w. Alle diese Bestimmungen müssen durch den größern Nutzen der Gesellschaft auf der einen, und durch die volle Entschädigung des Eigenthümers, welcher den Bergbau nicht selbst betreiben will, auf der andern Seite, begründet werden.



Aber nichts muß den, welcher sich deutliche Begriffe von dem wahren Reichthume des Landes verschafft hat, mehr befremden, als der fünfte Grund, wodurch man es rechtfertigen will, daß der Staat die Bergwerke betreiben solle. Die Begierde nach Gold und Silber hat oft kluge Staatsmänner so sehr geblendet, daß sie glaubten, sich dasselbe, selbst dann verschaffen zu müssen, wenn die Erwerbung mehr kostete, als es werth ist, oder wenn man es wohlfeiler im Auslande kaufen, als im Lande aus den Schachten holen kann. Wenn man aber weiß, daß Reichthümer in Bedürfnismitteln und deren Werthe bestehen, und daß unter allen Bedürfnismitteln Gold und Silber am leichtesten gekauft, und aus der Ferne herbeygeschafft werden kann, daß es also thöricht ist, es im Lande theurer zu bezahlen, als man es auswärts kaufen kann; so fällt der Ungrund der obigen Behauptung aufs deutlichste in die Augen. Die Nationalökonomie beweiset dieses ausführlich.

## §. 194.

4) Was die Landwirthschaft betrifft; so muß die Landespolicey zu allererst dahin wirken, daß der möglichst besten Benutzung des Bodens kein öffentliches Hinderniß entgegenstehe. Fast in allen Ländern haben sich von alten Zeiten her eine Menge Verhältnisse festge-



fetzt, welche dem Gewerbe des Ackerbaues schädlich sind. Die Gesetzgebung hat das, was anfangs Mißbrauch war, oder was eingeführt wurde, ehe man die Begriffe einer National-ökonomie kannte, oder sie in Wirksamkeit zu setzen vermochte, nicht selten in Gerechtfame verwandelt und oft die schädlichen Rechtsverhältnisse und Policyverordnungen noch vermehrt. Es ist daher vor allen nothwendig, sich deutliche Begriffe von den Erfodernissen und Bedingungen zu machen, unter welchen die Landwirthschaft am besten gedeihen muß und dabey zu überlegen, was der Staat unter den mannigfaltigen Verhältnissen thun könne, um einen solchen Zustand zu bewirken, worin die größtmöglichste Vermehrung des Nationalreichthums von der Landwirthschaft zu erwarten ist.

Es kommt dabey vorzüglich an:

- 1) Auf solche Eigenthumsverhältnisse, die der Vervollkommnung des Ackerbaues günstig sind;
- 2) Auf ein vortheilhaftes Verhältniß der Arbeiter gegen die Gutsherren:
- 3) Auf einen vortheilhaften Debit der Ackerproducte;
- 4) Auf eine zweckmäßige Einrichtung des Abgabensystems;



Was den ersten Punct betrifft; so muß das Eigenthum an Grund und Boden durch keine andern Bestimmungen eingeschränkt seyn, als durch die allgemeinen, welche das gemeinsame Wohl aller Glieder des Staats nothwendig macht und die möglichst beste Benutzung des Bodens selbst gebietet (§. 174.). Von allen Schranken aber, welche der bessern Benutzung und Cultur entgegen stehen, muß dasselbe befreyet werden. Alle Schranken, welche verhindern: 1) daß das Eigenthum nicht leicht in die Hände dessen kommen kann, der es am besten benutzen würde; 2) daß der Eigenthümer es nicht nach seinen besten Einsichten benutzen kann, sind schädlich. Die Rechte des alten Feudalwesens, die Gebundenheit der Güter, die Gemeinheiten sind offenbar Hindernisse der ersten Art; die Servituten, Hut, Trift und Jagdrechte Hindernisse der zweyten Art \*).

Die Ueberzeugung, daß diese Verhältnisse schädlich sind, ist so allgemein, daß man alle weise und thätige Regierungen damit beschäftigt siehet, sie wegzuschaffen. Die Freyheit des Eigenthümers seine Grundstücke im Ganzen oder theilweise zu veräußern, und sie auf jede beliebige Art zu benutzen, wird im allgemeinen die Landescultur am besten vervollkommen

---

\*) S. meine National - Oekonomie. §. 397.



und muß daher durch die Gesetzgebung geschützt, oder, wo ihr Abbruch geschehen ist, wieder hergestellt werden. Wie die Hindernisse da wo sie angetroffen werden zu heben sind, dazu gehören specielle Vorschriften, welche aus der Beschaffenheit der besondern Fälle bestimmt werden müssen; die allgemeinen Principien dazu, sind oben (§. 172) entwickelt worden.

Wo eine solche Freyheit der Eigenthümer, mit Grund und Boden nach Willkür zu schalten, Statt findet, da scheint alle gewaltsame Einmischung der Regierung in die Direction der Cultur überflüssig und schädlich zu seyn. Die Regierungen haben aus Vorforge für das allgemeine Wohl oft geglaubt, sich einer solchen Einmischung nicht entbrechen zu können. Sie haben befohlen 1) daß alle Aecker wirklich bebauet werden sollen, und Nachbarn oder andern verstattet, die wüste liegenden Felder liederlicher Wirthe zu ihrem Nutzen in Cultur zu setzen. Aber ist wohl zu erwarten, daß in einem Lande, wo der Ackerbau werthvolle Früchte bringt, der Acker unbebauet bleiben wird; werden nicht selbst liederliche Wirthe ihren Acker lieber verkaufen oder verpachten, als gar keinen Nutzen davon ziehen? — Wo es viele arme und kleine Ackerleute gibt, ist es vielleicht nützlich, Anstalten zu treffen, daß es nicht an Saamengetreide fehle, aber die



Ausச்weifung einiger unordentlichen Wirthe kann nie einen Grund zu einem Gesetze geben, das dieser Ausச்weifung nicht einmal entgegenwirken kann. Wo eine so mächtige Triebfeder, als der eigne Nutzen ist, für das Staatswohl wirkt, da braucht die Staatsgewalt keine Zwangsmittel anzuwenden. 2) Zuweilen haben die Regierungen für nöthig befunden, gewisse Culturarten einzuschränken, weil sie fürchteten, es möchte an den nothwendigen Getreidearten Mangel entstehen. Weinbau, Tabaksbau, Cichoriencultur u. s. w. erfuhren öfters diese Beschränkungen. Bey näherer Erwägung der Sache ergibt sich aber, daß diese Sorge überflüssig, und die Mafsregel, welche zu diesem Zwecke führen soll, den Principien einer guten Staatswirthschaft geradezu widerspricht. Denn nach denselben kömmt alles auf die Gröfse des reellen Werths der erzeugten Producte an. Je gröfser der von der Nation erzeugte Realwerth ist, desto reicher wird das Land und desto leichter kann es sich alle Bedürfnisse, die es nicht selbst erzeugt, kaufen. Nun wird aber die Ackerbauern kein anderer Grund antreiben, die Getreidecultur zu verlassen, als weil sie sich von einer andern Benutzung des Bodens einen gröfsern Gewinn versprechen. Dieser kann aber nur aus einem erzeugten gröfseren Realwerthe entstehen. Folglich wird



das Land bey der freyerwählten Culturart mehr bereichert, als wenn der Landmann gezwungen wird, bey einer Culturart zu beharren, die ihm weniger Gewinn gibt. An Getreide wird es diese Freyheit nicht fehlen lassen. Denn entweder wird für den bey der neuen Culturart erzeugten Werth mehr Getreide erkaufte werden können, als auf demselben Boden hätte können gewonnen werden, (weil man sonst den Getreidebau nicht würde verlassen haben); oder das Getreide wird so im Preise steigen, daß man es vortheilhaft finden wird, mehrere Felder, die bisher zu etwas anderm gebraucht wurden, wieder zur Getreidecultur zu bestimmen. Kurz, immer werden die Felder bey vollkommener Freyheit aufs vortheilhafteste benutzt werden, weil hier der Privatnutzen mit dem öffentlichen Nutzen jedesmal zusammenstimmt, und jedes Verbot oder jede gewaltsame directe oder indirecte Einschränkung einer gewissen Culturart wird, wenn er nicht überflüssig ist, allemal auf Verminderung des Nationalreichthums wirken.

3) Wenn man bey Erwerbung des Grundeigenthums nicht freye Concurrenz gestattet, sondern nur gewissen Ständen Grundeigenthümer zu seyn erlaubt; so kann ein solches Gesetz nicht anders als schädlich für die möglichst größte Cultur seyn. Denn es werden dadurch nicht nur viele Capitale derer, welche zur Erwer-



bung des Grundeigenthums nicht zugelassen werden, von der Ackercultur abgehalten, sondern auch die Geschicklichkeiten derselben. Je mehrere das Recht haben, Grundeigenthum zu erwerben, desto leichter wird dasselbe in solche Hände kommen, welche die Cultur desselben auf den höchsten Grad der Vollkommenheit treiben, und es ist kein vernünftiger Grund vorhanden, diejenigen von dem Grundeigenthume abzuhalten, welche große Lust zu dergleichen Besitzungen haben. Es ist also der Staatsklugheit gemäß, alle Schranken hierin aufzuheben. 4) Selbst unter den größten Vertheidigern der Freyheit gibt es doch einige, welche behaupten, daß wenigstens gewisse Grenzen des Umfanges der Länderbesitzungen bestimmt seyn müssen. Diese leugnen nicht, daß es unschicklich sey, wenn der Staat bestimmen wollte, was für Land und wie viel zu jedem Gute gehören solle. Denn es ist offenbar, daß der Privatvorteil bey vollkommener Freyheit die für die Cultur vortheilhafteste Vertheilung am besten treffen wird, und daß die Gebundenheit der Güter mehr Nachtheil bringt, als der Vortheil der Bequemlichkeit beträgt, den man etwa bey Erhebung der Abgaben davon hat, da nichts leichter ist, als darin eine solche Aenderung zu treffen, daß die Grundstücke beliebig gewechselt werden können,



ohne dafs dadurch die Ordnung des Abgabensystems gestört wird. Aber der Besitz des Grundeigenthums, meinen sie, müsse gewisse Grenzen haben. Falle zu viel Grundeigenthum in eine Hand zusammen; so entstehe eine gefährliche Obermacht der grossen Landbesitzer im Reiche: werde das Land in allzukleine Besitzungen getheilt: so verarme das Reich, und komme in Gefahr, in Hungersnoth und Elend zu gerathen.

Allein wo allgemeine Freyheit der Personen und der Gewerbe herrscht, da wird die allzustarke Anhäufung des Vermögens in eine Hand nicht leicht möglich seyn, und wo besondere Umstände sie in einzelnen Fällen bewirken, da wird das Princip der Gesetzgebung, welches oben (§. 175.) empfohlen ist, bewirken, dafs eine solche übermässige Anhäufung sehr bald wieder ebenmässiger vertheilt wird. Haben doch die Lehnverhältnisse nicht einmal eine gefährliche Anhäufung des Grundeigenthums in eine Hand hervorgebracht, obgleich eine so grosse Tendenz dazu in ihnen enthalten ist; warum sollte sich der Staat durch eine Furcht, welche in der Erfahrung nicht gegründet ist, zu einer Mafsregel bestimmen lassen, welche das Eigenthumsrecht so manchen unnützen und lästigen Schranken unterwerfen würde? Nur



eine fehlerhafte Staatsverfassung kann dergleichen Ackergesetze nothwendig machen. —

Auf der andern Seite ist aber auch gar nichts von den allzugroßen Zerstückelungen des Grundeigenthums zu fürchten. Es ist 1) falsch, daß das Grundeigenthum so sehr getheilt werden könne, daß jeder Besitzer bloß die nothwendigen Subsistenzmittel seiner Familie gewönne. Denn wenn eine Familie so viel Land hat, daß die Bearbeitung desselben ihre ganze Zeit erfordert; so muß sie mehr als ihre Subsistenzmittel aus dem Boden ziehen, weil das Land in der Regel immer mehr gibt, als der welcher es bearbeitet verzehren kann. Hat er aber so wenig Land, daß er nicht alle seine Zeit zu dessen Bearbeitung braucht; so kann er in der übrigen Zeit noch etwas anders hervorbringen. Daß das ganze Land in so kleine Stücke sollte getheilt werden, daß die übrigen Stände nicht genug Nahrungsmittel sollten erhalten können, läßt sich nicht wohl denken, da es in einem freyen Lande nie an Reichen fehlen wird, die größere Landstücke zusammenkaufen, und an vielen Orten andere Gewerbe viel einträglicher werden, als der Ackerbau im kleinen. Bei vollkommner Freyheit des Eigenthums und der Gewerbe wird der eigne Nutzen eine solche Vertheilung der Grundstücke am leichtesten hervorbringen, welche der Cultur



am günstigsten ist, und da nie im allgemeinen bestimmt werden kann, wie groß oder wie klein ein Grundstück seyn müsse, um am vortheilhaftesten bearbeitet zu werden; so lassen sich auch keine allgemeine Regeln darüber festsetzen, und alle gesetzliche Anordnungen darüber sind unnütz oder schädlich \*).

Uebrigens ist es richtig, daß es für die Nation vertheilhafter ist, wenn die Landgüter einen mittlern als einen allzugroßen Umfang haben. Erstere sind leichter zu übersehen und lassen sich daher auch vollkommener bearbeiten. Auch werden die Eigenthümer mittelmäßiger Grundstücke mehr auf ihren Gütern gehalten, um sie selbst zu bewirthschaften; sie sind geneigter ihre gesammelten Capitale zur Verbesserung der Cultur anzulegen, und überhaupt selbst productive Arbeit zu verrichten; dahingegen große Gutsbesitzer selten gute Landwirthe sind, und das Einkommen aus ihren Gütern in fremden Ländern oder in der Hauptstadt des Reichs verthun, ohne daß ihre Güter und die auf denselben befindlichen Einwohner den mindesten Nutzen davon haben. Wären solche große Güter in mehrere kleinere und mittlere vertheilt; so würde a) das Land viel fleissiger bebauet werden und weit mehr Producte liefern; b) es wür-

---

\*) Nationalökonomie, S. 381.



den weit mehr wohlhabende Landleute entstehen, deren Vermögen zusammen genommen weit ansehnlicher wäre, als das Vermögen des einen großen Grundherrn; c) dieses Vermögen würde theils zur Verbesserung des Landbaues, theils zur Aufmunterung der inländischen Manufacturen gebraucht werden.

So gegründet diese Bemerkungen sind; so kann der Staat doch keine gewaltsame Veränderung der bestehenden nachtheiligen Gütervertheilung vornehmen. Indem er aber die Gesetze, Sitten und Gewohnheiten allmählig abschafft, welche der größern Vertheilung der Güter, im Wege stehen und der Freyheit die Bahn eröffnet, trifft er die beste Vorbereitung zu einer zweckmäßigeren Vertheilung des Grundeigenthums.

Was zweytens das persönliche Verhältniß der Landarbeiter betrifft; so ist kein Zweifel, daß es das vortheilhafteste ist, wenn alle Arbeiter frey sind, und nur vertragsweise bey den Grundherren arbeiten. Daß Handwerke, Manufacturen und Künste nur da gedeihen können, wo es freye Arbeiter gibt, darüber ist unter den Politikern heut zu Tage nur eine Stimme. Warum aber sollte dieses beim Ackerbau anders seyn? Wo der höhere Lohn, die Hoffnung, sein Vermögen wachsen zu sehen, die Möglichkeit, in einen unabhängigen Stand zu



gelangen, keine Reizmittel find, da kann der Fleiß und die Industrie nie einen hohen Grad erreichen. Sobald der Arbeiter keinen Vortheil von dem vermehrten Ertrage der Felder hat, sucht er nur seine Arbeit zu vermindern und seine Mühe sich zu erleichtern.

Allenthalben, wo eine solche Leibeigenschaft herrscht, daß die Knechte für den bloßen Unterhalt für ihre Herren arbeiten müssen, find Trägheit, Faulheit, Schlaffucht, Trunkenheit, Bosheit und Dummheit die herrschenden Eigenschaften der Leibeignen. Dreyhundert Domestiken in Rußland leisten den Herren weniger Dienste, als vier freye Dienstboten in Deutschland. Zehn Bauern dort führen mit zwanzig Ochsen nicht so viel Getreide zu Markte, als hier ein freyer Bauer mit seinen vier Pferden. Ohnerachtet in vielen Gegenden des südlichen Rußlands die ganze Arbeit des Düngens wegfällt, so bearbeiten doch zwanzig Bauern dort kaum die Hälfte des Feldes, was eine gleiche Anzahl deutscher freyer Bauern mit weit größerer Mühe bearbeiten. Frohnarbeiten sind noch weniger fruchtbar, als selbst die Arbeiten der Leibeigenen. Denn diese können doch noch durch Strenge zu einigem Fleiße angehalten werden; bey Frohnarbeiten aber ist die Willkür der Herren gemeiniglich mehr eingeschränkt. Welche Zeit, welche Kräfte gehen



dadurch verlohren! — Die Arbeiter bringen nicht die Hälfte von dem hervor, was sie hervorbringen könnten, verzehren und zerstören mehr als es geschehen würde, wenn sie frey wären, und nehmen Laster an, welche für den Nationalreichthum höchst zerstörend sind. Ueberdem führt die Aufhebung der Leibeigenschaft und des Frohnwesens am sichersten zu einer besseren Vertheilung der allzugroßen Grundstücke, wenn nur die Fesseln der freyen Verän- sserung gelöst werden. Welche Gründe kommen also hier noch zu den oben (§. 126) angeführten hinzu, (die Leibeigenschaft und das Frohnwesen abzuschaffen!

Die Ausführung ist freilich nicht immer leicht, aber doch fast nirgends so schwer, als Eigennutz, Hochmuth und Gewohnheit an das Herkommen es vorstellen. Der sicherste und beste Weg der Abschaffung wird immer seyn, wenn die Grundherren selbst aus eigner Ueberzeugung, daß sie nicht nur keinen Schaden, sondern Vortheil davon haben, an der Vertilgung der Leibeigenschaft und des Frohnwesens arbeiten. Diese Ueberzeugung und mit ihr die Neigung zur Aufhebung der Leibeigenschaft wird befördert werden, wenn

- 1) durch Beyspiele an Ort und Stelle gezeigt wird, daß ein freyer Bauer auf demselben Umfange des Landes weit mehr durch sei-



nen Fleiß hervorbringt, als die leibeigenen Arbeiter hervorbrachten, daß folglich der Freye dem Grundherrn allen Gewinn, den er von der Arbeit des Leibeigenen hatte, als Pachtgeld geben, und dabey doch noch wohlhabend werden kann;

- 2) Wenn man den Grundherren beweiset, daß durch die Formirung einer Menge solcher wohlhabenden kleinen Leute, der Werth ihrer Güter immer mehr und mehr steigen muß. Denn je mehr wohlhabende Bauern entstehen, desto mehr Handwerker, Fabrikanten und Künstler werden daselbst sich ansiedeln, desto stärker wird die Bevölkerung wachsen, desto mehr Ackerproducte aller Art werden verlangt, desto theurer werden folglich die Ackerproducte, und desto wohlfeiler die Manufacturwaaren werden. Die Gutsherren werden also durch Einführung der Freyheit an zwey Enden gewinnen. Die Hälfte ihrer Ländereyen wird ihnen bey einem größern Bevölkerungsstande, der nur bey einzuführender Freyheit möglich ist, mehr einbringen, als ihnen da, wo Leibeigenschaft herrscht, das Ganze einträgt. Ein System, wobey alle Parteyen gewinnen, kann unmöglich von schlechten Folgen seyn.



3) Wenn sich ergibt, daß auch freye Dienstleute vor leibeignen viele Vorzüge haben, indem man a) sich der schlechten viel leichter entledigen und bessere an deren Stelle bringen kann; b) indem der Lohn sie viel thätiger, fleissiger und ordentlicher macht; c) indem sie auch weniger kostbar sind, da ihre Anschaffung kein Capital erfordert, bey ihrem Lohne die Ausgabe für Kleidung erspart und von ihnen nie so viel Schaden angerichtet wird, da die Furcht, ihn von dem Lohne ersetzen zu müssen, sie viel behutsamer macht.

Wird dem Ankauf kleiner Landstücke kein Hinderniß in den Weg gelegt; so werden die grossen Gutsbesitzer es bald vortheilhaft finden, von ihren grossen Grundstücken, die sie nicht ganz bearbeiten können, einzelne Theile zu veräußern und die dafür erlangten Capitale zur Verbesserung des zurückbehaltenen Landes anzuwenden. So wird das Land wohlhabender, ohne daß die grossen Grundherren ärmer werden.

Die Regierung aber kann und muß allerdings auf mannigfaltige Art thätig seyn, um die Einführung einer durchgängigen persönlichen Freyheit aller Unterthanen allmählig zu bewirken und sich durch Schwierigkeiten von einem so edeln Ziele nicht abschrecken lassen. Die



Mafsregeln dazu haben wir schon oben (§. 127) angezeigt.

Was den dritten Punct anlangt; so ist klar, daß die Aussicht, die Ackerproducte vortheilhaft anwenden oder verkaufen zu können, die Haupttriebfeder zur Production ist. Alles also, was die Freyheit, mit den Erzeugnissen des Bodens nach Gutdünken zu verfahren, einschränkt, was die Fabrication der Landesproducte oder die Ausfuhr beengt, thut auch der Production Abbruch, was dagegen den Transport erleichtert, die Fabrication der ländlichen Producte begünstiget, was die Nachfrage nach den Früchten des Bodens vermehrt, spornt den Fleiß an, die Erzeugnisse des Landes zu vermehren, und zielt also auf Bereicherung der Nation ab.

Eben so muß auch viertens bey Bestimmung der Abgaben darauf gesehen werden, daß der Ackerbau nicht niedergedrückt werde, daß der Staat nie einen andern Theil, als den reinen Ertrag des Bodens besteuere, und dem Eigenthümer immer noch so viel übrig lasse, daß er Lust behält, seine Arbeit fortzusetzen und auf Vergrößerung des Ertrags zu finnen. Auch können die Instrumente des Ackerbaues nicht ohne Nachtheil der Landescultur zum Princip der Vertheilung der Grundsteuer gemacht werden, und überhaupt müssen alle Werkzeuge des



Landbaues und der Industrie mit Abgaben möglichst verschont bleiben, weil dem Staate an der Vermehrung dieser Instrumente gelegen seyn muß, Abgaben darauf aber ihre Verminderung bewirken \*).

### §. 195.

Wo alle Hindernisse der freyen und möglichst besten Cultur weggeschafft sind, da wird die Privatindustrie am besten für die erweiterte Cultur der Erde sorgen, und wo diese Unterstützung und Aufmunterung bedarf, da kann allerdings der Staat auf mancherley Weise zu Hülfe kommen. Wenn er nicht wüste Flecke

---

\*) In dieser Hinsicht scheint das Princip der Bestimmung der Ländereyen in Rußland, wo die Bauernzahl, welche ein Grundherr besitzt, zum Maßstabe der Landsteuer dient, nicht ohne Nachtheil zu seyn. Die Bauern sind in diesem Lande die Instrumente des Landbaues für den Herrn. Je stärker aber die Auflage auf die Bauern wird, desto mehr sinnen die Herren darauf, die Zahl ihrer Bauern zu vermindern, und sich mit wenig Leuten gleiches Einkommen zu verschaffen. Man findet ein Mittel dazu in großen Brantweinbrennereyen, wo wenig Hände große Revenüen schaffen können; dagegen bleiben die Felder unbestellt oder werden dem Vieh zur Weide überlassen. Würde die Abgabe nicht nach den Köpfen der Bauern regulirt; so würde die Zahl derselben weit mehr vermehrt und also auch eine größere Menge Ländereyen angebauet werden. Eine Veränderung dieses Steuerprincips würde überdem eine große Schwierigkeit gegen die Aufhebung der Leibeigenschaft haben.



mit Ackerleuten besetzt oder reiche Privatpersonen und Privatgesellschaften zur Urbarmachung aufmuntert, und da, wo dieses nicht gelingen will, und doch großer Vortheil dabey ist, die Urbarmachung selbst unternimmt \*), wenn er die Landbauern zu einer ehrenvollen Corporation (§. 185.) verbindet; wenn er für Vervollkommnung des Unterrichts in der Landwirthschaft und für Verbreitung aufgeklärter landwirthschaftlicher Ideen sorgt; wenn er die Anschaffung und Verbreitung nützlicher Saamen und Gewächse unterstützt, wenn er die Privatgesellschaften, welche sich die Vervollkommnung der Landwirthschaft zum Zwecke machen, aufmuntert; so trägt er auch auf eine positive Weise, die mit den Principien einer gesunden Staatsökonomie vollkommen übereinstimmt, zur Vervollkommnung des Landbaues etwas bey.

Auf gleiche Weise wird Gartenbau, Weinbau, Viehzucht und alles, was sonst noch zur

---

\*) Mir ist eine Provinz bekannt, wo ein See liegt, dem man mit einem Vorschuss von 30 bis 50,000 Thaler 22,000 Morgen des schönsten Landes abgewinnen könnte. Weil aber mehr als zwanzig Herren an diesem See Theil haben, und sie sich über die Antheile nicht vereinigen können, die jedem nach der Urbarmachung zu fallen sollen; so ist die Einsicht schon 100 Jahre ohne Wirkung geblieben. Soll die Regierung dabey unthätig seyn, und soll sie nicht Mittel ergreifen, ein schönes Werk, das 4000 neue Einwohner nähren kann, zu beschleunigen?



ländlichen Oekonomie gehört, am besten gedeihen, wenn der Staat in Ansehung ihrer dieselben Principien befolgt, welche wir für den Ackerbau angezeigt haben. Wo die Privatindustrie noch nicht gehörig in den Gang gebracht ist, da werden öffentliche Reben-Baumschulen, Anstellung von Kreisgärtnern, Einführung fremder Viehracen u. s. w. ein öffentlicher Aufwand seyn, der dem Lande reichen Gewinn bringt.

Dafs der Schutz und die Sicherheit des ländlichen Eigenthums besondere Mafsregeln erfordern, und dafs diese vor die Regierung gehören, wo die Privatkräfte nicht hinreichen, dafs also öffentliche Anstalten gegen Ueberschwemmungen, Feuersgefahr, Viehseuchen, Insectenfrafs u. s. w. getroffen werden müssen, ist schon oben (§. 179) erwähnt worden.

#### Sechster Abschnitt.

*Von der öffentlichen Vorsorge für die Gewerbe, wodurch die rohen Producte für die menschlichen Bedürfnisse in allerley Gestalten verwandelt werden.*

#### §. 196.

Der Regierung muß ungemein viel daran gelegen seyn, dafs Manufacturen und Künste



im Lande blühen. Durch sie allein kann eine solche Vertheilung des inländischen Vermögens zu Stande gebracht werden, welche die Freyheit und die Unabhängigkeit allen Ständen sichert, durch sie allein kann der Landbau seinen höchsten Grad der Vollkommenheit erreichen. Treibt ein Volk nur Landbau, so trifft man nur Grundherren und Slaven in demselben an. Die wenigen Grundherren sind reich, alle übrigen sind arm, und werden von den Grundherren ernährt, es sey als müßiges Gefindel oder als feine Arbeiter; diese mögen nun fein Land bauen, oder Manufacturarbeit für ihn verrichten. Immer bleiben sie in einer slavischen Abhängigkeit von ihm. Denn so lange der Manufacturarbeiter nur für einen oder für wenige arbeiten muß, und seine Subsistenz von diesen wenigen allein abhängt, bleibt er deren Slav, selbst wenn er den Namen eines Freyen führt. Nur wenn die Manufacturisten für eine unbekannte Welt mit ihren eignen Capitalen arbeiten, nur wenn ihnen von allen Seiten Abnehmer zufließen, nur wenn sie selbst so reich werden, daß die Grundherren eben so abhängig von ihnen sind, als sie von jenen, wird eine allgemeine Freyheit aller Stände begründet werden.

Manufacturen können nur in einem solchen Lande gedeihen, wo viele kleine Grund-



eigenthümer in kleinen Räumen vereinigt find. Ist der Boden unter lauter groſſe Grundherren vertheilt; ſo werden dieſe ihre Arbeiter in einem ſolchen Zuſtande erhalten, daſſ ſie Handwerkern und Künſtlern wenig oder nichts zu verdienen geben können. Sie werden alſo die einzigen ſeyn, welche Kunſtwaaren bedürfen. Da ſie aber auf dem Boden weit von einander zerſtreut leben; ſo wird kein Fabrikant bey ihnen ſein Glück machen können. Nur in den Hauptſtädten, wo ſich der Adel eines groſſen Reichs zuſammendrängt, werden einige Manufacturen für den Luxus ſich bilden, aber ſolche Fabriken, die Hunderttauſende und Millionen Menſchen zu ihren Abnehmern verlangen, werden auch hier nicht entſtehen können; in den Provinzen werden die Leibeigenen die Stelle der Künſtler und Handwerker vertreten, und was dieſe nicht leiſten können, wird aus der Hauptſtadt, die größte Menge der Kunſtwaaren aber aus dem Auslande verſchrieben werden müſſen. In einem ſolchen Lande wird der Ackerbau nach der Proportion der Ausdehnung der Ländereyen immer nur ſehr wenig Producte im Vergleich mit denen liefern, die er geben könnte. Denn es wird an Menſchen fehlen, welche mehr Landproducte kaufen wollen, als vorhanden ſind.



Ist aber das Land in kleine Stücke getheilt und sind sowohl die Eigenthümer des Bodens als auch die Arbeiter frey; so werden sich sehr viele wohlhabende Grundeigenthümer in kleinen Räumen zusammendrängen. Diese werden eine große Menge Kunstfachen bedürfen, und die freyen Leute werden es der Mühe werth achten, sich in ihrer Nachbarschaft anzusiedeln, und sie mit allerley Kunstwaaren gegen den Werth ihrer überflüssigen rohen Producte zu versehen. Die Menge der wohlhabenden Landleute und der durch sie bereicherten Handwerker und Manufacturisten wird größere Fabrikanstalten erwecken, welche das ganze Land und selbst fremde Länder mit ihren Waaren versorgen können. Die Grundherren werden nun nicht mehr die einzigen Reichen seyn; es werden große und kleine Capitale in den Händen geschickter Manufacturunternehmer sich bilden; die Nachfrage nach allerley Waaren wird sich vermehren und alle persönliche Abhängigkeit der Arbeiter von ihren einzelnen Kunden aufheben. Die durch die Industrie des Landbaues und der Manufacturarbeit erzeugten Capitale werden neue Anwendungen suchen, und theils auf den Anbau und die Verbesserung der Ländereyen, theils auf neue oder erweiterte Manufacturen verwandt werden, und auf diese Weise werden die Gewerbe stets neue Quellen des



Reichthums eröffnen und dadurch eine grössere Bevölkerung hervorlocken.

§. 197.

Vermehrung der mittleren Grundeigenthümer, und Aufhebung der Leibeigenschaft werden daher die beyden kräftigsten Mittel seyn, um in ein Land Manufacturen einzuführen, wo bisher nur grosse Landeigenthümer und Leibeigne waren. Die Aufhebung der Leibeigenschaft zieht eine andere Vertheilung der Güter und der Arbeiten unmittelbar nach sich. 1) Die einzelnen Arbeiter werden theurer, ohne dafs deshalb die Arbeit theurer wird, folglich sind die Herren auf Verminderung ihrer Anzahl bedacht, und die wenigen leisten mehr, als die vielen. 2) Die Hände, welche das Land bey einer solchen Crisis nicht bedarf, werden den Manufacturen zuströmen. 3) Die freyen Arbeiter werden sich von ihrem grössern Lohne kleine Capitale sammeln oder von den Ueberschüssen über ihre nothwendigen Lebensbedürfnisse sich Manufacturwaaren kaufen. 4) Es wird eine Concurrenz zwischen den Landarbeitern und Manufacturisten entstehen, sobald sie nur der Staat nicht hindert, d. h. die Landarbeiter werden in die Manufacturen, und die Manufacturisten zur Landarbeit übergehen, je nachdem der grössere Vortheil oder



die Neigung diese oder jene dazu lockt; und so wird es keiner Art von Gewerbe an Arbeitern fehlen.

So lange die Landgüter nur in wenig Händen find, und so lange das Land in der Regel durch Leibeigne bebauet wird, so lange werden alle Mittel, welche die Regierung anwendet, die inländischen Manufacturen zu heben, nur sehr geringe Wirkungen hervorbringen können. Sind jene Hindernisse gehoben; so werden sich eine Menge Manufacturen ohne alle Unterstützung der Regierung bilden. Die Ausdehnung des Handelsstandes hängt natürlicher Weise von der Ausdehnung der Zahl und dem Reichthume derer in einem Lande ab, welche Waaren kaufen und verkaufen. Ein großer Handelsstand kann also gleichfalls nur da entstehen, wo Ackerbau und Manufacturen recht viele wohlhabende Leute bilden.

Man hat Städte angelegt, aber kann der Name Stadt auch städtische Beschäftigungen hervorbringen? Einige wenige Kronbeamte, die man in diese Oerter versammelt, und einige benachbarte Edelleute, welche sich einige Zeit daselbst aufhalten, können keiner Stadt eine blühende Nahrung verschaffen. Die mehresten dieser Städte sind nur unbequeme Dörfer mit wenig schlechten Handwerkern und mit Ackerbauern besetzt, welche durch das Zusammen-



drängen der Häuser von ihren Aeckern entfernt werden, deren Gewerbe also dadurch erschwert wird. Nur ein rund umher blühender Bauernstand kann innere Landstädte blühend und glücklich machen.

Man hat fremde Handwerker und Künstler ins Land gerufen, aber sehr geringen Nutzen davon empfunden. Denn diese Leute finden kaum für sich selbst ihr Brot. Ihr Gewerbe im Lande zu erweitern, dazu fehlt es bald an freyen Arbeitern, bald an Capital, bald an Absatz. Gemeiniglich erlöscht daher ihre Kunst wieder mit ihrem Tode, und nicht selten findet auch der Handwerker und Künstler nicht einmal eine solche Nachfrage, daß er dabey etwas Ansehnliches gewinnen kann. Die vom Auslande eingeführten Manufacturwaaren werden im Lande fast immer wohlfeiler verkauft werden können, als die im Lande gefertigten; *a)* weil in Manufacturländern die Arbeiten im Großen und mit Maschinen betrieben werden; *b)* weil der Zinsfuß in Manufacturländern niedriger ist; *c)* weil der Arbeitslohn der Freyen daselbst geringer ist, als in Ländern, wo Slaverrey oder Leibeigenschaft herrscht. Denn dahin können freye Arbeiter nur durch sehr hohen Lohn gelockt werden.

Man hat die Einfuhr fremder Manufacturwaaren mit starken Zöllen belegt, oder sie gänz-



lich verboten, um die inländischen Manufacturen zu heben. Allein dadurch hat man nur den Reichthum des Landes vermindert, wie ich unten (§. 212.) deutlicher zeigen werde. Man hat dadurch nichts bewirkt, als dafs die Einwohner gewisse Waaren den Inländern theurer bezahlen müssen, die sie sonst wohlfeiler von den Ausländern kauften, und dafs gewisse Arbeiter und gewisse Capitale durch den erhöhten Preis gewisser Waaren zur inländischen Fabrication derselben gelockt worden sind. Aber was hat das Land dabey gewonnen? — Erst waren dieselben Hände und dieselben Capitale, welche zur neuen Manufactur übergegangen sind, in einem andern nützlichen Gewerbe beschäftigt und hatten ihren regelmässigen Gewinn; jetzt steht dieser Theil des Gewerbes still, und ein anderer ist dafür in Gang gebracht, der vielleicht diesen Arbeitern einen etwas grössern Gewinn bringt, welcher aber der Nation so viel mehr kostet, als die Erhöhung des Preises dieser Waaren, welche das Verbot der fremden Waaren bewirkt hat. Offenbar verliert also die Nation durch solche Manufacturen. Manufacturen soll aber der Staat nicht errichten, damit nur Manufacturen im Lande sind, sondern sie sind nur in sofern wünschenswerth, als sie die Nation wirklich reicher machen. Jede Manufactur aber, welche einen



regelmäßigen Zuschufs fordert, welche sich ohne Verbot oder Belastung ausländischer Waaren nicht erhalten kann, macht das Land ärmer, und ist daher schädlich.

§. 198.

So wie sich der Reichthum im Lande verbreitet, entwickeln sich die Manufacturen von selbst, und ihre Stärke und Mannigfaltigkeit dehnt sich mit dem steigenden und allgemein verbreiteten Reichthume des Landes immer mehr und mehr aus; alles so, wie es das Bedürfnis und die Nachfrage der Einwohner erheischt. Diese Entwicklung wird da am besten erfolgen, wo die Regierung ihr nur den Weg bahnt, und alle Hindernisse wegräumt, welche dieselbe aufhalten könnte.

Der menschliche Fleiß versteht diejenige Art von Arbeit am besten auszufuchen, welche ihm den meisten Vorthail bringt. Der Staat wird also am besten thun, wenn er in diese Auswahl sich durchaus nicht mischt, sondern die Maxime befolgt: Jeden sich den Stoff und die Art seiner Arbeit selbst ausfuchen zu lassen und hierin vollkommne Freyheit zu gestatten.

Da die Verfertigung derjenigen Sachen, welche im Lande am häufigsten gebraucht werden, und wozu das Land die rohe Materie lie-



fert, auch die größten und sichersten Profite gibt; so werden diese ohne alle weitere positive Ermunterung auch am fleißigsten gefertigt werden, und es wird sich überhaupt diejenige Ordnung in den Manufacturen von selbst einführen, wornach der Fleiß und die Capitale denen Arbeiten am ersten zufließen, welche den Arbeitern und Unternehmern die größten Vortheile versprechen.

Um den Waaren die größtmöglichste Vollkommenheit zu verschaffen, ist ebenfalls freye Concurrenz das sicherste Mittel, und der Staat hat dabey weiter nichts zu thun, als: Gelegenheiten zur Erwerbung und Vervollkommnung der Manufacturkenntnisse zu eröffnen (§. 187). Alles was daher die Freyheit der Arbeiter, sich ihre Arbeiten nach eignem Gefallen zu wählen, einschränkt, oder was die Concurrenz der Arbeiter hemmt, gehört zu den Hindernissen der Vervollkommnung der Manufacturen, welche die Regierung nicht aufkommen lassen, oder, wo sie sich eingeschlichen haben, weg schaffen muß.

Nicht selten hat man aber diese Hindernisse selbst für Beförderungsmittel der Manufacturen gehalten. Auch können sie wirklich so gebraucht werden, daß sie einzelne Manufacturzweige heben; aber dieses geschieht nicht zum Vortheil sondern zum Schaden des Landes.



Es gehören unter diese Hindernisse der freyen Concurrenz vorzüglich folgende:

- 1) Monopole, und allerley vorzügliche Befreyungen, Prämien, Vorschüsse u. f. w.
- 2) Einschränkende Zünfte und Gildeverfassungen.
- 3) Unproportionirliche Auflagen auf gewisse Waaren und Aus- oder Einfuhrverbote gewisser Waaren.
- 4) Landesherrliche Manufacturen;
- 5) Gewaltfame Trennung der Gewerbe der Städte und Dörfer.

Alle diese Eingriffe in die Freyheit der Gewerbe haben ursprünglich zur Absicht, die Gewerbe auf eine für das Ganze vortheilhafte Art zu ordnen. Dafs die ersten drey Mittel dieses nicht vermögen, ist schon oben (§. 188.) im allgemeinen gezeigt worden. Hier nur noch einige Bemerkungen.

#### §. 199.

1) Die Schädlichkeit der monopolistischen Gewerbe ist jetzt allgemein anerkannt, und dieses sollte billig den Staat abhalten, sich ihrer zu irgend einem Zwecke zu bedienen. Denn es ist offenbar, dafs sie auf Verminderung des Nationalreichthums wirken, da sie machen 1) dafs durch sie die Producte schlechter und theurer zugleich werden, folglich 2) den innern Debit



vermindern und den äußern fast immer vernichten, also der Production großen Abbruch thun; 3) das Contrebandiren begünstigen und dadurch den Nationalcharacter verderben helfen, und 4) für die untergeordneten Fabrikarbeiter im höchsten Grade drückend werden. So einleuchtend dieses im Allgemeinen ist, so hat man dennoch die Monopole oft für Mittel gehalten, den Staat mit nützlichen Gewerben zu bereichern. Man kann einräumen, daß dieses in einzelnen Fällen (§. 188.) möglich sey. Ob aber der Staat nicht auf der andern Seite durch die Beschränkung der Industrie mehr verliere, als er durch Einführung des neuen Gewerbes gewinnt, und ob es überhaupt vortheilhaft ist, daß ein Gewerbe durch Kunst früher hervorgetrieben wird, als es von selbst entstanden seyn würde, ist im höchsten Grade zweifelhaft, und in solchem Falle scheint es immer besser zu seyn, wenn der Staat nichts thut, als wenn er eine Mafsregel befolgt, deren gute Wirkung nicht ganz gewiß ist.

Persönliche Vorrechte und Privilegien sind ein anderes oft gebrauchtes Mittel, zur städtischen Industrie zu locken. Offenbar aber wälzen jene Vorrechte andern Gliedern des Staats eine Last allein auf, die gemeinschaftlich getragen werden soll. Befreyung vom Soldatenstande, von der Einquartierungslast, von Fuh-



renstellungen u. f. w. der Städter sind Auflagen auf den Landmann, und tragen gewifs zur Vermehrung der Production im Ganzen nichts bey. Wo sie also nicht durch andere höhere Staatszwecke geboten werden, welches allerdings in Ansehung einiger Personen der Fall seyn kann, da kann die Vermehrung der Production kein Grund für deren Beybehaltung seyn.

Vorschüsse der Regierung, um nützliche Gewerbe empor zu bringen, wo die Capitale der Privatleute nicht hinreichen, können allerdings etwas Gutes wirken. Allein ein großer Staat kann dabey gar zu leicht betrogen werden, und es erfordert daher die Organisation eines Collegiums, welches die Gewerbe durch Vorschüsse aufmuntern soll, außerordentlich viel Klugheit und Vorsicht. Dergleichen Vorschüsse müssen nie geleistet werden, wo dadurch andern, die dasselbe Gewerbe schon mit ihren Capitalen betreiben, Abbruch geschehen könnte, und überhaupt muß sie die Regierung nur da leisten, wo keine Concurrrenz der Privatcapitale Statt findet, und nicht niedrigere als die landüblichen Zinsen nehmen, wenn nicht wichtige Gründe vorhanden sind, durch die niedrige Zinse eine Prämie zu bewilligen.



§. 200.

2) Die bisherige Zunftverfassung der Handwerker und Künstler beschränkt die Gewerbe auf die nachtheiligste Weise, da sie durch eine Menge unnützer Kosten, Zeitverluste, Einschränkungen der Meister und durch das Monopolrecht, welches sie für die Zünfte bestimmt, die Preise der Dinge erhöht, und zugleich den Uebergang der Arbeiter von einem Gewerbe zum andern hindert (Nat. Oek. §. 548 u. f. w.). Alle Vortheile derselben können durch die freyen Corporationen (§. 185) der Gewerbegenossen erreicht und alle Nachtheile dabey vermieden werden.

§. 201.

Was 3) das Auflagensystem und die Ein- und Ausfuhrverbote betrifft; so hat sich noch kein Staat ganz davon losreißen können, sie als Instrumente der Industrie zu gebrauchen. Nun ist zwar gewiss, daß man dabey beobachten müsse, daß dadurch kein Gewerbe unterdrückt werde (§. 188). Aber die bisherigen Versuche, der Industrie durch diese Mittel aufzuhelfen, beruhen sämmtlich auf irrigen Vorstellungen, und wirken mehr auf Verminderung als auf Vermehrung des Nationalreichthums. So hält man gewöhnlich Ausfuhrverbote der rohen Stoffe, oder starke Auflagen auf die Ausfuhr derselben für ein gutes Mittel,



die inländischen Manufacturen in diesen Stoffen zu ermuntern. Allein

- 1) wenn der Inländer auch dann nicht einmal die Waaren wohlfeiler und besser verfertigen kann, wenn er den Stoff dazu vor der Thür hat; also die Transportkosten dabey erspart, welche der Ausländer tragen muß; so muß er ein schlechter Arbeiter in diesem Fache seyn und es ist daher besser, daß er etwas anders thue;
- 2) Die Production des rohen Stoffs wird dadurch vermindert und seine Qualität verschlechtert. Es wäre also besser, die Hände und Capitale auf Vermehrung dieses Stoffes durch völlige Freyheit der Ausfuhr zu ziehen. Diese Freyheit hat in Sachsen weit mehr feine Wolle hervorgebracht, als es in den preussischen Staaten die vielen positiven Aufmunterungen vermochten. Denn diese vermochten nicht die Nachteile aufzuwiegen, welche aus dem Verbot der Wollausfuhr entsprangen.
- 3) Der Zweck, dadurch die fremde Fabrication zu zerstören und die Ausländer zu zwingen, unsere Fabrikwaaren zu kaufen, wird dadurch nie oder doch nur in einem unbedeutenden Grade erreicht.
- 4) Die Furcht, daß Fremde allen inländi-



schen Stoff aufkaufen, und uns ihre daraus verfertigten Fabrikwaaren desto theurer wieder verkaufen werden, ist schimärisch. Denn warum sollten denn die Inländer nicht mit den Ausländern wetteifern können, wenn sie Capitale und Geschicklichkeit dazu haben, da ihre Lage ihnen so große Vorthelle verschafft? Fehlt es ihnen aber an Capital und Geschicklichkeit; so ist es immer besser, eine solche Fabrication Ausländern zu überlassen und ihre Kunstarbeit mit den Producten der Arbeit zu bezahlen, die man besser hervorzubringen versteht, als sie.

§. 202.

So wie man bemüht gewesen ist, alle rohen Stoffe im Lande zur inländischen Verarbeitung zu behalten, so hat man auch dahin zu wirken gesucht, alle rohen Stoffe im Lande selbst zu erbauen, so weit es möglich ist, um die Fabriken damit zu versehen. Deshalb hat man 1) die Einfuhr ausländischer Stoffe erschwert oder gar verboten, um die Nationalindustrie zur Erzeugung derselben zu reizen, oder man hat 2) durch Prämien dazu aufgemuntert, oder 3) gar dessen Erzeugung erzwungen. In allen drey Fällen muß dieser Stoff dem Lande höher zu stehen kommen, als man ihn auswärts kau-



fen kann. Wenn aber Statt der künstlich hervogelockten oder erzwungenen Erzeugnisse, andere rohe Stoffe erzeugt werden, wozu der eigne Vorthail von selbst einladet; so werden diese mehr werth seyn; man wird also die benötigten Stoffe in der Fremde kaufen können und noch einen Ueberschuß haben. Für die Pflaumen oder Aepfel, welche Statt der durch Zwang erhaltenen Maulbeerbäume auf demselben Felde hätten können gewonnen werden, hätte man die rohe Seide zehnmal bezahlen können, die durch diese Maulbeerbäume in den preussischen Staaten erzeugt wurde.

Ein anderes sehr übliches Mittel, wodurch die Regierungen den inländischen Manufacturen zu Hülfe zu kommen suchen, sind die Einfuhrverbote fremder Manufacturwaaren oder deren Belegung mit hohen Zöllen. Die Wirkung davon wird freylich seyn, daß mehr von diesen Waaren im Lande verfertiget wird; allein das Volk wird diese Waaren nur theurer bezahlen müssen, als es solche im Auslande kaufen könnte. Es wird also den Vorthail niederer Preise einbüßen, weniger genießen und weniger produciren können, und bloß einige Fabrikanten werden einige Vorthaile ziehen, die sie aber, wäre jenes Verbot nicht vorhanden, auch auf einem andern Wege, ohne



diesen Schaden der übrigen, bey einem andern Gewerbe hätten gewinnen können \*).

§. 203.

4) Ein Regent kann freylich glänzende Manufacturen errichten; aber noch nirgends ist es zum wahren Vorthail des Landes geschehen. Denn es liegt a) in der Natur der Sache, daß die Einrichtung und Verwaltung von Staatsmanufacturen kostbarer ist, als von Privatmanufacturen; b) wird eine solche Manufactur alle Concurrency niederschlagen. Denn da die Regierung sich das Monopol ertheilen kann, und es auch gemeiniglich thut, da sie große Capitale wagen und wegwerfen kann; welcher Privatmann wird es wagen, sich mit ihr in Wettstreit einzulassen? Was aber c) der wichtigste Grund ist, der den Regierungen alle Gewerbe verbietet, ist, daß sie dadurch ein ihrer Bestimmung entgegengesetztes Interesse erhalten. Als Regierung soll sie mit dem Staatsvermögen haushälterisch umgehen und jedem einzelnen die freye Anwendung seiner Kräfte und seines Vermögens sichern, als Gewerbsmann hat sie einen großen Reiz, das öffentliche Vermögen zu wagen, und die Gewerbe der Unterthanen zu beschränken,

Kk 2

\*) S. Soden Nationalökonomie. Bd II. §. 231 u. f. w.



um sich einen grofsen Gewinn aus ihren Gewerben zu verschaffen. Einer Versuchung, welche die Diener der Regierung so heftig reizt, den Zweck der Errichtung der bürgerlichen Gesellschaft zu verletzen und geradezu auf Verminderung des Nationalvermögens hin zu wirken, sollte sich die Regierung niemals aussetzen \*).

## §. 204.

5) Eine gesetzliche Scheidung der Gewerbe für Stadt und Land, hat bisher fast allenthalben Statt gefunden, und die mehresten Staatskundigen halten diese für nothwendig und nützlich. Dafs nun ein Ort, wo eine grofse Menge wohlhabender Staatsbeamte versammelt werden, wo der Hof, die Landes- oder Provincialcollegia, viele Menschen hinziehen, welche ihr Einkommen daselbst verzehren, wo der Handel und grofse Manufacturen ihre Wohnsitze haben, ein einladender Aufenthalt für Handwerker und Künstler seyn werde, und dafs die dadurch steigende Bevölkerung und die Bequemlichkeit, alles was man nöthig hat, auf einer Stelle zusammen zu finden, immer noch mehr Handwerker und Künstler dahin ziehen wird, ist eine sehr natürliche Folge der vorhandenen Ursachen. Städte werden also beständig die ge-

---

\*) S. meine Nat. Oek. §. 552 und Soden II. §. 254.



schicktesten Handwerker und Künstler am ersten an sich ziehen, und um so stärker, je reicher und wohlhabender ihre Einwohner sind, und jemehr alle Künste und Waaren in denselben angetroffen werden, die ein Arbeiter zur Vervollkommnung seiner Arbeit braucht. Aber ob es nothwendig und nützlich sey, die Handwerke und Künste ausschliesslich in die Städte einzuschliessen, und die Kunstgewerbe von dem platten Lande gänzlich zu verbannen? Dieses bedarf einer näheren Untersuchung, da in der practischen Staatsverwaltung noch ganz allgemein das Princip herrscht; man müsse nur den dem Landmanne unentbehrlichsten Handwerkern verstatten, ihr Gewerbe in den Dörfern zu treiben, alle Kunstgewerbe aber, welche unmittelbar der Landmann nicht bedarf, in die Städte verweisen. Ob es nun gleich ganz gerecht und menschlich gedacht ist, die Städte nicht mit einem Male eines Privilegiums zu berauben, welches die Regierung ihnen gesichert hat, und durch dessen Einbusse viele Bewohner derselben um einen grossen Theil ihres Vermögens kommen würden; so ist es doch gewiss, dass dieser Vortheil den Städtern nur auf Kosten der übrigen Einwohner verschafft wird und also kein wahrer Nationalgewinn ist, und dass es daher Maxime des Staats werden müsse, den Städten nicht nur keine neuen Begünstigungen die-



fer Art zuzugestehen, sondern auch ihre bisherigen Gewerbsprivilegien, wo nur immer ein gerechter Weg dazu ausfindig gemacht werden kann, abzuschaffen. Denn 1) es werden alle diejenigen Gewerbe sich von selbst in den Städten niederlassen und daselbst verbleiben, welche ihren Vorthail dabey finden; 2) ist es offenbar, daß viele Gewerbe, die man in die Städte gebannt hat, auf dem Lande mit weit größerm Vorthail getrieben werden können, als Branntweinbrennereyen, Brauereyen, Stärkemacherey u. f. w. Warum will der Staat verhindern, daß diese Waaren besser gemacht und zu niedrigeren Preisen verkauft werden? 3) Viele Manufacturen würden für das Land eben so vorthailhaft seyn, als der Wohnsitz auf dem Lande für sie seyn würde. Der Landmann, welcher im Winter so viel müßige Zeit hat, würde darin einen Reiz finden, sich zu beschäftigen und würde in den Familien der Manufacturisten zu der Zeit, wo die Landarbeit viel Hände verlangt, Mitarbeiter finden. Gemüse und Gartenbau würde sich mehr verbreiten; der Transport der Landfrüchte in die Stadt für die Manufacturarbeiter würde erspart, die Viehzucht und die Düngervermehrung erleichtert u. f. w. So würde offenbar der Reichthum des Landes da wachsen, wo jetzt der Städtezwang ihn vermindert. Hieraus folgt also, daß der Staat alle er-



zwungenen Schranken zwischen Stadt und Land aufheben und jedem sein Gewerbe dahin zu verlegen verstatten müsse, wo er seinen größten Vortheil dabey zu finden gedenkt, und wo es nicht höhere und wichtigere Staatszwecke (§. 115. 1) verbieten. Die Verbannung der Kunstgewerbe von dem Lande ist zwar ein Mittel, diesen Gewerben an einem bestimmten Orte einen gewissen Glanz zu verschaffen, aber dieselben Gewerbe würden blühender und fruchtbringender für das Land seyn, wenn sie sich frey ihren Ort suchen könnten: folglich ist die Einschließung gewisser Gewerbe in die Städte nur ein scheinbares Beförderungsmittel der Kunstgewerbe, im Grunde aber ein wahres Hinderniß.

Unter den Schwierigkeiten dieses Hinderniß wegzuschaffen, wird das in den mehresten Ländern eingeführte Accisesystem oft als die größte genannt. Aber es kann diese Schwierigkeit unmöglich so groß seyn, um eine Einrichtung bestehen zu lassen, welche leicht dem Staate jährlich einen eben so großen Verlust zuzieht, als die Accise dem Staate einbringt. Wo man Bereicherungsquellen eröffnet, da kann es einem klugen Finanzier nicht schwer werden, ein besseres Abgabensystem statt eines schlechteren zu finden.



## §. 205.

Da man bemerkte, daß ein niedriger Arbeitslohn und ein niedriger Zinsfuß hauptsächlich die Fabrikanten in den Stand setzten, ihre Waaren wohlfeil zu verkaufen, folglich auf fremden Märkten mit andern Verkäufern zu wetteifern; so fannen die Regierungen hauptsächlich darauf, wie sie durch künstliche Mittel beydes hervorbringen könnten.

Von der Slaverey und der Leibeigenschaft, als Mittel, einen niedrigen Arbeitslohn zu bewirken, wollen wir hier nichts erwähnen, da sie beyde einer gesunden Politik zu sehr widersprechen, als daß man daran denken sollte, sie einführen zu wollen, wo sie noch nicht vorhanden sind. Man weiß, daß es sehr zweifelhaft ist, ob die Arbeit, welche durch diese Zustände erzwungen wird, im Allgemeinen wirklich wohlfeiler sey, und man weiß, daß Manufacturarbeiten nur unter freyen Händen vollkommen werden. Ein eben so unzweckmäßiges Mittel, einen niedrigen Arbeitslohn zu erzwingen, sind obrigkeitliche Taxen. Sind diese zu niedrig, so werden sie die Arbeiter verjagen, und dadurch auf Erhöhung des Lohnes wirken; drücken sie aber den natürlichen Preis aus, so tragen sie nichts zur Erniedrigung des Lohnes bey.



Um das Arbeitslohn seinem natürlichen Preise nahe zu bringen, und dabey zu erhalten, ist Concurrenz der Arbeiter das sicherste Mittel, welches der Staat durch alle Mafsregeln befördert, durch welche er auf Vermehrung der Population wirkt (§. 72. u. f. w.). Freyheit der Personen und der Gewerbe vertheilt die Einwohner am besten, und bringt allenthalben die dem Lande am meisten zuträgliche Concurrenz hervor. Wenn man aber einen niedrigen Arbeitslohn wünscht, so kann man doch keinen real-, sondern nur einen nominal-niedrigen Lohn verstehen, d. h. man muß wünschen, dafs die Geldsumme, welche der Arbeiter empfängt, zwar gering ist, aber dafs er für dieses geringe Geld doch alles im Lande kaufen könne, was er zu seiner Zufriedenheit braucht. Bey einem solchen Zustande der Dinge werden die Waaren für wenig Geld verkauft werden können, und mit diesem wenigen Gelde wird man im Lande doch gut leben können. Der niedrige Preis der Lebensmittel trägt in dieser Hinsicht zur Erniedrigung des Arbeitslohnes hauptsächlich bey, und die Staaten, denen an auswärtigem Absatz ihrer Manufacturwaaren hauptsächlich gelegen ist, haben allerley Mittel angewandt, um die nothwendigsten Lebensmittel im niedrigsten Preise zu erhalten. Erniedrigung der Consumtionssteuer, und Abschaffung der



Zunftabgaben sind legale und zweckmäßige Mittel, dazu zu gelangen; die Vermehrung der Production der Lebensmittel durch vollkommnere Arbeit wirkt noch sicherer und unmittelbarer. In wiefern es also der Staat in seiner Gewalt hat, zu dieser Vermehrung mitzuwirken, wird er zugleich die Wohlfeilheit der Lebensmittel befördern. Wenn aber Ausfuhrverbote, Markttaxen und andere ähnliche Zwangsmittel angewandt werden, um den Preis der Lebensmittel niedrig zu erhalten; so nimmt 1) der Staat den Producenten der Lebensmittel das ab, was er den Manufacturarbeitern erspart, bereichert sie also auf deren Kosten. 2) Vermindert er die Production, denn nur der hohe Preis und die Hoffnung des auswärtigen Debits konnte dieselbe erweitern. Das Ausfuhrverbot wird also nicht einmal seinen Zweck lange erreichen, da die Verminderung der Production den Preis bald wieder heben oder gar Mangel erzeugen wird. Der Staat muß daher den natürlichen Preis sich ganz frey bestimmen lassen, und nur dadurch, daß er die Production durch alle Mittel, die in seiner Gewalt sind, aufmuntert, dafür sorgen, daß der Preis der Lebensmittel nicht so hoch steige, daß er auf Verminderung der im Lande eingeführten Nahrungszweige wirkt.



Da der Arbeiter täglich um so weniger zu empfangen braucht, je mehr er jährlich Arbeitstage hat, und um so mehr für jeden Tag empfangen muß, je weniger er Arbeitstage hat; so wird allerdings die Abschaffung der vielen überflüssigen Festtage auch auf Erniedrigung des Arbeitslohnes Einfluß haben können, und wird wenigstens den Fleiß und das Product des Fleißes vermehren. Viele Feste gewöhnen das Volk an die Faulheit, und eine jede gute Regierung muß daher auf deren Verminderung bis auf die nöthigen Ruhetage bedacht seyn.

Sobald eine Nation reich wird und sich die Wohlhabenheit durch alle Stände ausbreitet, werden natürlich auch die Arbeiter an diesem Zustande Theil nehmen wollen, und jeder muß wünschen, daß dieses geschehe. Dieses ist aber nicht anders möglich, als durch Erhöhung des Lohnes der einzelnen Arbeiter, die auch in einem solchen Lande natürlicher Weise erfolgen wird. Andere ärmere Länder würden die Producte einer solchen Nation nicht mehr bezahlen können, wenn sie nicht andere Mittel erförne, nicht den Arbeitslohn der einzelnen Arbeiter, sondern den Preis der Arbeit in Masse, herunterzubringen, oder zu machen, daß, obgleich der Arbeiter viel bekömmt, die Arbeit ihrer Manufacturproducte doch wenig



koftet. Das Mittel, dazu zu gelangen, findet eine folche Nation in ihrem Scharfffinne und in ihrer vergrößerten Cultur, indem fie Mafchinen erfindet und die Vertheilung der Arbeiten einführt, wobey mit wenig Händen viel und fo vollkommne Arbeit verrichtet wird, als ohne diefe Mittel eine weit größere Anzahl von Menschen nicht zu Stande bringen können. Dem Staate wird daher nicht fo fehr an Erniedrigung des Arbeitslohns der einzelnen Arbeiter, als vielmehr an Vervollkommnung der Gefchicklichkeit der Arbeiter gelegen feyn müffen, und es wird ihm lieb feyn, wenn feine gefchickten Arbeiter einen fehr hohen Lohn erhalten, und dennoch der Waarenpreis niedrig erhalten werden kann. Die Vervollkommnung der Arbeit aber wird fich mit der fteigenden Wohlhabenheit des Volks efinden, wenn er nur derfelben kein Hinderniß in den Weg legt, und die Ausbreitung der Kenntniffe und Gefchicklichkeiten feiner Seits befördert.

§. 206.

Capitale find die unentbehrlichen Mittel zur Ausdehnung und Vervollkommnung der Gewerbe. Je ausgedehnter fie find, je leichter man fie finden kann, defto leichter können alle Gewerbe unternommen und mit Vorthail betrieben werden. Je wohlfeiler aber, d. h. zu je



geringeren Zinsen diese Capitale zu haben find, desto weniger werden sie den Preis der durch ihre Hülfe verfertigten Waaren erhöhen. Allein der Staat hat kein directes Mittel in seiner Gewalt, den Zinsfuß auf eine für die Gewerbe vortheilhafte Weise zu erniedrigen. Indirecte trägt er dazu bey, wenn er 1) die Production und eben dadurch die Vermehrung der inländischen Capitale begünstiget. Denn Vermehrung der Capitale wirkt natürlich auf Verminderung des Preises dieser Waare; und 2) wenn er den Credit durch gute Gesetze und zweckmäßige Anstalten befördert. Wie ersteres geschehen könne, zeigt dieses Werk auf allen Seiten; die Lehre vom Credit wird weiter unten, wo vom Handel die Rede ist, abgehandelt werden.

Fast in allen Staaten hat man die Zinsen gesetzlich bestimmt, und höhere Zinsen zu nehmen verboten. Man hat geglaubt, hierdurch die Capitale in einem niedrigen Preise zu erhalten. Allein eine solche gesetzliche Bestimmung der Zinsen thut der Ausdehnung der Production nothwendig Abbruch, anstatt ihr zu nützen, wenn sie sich auch auf diejenigen Capitale erstreckt, welche zur Production oder zum Erwerbe bestimmt sind. Denn 1) werden dadurch Fremde abgehalten werden, uns ihre Capitale zu leihen, die sie uns zu einem höheren



Zinsfuß geliehen haben würden; 2) werden viele einheimische Capitale aus dem Lande strömen, und Länder auffuchen, wo sie mit Sicherheit höhere Zinsen erhalten können. Dieses Gesetz wirkt also auf Verminderung der Capitale, d. h. der Productionsmittel, folglich der Production selbst. Aber 3) wird das Gesetz dennoch nicht erzwingen können, daß der niedrige Zinsfuß beobachtet werde. Man wird insgeheim durch stille Verabredungen, durch Nebenverträge und durch eine Menge sich in der Zeit der Noth entwickelnder Mittel so hohe Zinsen sich verschaffen und bewilligen, als die Concurrency und der Credit bestimmt, wie es in allen Ländern wirklich geschieht, wo der Zinsfuß niedriger bestimmt ist, als sein natürlicher Preis ist; man wird dadurch dem Betruge und der Habsucht einen gefährlichen Spielraum eröffnen, die Gesetze dem Gespött preis geben, und Statt Erniedrigung der Zinsen gerade das Gegentheil, nemlich Erhöhung bewirken, nicht nur, weil man dadurch die Capitale vermindert, sondern auch weil man die Gefahren der Ausleihung vermehrt oder den Credit geschwächt hat. Die Capitalisten werden sich also aufer dem natürlichen Preise, der wegen Verminderung der Concurrency der Capitale schon an sich erhöht ist, auch noch etwas für die Gefahr be-



zahlen lassen, welche mit der Nehmung widergesetzlicher Zinsen verbunden ist \*).

Soll die gesetzliche Zinsbestimmung den Gewerben nicht schädlich werden und einen guten Zweck erreichen; so darf sie nur eine Bestimmung des im Lande üblichen Mittelpreises der Zinsen zur Regulirung solcher streitigen Fälle seyn, wo zwischen Creditor und Schuldner bey der Anleihe nichts bestimmtes ausgemacht worden ist, oder wo erwiesen werden kann, daß Arglist, Betrug und Bosheit das Unglück bloß benutzt haben, um sich zu bereichern.

§. 207.

Güte der Waaren befördert ihren Absatz oft noch mehr als Wohlfeilheit. Sie hängt ab: 1) von der guten Beschaffenheit des rohen Stoffs; 2) von der Geschicklichkeit der Arbeiter und Unternehmer; 3) von der Vollkommenheit der Maschinen und einer geschickten Vertheilung der Arbeit. Zur Verbesserung der inländischen rohen Stoffe kann allerdings der Staat Aufopferungen machen, die sich reichlich verzinsen. Besonders wird dieses in einem Staate geschehen müssen, wo die Reichthümer der einzelnen und die Privatindustrie noch keinen

---

\*) Ueber die Ursachen, welche die Zinsen bestimmen. S. meine Nat. Oek. §. 269. Soden I. c. 79 u. f. w.



sehr hohen Grad erreicht haben. Einführung vollkommenerer Gewächse, besserer Viehracen, Prämien auf vollkommene Erzeugnisse u. s. w., können ungemein wohlthätig wirken. Wie er die Geschicklichkeit der Arbeiter vervollkommen könne, ist schon an mehreren Orten gezeigt. Dieselben Mittel werden auch die Vollkommenheit der Maschinen und die Vertheilung der Arbeiten bewirken, wenn sie nur sonst durch die vorhandenen Capitale und durch die vermehrte Nachfrage begünstiget werden. Die alten Vorurtheile gegen den Vorthail der Maschinen, für die Vermehrung des Nationalreichthums, sind jetzt aus den Köpfen der Staatskundigen so sehr verschwunden, daß es überflüssig scheint, hier etwas dagegen sagen zu wollen \*). Je mehr die Maschinen Statt des Menschen verrichten, desto mehr kann er noch neben denselben hervorbringen, und desto mehr Bedürfnisse können also die Menschen befriedigen. Die Maschinen vermehren daher die Production und folglich auch die Bevölkerung. Es können daher nie zu viel gute Maschinen erfunden und eingeführt werden. Wie der Staat zur Abhelfung der Inconvenienz beytragen könne, die aus ihrer plötzlichen Entstehung für die dadurch ihr

---

\*) Say Nationalökonomie; aus dem Französischen von L. H. Jakob. Halle Bd. I. S. 35. u. f. w.



Brot verlierenden Arbeiter entspringt, muß in der Abhandlung von dem Armenwesen gezeigt werden.

Alle positiven Vorschriften des Staats, gute Waaren zu verfertigen, und die darüber verordneten Aufsichtsanstalten, scheinen überflüssig und mehr schädlich als nützlich zu seyn. Schauanstalten verwandeln sich sehr bald in eine bloße Auflage, erhöhen also den Waarenpreis, ohne die Waaren zu verbessern. Alle Fabrikenreglements, welche Länge, Breite und andere Beschaffenheiten der Waaren vorschreiben, werden in vielen Fällen unpassend, und erschweren die Gewerbe oft auf eine unbillige Art. Es scheint, daß dieses alles dem Privatinteresse am sichersten überlassen werden könne; die vollkommensten Arbeiter offenbaren sich am besten durch ihre Werke. Um aber die Käufer gegen Betrug zu schützen, ist nichts nöthig als 1) für jeden Namen, der eine Gröfse oder Beschaffenheit andeutet, die Begriffe genau zu bestimmen, Einheit des Masses und des Gewichtes einzuführen; 2) die Fabrikanten zu verbinden, ihre Waaren durch Etiquetten oder Aufschriften genau anzudeuten und darauf Gröfse, Echtheit der Farben u. f. w. zu bestimmen und sie für ihre Angaben dergestalt verantwortlich zu machen, daß der, welchen sie durch eine falsche Angabe be-



trügen, nicht nur ohne alle Kosten Gerechtigkeit erhält, sondern sie selbst auch noch in empfindliche Strafe verfallen.

~~~~~

Siebenter Abschnitt.

*Von der öffentlichen Vorsorge für den Umsatz der Waaren oder den Handel.*

§. 208.

Der Boden bringt bey fleissiger Bearbeitung weit mehr Producte hervor, als diejenigen, welche ihn besitzen und zu feiner Bearbeitung nöthig sind, selbst verzehren können; eben so kann jeder einzelne Handwerker und Künstler weit mehr Producte seiner Kunst verfertigen, als er für sich selbst braucht, und um so mehr, je geschickter, thätiger, fleissiger er ist, und je mehr er die Maschinen anzuwenden und die Arbeit geschickt zu vertheilen versteht (§. 207.). Nun strebt aber jeder Mensch nur deshalb einen Ueberfluß von Waaren über sein eignes Bedürfnis zu erhalten und bringt ihn nur in dem Masse hervor, als er ihn gegen andere Waaren oder Dienste, die er wünscht, zu vertauschen hoffen kann. Je leichter daher die Besitzer der Landfrüchte dieselben absetzen und sich dafür andere Sachen, worauf ihre Begierde gerichtet ist, werden eintauschen können, und



je leichter und gewisser überhaupt jeder seinen Ueberfluß zu verkaufen hoffen kann, desto mehr Ueberfluß aller Art wird hervorgebracht, desto größer wird also der Nationalreichthum werden. Das Geschäft, welches den Umtausch der Waaren zum Zweck hat, heißt der Handel, und wer den Handel zu seinem Gewerbe macht, ist ein Kaufmann. Der Handel nimmt dem einen den Ueberfluß seiner Waaren ab und führt sie den Bedürftigen zu, um ihnen dafür ihre überflüssigen Waaren abzunehmen; er vertheilt also die Waaren nach den Bedürfnissen, und ist eben dadurch die stärkste ja die einzige Triebfeder zur Vermehrung des Nationalreichthums. Jedem Staate muß daher im höchsten Grade daran gelegen seyn, daß der Handel im Lande blühe. Welche öffentlichen Mittel aber anzuwenden sind, um den Handel in Flor zu bringen, und ihn so zu dirigiren, daß er den allgemeinen Staatszwecken nicht entgegen wirke, darüber sind die Politiker sehr verschiedener Meinung.

Nach der bisherigen Praxis hat man dafür gehalten, daß der Handel dem Staate nur unter mannigfaltigen Einschränkungen nutzen, dahingegen eine totale und unbedingte Freyheit dieses Gewerbes leicht ganze Bürgerclassen ruiniren, einige auf anderer Kosten bereichern, und das Land in eine gefährliche Abhängigkeit von



andern Staaten bringen könne. Andere hingegen haben gemeint, daß eine vollkommne uneingeschränkte Freyheit des Handels allein der Gerechtigkeit gemäfs, und zugleich das beste Mittel sey, den Nationalreichthum zu vermehren, daß eine solche Freyheit den Reichthum der Nation in keinem Falle vermindern könne.

Die Gründe, welche die Nothwendigkeit der unbefchränkten Handelsfreyheit aus dem Begriffe der Gerechtigkeit beweisen sollen, sind sehr schwach. Die Einführung des Eigenthumsrechtes gründet sich nur auf den gemeinfamen Nutzen, und in wiefern dieser nach einer allgemeinen Regel verletzt wird, muß dasselbe jederzeit durch ein Gesetz eingeschränkt werden. Daß kein Recht auf eine absolute Freyheit und kein unbefchränktes Eigenthumsrecht in der Vernunft gegründet sey, ist schon an mehreren Stellen dieses Werks (§. 173. 185.) bewiesen worden. Die Freyheit eines jeden ist nicht nur durch die Freyheit anderer beschränkt, sondern so wie sich die Menschen zu einer Gesellschaft vereinigen, setzen auch die gemeinfamen Zwecke dieser Gesellschaft der Freyheit jedes einzelnen Schranken (§. 123). Insbesondere aber ist das Eigenthumsrecht nie ein absolutes Recht (§. 173. 174.); es muß durch die wichtigeren gemeinfamen Zwecke, wozu das Eigenthum nur Mittel ist, stets eingeschränkt



werden, und wo der Privatvortheil nicht von selbst antreibt, diese Schranken zu beobachten, da muß es durch Gesetze geschehen. Das Rechtsprincip ist daher: Der Staat ist befugt, dem Gebrauche des Eigenthums alle diejenigen Schranken zu setzen, ohne welche wichtigere gemeinsame Zwecke der Staatsbürger nicht erreicht werden könnten.

Was die politischen Gründe betrifft, wodurch man die absolute Handelsfreyheit zu beweisen gesucht hat; so ist im allgemeinen zu bemerken: daß sich aus bloßen Begriffen nie beweisen läßt, daß es keinen Fall geben könne, wo wichtigere gemeinsame Zwecke Einschränkung der Handelsfreyheit fodern, und daß jede Einschränkung dem Zwecke der bürgerlichen Gesellschaft allemal zuwider sey. In der Politik gibt es keine ganz allgemeinen Sätze, es müssen die Ursachen, welche einfließen, ihrer Natur nach erwogen, und die Wirkungen, welche durch die verschiedene Verbindung oder durch das mannigfaltige Entgegenstreben derselben erzeugt werden können, verschlossen werden. Jeder Staat, jede besondere Lage desselben, jede veränderte Cultur kann andere politische Mafsregeln erfordern. Ein allgemeines Justizgesetzbuch ist unmöglich, noch weit unmöglicher aber ein allgemeines Policeygesetzbuch.



Nur die Grundsätze, nach welchen es abgefaßt seyn muß, sind allgemein; die Mafsregeln, welche diese Grundsätze bestimmen, können nach der verschiedenen Lage der Umstände sehr verschieden seyn. Folgende Betrachtungen werden uns in den Stand setzen, diesen Gegenstand richtig zu beurtheilen.

§. 209.

Die Einführung des Privateigenthums auf Grund und Boden kann in der That unter keiner andern Bedingung als übereinstimmend mit der Vernunft gedacht werden, als dafs dabey denen, welche keine Grundeigenthümer sind, die Bedingungen ihrer Subsistenz gesichert bleiben (§. 174). Diese Bedingungen sind keine andern als die Möglichkeit, durch ihre Arbeit, Geschicklichkeit und Fleiß so viel zu gewinnen, dafs ihnen die Grundeigenthümer für den Werth ihrer Arbeit so viel von den Früchten ihres Bodens ablassen müssen, als zu ihrer Erhaltung nöthig ist.

Dafs die Freyheit der Gewerbe und des Handels eine solche Ordnung der Dinge von selbst hervorbringen werde, worin jeder für seine Producte den bestmöglichen Preis erhalten kann, scheint man allgemein bezweifelt zu haben, und man hielt daher bürgerliche Gesetze



für nothwendig, um den Einwohnern des Landes ihr Auskommen zu sichern.

Es ist sehr natürlich, dafs für jeden Bezirk des fruchtbaren Bodens, auf welchem weit mehr Früchte gebauet werden, als die Herren und Bearbeiter des Bodens verzehren können, sich leicht eine Menge Handwerker, Künstler u. s. w. einfinden werden, welche den Ueberflufs der Nahrungsmittel dadurch zu verdienen suchen, dafs sie die mannigfaltigen Bedürfnisse des Landbauers erfüllen. Man glaubte aber, diese Sache nicht ihrem freyen Gange überlassen zu dürfen, sondern meinte, der Staatszweck werde am besten erreicht, wenn das ganze Land in gewisse Districte eingetheilt, die Landarbeiter auf dem Lande nach dem Bedürfnisse der Bearbeitung des Bodens zerstreut, die Handwerker hingegen in Städte versammelt, und in denselben in einer solchen Proportion gehalten würden, als die Bedürfnisse des Landes sie fodern möchten; dagegen die Einwohner des umliegenden platten Landes zwang man, die Städte ihres Bezirks ausschliesslich mit Lebensmitteln zu versehen, und ihre städtischen Bedürfnisse von ihnen zu kaufen. Um dieses desto besser übersehen zu können, verbot man alle städtischen Gewerbe auf dem Lande, wies jeder Stadt einen gewissen District an, den sie ausschliesslich mit ihren Producten und Diensten



zu versehen hatte, hielt die Zahl der Stadtarbeiter durch Innungen, Concessionen u. f. w. in den Schranken der nöthigen Proportion gegen ihre Abnehmer, und bannte zugleich die in dem Stadtbezirk liegenden Dorfschaften mit ihren Producten in die Stadt. So glaubte man am besten für das Bedürfnis aller gesorgt, dem Landmanne seinen Absatz und den Städtern ihr Brot gesichert zu haben. Nur die Producte der Oekonomie, welche die Städter zu ihren Bedürfnissen nicht nöthig hatten, erlaubte man aus der Provinz, oder, wenn alle inländische Provinzen derselben entbehren konnten, aus dem Reiche zu verführen. Nur solche Producte durften in die Stadt gebracht werden, welche Städter nicht selbst hervorbringen konnten, und damit der Städter die Nahrungsmittel zu den besten Preisen erhielt, ward der Bauer genöthiget, alles unmittelbar zur Stadt zu bringen, und der Zwischenhandel entweder ganz untersagt oder doch sehr eingeschränkt.

Ich wage nicht, zu leugnen, daß diese Politik, so lange es ungewiß ist, ob das freye Spiel der menschlichen Triebe die neben einander lebenden Menschen von selbst mit den nöthigen Bedürfnissen versehen wird, richtig sey. Wenn aber die Erfahrung lehrt: 1) daß der Landmann von selbst seinen Ueberfluß denjenigen Städten am liebsten zuführt, welche ihn



am nächsten und bequemsten liegen; 2) daß er sich der ihm nahe wohnenden Arbeiter, Handwerker und Künstler freywillig am liebsten bedienen wird; 3) daß sich die Zahl der Handwerker und Künstler von selbst den vorhandenen Bedürfnissen angemessen stellt; 4) daß es vortheilhafter für das Ganze ist, wenn jeder nach seinen Bedürfnissen seinen Wohnsitz in der Stadt oder auf dem Lande nach seinem eignen Belieben nehmen kann; 5) daß es oft vortheilhaft für Producenten und Consumenten ist, sich der Zwischenhand bey dem Handel zu bedienen, und daß bey verstatteter Freyheit am leichtesten der vortheilhafteste Weg gewählt wird; wenn, sage ich, dieses eingesehen wird, so wird man jenes System um so mehr verlassen, da es, wenn es nicht zerstörend werden soll, eine solche stete Aufmerksamkeit auf alle Details, solche stete Veränderungen mit den täglich sich verändernden Umständen und Bedürfnissen erfordert, daß ein Staat von einigem Umfange es nur sehr schlecht und unvollkommen ausführen kann. In diesem Fall aber muß es nothwendig allenthalben die schädlichsten Stockungen verursachen, den Fleiß niederschlagen, die Production lähmen, und nicht selten den Mangel erzeugen, den es verhindern soll. Eine Maschinerie, die allzuviel Kunst im Gebrauche erfordert, richtet selten viel aus. Daher hat man auch allenthalben,



wo die Staatskunst grössere Fortschritte gemacht hat, diese ängstliche Politik aufgeben, und nach liberalern Grundfätzen

1) die Sperre zwischen den Provinzen eines und desselben Landes aufgehoben, so daß jedermann im ganzen Reiche die Producte seines Fleisses vertreiben, und seine Bedürfnisse einkaufen konnte, obgleich fast allenthalben eine Menge Ausnahmen, Privilegien, Gerechtigkeiten u. s. w. geblieben sind.

2) Man hat dem Landmanne mehr Freyheit sowohl in Ansehung der Wahl seiner Production, als des Verkaufs seiner Producte verstattet. Vorkäufer und Zwischenhändler hat man aus einem mildern Lichte betrachtet, da der Nutzen, welchen sie der Gesellschaft leisten, einleuchtend wurde.

Man hat bemerkt, daß bey verstatteter Freyheit alle Kräfte viel besser agiren, daß eine weit grössere Quantität von Producten hervorgebracht wird, daß der Handel sich viel besser und vortheilhafter ordnet, daß die Nation dabey mit allen Bedürfnissen weit besser versorgt und viel reicher wird, und daß die Mittel, die Nachtheile zu heben, welche aus der Freyheit des Handels entspringen, in dieser Freyheit selbst, sehr leicht gefunden werden. Wenn die Handelsfreyheit schon diese Vorthteile hat, so



ist sie noch mehr deshalb zu empfehlen, weil sie die Regierung aller Einmischung überhebt, ihr folglich eine Menge künstlicher Gesetze erspart, deren Wirkungen sämmtlich so sehr zweydeutig sind, und welche, den Umständen nach, jeder Zeit so zu modificiren, daß sie nicht größern Schaden als Vorthail stiften, keine menschliche Weisheit hinreicht.

Das Resultat aller bisherigen politischen Erfahrungen und Betrachtungen ist: Freyheit des Handels muß die Regel in einem Staate seyn. Einschränkungen dieser Freyheit sind Ausnahmen, welche da gemacht werden, wo diese Freyheit *offenbar* zum Nachtheil des Landes oder zum Schaden mehrerer Bürger gemißbraucht wird.

Wir wollen dieses Princip 1) in Ansehung des innern und 2) in Ansehung des äußern Handels betrachten, die Folgen desselben erwägen und zugleich die Principien der Ausnahmen zu bestimmen suchen.

§. 210.

Wenn der Handel so wie die übrigen Gewerbe innerhalb der Grenze eines Reichs völlig frey sind, so wird

- 1) der Landmann angetrieben werden, dem Boden so viel Producte abzugewinnen, als



die Einwohner des Landes zu ihren mannigfaltigen Bedürfnissen nöthig haben. Der Absatz seiner Producte wird um so leichter und um so sicherer seyn, je größer der Umfang des Landes ist, wohin er seine Waaren verführen oder verkaufen kann, und je mehr der Transport seiner Waaren theils durch die Lage der Provinzen gegen einander, theils durch die vorhandenen Communicationsmittel erleichtert ist. Eine solche Freyheit wird den Landmann antreiben, seinen Scharffinn anzuwenden, um diejenige Art der Cultur zu erwählen und diejenigen Arten von Producten zu erzeugen, welche am stärksten im Lande gesucht werden. Sie wird also von allen Seiten dazu dienen, den Wohlstand des Landmannes zu vermehren.

Die Beforgnis, daß bey einer solchen Freyheit einzelne Provinzen von den nöthigen Lebensmitteln entblößt oder die Preise derselben zu hoch getrieben werden könnten, ist grundlos und enthält keinen vernünftigen Grund zur Einschränkung. Denn a) werden bey einem vollkommenen freyen Handel sowohl Producenten als Kaufleute die Bedürfnisse ihrer Provinz bald sehr genau kennen lernen, und da bey vermehrter Nachfrage nach Lebensmitteln die Wahrscheinlichkeit eintritt, daß die Preise



bald noch höher steigen werden; so werden stets eine Menge Producenten und Kaufleute ihre Vorräthe für die künftige Nachfrage zurückbehalten oder solche vermehren, so dafs es nie an Befriedigung der Nachfrage innerhalb der Provinz selbst fehlen wird. Ueberdem ist eine Provinz nicht so leicht ausgeleert, als man oft glaubt, da einerseits die verschiedenen Arbeiten, welche nöthig sind, um das Getreide in verkäuflichen Zustand zu setzen, den Verkauf einer grossen Quantität stets verzögern, andererseits aber es immer eine Menge Speculanten gibt, die ihre Vorräthe zurückhalten, um noch höhere Preise abzuwarten, oder die in dieser Hinsicht grössere Vorräthe aufkaufen.

b) Wenn die hohen Preise der Lebensmittel einige Stände in Verlegenheit bringen; so setzen sie auch den Landmann in den Stand, mehr Arbeit zu bezahlen, folglich erhöhen sie das Arbeitslohn, da die Erhöhung des Arbeitslohnes der einen Classe die Erhöhung des Lohnes der übrigen zur Folge hat; und wenn dabey dennoch einige Classen der Einwohner gedrückt werden, so gibt es zweckmäfsigere Mittel, deren Leiden zu lindern, als ein so engherziges Staatsystem, das jede Provinz von der andern isoliren will. Ueberdem kann das Schwanken der Preise durch ein solches System nicht verhütet, sondern es mufs vielmehr dadurch vergröfsert



werden, weil Missernten in den einzelnen Provinzen nie ausbleiben, und bey einer so allgemeinen Sperre desto drückender empfunden werden müssen. Bey freyem innern Handel wird dagegen eine Provinz stets die andere so gut sie kann unterstützen und der Getreidepreis wird keinem grofsen Schwanken ausgesetzt seyn.

2) Die Versorgung der Städte mit nöthigen Lebensmitteln wird aus der vergrößerten Production besser von selbst folgen, als ihn alle Policeyverordnungen bewirken können, und alle Gesetze, welche dem Handel mit Lebensmitteln Schranken setzen, werden weder Ueberflufs noch wohlfeilere Preise derselben, sondern sehr oft das Gegentheil bewirken. Es wird daher 1) unnöthig und schädlich seyn, die Landbauern eines gewissen Bezirks zu zwingen, ihre Producte in die ihnen nahe liegende Stadt zu verkaufen und sie selbst unmittelbar auf den Markt zu bringen. Denn wo die Bauern sich nahe an einem Orte befinden, in welchem sie einen bequemen und leichten Absatz antreffen, da werden sie von selbst am liebsten hineilen; sind sie aber von der Stadt zu entfernt, kostet ihnen der Transport zu viel Geld und Zeit, besteht ihr Vorrath aus einer Kleinigkeit; warum soll der Zwischenhändler verhin-



dert werden, der Gesellschaft zu dienen. Er erspart dem Bauer Zeit und Mühe, nimmt ihm seinen Ueberfluß, der ohne seine Vermittelung vielleicht verdorben wäre, ab, und führt ihn den Bedürftigen zu. Wo aber der Bauer großen Vorthail bey unmittelbaren Verkauf an den Consumenten findet, da wird er bey vollkommner Freyheit den Zwischenhändler nicht gebrauchen. Die Declamationen gegen Vorkauf und Aufkauf von Lebensmitteln, die wöchentlich zu Markte gebracht werden, beruhen größtentheils auf nichtigen Gründen. Diese Lebensmittel sind größtentheils von der Art, daß sie fast mit jeder Stunde von ihrem Werthe verlieren, die Vorräthe von Butter, Fleisch, Obst u. s. w. müssen schnell wieder verkauft werden, eine Erhöhung der Preise kann so leicht das Zutrömen aus fremden Gegenden beschleunigen, die Concurrenz der Verkäufer ist so groß, daß bey vollkommner Freyheit dieses Handels gewiß Niemand leicht den Preis durch Auf- oder Vorkäuferey mit Vorthail wird steigern können. Vielmehr werden Höker in solchen entfernten Oertern ihre Aufkäufe vorthailhaft machen, welche den Weg in die Stadt scheuen; sie werden die kleinen einzelnen Vorräthe,



die bey den Landleuten zu finden sind, sammeln, und so das Zuströmen der Lebensmittel vermehren. Die gewöhnliche Policey gegen die Höker ist daher mehr schädlich als nützlich.

Eine Stadt wird vielmehr am allerbesten und wohlfeilsten mit Lebensmitteln aller Art versorgt werden; a) wenn die Wege von den anliegenden Dörfern in gutem Stande sind; b) wenn in den Thoren kein Aufenthalt und keine Plackerey derer, die Lebensmittel einführen, Statt finden; c) wenn die Verkäufer auf dem Marktplatze alle Bequemlichkeit und Erleichterung finden; d) wenn sie ihre Waare auf dem Dorfe oder in der Stadt, nach Belieben verkaufen oder nicht verkaufen können, und weder an Ort oder Zeit, noch an Personen gebunden sind; e) wenn weder Becker- noch Fleischerinnungen, noch andere Personen ein Monopolrecht haben, sondern bey dem Handel mit Lebensmitteln eine ganz freye Concurrrenz verstattet wird; wenn also auch Auf- und Verkauf ganz frey ist.

Dafs eine Stadt ohne Becker- und Fleischerinnungen nicht mit genugamen Brot und Fleisch versehen werden möchte, ist eine unnütze Furcht. Eine so grofse Nachfrage, als eine Stadt veranlafst, wird immer machen, dafs mehrere das Liefern von Brot und Fleisch zu ihrem



Gewerbe machen, folglich stets damit beschäftigt find, Vorräthe herbeyzufchaffen. So lange Gewinn bey dergleichen Lieferungen zu machen ist, wird es nie daran fehlen. Nur wo Beckern und Fleischern Taxen vorgeschrieben werden, wird man ihnen auch die Verbindlichkeit auflegen müssen, gewisse Quantitäten ihrer Waare jeden Tag oder jede Woche zu liefern; wo aber der Preis frey ist, wird sich der Bedarf weit sicherer efinden. Will man ganz sicher gehen, so darf nur denen, welche mit Lebensmitteln handeln, zur Pflicht gemacht werden, zu jeder Zeit und an jedermann Lebensmittel zu verkaufen.

So frey als der Handel mit Fleisch, Butter, Eyer, Gemüße, Obst u. s. w. kann auch der Getreidehandel innerhalb des Landes seyn. Die Furcht, daß grofse Gutsbesitzer ihre Vorräthe zurückhalten oder einzelne Aufkäufer sich derselben bemächtigen würden, um übertriebene Preise zu erzwingen, kann nur da Statt finden, wo es wenig privilegirte Kornhändler gibt, oder wo aller Zwischenhandel mit Getreide unterfagt ist. Wo aber der Handel damit ganz frey ist, da werden sich sehr viele Getreidehändler bilden, die stets Getreide verkaufen und stets Vorräthe unterhalten, und eine so starke Concurrency so vieler regelmässiger Verkäufer wird es für einzelne schwer, gefähr-



lich, ja unmöglich machen, sich aller Vorräthe zu bemächtigen, und die Preise auf eine solche Art zu steigern, daß sie sichern Gewinn von ihren Speculationen erwarten könnten. Denn sie werden zu jeder Zeit eine große Menge Mitkäufer finden, und diese werden machen, daß sie es nie in ihre Gewalt bekommen, die Bedürftigen zu nöthigen, von ihnen zu kaufen.

Wenn die Freyheit des Handels mit Lebensmitteln auch nicht immer niedrige Preise bewirken kann; so wird sie doch machen, daß nie Mangel daran entstehen wird, und daß sie stets zu den natürlichen, folglich billigsten Preisen zu haben sind.

3) Wird der Landmann gezwungen, seine Bedürfnisse in einer bestimmten Stadt zu kaufen; so wird er in Gefahr seyn, schlechte Waaren und theure Preise bezahlen zu müssen. Bey vollkommner Freyheit werden aber die Städter durch gute Waare und billige Preise die Käufer anzulocken suchen und die nächste Stadt wird es auch immer in ihrer Gewalt haben, die Waaren den benachbarten Landbewohnern zu den besten Preisen zu liefern. Sie wird also von selbst die ihr nahe liegenden Dörfer anziehen. Nur da, wo die städtische Industrie und die Waaren, welche in den Städten verkauft werden, mit hohen Abgaben be-



legt find und das Land frey ist, wo fremde Grenzstädte, welche keinen oder geringern Abgaben unterliegen, die Käufer anlocken, würden die inländischen Städte von der Freyheit der Landleute reellen Schaden leiden. Aber daran ist nicht die Freyheit Schuld.

- 4) Findet in den Städten gleichfalls vollkommne Freyheit Statt, ihre Producte im Lande zu kaufen und zu verkaufen, wo, wie und an wen sie wollen, so wird der Wetteifer die Waaren vervollkommen und billige natürliche Preise bewirken. Ist die Einbringung gewisser Waaren, die in der Stadt verfertiget werden, verboten oder erschwert; so werden die Einwohner ihren Mitbürgern dieselben theuer bezahlen müssen und diese werden keine starke Triebfeder haben, sie zu vervollkommen. Wenn der Künstler, welcher in der Stadt wohnt, sein Product nicht besser und wohlfeiler liefern kann, als ein anderer, welcher von der Stadt entfernt wohnt und also noch die Kosten des Transports übernehmen muß; so ist er entweder ungeschickt oder seine Kunst paßt nicht für diesen Ort. In beiden Fällen verdient er keine Belohnung von dem Staate.



Jede Provinz, jede Stadt, ja fast jedes Dorf hat seine Eigenthümlichkeiten, und kann gewisse Producte besser, vortheilhafter und wohlfeiler liefern, als eine andere Provinz, Stadt oder Dorf. Ist der innere Commerz völlig frey; so wird jeder Ort diejenigen Dinge in der größten Quantität hervorbringen, welche er am vollkommensten und wohlfeilsten zu machen versteht, damit alle übrigen, die es nicht so gut verstehn, versehen, und dafür diejenigen Dinge von andern Provinzen eintauschen, welche diese am vollkommensten und wohlfeilsten liefern. Da auf diese Art jede Provinz und jeder Ort den größtmöglichsten Werth hervorzubringen Gelegenheit findet; so ist die Freyheit des innern Handels das Mittel, den größtmöglichsten Reichthum hervorzubringen, welcher durch den innern Commerz überhaupt hervorzubringen ist.

## §. 211.

Was den äußern Handel betrifft; so haben die neueren staatswirthschaftlichen Untersuchungen fattsam gezeigt, daß die ältere Theorie, wornach man seine Nützlichkeit nur nach dem Ueberschusse des baaren Geldes berechnete, welchen er ins Land führte, irrig, und daß es abgeschmackt ist, zu behaupten, daß, wenn das eine Land im Handel mit dem andern gewinne, das andere verlieren müsse, so wie,



dafs die meisten Einschränkungen desselben auf einem ganz falschen Grunde beruhen und schädlich sind \*). Aber auf der andern Seite läst sich auch die Behauptung einiger neuern Schriftsteller, dafs eine absolute Freyheit des äusseren Handels dem Nationalreichthume und Volkswohlstande nie nachtheilig, sondern immer vortheilhaft sey, schwerlich beweisen.

Ueberhaupt mufs man bey dieser Materie auf drey Puncte seine Aufmerksamkeit richten. Erstlich, ob und in wiefern durch den äussern Handel der Nationalreichthum im Ganzen gewinne? zweytens, ob und in wiefern dadurch eine vortheilhafte oder nachtheilige Vertheilung des Nationalreichthums befördert werde? und drittens, ob und in wiefern dadurch ein Staat von dem andern in Abhängigkeit gerathe? Im Ganzen ist es wahr, dafs, wenn zwey aufgeklärte Nationen mit einander handeln, jede derselben allemal einen gleichen Werth von der andern empfängt, als sie derselben gibt, dafs also der Reichthum keiner von beyden dabey etwas verliert, dafs er vielmehr durch diesen Umtausch allein vergrößert wird, wenn der Ueberflufs, den ein Land dem andern zusendet, sonst gar nicht wäre producirt worden, und nichts anderes Nützliches dafür ein-

---

\*) *Smith.*



zutauschen gewesen wäre. Wenn indeffen die für die inländischen Producte eingetauschten Waaren von der Beschaffenheit sind, dafs sie keine neue Arbeit im Lande erzeugen, sondern blofs von einigen wenigen verzehrt werden; so würden jene Waaren den Reichthum der Nation allerdings mehr haben vermehren können, wenn sie im Lande geblieben wären. Aber wenn keine Käufer dieses Ueberflusses im Lande sind, so ist eine solche Anwendung nicht möglich. Alles kömmt darauf an, dafs die hereinkommenden Producte eine eben so grofse innere Production wieder veranlassen, als ihr Werth beträgt, und dafs ohne die Ausfuhr das zur neuen Production erforderliche Capital würde gefehlt haben. Unter welchen Umständen diese Fälle Statt finden, mufs jedes Mahl insbesondere untersucht werden. Folgende Betrachtungen werden dazu dienen, mehrere Fälle gründlich zu entscheiden.

1) Wenn ein Land einen grofsen Ueberflufs an rohen Producten hat, und durch leichte Arbeit dem Boden immer mehr abgewinnen kann, so wird es durch die Ausfuhr derselben nothwendig bereichert werden. Die dafür einströmenden Capitale werden die Grundherren und Pächter in den Stand setzen, noch mehr Arbeiter zu bezahlen, folglich die Production und die Ausfuhr immer noch mehr zu erwei-



tern. Wollte man, bey solchen Umständen, die Ausfuhr der rohen Producte hemmen; so würde ein großer Theil derselben allen Tauschwerth verlieren, folglich entweder nicht mehr erzeugt oder unnütz verzehrt werden, indem man mehr Bedienten unterhält, und die einzelnen weniger Arbeit verrichten. Umsonst würde man sich schmeicheln, daß durch das zurückgehaltene Getreide Manufacturisten und Künstler im Lande ernährt werden würden, welche die Waaren verfertigen, welche man sonst für das Getreide aus dem Auslande holte. Denn 1) wo sollen die Arbeiter, die Geschicklichkeiten, Maschinen und was sonst noch zur Hervorbringung jener Waaren außer dem Brote erfordert wird, sogleich herkommen? — Wollte man mit Gewalt Manufacturen errichten, so würden dem Ackerbau die Hände entzogen werden, folglich sich dessen Producte vermindern. 2) Auf jeden Fall würden die im Lande erzwungenen Manufacturwaaren viel theurer zu stehen kommen, als sie das Ausland lieferte, folglich würde ein größeres Capital nöthig seyn, als der Werth des im Lande erzeugten Ueberschusses der rohen Producte im Lande beträgt, und wo soll dieser hergenommen werden. Endlich 3) würden manche Producte im Lande gar nicht erzeugt werden können, die sonst für das inländische Getreide ein-



getauscht wurden. Die Hemmung der Ausfuhr des Getreides in einem solchen Lande würde also offenbar den Reichthum desselben in einem hohen Grade vermindern.

Dagegen wird eine freye Ausfuhr des Getreides in einem solchen Lande stets zur Vermehrung des Nationalreichthums und des allgemeinen Wohlstandes dienen. Der dadurch gesicherte Debit und der höhere Preis wird die Grundherren aufmuntern, die Cultur zu erweitern; dadurch wird die Nachfrage nach Arbeit steigen, folglich der Arbeitslohn erhöht werden, folglich wird das durch die Ausfuhr hereinströmende Capital durch alle arbeitende Classen Wohlstand verbreiten. Sind die Arbeiter frey, so werden von selbst bald diejenigen Manufacturen im Lande aufblühen, deren Producte wohlfeiler und besser geliefert werden können, als sie das Ausland schafft. Man wird von selbst das Getreide in Mehl, Stärke, Branntwein, Bier u. s. w. die Wolle in Garn und Tuch, den Flachs in Leinwand u. s. w. verwandeln, sobald Vorthail damit verbunden, und das Capital dazu vorhanden ist.

Folglich wird der Reichthum, welcher durch die Ausfuhr ins Land kommt, nach der verschiedenen Beschaffenheit der Constitution des Landes auch sehr verschiedene Grade des allgemeinen Wohlstandes hervorbringen. Ist das



Grundeigenthum in den Händen weniger Großen; so wird die Einnahme, für das ins Ausland geschickte Getreide, größtentheils für Gegenstände des Luxus verwandt werden. Sie werden köstlichere Weine, mehr Gewürze, prächtigere Meubeln u. f. w. anschaffen, mehr Schmaufereyen geben, mehr Luxuspferde, Hunde, Bedienten, Hofnarren u. f. w. unterhalten, und der arbeitenden Classe wird nur wenig von diesem Reichthume zu Gute kommen und um so weniger, wenn sie Leibeigene sind, wo die Herren ihren Zustand nur in so weit verbessern werden, als es zu ihrer Vermehrung nothwendig ist, d. h. sie werden die Heirathen befördern und ihnen eine solche Kost reichen, daß sie nicht so leicht sterben, weil ihnen ihre Arbeit Vorthail bringt. Ist dagegen das Land unter größere, mittlere und kleinere Herren vertheilt, und sind alle Eigenthümer und alle Arbeiter frey, so wird alles an dem für die ausgeführten Producte einströmenden Reichthume Theil nehmen. Die ganze Menge der Grundeigenthümer wird auf Erweiterung der Production bedacht seyn, alle werden ihre Bequemlichkeiten, ihre Genüsse erweitern wollen, und die Begierden der kleinern und mittlern Eigenthümer werden größtentheils auf solche Gegenstände der Bequemlichkeit fallen, die im Lande selbst verfertigt werden können. Welche



Nachfrage nach Arbeit, welches Regen und Leben, welches Zuströmen fremder Handwerker und Künstler wird dadurch entstehen! und wie wird durch dieses alles auf Vermehrung des Volks, der innern Production und Consumption gewirkt werden! Ohne daß der Staat Zwangsverordnungen und künstliche kostspielige Anreizungen nöthig hat, werden alle diejenigen Manufacturen im Lande von selbst entspringen, welche mit Vorthail unternommen werden können. Alle Manufacturen aber, welche der Staat erzwingt oder erkünstelt, werden dem Ackerbau ein Capital entziehen und bewirken, daß eine kleinere Production mit einer größeren vertauscht wird.

Ein Land, dessen Hauptproduct der Ackerbau ist, das seine Erdproducte durch Arbeit noch sehr vermehren kann, wird von einer unbeschränkten Handelsfreyheit lauter Vorthaile haben. Fischereyen, Forstcultur, Ackerbau, Bergbau, alles wird durch die Aussicht, in und auferhalb des Landes sichern Debit und gute Preise zu finden, in Thätigkeit und Leben gesetzt werden. Alles wird es im Auslande wohlfeiler kaufen, als es solches bey sich selbst verfertiget haben würde, und sobald es im Lande wohlfeiler geschaffen werden kann, wird der inländische Fleiß es bald verfertigen.



Da es im Lande an Materialien der Arbeit und an Gelegenheit, werthvolle Sachen hervorzubringen, nicht fehlt, so wird jede Hemmung der Einfuhr der Producte fremden Fleisses dem Nationalreichthume Abbruch thun; jede Auflage auf fremde Manufacturwaaren, welche zur Absicht hat, die ähnlichen Manufacturen im Lande zu begünstigen, wird eine Auflage auf die Consumenten dieser Waare seyn, und machen, daß statt des größeren Werthes, der im Lande hätte erzeugt werden können, ein kleinerer Werth hervorgebracht wird. Man setze, ein Reich dieser Art verbiete den Eingang fremder Uhren, oder lege eine so starke Abgabe darauf, daß ihr Preis dadurch z. B. um 100 Procent gesteigert würde, um die inländischen Uhrmacher in den Stand zu setzen, so viel mehr für ihre Arbeit zu nehmen. Es würde also nun ein Capital auf die Uhrfabriken gewandt werden, welches vorher nicht darauf gewandt werden konnte, und die Nation muß für jede Uhr, die sie sonst mit 50 Thalern kaufte, 100 Thaler geben. Wäre nun dieses Capital z. B. auf Getreidebau verwandt worden; so hätten für das Product dieses Capitals gerade noch einmal so viel fremde Uhren gekauft werden können. Hätte also das Verbot nicht existirt, so würde die Nation außer den Uhren den Werth derselben in Getreide noch einmal erhalten haben,



den sie durch die im Lande künstlich etablirten Uhrenmanufacturen gänzlich eingebüßt hat.

2. Wenn ein Land viele Manufacturen und dabey noch Ueberfluß an Getreide, Fleisch oder anderen Lebensmitteln hat, so kann es Fälle geben, wo das gemeinfame Beste einige Einschränkungen der Handelsfreyheit erfordert. Man setze: A) Die Manufacturen arbeiten hauptsächlich für das Land selbst; die Ausfuhr der Lebensmittel veranlaßt aber eine plötzliche Erhöhung derselben im Lande, welches bey schnell eintretender Noth mehrerer reicher Länder nothwendig ist; so werden zwar die Getreidebesitzer ein großes Capital von den Ausländern erhalten; allein die inländischen Consumenten, welche keine Landbauer sind, werden, wenn wir annehmen, der Getreidepreis sey dadurch um 100 Procent gestiegen, ein noch einmal so großes Capital bedürfen, um das ihnen nöthige Getreide zu kaufen, als sonst. Die Besoldeten aber werden es gar nicht in ihrer Gewalt haben, ihren Gehalt gleichmälsig zu erhöhen, und was die Manufacturisten anbelangt; so werden sie, bey vollkommner Handelsfreyheit, den Preis ihrer Waaren nur dann erhöhen können, wenn sie in keinem andern Lande wohlfeiler zu haben find. Ist aber das letztere, so werden sie mit den Ausländern, die



wohlfeilere Lebensmittel haben, Preis halten müssen, wenn sie nicht ihren Debit verlieren wollen. Wie aber, wenn ihnen die Theuerung der Lebensmittel und der rohen Producte dieses unmöglich macht? Zwar könnte man sagen, daß die Höhe der Preise der Lebensmittel zur Erweiterung der Cultur des Landbaues auffordern würde, und daß folglich die müßiggewordenen Manufacturisten leicht beym Landbau Beschäftigung finden würden. Allein erstlich ist es nicht so leicht, daß die Manufacturisten eine gewohnte Lebensart mit einer ungewohnten verwechseln; zweitens bedarf es lange Zeit, ehe eine solche neue Vertheilung zu Stande kommt, und drittens veranlaßt eine bloß vorübergehende erhöhte Nachfrage auch nicht eine Erweiterung der Cultur. Die Noth und die Armuth, welche aus einer solchen allgemeinen Preiserhöhung der Lebensmittel für die zahlreiche Classe der Staatsdiener und Manufacturisten entstehen müßte, würde offenbar größer seyn, als das Glück und Reichthum der Eigenthümer der Lebensmittel seyn würde, und da der Reichthum der letzteren mehr aus dem Capital ihrer Mitbürger als von den Capitalen der Ausländer gebildet würde; so würde der Nationalreichthum durch dieses gewaltfame Zusammendrängen der Capitale in wenig Hände eher vermindert als vermehrt werden. B) Noch leichter



wird dieser Fall eintreten, wo viele Manufacturen im Lande sind, welche für Ausländer arbeiten. Denn da sie den Preis ihrer Manufacturwaaren selten erhöhen können, ohne ihre Kundschaft zu verlieren; so würde eine plötzliche Erhöhung der Preise der Lebensmittel, welche verhinderte, die Waaren um den alten Preis zu verfertigen, diese Classe von Einwohnern offenbar dem Hungertode überliefern, und sie haben ein Recht, von dem Staate zu verlangen, daß er solche Mafsregeln ergreife, welche ein solches Schicksal verhindern.

Um dieses zu bewirken kann der Staat verschiedene Wege einschlagen:

- 1) Er kann die Ausfuhr des Getreides mit einer Auflage belasten, und den Ertrag derselben zur Unterstützung der leidenden Classen verwenden. Die Auflage muß so eingerichtet werden, daß sie den Preis des Getreides im Auslande nicht erhöhet, wohl aber ihn im Inlande erniedriget. So wird der Abzug des Ueberflusses nicht verhindert, und doch der Preis im Lande erhalten, wobey die übrigen Stände bestehen können, und wo etwa Noth entstünde, da wäre der Staat durch die Auflage in Stand gesetzt, zu helfen. Die Getreidebesitzer wären diejenigen, welche diese Unterstützung reichten, und dieses nach all-



gemein zu billigenden Principien des öffentlichen Rechts. Denn es kann ihnen nur in sofern ein Eigenthumsrecht über Grund und Boden, und die Früchte derselben zugestanden werden, als den übrigen Einwohnern, welche der Gesellschaft die nöthigen Dienste leisten, ihre Subsistenz und gehöriges Auskommen nicht benommen wird (§. 173). Sie können daher nie ein Recht haben, für ihr Getreide einen Preis zu verlangen, wobey diese Bedingung wegfiel. Wo daher jener Fall eintritt, können sie die Mittel, welche den inländischen Preis bis auf den Punct, wo die Erfüllung der Bedürfnisse der übrigen möglich ist, einschränken, nicht für ungerecht halten. Der Preis wird unter den genannten Umständen schon immer etwas höher steigen, und da die Ausfuhr des Ueberflusses, bey der vorgeschlagenen Anordnung, möglich bleibt; so werden die Landwirthe immer einen grossen Gewinn ziehen. So bald die Auflage so hoch wäre, daß sie die Ausfuhr des Ueberflusses unmöglich machte, würde sie für den Landmann drückend und ungerecht seyn. Die Verminderung seines Profits aber durch eine Auflage, welche zur Absicht hat, die durch eine solche Theuerung entstandene Noth der leiden-



den Klassen zu mildern, ist nichts anders als ein Mittel, die inneren Güter nach demjenigen richtigen Princip zu vertheilen, wornach sie sich, ohne den außerordentlichen Umstand, der durch vermehrte äußere Nachfrage das Getreide erhöht, von selbst vertheilen würden. Die Gesellschaft garantirte den öffentlichen Beamten in ihrer Befoldung eine gewisse Quantität Unterhaltungsmittel, und jeder versprach von seinen Unterhaltungsmitteln eine bestimmte Quantität dazu herzugeben, welche in den meisten Staaten durch Geld bestimmt und geliefert wird. Erhält nun dieses Geld einen geringeren Werth an Unterhaltungsmitteln, so müssen natürlich diejenigen, welche mehr Geld einnehmen, auch eine grössere Quantität Geld, nemlich so viel hergeben, daß damit eben so viel Unterhaltungsmittel gekauft werden können, als vorher. Eine fast gleiche Convention findet zwischen den Manufacturisten und Landbauern Staat. Jene übernahmen nur für eine gewisse Quantität Lebensmittel, die zu ihrem Unterhalt hinreichte, die Manufacturarbeit für den Landmann. Diese Quantität wurde durch Geld bestimmt. Tritt nun plötzlich der Fall ein, daß jene Quantität Lebensmittel für das bestimmte



Geld nicht mehr geschafft werden kann; so muß der Manufacturist so viel Geld mehr für seine Arbeit bekommen, daß er eben dieselbe Quantität Lebensmittel dafür erhalten kann, wenn letztere im Realpreise nicht gestiegen sind, d. h. ihre Gewinnung nicht etwa auch mehr Arbeit erfordert. Und immer wird dieses der bezahlen müssen, der mehr Geld für die Producte seiner Arbeit einnimmt als vorher, also in unserm Falle der Landmann. Kann der Manufacturist die Erhöhung der Preise seiner Waaren nach der natürlichen Ordnung der Dinge erzwingen, so bedarf es von Seiten des Staats keine besondere Mafsregel; kann er es aber nicht, so müssen ihm Verordnungen des Staats dazu verhelfen. Dieses geschieht durch die erwähnte Auflage, indem sie den Preis der Lebensmittel im Lande in den gehörigen Schranken erhält.

Um eine solche Auflage nach richtigen Principien zu ordnen, muß der Staat erforschen: a) Welches diejenigen Getreidepreise sind, bey welchen der Landmann bey gewöhnlichen Ernten seine Cultur fortsetzen und zur Erweiterung derselben gereizt werden könne, welches unstreitig zugleich diejenigen sind, wobey auch die Staatsbedienten und Manufacturisten am be-



sten bestehen. b) Wenn der Getreidepreis durch die auswärtige Nachfrage über diesen Preis so sehr in die Höhe getrieben wird, daß dadurch die Subsistenz der übrigen Stände erschwert wird; so muß er eine so hohe Auflage auf die Ausfuhr legen, daß das Getreide nahe an dem Normalpreise erhalten wird, und um dieses Ziel desto sicherer zu erreichen, muß auch die Ausfuhr aller Manufacturwaaren aus dem Getreide, als Stärke, Branntwein u. s. w. gleichmäfsig belegt werden. Wie hoch die Auflage seyn müsse, wird der Preis auf den ausländischen Märkten, wo der Zug hingeht, am besten bestimmen. c) Wenn der Getreidepreis wegen schlechter Ernten steigt; so verdient der Landmann einen höhern Preis, als bey guten Ernten, und, um dem Landmanne in diesem Falle die nöthige Erholung zu gönnen, muß der Normalpreis, welcher durch die Auflage auf die Ausfuhr erhalten werden soll, etwas höher angenommen werden. Man könnte zwar sagen, es sollte in diesem Falle die Ausfuhr gänzlich verboten werden. Allein dieses würde hart gegen diejenigen Getreidebesitzer seyn, welche an der Grenze, an schiffbaren Flüssen und Meeren liegen, die oft, selbst bey den höchsten inländischen Preisen ihr Getreide nicht ohne den grössten Schaden dem weit von ihnen entfernten Inlande verkaufen können, und doch



verdienen sie zu solchen Zeiten gerade am ersten eine Aufmunterung durch hohe Preise. Zu einer Zeit, wo der Landmann selbst leidet, können die andern Stände keine Unterstützung von ihm verlangen. Die allgemeine Noth muß gemeinsam getragen werden.

2) Er kann die Einfuhr der Producte verbieten oder belegen, deren Manufacturisten durch die hohen Getreidepreise gedrückt werden würden, wenn sie ihre Waaren nicht gleichmäfsig erhöhen könnten. Ist ein Land blofs auf inländische Manufacturen eingeschränkt; so wird dieses Mittel allerdings von guter Wirkfamkeit seyn, und die Auflage auf die Ausfuhr vielleicht entbehrlich machen. Man setze, die Tuch-, Strumpf- und Leinwandmanufacturisten eines Landes würden durch den hohen Getreidepreis außer Stand gesetzt, ihre Waaren um den alten Preis zu liefern; in einem benachbarten Lande aber würden die Getreidepreise so niedrig gehalten, oder es durch Prämien u. f. w. dahin gebracht, daß die Manufacturisten dieses Landes ihre Waaren für den alten Preis ins Land schaffen könnten; so würden die inländischen angegebenen Manufacturclassen ruinirt werden und in die schrecklichste Noth gerathen. Hier wird also der Staat



wohl thun, wenn er die Einfuhr der ausländischen Manufacturwaaren so lange mit einem proportionirlichen Zoll belegt, bis die Urfache wegfällt, weshalb die Concurrenz der Inländer mit ihnen unmöglich war. Eine solche Auflage auf die ausländischen Manufacturwaaren, welche den inländischen Manufacturwaaren den Untergang drohen, wird für die inländischen Manufacturen sehr heilsam seyn. Denn der vergrößerte Reichthum der Landleute wird diese anreizen, mehr Manufacturwaaren zu kaufen, und die erweiterte Nachfrage nach Manufacturwaaren wird diese in den Stand setzen, höhere Preise zu fordern und sich auf diese Weise für die höheren Getreidepreise zu erholen. — Hat aber ein Land viel Manufacturen, welche fürs Ausland arbeiten; so wird diese Mafsregel dieser Art Manufacturisten so wenig als den Staatsdienern helfen. Letztern hilft sie auf keinen Fall etwas, sondern schadet ihnen vielmehr, da sie dadurch gezwungen werden, nicht nur das Getreide, sondern auch die Manufacturwaaren theurer zu bezahlen. Daher ist es fast nie rathsam, sich dieser Mafsregel zu bedienen.

3) Er kann Magazine errichten, aus wel-



chen er zur Zeit der Noth die bedürftigen Classen mit Getreide zu billigen Preisen versieht. Indessen ist ein solches Magazinwesen, wenn es auf Kosten des Staats unterhalten werden soll, mit ungemein großen Kosten und vielen Umständen verbunden, welche machen, daß das Getreide, welches auf diese Art aufbewahrt wird, ungemein theuer zu stehen kommt. Könnte man eine Anordnung treffen, daß die Landwirthe selbst dergleichen Vorräthe aufhehalten müßten, worüber der Staat zur Zeit der Noth disponiren könnte, oder daß den Getreidehändlern die Verbindlichkeit, dafür zu sorgen, auferlegt würde; so würde das Project mit weit weniger Aufwand und Verlust ausgeführt werden können, und der Getreidehandel könnte dabey vollkommen frey bleiben \*). In beyden Fällen würden diejenigen, welche den größten Privatvorthail von den hohen Preisen haben, angezogen, um einen Theil dieses hohen Profits zur Unterstützung ihrer leidenden Mitbürger herzu-

---

\*) Der detaillirte Vorschlag zu einem idealen Getreidemagazin der ersten Art findet sich in *Sodens National-Oekonomie*, 1. B. S. 317 u. f. w., der letzteren Art in den *Annalen der preuss. Staatswirthschaft*, 2. Bd. 1805, S. 175 u. f. w.



geben, nicht aus Gnade, sondern weil es die Natur der bürgerlichen Gesellschaft so verlangt, daß Niemand auf Kosten der übrigen gewinne, oder daß jeder dem andern die Producte seiner Arbeit für eine solche Quantität Producte vertausche, die ohngefähr gleiche Arbeit von gleicher Quantität und Qualität kosten. Da natürliche Ursachen dieses Verhältniß von selbst hervorbringen, so hat sich der Staat in der Regel darum nicht zu bekümmern. Sobald aber solche Verhältnisse eintreten, welche dieses Verhältniß gewaltsam und so stark stören, daß der eine Theil in Gefahr kommt, darüber zu Grunde zu gehen, muß der Staat eingreifen und auf die bestmögliche Weise das Gleichgewicht, wie es bey der Grundlage der bürgerlichen Gesellschaft vorausgesetzt wurde, wieder herzustellen suchen. Und da eine auffallende Abweichung von diesem Verhältnisse nie leichter und fast nie in einem andern Falle eintreten kann, als in Ansehung des Preises der Lebensmittel, so muß der Staat für diesen Fall besondere Vorbereitungen treffen. Auf jeden Fall scheint die Ausführung der Idee eines Magazinwesens mehr mit der Gerechtigkeit und Freyheit übereinzustimmen, als irgend ein anderes Mit-



tel, und zugleich auch dem Nationalreichtume den wenigsten Abbruch zu thun. Wenn die angegebenen Ideen nicht ausführbar sind; so könnten doch Magazine von jeder Gemeinde im Lande errichtet werden, um dadurch den ärmeren Classen zur Zeit der Noth zu Hülfe zu kommen. Doch von dieser Art Magazinen werden wir in dem folgenden Abschnitte noch etwas sagen.

- 4) Wenn ein Land sein Getreide hauptsächlich oder doch einen grossen Theil ausser Landes kaufen muss, so ist jedes Ausfuhrverbot des inländischen Getreides überflüssig und unnöthig. Sind es in diesem Lande die Kaufleute und Manufacturisten, welche die grössten Gewinne ziehen, so wird bey steigenden Preisen es nicht unbillig seyn, von diesen eine Abgabe zu ziehen, und sie zur Prämie auf die Getreideeinfuhr zu benutzen, um dadurch den leidenden Classen etwas bessere Preise zu verschaffen. Ein solcher Staat, welcher vom ausländischen Handel und ausländischen Manufacturen grosse Gewinne zieht, wird überhaupt weit zusammengesetztere Mafsregeln ergreifen müssen, um eine gerechte Vertheilung des Vermögens zu bewirken, als ein Staat, der einfachere Ge-



werbe treibt, und sich z. B. hauptsächlich mit innern Gewerben, mit dem Ackerbau, Bergbau, mit Manufacturen für das Land u. f. w. beschäftigt. Er wird berechnen, welche Gewerbezweige die größten Profite machen, und wird oft diesen etwas durch Abgaben u. f. w. abnehmen müssen, um dadurch die zu unterstützen, deren Gewerbe plötzlich stocken, und mit einem Male zusammen zu fallen drohn. Man setze, in einem Lande falle denen, welche nach Indien handeln, mit einem Male, durch besondere Staatsverhältnisse, ein äußerst großer Gewinn zu, und einige Fabriken gerathen mit einem Male durch besondere öffentliche Ursachen, als wegen eines Kriegs, in große Aufnahme; dagegen stocken mit einem Male aus denselben Ursachen, aus welchen jene in Flor gerathen, andere, und eine Menge Menschen werden dadurch brotlos, wenn man sie nicht in den Stand setzt, ihre Waaren wohlfeiler zu liefern oder ihr Arbeitslohn etwas erhöht; so wird kein Unrecht darin seyn, wenn der Staat die größeren Profite durch eine Abgabe mäßigt und diese zur Unterstützung der Nothleidenden verwendet. Diese Unterstützungen sollen nie so weit gehen, daß die Trägheit



Grund darin fände, bey einem der öffentlichen Unterstützung bedürfenden Gewerbe zu bleiben. Sie sollen nur die äußerste Noth lindern, um die Arbeiter nicht umkommen zu lassen, während die Unternehmer andere Anwendungen für ihre Capitale suchen, und bis die Arbeiter ein anderes Unterkommen finden können; sie können daher, ihrer Natur nach, nur periodisch seyn. Wir werden bey der Lehre von dem Armenwesen hierauf wieder zurückkommen. Hier wollen wir nur wiederholen, daß der Handel in der Regel und so lange frey seyn müsse, bis ein gemeinfamer Zweck welcher wichtiger ist, als der größere Gewinn einer gewissen Classe von Bürgern, eine Einschränkung nothwendig macht. Gibt es andere zweckmäßige und gerechte Mittel dem Uebel abzuhelpen; kann die freye Regsamkeit der Menschen ein solches selbst hervorbringen, ist von dem Privatvorteile die Hülfe zu erwarten; so muß die positive Einmischung des Staats unterbleiben. Denn es bleibt immer besser, daß eine geschickte Vertheilung der Güter durch das freye Spiel der Privatkräfte ge-

202101



schehe, als wenn der Staat dabey eingreifen muß.

§. 212.

Sind alle Classen der Unterthanen sicher gestellt, die Lebensmittel zu einem solchen Preise zu verkaufen, den sie durch Fleiß und Arbeitsamkeit erschwingen können; so scheint es übrigens am besten zu seyn, den auswärtigen Handel ganz seinem eignen freyen Gange zu überlassen. Die in der Praxis bisher gewöhnlichen einschränkenden Maximen, welche zur Absicht haben, dem Lande einen größern Gewinn zu sichern, beruhen größtentheils auf falschen Vorstellungen. Dergleichen sind:

- 1) Dafs man die Ausfuhr roher Producte, die im Lande verarbeitet werden können, verbieten müsse. Ein solches Verbot hat zur Absicht, den inländischen Manufacturisten Beschäftigung zu verschaffen, und die Ausländer zu nöthigen, die Manufacturwaaren zu kaufen, wobey dem Lande nicht blofs der rohe Stoff, sondern auch die Manufacturarbeit bezahlt wird. Allein warum werden die rohen Stoffe, ohne ein solches Verbot, nicht im Lande verarbeitet? Es kann nur aus folgenden Ursachen nicht geschehen: a) weil es an geschickten Arbeitern fehlt. Aber diese werden durch das Verbot nicht erzeugt.



Man würde in diesem Falle nur die Production dieses Products vermindern; *b)* weil es an Capital und an Unternehmern fehlt. Wenn aber alle Capitale und Unternehmer im Lande vortheilhaft beschäftigt sind, warum will man sie von ihren nützlichen Gewerbszweigen abziehen? Sollte der rohe Stoff, der bisher im Auslande fabricirt wurde oder doch daselbst fabricirt worden wäre, wenn kein Verbot der Ausfuhr existirt hätte, im Lande fabricirt werden; so ist es nicht anders möglich, als es müssen Capitale und Arbeiter ein Gewerbe, das sie bisher ohne Zwangs Gesetz nährte, verlassen, und ein Gewerbe ergreifen, das nur dadurch Gewinn bringt, weil es den Profit der Producenten des rohen Stoffs vermindert. Die Woll- oder Hanferzeuger bekommen nun weniger für ihre Wolle, und die neuen Manufacturherren und Manufacturarbeiter gewinnen dabey nicht mehr, als sie in einem andern Gewerbszweige, der nun leer steht, würden gewonnen haben, ohne daß die Woll- und Hanferzeuger etwas dabey verloren hätten. Der durch das Ausfuhrverbot der rohen Producte erzwungene niedere Preis derselben, wird ihre Production vermin-



dern und das Land wird offenbar dabey an Reichthum einbüßen (§. 190.).

Ist im Lande Gelegenheit, die rohen Producte immer mehr zu vermehren; so werden Capitale und Hände dieser Vermehrung zufließen, und der Werth, welchen das Ausland für die rohen Producte zahlt, wird vollkommen hinreichen, die fremde Manufacturarbeit, welche das Land nöthig hat, zu bezahlen, und das Land wird einen größern Ueberschuß des Werths behalten, als wenn seine Einwohner gezwungen würden, sie Statt ihrer productiveren Beschäftigung selbst zu verrichten. Gibt es aber müßige Capitale und müßige Hände im Lande, welche bey der Erzeugung der rohen Producte kein vortheilhaftes Unterkommen mehr finden können; so werden diese von selbst diejenigen Manufacturzweige ergreifen, welche im Lande am vortheilhaftesten betrieben werden können. Da sie die rohen Producte in der Nähe haben, die besten Preise ablauern können; so haben sie dadurch schon so viele Vorzüge vor den Ausländern, daß sie keine weiteren Begünstigungen verdienen. Denn wenn sie bey solchen Vorthailen nicht mit den Ausländern wetteifern können; so ist es besser, daß sie einen andern Gewerb-



zweig ergreifen, den sie mit mehr Vorthail betreiben können; c) weil die Einfuhr der Manufacturwaaren aus dem rohen Stoffe, den wir dem Auslande verkaufen, in demselben verboten ist. Aber werden wir durch unser Verbot die Aufhebung eines solchen Verbots bewirken, werden die Ausländer nicht auf andern Märkten jene rohen Stoffe finden, die wir ihnen entziehen, und sind wir nicht in Gefahr, durch ein solches Verbot um den Absatz unserer rohen Producte, und der daraus verfertigten Manufacturwaaren zugleich zu kommen? Ueberdem finden rohe Producte immer einen leichtern Vertrieb als Manufacturwaaren. Holt sie das Ausland nicht mehr, so erwacht die inländische Industrie desto mehr, sie zu verarbeiten. Wo viel rohe Producte erzeugt werden, da nimmt die Bevölkerung schnell zu und erhält einen soliden Grund, und die Manufacturen, welche Folgen der inländischen Production der rohen Stoffe sind, und hauptsächlich für das Land selbst arbeiten, ruhen auf einem weit festeren Boden und haben keine solche Erschütterungen zu fürchten, als Manufacturen, die hauptsächlich aufs Ausland berechnet sind.



Einem Lande, welches hauptsächlich mit Erzeugung roher Producte beschäftigt ist, kann nichts willkommener seyn, als das Steigen der reellen Preise dieser rohen Producte. Dadurch wird es aufgemuntert, immer mehr zu erzeugen, und kauft viele fremde Manufacturwaaren so wohlfeil, dafs es dieselben dafür durch eigne Arbeit nie verfertigen könnte. Alle Hände und Capitale werden am vortheilhaftesten mit Hervorbringung roher Producte beschäftigt seyn; nur diejenigen Manufacturwaaren werden im Lande verfertiget werden, welche das Ausland nicht mit Vortheil liefern kann, und jede Störung dieses freyen Ganges der Gewerbe und des Handels, jede gewaltsam veränderte Richtung des Handels kann nicht anders als nachtheilig für den Nationalreichthum seyn \*).

2. Dafs man die Einfuhr solcher Materialien und Manufacturwaaren untersagt oder erschwert, welche im Lande erzeugt werden können. Warum werden gewisse Manu-

---

\*) Herr von *Struensee* (Abh. Bd. III. S. 537) vertheidiget den Fabrikenzwang; aber seine Gründe beweisen die Nothwendigkeit und Nützlichkeit des Zwanges nicht. Er setzt voraus, dafs ohne solchen Zwang keine Fabriken im Lande entstehen würden, und doch sollen diese Zwangsfabriken die Waaren so gut und so wohlfeil liefern, als die Ausländer. Wenn sie aber dieses thun; warum hat der Staat nöthig, die Einwohner zu zwingen, ihre Waaren zu nehmen.



facturwaaren nicht im Lande erzeugt?

a) Weil die Hände und Capitale schon mit anderen nützlichen Arbeiten beschäftigt sind. In diesem Falle wäre es unpolitisch, die Hände und Capitale der vortheilhafteren gewohnten Arbeit zu entziehen, um sie auf eine weniger vortheilhafte zu lenken. Wäre die andere Beschäftigung vortheilhafter; so würden sie von selbst zu ihr übergehen; b) weil es noch an den gehörigen Kenntnissen und Geschicklichkeiten fehlt. Diese wird man aber sicherer durch guten Unterricht und andere Mittel hervorbringen, als durch Verbote der fremden Waaren; c) weil Vorurtheile das Volk für ausländische Waaren stimmen. Aber dieses Vorurtheil wird hauptsächlich durch die Verbote fremder Waaren erzeugt und unterhalten. Warum verbietet der Staat die fremden Waaren? — sagt ein jeder; wenn die inländischen so gut und so wohlfeil oder noch wohlfeiler wären, als die ausländischen, würden wir sie nicht von selbst lieber kaufen? — Gewiss würde bey vollkommner Freyheit das Vorurtheil viel leichter erlöschen, als beym Verbot. Von grosser Ausdehnung kann wenigstens die Wirkksamkeit eines solchen Vorurtheils nicht seyn.



Allenthalben, wo das Volk noch rohe Producte in Menge vortheilhaft erzeugen kann, wo Getreide, Wolle, Flachs und andere Erdproducte durch vermehrten Fleiß und erweiterte Cultur in gröfserer Menge gewonnen werden können, da wird jede erzwungene Manufactur den Ertrag des Bodens vermindern helfen, weil sie dem vortheilhafteren Gewerbe Capital und Hände entzieht. Die Manufacturen werden hier von selbst in derjenigen Ordnung entstehen, in welcher es für das Land am nützlichsten ist, und es wird kein Nachtheil damit verbunden seyn, wenn das Volk mit seinen rohen Producten fremde Manufacturen kauft, wenn es nur die für seine Producte einströmenden Waaren auf die Erweiterung seines Landbaues, Bergbaues, kurz der inländischen Production verwendet.

3) Dafs man die Ausfuhr der inländischen Fabrikate auf alle Art begünstigen und befördern müsse. Eben diese Maxime war die Ursache, weshalb man den Preis der rohen Producte und der Lebensmittel im Lande niedrig erhalten zu müssen glaubte, um die Fabrikanten in den Stand zu setzen, ihre Waaren auf ausländischen Märkten wohlfeil zu verkaufen, weshalb man Monopole, Privilegien, Prämien u. f. w. anwandte, um eine grofse Ausfuhr zu erzwin-



gen. • Wie wenig Nutzen diese Anstrengungen dem Lande bringen, wie oft sie wirklich schädlich sind, erhellet aus dem vorigen. Nichts kann gebilliget werden, als die Mafsregel: den inländischen Fabrikwaaren die Abgaben, die von ihnen schon erhoben worden sind, bey der Ausfuhr ganz oder zum Theil zu erstatten, wenn dadurch ihr Preis so gesteigert wird, dafs ihr Debit auf den ausländischen Märkten dadurch gehemmt werden mufs, ob es gleich auch hier vielleicht besser seyn würde, das Abgabensystem so einzurichten, dafs Rückzölle nicht nöthig wären, da diese so sehr leicht Gelegenheit zu Mißbrauch und Unterschleifen geben \*).

- 4) Dafs man insonderheit auf Vermehrung der edeln Metalle im Lande sehen, und also dafür sorgen müsse, dafs keine edeln Metalle oder baares Geld ausgeführt, desto mehr fremdes Geld aber hereingeführt werde. Da aber die edeln Metalle nicht

---

\*) In den Oesterreichischen Staaten müssen alle goldene und silberne Geräthschaften poncirt werden; auf die Gold- und Silberwaaren aber, welche ausser Landes gehen, wird die Abgabe bey der Ausfuhr erstattet. Was geschieht? Eine Menge poncirter Waaren gehen heraus, kehren aber bald wieder als Contrebande zurück, um ohne Abgabe und doch mit dem gehörigen Stempel versehen, gebraucht zu werden.



anders ausgeführt werden, als wenn sie im Lande unnütz oder überflüssig sind, und dafür etwas erhalten wird, was denen, welche das Metall weggeben, lieber oder wichtiger ist, da die edeln Metalle hauptsächlich nur dazu dienen, nützliche Sachen einzutauschen; so ist kein Grund vorhanden, die edeln Metalle gewaltsam im Lande zurückzuhalten, oder sie vor andern nützlichen Sachen ins Land zu treiben. Was das Inland davon nöthig hat, wird nicht herausgehen, und wenn es herausgegangen ist, für leichte Kosten wieder zu erlangen seyn, da der Transport der edeln Metalle nicht viel beträgt, und ihr Preis fast an allen Orten in der ganzen Welt gleich ist. Es kann daher dem Staate ganz gleichgültig seyn, ob für die Exporte Gold und Silber oder andere Waaren hereinkommen. Denn diejenige Waare wird allemal am gewissesten hereingezogen werden, welche das Volk in größter Menge verlangt, welche also dem Staate am nützlichsten ist. Die Furcht, daß das geprägte Gold ins Ausland strömen und das Reich davon entblößt werden möchte, wenn die Ausfuhr desselben nicht verboten wäre, ist gleichfalls ohne Grund. Denn Niemand wird das Geld ausser Landes schi-



cken, wenn er nicht den vollen Werth dafür zurück bekömmt, und da der Staat das Geld für den vollen Werth ausgibt, so büßt er nie etwas bey dessen Ausfuhr ein, ja da ihm auch noch das Gepräge bezahlt wird, so wird die Ausfuhr feines Geldes der Münzfabrik Vorthail bringen. So viel Geld aber, als zur innern Circulation und zu den übrigen Staatsbedürfnissen nothwendig ist, wird immer im Lande bleiben oder hereingezogen werden können, wenn nur der Staat einen gefuchten Werth dafür anzubieten hat. Man muß sich wundern, daß nach so deutlichen Beweisen über das Unnütze und Schädliche der Geldausfuhrverbote, welche die einsichtsvollesten Staatsmänner geliefert haben, diese dennoch in so vielen Staaten fortdauern \*).

§. 213.

Ein Land, das hauptsächlich von Manufacturen und Handel für fremde Völker lebt, und viel rohe Producte und Lebensmittel dafür eintauscht, bedarf jederzeit viel complicirterer

O o 2

---

\*) *Struensee* über den freyen Gold- und Silberhandel in dessen Abhandlungen über wichtige Gegenstände der Staatswirthschaft. II. Bd. S. 251. *Adam Smith* an Inquiry etc. ed. Basil. T. II. 109 u. f. w.



Mafsregeln, als ein Land, dessen Haupt- und Grundgewerbe der Ackerbau ist. Manufacturisten, welche für das Ausland arbeiten und also ihre Subsistenzmittel aus der Fremde empfangen müssen, können durch tausend Veränderungen in der politischen Welt, durch Veränderung der Preise, der Mode, der Policygesetze in den Ländern, für welche sie arbeiten, aufser Brot gesetzt werden, und eine solche Regierung mufs um so grössere Aufmerksamkeit anwenden, dieses zu verhindern, und um so künstlichere Wege einschlagen, der einreisenden Noth unter ihren Manufacturisten entgegenzukommen, je mehr Menschen im Staate auf diesem Wege ihr Brot gewinnen. Bewachung der Handelswege und Eifersucht gegen alle Nationen, die mit ihr in Concurrenz treten wollen; Unterstützung der einen Fabrik auf Kosten der übrigen bey widrigen Zufällen, Prämien, Ausfuhrverbote der rohen Producte, alles nach den Umständen so regulirt, dafs auf den fremden Märkten Preis gehalten werden kann; einstweilige Aufopferungen, um andere aufkeimende Manufacturen, die ihnen den Debit zu nehmen drohen, zu ersticken, listige Handelstractate mit fremden Nationen, um sich Monopole bey ihnen zu verschaffen, Verdrängung aller Nationen an der Theilnahme ihres Handels u. s. w.; das wird die Politik seyn, zu



welcher eine solche Lage eine consequente Regierung unvermeidlich führt, so bald sie einmahl diesen Weg für den einzigen und besten hält, ihrer Nation ein gutes Auskommen zu sichern. Eine solche Politik ist so künstlich, so zusammengesetzt, daß ein göttlicher Verstand dazu gehört, um keine Fehlgriffe zu thun, und doch wird sie es nicht dahin bringen, ganze Volksclassen vor großem Elend zu verwahren. Gegen andere Staaten, die mit ihrem Handel und mit ihrer Industrie in Collision kommen, kann sie nicht anders, als egoistisch, hinterlistig, feindselig und herrschfüchtig erscheinen. Denn die Existenz ihres Volks hängt davon ab, daß andere Nationen ihre Waaren kaufen.

Wäre es möglich einen ewigen Frieden unter allen Staaten zu stiften, und Handelsfreyheit zum allgemeinen Princip derselben zu machen; so würden alle Staaten, und selbst ein Staat der letzteren Art sich dabey am besten befinden. Mangel an Lebensmitteln und selbst übermäßige Theurung könnte nirgends entstehen, wenn sie zu jeder Zeit ungehindert von daher gezogen werden könnten, wo der größte Ueberfluß und der beste Preis ist. Es würde sich fast allenthalben ein guter Mittelpreis festsetzen und sich wenig verändern. Das Land, welches zu Manufacturen und zum Handel am geschicktesten ist, würde auch am geschickte-



ften seyn, neue Handels- und Manufacturzweige ausfindig zu machen, wenn ihm die Industrie anderer Länder die alten entzöge, und da bey einem friedlichen Zustande und bey allgemeiner Handelsfreyheit nie plötzlich grofse Stockungen eintreten könnten; so würden alle gewaltsame Mafsregeln unnöthig werden, der National-scharffinn würde alles zur rechten Zeit verbessern. Jedes Land würde diejenigen Gewerbe betreiben, die für dasselbe die vortheilhaftesten sind, und mit ihren Producten diejenigen eintauschen, die es nicht so vortheilhaft selbst erzeugen kann, und die Länder würden sich einander durch ihren wechselseitigen Verkehr um so mehr bereichern, je näher sie einander liegen, je reicher und je wohlhabender sie sind. Ein armes Land würde von dem reichen und dieses von dem armen durch den freyen Handel mit ihm gewinnen, da dieses jenem seine Producte liefert und jenes dafür von diesem das erhält, was es nöthig hat. Kurz eine allgemeine Freyheit des Handels würde die Welt in Einen Staat verwandeln, und so wie der freye Handel der Provinzen eines und desselben Landes allen Provinzen vortheilhaft ist; so könnte auch der freye Handel aller Reiche jedem einzelnen nicht anders als höchst nützlich seyn.

So lange aber der schöne Traum eines ewigen Friedens und der Vereinigung aller



Staaten zur allgemeinen Handelsfreyheit unerfüllt bleibt; so lange muß jeder Staat von dieser allgemeinen Freyheit nur so viel zu realisiren suchen, als es die eigennützigen, feindseligen oder unpolitischen Mafsregeln anderer gestatten. Handelsfreyheit muß Regel bleiben; die Einschränkung muß immer als ein Uebel betrachtet werden, zu welchem man nur da seine Zuflucht nimmt, wo ein größeres Uebel, welches aus den Mafsregeln anderer Staaten entspringt, es nothwendig macht.

Wir haben in den letzten Jahrhunderten wenig Kriege gesehen, die nicht den auswärtigen Handel zur Ursache oder doch zum Nebengegenstande gehabt hätten. Schwerlich aber haben alle diese Kriege irgend einem Reiche so viel Vorthail geschafft, als es bey voller allgemeiner Handelsfreyheit würde gewonnen haben. In unsern Tagen sehen wir den fürchterlichsten Handelskrieg, der je gewesen ist. Das ganze Continent vereiniget sich, eine Insel dadurch zum Frieden zu zwingen, daß es ihr den Handel von Europa verschließt. Was wird die Folge davon seyn? Europa wird eine unendliche Menge Reichthümer verlieren, die nur dadurch zu Reichthümern wurden, daß sie über die See verführt und gegen andere Güter umgetauscht werden konnten. Die Leinwand- und Tuchmanufacturen Deutschlands, welche



America versorgten, werden zu Grunde gehen; das Getreide, der Hanf, der Talg, das Holz u. f. w. das die Engländer aus den Häfen von Petersburg, Riga, Danzig u. f. w. wegführten, wird verfaulen, und die Millionen, welche dafür einströmten, werden ausbleiben; Frankreichs Weine werden verderben, und es wird alles das einbüßen, was für jene Millionen von ihm gekauft wurde; Europa wird arm und elend werden. Wird es aber England dadurch zwingen, sich zu unterwerfen? — England wird den Stofs empfinden, aber die offenen Meere und die Herrschaft zur See werden ihm aus der Verlegenheit helfen. Es wird sich der Manufacturen für die andere Welt ausschließlich bemächtigen; die Leinwand, welche Schlesien, Sachsen, Frankreich nach America lieferten, wird nun in Irland gemacht werden, die Tücher, die Metall- und Holzwaaren, die Zeuge, kurz alles was der Continent bisher über die See schickte, wird von den Engländern verfertigt werden, und dieses wird nach und nach alle die Hände hinlänglich beschäftigen, die sonst für den Continent arbeiteten. Und wird es so leicht seyn, die heimliche Einfuhr der Waaren zu verhindern, mit welchen England handelt, als England die Theilnahme aller übrigen Mächte an dem Seehandel verhindern kann? Werden die verlorenen Manufacturzweige so bald



wieder zu gewinnen seyn? England wird dieser Krieg Verluste verursachen, aber es wird dabey immer weniger verlieren, als das übrige Europa.

§. 214.

Ein anderer Gesichtspunct, den man bey der Anordnung des auswärtigen Handels haben muß, ist die Unabhängigkeit des Landes in Ansehung der Befriedigung der Bedürfnisse (§. 211). Zwey Völker, die mit einander handeln, sind allemal wechselseitig von einander abhängig. Da aber beyde ihren Vortheil dabey finden, ihre Bedürfnisse gegenseitig zu befriedigen; so ist eine solche Abhängigkeit keine Last. Eine Nation, welche überflüssiges Holz, Getreide u. s. w. hat, will dieses eben so gern los seyn, als eine andere Nation ihre überflüssigen Arzneymittel, Gewürze, Uhren, Spitzen u. s. w., und es liegt jener eben so viel daran, für ihren Ueberfluß andere an sich entbehrliche Dinge zu bekommen, als dieser, die unentbehrlichen einzutauschen. Lebten die Staaten unter einander in einem stets friedlichen System mit einander, und wäre allgemeine Handelsfreyheit das Grundgesetz aller Staaten; so wäre die Abhängigkeit der Staaten in Ansehung des Handels für alle gleich und für keinen ein Uebel. Da aber unter den Staaten oft feindfelige Verhältnisse eintreten, und die Politik der



einzelnen oft die Freyheit des Handels unterbricht; so ist allerdings der Grad und die Art der Abhängigkeit verschieden, und es kann einem Staate nicht gleichgültig seyn, in welcher Art und in welchem Grade der Abhängigkeit er sich in Ansehung des Handels von andern Staaten befindet. In dieser Hinsicht ist

- 1) Ein Staat um so unabhängiger, je mehr er seine nothwendigen und unentbehrlichen Bedürfnismittel, d. h. die zur Nahrung, Kleidung und Wohnung nöthigen Materialien in hinreichender Menge sich selbst erzeugt, und wenn daher ein Staat, dem unter zu fürchtenden Umständen leicht die Zufuhr dieser Dinge entzogen werden könnte, selbst mit Aufopferung eines größeren Handelsgewinnes solche Anstalten trifft, welche die Erzeugung der Lebensmittel bis zu dem Grade seiner Unabhängigkeit vermehren; so kann dieser Zweck Einschränkungen der Handelsfreyheit, wenn sie zur Erreichung desselben nothwendig sind, allerdings rechtfertigen. Indessen wird die Schwierigkeit, Lebensmittel zu erhalten, öfters größer vorgestellt, als sie ist. Einem Staate, der an der See liegt und von allen Ländern der Welt Lebensmittel ziehen kann, wird es nie daran fehlen, sobald er gesuchte Waaren da-



für anzubieten hat, und es gibt mehr Beyspiele von Hungersnoth in Frankreich, Deutschland und Rußland, als in Holland und England. Arzneywaaren, Zucker, Caffee, Manufacturwaaren u. f. w. find den ackerbauenden Nationen so unentbehrlich als jenen die Nahrungsmittel, das Holz u. f. w., und wenn der Handel damit gehemmt wird; so leiden die ackerbauenden Nationen noch einen größern Verlust, und gerathen in noch größere Noth als jene. Denn Manufacturwaaren finden leichter an andern Orten ein Unterkommen, und wenn der Ocean offen steht, findet leicht anderswo was er sucht. Wo aber die überflüssigen rohen Producte unverkauft bleiben, da verbreitet sich schnell die größte Armuth.

- 2) Eine schlimmere Art von Abhängigkeit ist diejenige, wornach sich ein Staat über den andern ein Monopol anmaßt, andere von gewissen Handelszweigen ausschließt und sie mit gewissen Waaren aus gewissen Ländern allein versorgen will, wo also die Freyheit des Handels gewaltsam unterbrochen wird. Dieser Punct gehört ganz in die äußere Politik, mit der wir hier nichts zu thun haben.



## §. 215.

Seit der Entdeckung von America hat Europa eine Menge Bedürfnisse erhalten, die nur die neuentdeckte Welt befriedigen kann, und die Seemächte haben einen Vortheil darin gefunden, sich jener Länder zu bemächtigen, Colonien daselbst anzulegen und sich den Handel zwischen diesen Colonien und Europa ausschließlich zuzueignen. Wie ein solcher Colonialhandel durch ein doppeltes Monopol dem Mutterlande nützlich, der Colonie aber desto schädlicher werde, ist bekannt genug und von mehreren Schriftstellern gezeigt \*). Erwägt man aber 1) was die Anlegung und der Schutz dieser Colonien jedem Mutterlande kostet; 2) in welche unselige und kostspielige Kriege er die Seemächte verwickelt; 3) wie ein solcher Handel oft dem Mutterlande viele Capitale und viel nützliche Hände entzieht; 4) zu welcher unedlen Politik er verführt; so scheint es, daß die Freyheit der Colonien und ihres Handels den Seemächten im Ganzen weit mehr Vortheil gewähren würde, als sie aus ihren Monopolen ziehen. Denn 1) würden sie alle Kosten ersparen, welche die Unterhaltung der Flotten, die Führung der Kriege u. s. w. kosten, welche zu ihrer Erhaltung nöthig sind; 2) würden die

---

\*) *Adam Smith.*



Colonien bey vollkommner Handelsfreyheit viel bevölkerter und reicher werden, folglich mehr europäische Waaren verbrauchen, die ihnen doch immer die am Meer liegenden Nationen zuführen würden; und 3) würden die Colonialwaaren wohlfeiler und eben deshalb ihre Consumtion viel ausgedehnter, folglich auch der Handel mit denselben für die seefahrenden Nationen viel beträchtlicher werden. Da aber keine Hoffnung ist, daß die Eifersucht der seefahrenden Nationen aufhören, und die Einsicht, daß allgemeine Freyheit des Handels und allgemeiner Friede für jede einzelne Nation am vortheilhaftesten sey, bey großen Mächten so lebhaft werden wird, daß sie darüber ihre vorübergehenden eigennützigen Plane vergessen werden; so ist auch an die Realisirung einer so schönen Idee nicht zu denken. Dennoch wird diejenige Politik in Ansehung der Colonien immer die beste seyn, welche dahin arbeitet, auf die Vermehrung des Reichthums der Colonien eben so sehr bedacht zu seyn, als auf den Wohlstand des Mutterlandes, und ihnen die größtmöglichste Handelsfreyheit und Gewerbefreyheit zu gestatten. Da in der Colonialverbindung jederzeit schon genug Gründe liegen, den Handel der Colonie mit dem Mutterlande angenehm zu machen, so wird auch bey vollkommner Freyheit dem Mutterlande doch immer der



größte Theil desselben verbleiben, wenn das letztere den Handel und die Gewerbe zu treiben gehörig versteht. Wenn die Staaten jederzeit genau berechneten, wie groß eigentlich die Wirkung des Monopols bey dem Colonialhandel ist, und wie wenig bey liberaleren Grundfätzen davon verloren und durch andere weisere Mafsregeln der Freyheit wieder gewonnen werden könnte; so würden sie schwerlich in diese Monopole so große Vorzüge setzen.

## §. 216.

Wenn dem Staat an dem freyen und schnellen Umsatz der Waaren sehr viel gelegen seyn muß, weil nur dadurch der Reichthum in vollkommenen Grade genossen werden kann, und ein solcher Umsatz das wahre Mittel ist, das Verzehrte schnell wieder hervorzubringen und zu vermehren; so muß auch dem Staat an der schnellen Beförderung dieses Umsatzes viel gelegen seyn, und wo Privatkräfte nicht hinreichen oder zu langsam wirken, da muß er ihn durch öffentliche Anstalten unterstützen. Er kann dieses

- 1) durch solche öffentliche Anstalten, wodurch er den Kauf und Verkauf sichert und erleichtert.
- 2) Durch Anstalten, welche den Transport und die Uebergabe sichern und erleichtern.



3) Durch Anstalten, welche die Bezahlung sichern und erleichtern.

4) Durch Anstalten in fremden Staaten für den auswärtigen Handel, um seinen Unterthanen auswärtigen Debit, ihrem Handel Ausdehnung und ihren Gütern Sicherheit zu verschaffen.

Vor allen sind aber gute Rechtsverhältnisse in Ansehung der Handelsverhältnisse nothwendig. Die Gesetzgebung muß der allgemeinen gefunden Vernunft so nahe kommen, als nur immer möglich. Die Abschließung der Handelsverträge muß nicht an viele Formalitäten gebunden werden; wenn ein Kauf als geschlossen anzusehen, was mit den Worten des Mases und Gewichtes für Begriffe verbunden werden müssen, wann die Uebergabe als geschehen zu erachten u. f. w., alles dieses muß in den Gesetzen genau bestimmt seyn. Insbesondere aber ist an einem guten und bestimmten Wechsel-, Frachtfahrer-, Affecuranzrechte u. f. w. sehr viel gelegen. Der Credit muß von den Gesetzen aufs stärkste in Schutz genommen werden; er kann da nie groß seyn, wo die Gesetze gegen die Schuldner gelinde sind und ist da am stärksten, wo der Schuldner mit eiserner Härte zur Erfüllung seiner Verbindlichkeit gezwungen wird, wo die Proceffe kurz und wohlfeil und die Richter unbestechlich sind. Eine



gute Handelsjustiz erhält mehr Vermögen und muntert den Handel oft mehr auf, als die kostbarsten positiven Beförderungsmittel dieses Gewerbes. Sie wird also bey den folgenden Rathschlägen vorausgesetzt.

§. 217.

1) Soll der Umtausch von statten gehen; so müssen Käufer und Verkäufer sich einander aufsuchen, und soll der Käufer kein Bedenken tragen, auch im Ganzen und das, was er nicht ohne grofse Umstände vor dem Kauf genau betrachten und prüfen kann, unbesehen zu kaufen, so mufs er sich auf die blofsen Angaben des Verkäufers verlassen können.

Käufer und Verkäufer finden sich am ersten, wenn eine gewisse Zeit und gewisse Orte bestimmt sind, wo sie regelmäfsig zusammenkommen, und also sicher sind, einander anzutreffen, welches natürlicher Weise am besten durch öffentliche Anordnungen geschieht. Wenn die Obrigkeit bestimmt, an welchen Orten und zu welcher Zeit die Verkäufer ihre Waaren zum Verkauf aufstellen können, so ordnet sie einen Markt an. In den Städten sind wöchentlich gewisse Tage zur Einbringung der Lebensmittel und Ausstellung der Bedürfnisse des Landmannes unter dem Namen von Wochenmärkten bestimmt; die gröfsern Märk-



te, wo man zu gewissen Jahreszeiten Waaren gewisser Art oder aller Gattungen zusammenbringt und Käufer und Verkäufer aus der ganzen Provinz sich sammeln, heißen Jahrmärkte, und wenn sie noch einen größern Umfang haben, und insbesondere zur Versammlung ausländischer und entfernter Waaren und Einkäufer dienen, pflegt man sie Messen zu nennen.

Wochenmärkte werden in allen Städten nützlich, die nicht so groß sind, daß die Verkäufer jeden Tag sicher seyn können, Abnehmer zu finden, und auch hier wird es gut seyn, wenn bestimmte Plätze für die Märkte angewiesen werden. Zur guten Marktordnung für den Verkauf der Lebensmittel wird erfordert; 1) daß die Lebensmittel einerley Art an besondere Plätze verwiesen; 2) daß ungesunde und verdorbene Lebensmittel gar nicht feil geboten werden dürfen; 3) daß Maß und Gewicht von den Verkäufern genau beobachtet werden; 4) daß alles was nach Probe verkauft wird, die Probe genau halten müsse. Hingegen ist 1) der Zwang für die Landleute, alles zu bringen, und nichts auf den Dörfern, unterwegs oder in den Häusern zu verkaufen, gegen diese ungerecht, und bringt ihnen weit mehr Nachtheil, als er den Städten Vortheil gewährt.



2) Die Einschränkung, daß Höker und Aufkäufer nicht auf dem Markte vor bestimmter Zeit kaufen sollen, ist für die Landleute drückend und hält viele ab, ihre Waaren auf den Markt zu schicken. Hierdurch aber wird der Vortheil wieder vernichtet, den man den städtischen Consumenten dadurch verschaffen will. Erleichterungsmittel und Reize für das Zuführen der Lebensmittel schaffen den Städtern mehr Nutzen als alle Zwangsmafsregeln (§. 210).

Jahrmärkte können nützlich seyn, um dem Landmanne und dem Fabricanten auf dem Lande und in kleinen Städten Gelegenheit zu verschaffen, seine Producte oder seine Fabricate schnell abzusetzen. Sie sparen den Käufern das Auffuchen der Waaren und erleichtern die Auswahl, und wenn die Verkäufer die Mühe des Transports übernehmen müssen; so wird doch den Käufern, die mehrere mannigfaltige Arten von Waaren suchen, die noch größere Mühe des Auffuchens erspart. Versammeln sich auf einem Markte vorzüglich fremde Käufer und Verkäufer; so gewinnt das Land an Fracht, Consumption und Zöllen, die inländischen Kaufleute durch Speditions- und Commissionsgeschäfte, und selbst der Debit der Landesproducte muß dadurch sehr befördert werden, wenn das Volk industriös und sinnreich ist. Denn da sie dem Markte nahe sind; so werden



sie die Concurrenz mit allen Ausländern in Ansehung, aller Waaren leicht aushalten können; welche in ihrem Lande mit Vortheil verfertiget werden.

Indessen darf ein Staat auf dergleichen Märkte und Messen keine so grossen Vorzüge setzen, dafs er die Freyheit des Handels ausser den Märkten und Messen stören sollte, um nur recht frequente Messen zu haben. Denn

- 1) Ist es klar, dafs die Märkte und Messen sowohl für Käufer als Verkäufer einen grossen Aufwand verursachen, der nothwendig auf den Preis der Waaren fällt. Der Verkäufer verläumt viel Zeit, er führt seine Vorräthe aufs Ungewisse hin, mufs grosse Mieth-, Magazin- und andere Kosten auf der Messe bezahlen, Hin- und Rückreise, Aufenthalt während der Messe u. s. w. verursachen grosse Ausgaben. Er würde seine Waaren unstreitig viel wohlfeiler verkaufen können, wenn solche Einrichtungen getroffen werden könnten, dafs sie jeder Käufer aus seinem Hause beziehen oder verschreiben könnte. Auch der fremde Käufer hat einen gleichen Aufwand und doch ist er nicht immer gewiss, ob er auf der Messe alles finden wird, was er sucht. Was für Noth, welche Verluste entstehen, wenn eine gewisse Classe Käufer oder Ver-



käufer, wie häufig geschieht, auf den Messen ausbleiben. Oft werden die Waaren von Käufern gekauft, die sie wieder einen Theil desselben Weges zurückführen, den sie gemacht haben, oder die sie auf viel näheren Wegen würden haben erhalten können, wenn sie solche von dem Orte, wo sie verfertigt sind, unmittelbar gezogen hätten. Kann der Käufer von seinem Wohnorte aus die gehörigen Notizen einziehen, die Preise und Qualitäten der Waaren, Transportkosten u. s. w. vorher erforschen; so geht sein Geschäft viel sicherer, solider und wohlfeiler.

2) Messen sind daher nur da nützlich, wo der Handel noch keine große Vollkommenheit im Lande erreicht hat, wo noch wenig große Städte existiren, in welchen man regelmässig einen Vorrath aller Waaren finden kann, wo es keine Gelegenheit gibt, seine Vorräthe zu einer allgemeinen Notiz zu bringen. Wo aber viele Städte im Lande sind, die einander nahe liegen, wo geschickte Kaufleute etablirt sind, welche alle Waaren an Ort und Stelle, wo sie verfertigt werden, zu finden und von da her zu beziehen wissen, wo Posten und Frachtfahrten regelmässig und sicher sind, wo ein gutes Intelligenz- und Zeitungswe-



fen eingerichtet ist, da werden Consumen-  
ten und Kaufleute sich den größten Theil  
der nöthigen Waaren ohne Hülfe der Messe  
und zu jeder ihnen gefälligen Zeit viel  
wohlfeiler verschaffen können. Die Mes-  
sen, welche jetzt noch in cultivirten Län-  
dern blühen, haben ihren Flor hauptsäch-  
lich den Völkern zu danken, welche die  
directen Handelswege noch nicht gehörig  
kennen. Ruffen, Polen und Griechen ma-  
chen die Hauptgeschäfte auf der Messe in  
Leipzig, und kaufen daselbst Waaren, wel-  
che sie auf viel näheren Wegen haben  
könnten, wenn sie den Handel gehörig  
verstünden. Jemehr daher in einem Lande  
sich der Handel vervollkommnet und je  
ausgedehnter er wird, desto mehr werden  
die Messen, die dazu gedient haben, der-  
gleichen Länder mit Waaren zu versehen,  
in Abnahme gerathen. Immer mögen Mes-  
sen und Jahrmärkte bleiben, nur dürfen  
keine Zwangsmittel angewandt werden,  
sie zu heben und den Handel auf sie zu be-  
schränken. Vielmehr ist es besser, den  
Handel jeder Art an allen Orten und zu  
allen Zeiten neben den bestehenden Jahr-  
märkten und Messen frey zu geben, damit  
ein jeder zu der ihm bequemsten Zeit kau-  
fen und verkaufen könne. Muß durch ir-



gend einen Zwang der Kauf oder Verkauf bis zur Mefszeit verschoben werden, so hemmt dieses die Circulation, da die Gelder und Waaren für die Messe gesammelt werden und also länger müßig in Kasten oder Magazinen liegen müssen, als sie ohne dem gelegen haben würden \*).

Soll der Verkauf leicht und ohne Aufenthalt von statten gehen; so muß schlechterdings ein hoher Grad von Sicherheit vorhanden seyn,

---

\*) Auch für den Buchhandel ist die Messe mehr schädlich als nützlich. Der Aufwand, der dadurch für jeden Buchhändler verursacht wird, ist sehr beträchtlich. Weder zur Regulirung der Rechnungsabschlüsse, noch zur Zahlung, noch zur Bekanntmachung und Verschreibung neuer Schriften ist die persönliche Zusammenkunft nothwendig. Alles dieses läßt sich schriftlich und durch Catalogen besser thun. Leipzig könnte immerhin der Hauptzahl- und Stapelort bleiben, andere könnten Hamburg, Frankfurt am Mayn u. s. w. noch bequemer zu den ihrigen machen. Würden die Assignationen auf ein großes Haus in diesen Städten gestellt, so wäre nichts leichter, als deren Realisation für jeden Buchhändler, der sie empfangt; und aller der Münz- und Geldwucher, der von den Buchhändlern in Leipzig getrieben wird, siele weg. Die Bücher brauchten dann nicht zu bestimmten Zeiten zu erscheinen. Die allgemeinen Catalogen würden alle Monate verfertiget werden können, die Arbeit der Buchdrucker würde gleichförmiger vertheilt werden, da sie sich gegen die Messe nicht mehr zusammendrängte, und die Werke würden, wenn sie einzeln und nach und nach erschienen, mehr Aufmerksamkeit auf sich ziehen und mehr zum Kauf anreizen, als wenn sie in so großer Menge mit einem Male ausboten werden.



dafs der Käufer das wirklich empfängt, wofür es der Verkäufer ausgibt. Denn es ist schwer, ja oft unmöglich, die einzelnen Stücke vor dem Kaufe bey allen Waaren nachzusehen. In den mehresten Ländern hat man daher öffentliche Schau- oder Stempleranstalten eingerichtet, welche vorher die Güte und Probehaltigkeit der Waaren prüfen und durch ein öffentliches Zeichen bestätigen müssen. Allein es sind dergleichen Anstalten schwer so einzurichten, dafs sie ihren Zweck erreichen und nicht in blofse unnütze Beschatzungen ausarten. Es scheint, als wenn der Zweck, den Käufer gegen Betrug zu sichern, weit besser erreicht werde, wenn man die Verkäufer blofs für ihre Declarationen (§. 207) streng verantwortlich macht; und wenn man sie zu dergleichen Declarationen verbindet, oder da, wo keine gegeben ist, in streitigen Fällen das Gesetz zum Nachtheil des Verkäufers stellt; so scheint weit mehr für den öffentlichen Credit der Landeswaaren geforgt zu seyn, als durch Schauanstalten \*).

---

\*) Auch die allgemeinen Bestimmungen der Obrigkeit, wie viel Ellen, Faden im Einschlag, Breite u. s. w. ein Stück Zeug enthalten soll, sind nicht so zweckmäfsig, da der Besteller oft dieses ganz anders verlangt. Mufs aber der Fabrikant auf jedes Stück Zeug: Breite, Länge, Feine, Einschlag, Gewicht u. s. w. setzen; ist er für jede Inschrift, die er seinen metallnen Waaren, Farben



Wo viele Waaren zusammenströmen und öfters einige Zeit liegen bleiben müssen, da ist die Einrichtung öffentlicher Niederlagsörter von grossem Nutzen, sowohl für einheimische als fremde Kaufleute. Denn die Gefahr, die Güter durch Wasser, Feuer, Diebstahl u. f. w. zu verlieren, kann dadurch sehr vermindert werden. Dagegen ist das, was man bisher unter *Niederlags*, *Stapel*- und *Cronrecht* besonderer Städte verstanden hat, ein Druck für den Handel, wodurch die Preise ohne allen Nutzen für die Consumenten erhöht, die Arbeit unnützer Weise vervielfältiget, und blofs einigen Bürgern auf Kosten der übrigen Gesellschaft Profite zugespielt werden.

#### §. 218.

2. Ein wichtiger Gegenstand beym Handel ist der leichte und sichere Transport. Die einzelnen Kaufleute und Versender sind nicht im Stande, alle Bedingungen dazu herbeyzuschaffen. Vieles muß von der Regierung erwartet

---

u. f. w. gibt, streng verantwortlich; ist jeder Mittelverkäufer für die Aufschrift, unter welcher er die Waare verkauft, wieder verantwortlich; welche Sicherheit würde dann entstehen! Man könnte diese Etiquetten auf alles, selbst auf Thiere, Lebensmittel u. f. w. ausdehnen, und die Verkäufer würden ihren Waaren bald Vorzüge dadurch zu verschaffen suchen.



werden. Dahin gehört die Einrichtung und Erhaltung guter Wege, Vorschriften für die Beschaffenheit der Wagen, Räder und Wagenspuren, worüber sich billig die benachbarten und sich durchkreuzenden Länder mit einander vereinigen sollten. Alle Wege sollten, außer daß sie eben erhalten werden, auch Wegzeiger haben und mit Bäumen besteckt seyn, letzteres nicht bloß wegen der Schönheit und des Schattens, sondern hauptsächlich, damit des Nachts und im Schnee keine Verirrung möglich wäre.

Vorzüglich aber gehört die Einrichtung der Gewässer zum leichten Transport für die Regierung. Schiffbarmachung der Flüsse, Einrichtung von Canälen, Bau guter und sicherer Häfen, Unterhaltung von Leuchthürmen, Einrichtung des Lootsenwesens u. s. w. Alles dieses sind specielle Dinge, zu deren Vervollkommen der Staat da mitwirken muß, wo Privatkräfte nicht hinreichen.

§. 219.

3) Nichts ist aber wichtiger, als die Einrichtung eines guten Geld- und Münzwesens im Staate. Geld ist der allgemeine Hebel, wodurch eine Waare aus einer Hand in die andere gehoben wird, und wenn die Waaren auch nicht mit Gelde unmittelbar bezahlt werden, so wird doch ihr Werth darin berechnet



und jeder Werth wird erst auf Geld reducirt, ehe er mit einem andern Werthe verglichen und vertauscht wird. Ueberdem werden nicht nur eine unendliche Menge Umtausche unmittelbar mit Gelde abgemacht, sondern es werden auch alle Differenzen des Werths zuletzt mit Gelde ausgeglichen. Geld ist also das grösste und wichtigste Instrument des Handels, dessen Einrichtung hauptsächlich vom Staate abhängt. Man kann mit baarem Gelde, man kann mit Papieren, man kann mit Credit bezahlen, alle Zahlungsmittel aber, sie mögen Namen haben, wie sie wollen, beziehen sich auf baares Geld und werden darnach bestimmt.

Das Geldwesen aber kann nur durch die Regierung selbst in einer guten Ordnung erhalten werden, da es eine gemeinsame Sache ist, und die einzelnen Privatleute durch Ausgebung schlechter Gelder auf Kosten anderer sehr viel gewinnen könnten. Man mag daher im Staate ein Geld einführen welches man will, der Staat mag es selbst ausprägen, oder von Privatleuten ausprägen lassen, oder man mag sich auch fremder Geldsorten bedienen, immer bedarf das Geldwesen einer öffentlichen Aufsicht und Anordnung.

Die Grundsätze der Anordnungen des Staats über Geld und Landescredit müssen sich auf eine gesunde Theorie des Geldwesens, des



Credits und der Circulation überhaupt gründen, welche hier aus der Nationalökonomie vorausgesetzt wird. Die Puncte, welche von den Anordnungen der Regierung in Beziehung auf das Geld und die Circulation desselben erwartet werden, sind:

- 1) Dafs das Metallgeld des Landes gut sey;
- 2) Dafs alles Papiergeld stets dem Metallgelde des Landes gleich erhalten werde;
- 3) Dafs ein leichter und schneller Umlauf im Lande Statt finde;
- 4) Dafs der Credit im Lande aufrecht erhalten werde.

§. 220.

Zu einem guten Metallgelde wird erfordert;

- 1) dafs es aus einem solchen Metalle bestehe, dessen Tauschwerth den wenigsten Veränderungen unterworfen ist, das also lange Zeit hindurch einen gleichförmigen Werth gegen andere Waaren behält;
- 2) dafs es in einem kleinen Umfange grofse Werthe in sich schliesse, wodurch dessen Bequemlichkeit und Beweglichkeit viel gewinnt;
- 3) dafs der Gehalt eines jeden Stückes genau bestimmt und unbezweifelt gewifs sey, und alle gleichnamige Stücke, auch vollkommen gleichen Gehalt haben;
- 4) dafs die Münzen in solcher Menge und in solchen Abtheilungen vorhanden sind, dafs sowohl kleine als grofse Zahlungen ohne Anstofs



und mit Bequemlichkeit verrichtet werden können.

Was den ersten und zweyten hier erwähnten Punct betrifft; so schickt sich Kupfer, unter den gewöhnlichen drey Münzmetallen am schlechtesten zur allgemeinen Landesmünze. Da dieses Metall zu so vielerley Bedürfnissen des menschlichen Lebens gebraucht wird, welche oft plötzlich in verschiedenen Graden die Nachfrage darnach vermehren oder vermindern, so ist der Preis desselben grossen und plötzlichen Schwankungen ausgesetzt, und eine Nation, bey welcher Kupfergeld die Landesmünze ist und also den Werth der Tauschmittel regulirt, wird daher nie recht wissen können, welchen Werth sie eigentlich in ihrem Gelde besitzt. Man sieht aber leicht, wie viel daran gelegen sey, daß das Geld einen gleichförmigen und fixen Werth eine geraume Zeit hindurch behalte. Denn da Geldverbindlichkeiten nicht sogleich erfüllt werden, wenn sie eingegangen sind, und doch viel darauf ankommt, daß jemand keinen größern Werth gebe und keinen kleinern empfangen, als zur Zeit des Contracts ist festgesetzt worden, so sieht man leicht, was für Verwirrungen, Ungleichheiten und selbst Vermögenserschütterungen durch ein Geld hervorgebracht werden müssen, dessen Werth oft schwankt. Sinkt der



Werth des Kupfers, so empfangen alle die, welche zu der Zeit, als der Werth höher stand, Zahlungen stipulirt hatten, weniger als sie ausgemacht hatten und als sie empfangen sollten. Steigt der Werth des Kupfers plötzlich, so müssen die Schuldner mehr bezahlen, als sie eigentlich bezahlen sollten. Alle inneren und auswärtigen Geldgeschäfte werden, sobald sie sich nur einigermaßen in die Länge ziehen, da wo Kupfer das regulirende Geld ist, die größte Ungewissheit haben; sie müssen daher nothwendig erschwert werden, und der List und dem Speculationsgeiste eine Menge Gelegenheiten eröffnen, sich auf Kosten der Ehrlichkeit, der Unwissenheit oder Unaufmerksamkeit anderer zu bereichern. Die Schwerfälligkeit des Transportes ist ein anderer Umstand, welcher macht, daß sich Kupfer nicht zur Handelsmünze eines Landes schickt, und um so weniger, je größer der Umfang des Reichs ist. Käme man hier nicht mit Papiergeld zu Hülfe; so würde die größte Unbequemlichkeit in den Zahlungen entstehen. In Rußland, wo fast alle große Zahlungen in Papiergelde gemacht werden, hält es doch ungemein schwer, das Kupfergeld, welches zu den kleineren Zahlungen nöthig ist, gehörig zu vertheilen. In manchen Gouvernements ist zuweilen ein solcher Mangel daran, daß man fünf ja zehn Pro-



cent geben muß, um für Assignationen Kupfer zu erhalten, während man in andern bis zum Uebermaße damit versehen ist.

Gold und Silber sind ohne Zweifel für beyde Zwecke weit besser. Vorzüglich aber schickt sich Silber am besten zu derjenigen Landesmünze, welche zum steten Regulator des Werthes aller übrigen Geldsorten und Sachen gebraucht wird. Denn Gold ist theils zu kleinen Münzen nicht geschickt, theils gibt es zu viele Umstände, welche machen, daß es bald mehr, bald weniger gesucht wird, und diese Verschiedenheit der Nachfrage macht, da dessen Quantität gering ist, seinen Preis schwankender als den Preis des Silbers. Es ist daher am besten, das Silber allein zum eigentlichen Gelde, d. h. derjenigen Landesmünze zu machen, wornach der Werth aller Dinge, folglich auch der Werth der Gold- und Kupfermünzen bestimmt werden muß.

Findet der Staat nöthig, auch Gold- und Kupfermünzen zu prägen; so darf er doch deren Werth gegen die Silbermünzen nie durch Gesetze bestimmen, ohne in Gefahr zu kommen, dabey zu verlieren. Denn bestimmt er den Werth der übrigen Münzen höher, als sie im Handel wirklich gelten; so wird er Ausländern Gelegenheit geben, für einen geringeren Realwerth einen höhern Realwerth aus dem Lande



zu ziehen. Denn sie werden dergleichen Münzen, denen das Gesetz einen höheren Werth im Lande gibt, nachmachen und einschleppen. Bestimmt er ihren Werth niedriger; so werden sie aus dem Lande strömen, weil sie im Auslande zu einem höheren Werthe anzubringen sind. Bestimmt er das Verhältniß so, wie es sich im Handel wirklich findet, so ist seine Bestimmung überflüssig, und wird doch nie den wirklichen Veränderungen folgen können. Daher muß es Regel für die Staatsklugheit seyn: nur ein Metall zum eigentlichen Gelde oder zum Maßstabe der Preise aller Dinge zu machen, und alle übrigen Metalle und Geldforten als Waare zu betrachten, welche ihr Verhältniß zum eigentlichen Gelde durch die Concurrency frey suchen können.

Ob ein Land sein eignes Geld oder fremdes Geld habe, daran scheint wenig gelegen zu seyn, wenn nur das Geld gut ist. Die holländischen Ducaten dienen fast in der ganzen Welt, vorzüglich aber in Rußland, den ehemaligen polnischen Provinzen, in der Turkey u. s. w., zu den regelmässigen großen Zahlungen, die im baaren Gelde geleistet werden, und tragen allenthalben ein Agio selbst gegen die Landesducaten. Laubthaler und Piafter dienen in vielen Staaten Statt des Silbergeldes. So lange dergleichen fremde Münzforten echt und in gehöriger Menge zu haben sind, ist kein Grund, den



inländischen Münzen einen Vorzug vor ihnen mit Gewalt zu verschaffen. Sie reguliren sich sehr leicht nach der Rechnungsmünze des Landes, überheben den Staat eines Theils seiner Sorge, Landesmünze anzuschaffen und erfüllen vollkommen die Stelle derselben.

Je größer übrigens die Feine des Metalles ist, aus welchen die Landesmünzen geprägt sind, desto ausgedehnteren Credit werden dieselben erhalten. Denn je stärker der Zusatz in den Münzen ist, desto schwerer ist der wahre innere Gehalt der einzelnen Stücke zu erforschen, desto mehr Umfang erhalten sie und desto unbequemer werden sie für größere und entferntere Zahlungen. Dafs der stärkere Zusatz nöthig sey, weil er die Ausprägung erleichtere und das Abreiben verhindere, ist kein hinreichender Grund. Die holländischen Ducaten welche mehr als irgend eine andere Goldmünze rouliren, die alten Speciesthaler und die Piafter widerlegen diese Beweise hinlänglich.

Der dritte in diesem Paragraphen erwähnte Punct ist nothwendig, um die Zahlungen sicher zu machen und das Land gegen Verluste zu schützen. Die Münzedicte bestimmen die Münzfüße. Unsere Zeiten sind zu aufgeklärt, die Handelsleute sind viel zu klug und viel zu genau unterrichtet, als dafs es eine Regierung noch wagen sollte, andere Münzverhältnisse im



Edicte anzugeben, als sie bey der Ausprägung wirklich beobachten läßt. Ein solcher Betrug würde auch augenblicklich entdeckt werden, die Regierung mit öffentlicher Schande bedecken und das Volk in Verlust stürzen. Man kann also ohne Zweifel den Münzdicten, welche das Schrot und Korn der Landesmünzen bestimmen, wohl trauen. Am besten wäre es unstreitig, wenn der Feingehalt und das Gewicht jeder Münze auf jedem Stücke selbst bezeichnet würden. Allein die Münzkunst gibt sich in wenig Ländern die Mühe, jedem einzelnen Stücke genau denselben Gehalt und dasselbe Gewicht zu geben, und besonders wird dieses bey kleineren Stücken, vorzüglich aber bey der Scheidemünze fast gänzlich vernachlässiget. Dennoch ist dieses ungemein wichtig. Denn sind die Stücke ungleich ausgeprägt, so werden die feineren und schwereren bald ausgesucht und eingeschmolzen, die gröberen und leichteren aber bleiben zurück, und so wird das Land offenbar betrogen. Da aber die neuere Münzkunst diese Fehler sehr wohl zu vermeiden weiß, und die Gleichheit der Stücke bis zum Bewundern erreichen kann, so ist es nur Nachlässigkeit oder Kostensohen, welche dem Volke diesen Verlust zuziehen.

Man pflegt die Ausprägung schlechterer Münzforten gemeiniglich mit zwey Ursachen zu



entschuldigen. Erstlich, sagt man, reiben sich die feinen Münzen durch die Circulation zu leicht ab. Dieser Grund würde nur eine Verhärtung der Scheidemünze rechtfertigen: die groben Silberforten und das Gold wird mit weit mehr Vorsicht behandelt, läuft nicht so oft um, und ruhet oft lange, besonders wo Papiergeld im Gange ist. Zweytens fürchtet man, daß das gute Geld zu leicht umgeschmolzen oder aus dem Lande geführt, und schlechte Sorten dessen Stelle einnehmen werden. Wenn aber die Münzkunst nur dafür sorgt, daß kein Geldstück vor dem andern von gleichem Namen Vorzüge habe; so wird kein Einschmelzen erfolgen. Denn die Münze wird, um des Gepräges willen, immer etwas theurer seyn, als das ungemünzte Metall, sobald nur der Handel damit ganz frey ist, und die Münzstätte nicht mehr Geld prägt, als das Bedürfnis verlangt. Wenn man also das erstere wohlfeiler kaufen kann, warum sollte man das letztere einschmelzen? Der Umstand aber, daß das Geld gut und fein ist, wird auch keine schädliche Ausfuhr desselben veranlassen können. Wird es ausgeführt, so wird es doch nicht anders, als für seinen vollen Werth, und mit Vortheil weggegeben werden, so daß man dafür ohne Verlust immer wieder neues Geld anschaffen können. Geld ist so gut ein Handelsartikel, wie jede andere Waare,



und unter allen Waaren ist keine so leicht wieder zu bekommen, als Geld, wenn man nur werthvolle Sachen dafür anzubieten hat. Nimmt der Staat einen Schlagchatz, so muß ihm die Ausfuhr seines Geldes lieb seyn, weil er dabey die Manufacturkosten oder das Prägerlohn gewinnt.

Wie viel Stücke aus einer Mark oder aus einem Pfunde fein geprägt werden, ist an sich eine ganz gleichgültige Sache, die nur das Rechnungswesen angeht. Ein Gulden von welchem ein und zwanzig auf die Mark fein gehen, wird natürlich nie so viel gelten als ein Gulden, deren zwanzig eine Mark fein ausmachen; indessen wird allenthalben einerley Werth gezahlt werden, wenn eine gleiche Anzahl feine Marken gezahlt werden, ich mag eine Mark fein zwanzig, ein und zwanzig oder vier und zwanzig Gulden benennen und sie in so viele Einheiten zerstückeln als ich will. Die Rechnungsmünzen werden indessen Vorzüge haben, wenn sie das Rechnen erleichtern, und wenn die wirklichen Münzen nach dem Begriffe dieser Rechnungsmünzen ausgeprägt sind. Kein Münzsystem hat in diesem Stücke grössere Vorzüge als das Ruffische, das ganz auf Decimalverhältnissen beruhet.

Ein schwerer Münzfuß unterscheidet sich vom leichten dadurch, daß nach erstem



weniger Stücke von gleicher Benennung aus einer Mark fein oder sonst einem bestimmten Gewichte geprägt werden, nach letzterem mehrere. Nun wird zwar im Ganzen das schwerere Geld immer mehr gelten und im Großhandel wird sich auch diese Wirkung allenthalben zeigen, aber bey Bezahlung kleiner Dienste, des Arbeitslohnes und einzelner Lebensmittel, kann der Unterschied sich nicht so auffallend zeigen. Ist z. B. einmal der Tagelohn zu sechs Groschen bestimmt, so wird er in dem Lande, dessen sechs Groschenstücke vier Pfennige mehr inneren Werth enthalten, deshalb nicht um diese vier Pfennige fallen, und dieses wird auch bey den Lebensmitteln der Fall seyn. Das grössere Land bestimmt gemeiniglich den Preis des Arbeitslohnes und der gemeinen Lebensmittel, und das kleinere, welches an dasselbe grenzt oder von ihm durchkreuzt wird, folgt ihm und gibt, wenn es Münzen unter gleicher Benennung hat, seine schwereren Stücke gleiches Namens für dieselben Quantitäten, die das grössere Land mit seinem leichteren Gelde kauft. Ja es kann kaum verhütet werden, daß nicht das leichte Geld das schwerere in den Grenzörtern verdrängt und das schwerere häufig eingeschmolzen wird, da man mit dem leichteren in vielen Stücken dasselbe ausrichten kann. Ein kleiner Staat und überhaupt ein Staat, der viele



und weitläuftige Grenzen hat, muß daher keinen schwereren Münzfuß einführen als sein größerer Nachbar. In Deutschland leiden alle Staaten, welche schwerere Münzfüße haben, Verluste von dem leichten Gelde ihrer Nachbarn. Wenn aber zwey Staaten ganz verschiedene Münzsysteme haben, so daß ihre Münzen nicht gleichen Eintheilungen folgen; so wird ihr gegenseitiger Werth viel reiner bestimmt, und, wenn die fremden Münzen dann ja eingeführt werden; so wird doch ihr Werth allemal in der Landesmünze ausgedruckt. So die französischen Sechslivresstücke. Diese bringt man allenthalben zu ihrem wahren Werthe im preussischen an, während daß ein Harzgulden sehr häufig für sechzehn preussische Groschen hingegen wird.

Ist aber einmal ein Münzfuß eingeführt, so bringt dessen Abänderung allemal große Verwirrung in die Geschäfte, wenn die Regierung nicht zugleich bestimmte und in der Natur des Werths gegründete Regeln festsetzt, wornach alle Geldverbindlichkeiten, die nach dem alten Münzfuß geschlossen sind, geordnet werden müssen.

Was viertens die Ausstückelung betrifft; so müssen die Münzen nach dem Bedürfnis eingerichtet werden. Es ist gut, wenn alle großen Zahlungen mit Gold oder mit großem Sil-



bergelde geschehen können. Sowohl die Mühe als die Irthümer bey den Zahlungen werden dadurch vermindert. Wo daher alles in Metall bezahlt wird, da muß die größte Summe in großen und mittleren Stücken ausgeprägt werden. Aber es ist eben so wichtig, daß eine gehörige Menge kleiner oder Scheidemünze im Lande vorhanden sey. Je cultivirter und je reicher ein Land wird, desto mehr kleinere Dienste werden darin gegen Bezahlung verrichtet, desto mehr kleine und unbedeutende Dinge erhalten einen Werth, und desto mehr kleine Münze ist daher erforderlich, um alles, was begehrt wird, zu bezahlen. Der Mangel kleiner Münzen bringt die größten Verlegenheiten und die schädlichsten Stockungen in Geschäften hervor. Häuft sich aber die Scheidemünze über das Bedürfnis hinaus, so wird sie lästig und zieht dem Lande mancherley Verluste zu. Die Merkmale, ob das rechte Maß von Scheidemünze im Lande sey, sind folgende: 1) Sobald große Zahlungen in kleinen Stücken oder in Scheidemünze gemacht werden müssen, so bald das grobe Courant Agio gegen die kleineren Stücke erhält, ist zu viel kleine Münze vorhanden \*). 2) Sobald man für das kleine Geld Agio

---

\*) Man würde gewis allemal große Summen lieber in Thalerstücken als in Dritteln oder Zwölfteln bezahlen,



zahlen muß, sobald schlechte Sorten oder selbst falsche Scheidemünzen in den Umlauf gesetzt werden, um nur der Verlegenheit bei kleinen Zahlungen abzuhelpen, ist zu wenig Scheidemünze vorhanden.

Der Grund, weshalb zu viel Scheidemünze in Umlauf gesetzt wird, liegt gemeiniglich darin, daß man die Scheidemünze und kleineren Geldstücke überhaupt viel schlechter ausprägt, als die gröberen Sorten. In den letztern beobachtet man das Münzdict; der ersteren aber geschieht in den Münzdicten gemeiniglich gar keine Erwähnung, und man gibt ihnen einen willkürlichen Gehalt. Da sie aber mit dem groben Courant zu gleicher Zeit cursiren; so profitirt der Staat bey ihrer Ausprägung ansehnlich, und dieses verleitet ihn öfters, diese Münzsorten über das Mafz zu vermehren. Dergleichen Münzen behaupten nemlich ihren Werth bloß durch den Credit, daß man sie in den Landescassen und in dem gemeinen inländischen Ge-

---

wenn an erstern kein Mangel wäre. Wenn man die kleinen Münzen in Beutel oder Deuten mit öffentlichem oder Privatfiegel rouliren läßt; so vermindert dieses die Unbequemlichkeit etwas, aber es bleibt immer ein Mangel. Es gibt viele Beyspiele, daß mit solchen Beuteln und Deuten Betrug gespielt worden ist, und Schwierigkeit des Transportes, Verlust der Beutel, unbequemes Nachzählen, Mühe des Packens u. s. w. bleibt immer.



brauch zu dem vollen Werth der groben Sorten wird anbringen können. Auch wird in der That der innere Umlauf immer eine sehr beträchtliche Menge schlechter Scheidemünze verschlucken und sie beym vollen Werth mit dem groben Courant erhalten können, und selbst wenn sich die schlechte Scheidemünze so anhäuft, daß sie ein Agio gegen das grobe Courant verliert, müßte man doch gar zu grobe Fehler begehen, oder es müßten ganz außerordentliche Umstände eintreten, wenn es dahin kommen sollte, daß die Scheidemünze so viel verlieren müßte, als sie gegen das grobe Courant wirklich schlechter ist \*). Allein ein Land kommt in Gefahr, durch die schlechte Scheidemünze so große Verluste zu erleiden, daß der Gewinn, den die Regierung bey der Ausprägung macht, damit in gar keine Vergleichung kommt. Denn 1) sobald die Scheidemünze gegen das Courant ein Agio trägt, und die Bezah-

---

\*) Obgleich die preussische Scheidemünze schon vor dem Kriege sehr lästig empfunden wurde und 1 bis 2 Procent Aufgeld gegen Courant geben mußte, im letzten Kriege aber dadurch, daß die Franzosen sie bey der Contribution nicht annahmen, um allen Credit kam; so verlor sie, so lange man noch hoffte, daß Preussen seine Länder behalten würde, doch nur zwanzig Procent, ob sie gleichwohl sechzig Procent schlechter ist, als das grobe Courant. Der für Preussen so nachtheilige Friede muß sie freylich noch tiefer herunterbringen.



lung in derselben lästig wird, steigt sogleich der Preis aller Waaren noch höher als dieses Agio beträgt. Denn da jeder Kaufmann unter solchen Umständen alles in Scheidemünze einnimmt; so stellt er auch den Preis seiner Waaren in Scheidemünze und bringt dabey nicht bloß das Agio, sondern auch die Mühe, die bey dergleichen Münzen leicht vorkommenden Betrügereyen, Verluste u. f. w., so wie das mögliche tiefere Fallen der Scheidemünze mit in Anschlag. Selbst das Courant wird im gemeinen Leben in vielen Ausgaben nicht höher gerechnet, als die Scheidemünze und die Käufer büßen daher auf allen Seiten ein. Diese Erhöhung der Preise ist aber eine wahre Auflage aufs Volk und sie trifft den Staat zugleich mit, weil er gleichfalls ein großer Käufer ist und selbst die Befoldungen nach und nach den steigenden Preisen gemäß erhöhen muß. Nun gewinnt aber der Staat durch die Ausmünzung jährlich nur eine Kleinigkeit; das ausgeprägte Geld aber circulirt im Jahre wohl zehn bis zwanzigmal und circulirt viele Jahre fort, der Nationalverlust kehrt also in der Erhöhung der Preise jedes Jahr zehn bis zwanzigmahl wieder, und übertrifft den Gewinn der Regierung ins Unendliche \*).

---

\*) Man setze, eine Regierung präge alle Jahr eine Million schlechte Scheidemünze aus, woran sie funfzig Procent,



2) Sobald ein Staat schlechte Scheidemünze bey sich einführt, finden sich Nachmünzer, welche gleichen Profit als die Regierung zu machen suchen. Die schlechte Scheidemünze gibt also zu einer unvermeidlichen Plünderung des Staats Gelegenheit. Die nachgemachte Scheidemünze überschwemmt den Staat immer mehr, und hilft das Agio und die Preise der Waaren immer höher treiben, und keine Macht ist im Stande, dieses Einschleppen nachgeprägter Scheidemünze zu hindern, wenn die Nachmünzer ihr Handwerk verstehen, woran in unsern industriösen Zeiten kein Zweifel seyn kann. Endlich 3) wenn das Uebel so stark geworden ist, daß man die Nachtheile davon gewahr wird; so ist es schwer, es ohne die ungerechtesten Mittel zu heilen. An Einlösung ist kaum zu denken, da nicht nur die eigne sondern auch die nachgemünzte eingelöst werden muß; und Reducirung raubt Millionen Menschen ihr Vermögen,

---

also eine halbe Million gewinnt. Diese Million kauft im Jahre für zwanzig Millionen Waare, und der Preis sey durch die Scheidemünze um zwey Procent erhöht; so verliert die Nation jährlich 800,000 Thaler durch die allgemeine Preiserhöhung. Muß man auch daran etwas für das Agio, welches Einzelne zurück erhalten, abrechnen; so bleibt doch immer der Verlust ansehnlicher als der Gewinn, und dieser Verlust kehrt alle Jahre wieder, der Gewinn der Regierung aber ist nur einmal vorhanden.



stellt die Regierung in ein schlechtes Licht und bringt sie um ihren Credit. Immer wird es besser seyn, wenn der Staat ein auch noch so großes Opfer bringt, um die schlechte Scheidemünze zu vernichten, als wenn er sie durch Annullirung ihres Werths ohne Ersatz wegschafft \*).

Der Grund, weshalb zu wenig Scheidemünze im Lande vorhanden ist, oder darin bleibt, liegt theils in einer zu großen Nachlässigkeit der Regierung, theils in dem Umstande, daß die Ausprägung guter Scheidemünze kostbar ist, der Staat also die Wiederholung der Ausgaben scheuet. Insbesondere aber ist ein großer Reiz vorhanden, gute Scheidemünze auszuführen, 1) weil wirklich in vielen Ländern Mangel daran ist, und 2) weil man selten große Kunst auf die Ausprägung der Scheidemünze verwendet, und die Gewinnfucht leicht ihren Vortheil dabey findet, die schweren Stücke auszufuchen und einzuschmelzen.

Wenn die Regierung dafür sorgt: 1) daß die Scheidemünze nach einem etwas schlechteren Fulse, als dem groben Courantfusse ausge-

---

\*) S. meine Abhandlungen über die preussische Scheidemünze: in den Halberst. Magdeb. Blättern, Jahrg. 1801. S. 139. Annalen der preuss. Staatswirthschaft und Statistik, Bd. II. Vos's Zeiten. Jahrg. 1806. May. S. 214.



prägt wird, jedoch so, daß die Nachmünzer keinen Reiz zur gleichhaltigen Nachmünzung derselben finden; 2) Wenn sie die Nachmünzung durch die Kunst des Gepräges erschwert; 3) Wenn sie die Anwendung der Scheidemünze zu großen Zahlungen durch Gesetze verhindert; so wird es so schwer nicht seyn, die kleinen Münzen in Ordnung und im steten Pari mit dem groben Courant zu erhalten.

## §. 221.

Die Ausmünzung verursacht Kosten. Es entsteht die Frage: wer diese Kosten zu tragen habe? In den meisten Staaten läßt sich der Staat die Münzkosten von denen, welche die Münze von ihm kaufen, bezahlen. Um eine Mark fein gemünztes Geld von ihm zu kaufen, muß man zu einer Mark fein ungeprägten Metalles, das man dafür gibt, noch so viel hinzufügen, als für die Münzkosten bestimmt wird. Ist diese Auflage nicht größer als es zum Ersatz der wirklichen Münzkosten nöthig ist; so wird dieselbe keine andere Wirkung haben, als daß sie das gemünzte Geld des Landes allenthalben um diesen Preis über das ungemünzte Metall erhöht. Wendet die Münzstätte dann nur den gehörigen Fleiß auf die Ausstückelung; so ist der Staat durch die Erhebung einer solchen Abgabe wenigstens gegen alle Einschmelzung ge-



sichert, da das ungemünzte Metall immer wohlfeiler zu haben seyn wird, als das gemünzte, so lange die Münze nicht in zu grossem Ueberflusse vorhanden ist. Selbst die Ausländer werden die Münzen eines solchen Landes sammeln und wieder zurückschicken, wenn sie etwas im Lande zu bezahlen haben, da sie in ihrem Lande keinen so vortheilhaften Gebrauch davon machen können. Eine solche Auflage wird auch nicht zum Nachmünzen reizen, da der Nachmünzer in der Regel grössere Münzkosten zu tragen hat, und eine kleine Ersparnis die mit diesem Geschäft verknüpfte Gefahr nicht lohnt.

Will aber der Staat, ausser den wirklichen natürlichen Prägekosten, noch einen grössern Profit unter dem Namen Schlagchatz erheben; so setzt er sich weit mehreren Gefahren aus. Erstlich erhöht er dadurch den Preis der Landesmünze um so viel, als dieser Schlagchatz beträgt, und vertheuert also das Instrument der Circulation. Je höher der Schlagchatz ist, desto mehr wird man bey den Zahlungen die Landesmünze zu vermeiden suchen, indem man bald auf längeren Credit nimmt, bald durch Umwege zahlt u. s. w., alles in wie weit diese Mittel etwas weniger kosten, als die Bezahlung des Schlagchatzes beym Einkauf der Münze kosten würde. Aber zweytens wird ein so hoher Schlagchatz die Nachmünzer reizen. Denn



da das nachgemünzte gute Geld eben so theuer angebracht werden kann, als das, welches die Regierung ausgibt, so kann sich der Nachmünzer denselben Profit verschaffen, den die Regierung von der Münze hat. Die Nachmünzer werden aber ihren Profit noch weiter treiben wollen, und zugleich den Gehalt der Münzen um einige Procente verschlechtern, und so wird die Gefahr vergrößert, nicht nur, daß der Staat seinen Münzprofit mit inländischen oder ausländischen Betrügern theilen muß, sondern daß auch das Land mit schlechter und unsicherer Münze überschwemmt werden wird, wodurch der Credit des Handels und die Leichtigkeit des Umlaufs ungemein geschwächt wird. Alle vernünftige Staatsmänner haben daher von jeher gerathen, den Schlagchatz nie höher zu treiben, als es zum Ersatz der Prägekosten nöthig ist.

Es verdient aber noch eine besondere Ueberlegung, ob es nicht besser sey, daß der Staat gar keinen Ersatz der Prägekosten, folglich auch gar keinen Schlagchatz nehme. Der Einwurf, daß dadurch dem Ausführen und Einschmelzen der Münzen freyes Feld eröffnet werden würde, und daß der Staat die Prägungskosten wegwerfen würde, ist nicht stark genug, da Ursachen genug vorhanden sind, welche dieses Uebel vermindern und die guten Folgen einer solchen Politik die nachtheiligen zufälligen



Wirkungen sehr zu überwiegen scheinen, da hierdurch das Instrument des Handels wohlfeiler wird, und die geringen Prägekosten viel leichter und vortheilhafter von den Gegenständen, welche durch das Geld in Bewegung gesetzt werden, als von dem Gelde selbst gehoben werden können. Da ich diese Materie an einem andern Orte ausführlich abgehandelt habe; so verweise ich, um Wiederholung zu vermeiden, meine Leser dahin \*).

§. 222.

Fast in allen grossen Staaten hat man in den neuern Zeiten Papiergeld eingeführt. Die Ursachen, warum dieses geschieht, die Vortheile und Nachtheile, welche damit verknüpft sind, kurz, die ganze Theorie des Papiergeldes setze ich aus der Nationalökonomie als bekannt voraus. Papiergeld ist im Staate vorhanden, sobald der Staat gewissen Zetteln einen bestimmten Nominalwerth anweist und sie zur Circulation statt des baaren Geldes autorisirt, sie mögen übrigens durch eine Bank als

---

\*) S. meine Abhandlung: Ueber die Wirkungen des Schlaghatzes in den Zusätzen zu der Uebersetzung von Say's National - Oekonomie, Bd. II. S. 468; ingleichen Thorntons Papiercredit, S. 493.



Noten, oder als Staatspapiergeld ausgegeben werden.

Papiergeld stellt eine gewisse Summe Metallgeld vor, und dafs es für die vorgestellte Summe von jedermann angenommen wird, beruhet auf der Ueberzeugung, dafs es jeder zu demselben Werthe beliebig wieder anbringen kann. Dafs das Papiergeld stets den Werth der metallenen Landesmünze behalte, und nie unter demselben ausgegeben werde, daran mufs der Regierung ungemein viel gelegen seyn. Sinkt das Papiergeld unter den Werth des Metallgeldes; so treten nicht nur alle die schlimmen Folgen ein, welche eine schlechte Scheidemünze nach sich zieht (§. 220.), sondern diese Folgen zeigen sich in einem viel stärkeren Grade, und werden noch durch viele andere noch schlimmere Wirkungen vermehrt, wenn das Papiergeld das regelmässige Zahlungsmittel ist. In diesem Falle sind die natürlichen und unvermeidlichen Folgen des Sinkens des Papiergeldes unter das Pari:

- 1) Dafs eine allgemeine Verwirrung des Vermögens, und eine allgemeine Unsicherheit in allen Handlungsgeschäften erfolgt. Sinkt das Papiergeld einmal unter den Werth des Metallgeldes, so läfst sich gar nicht voraussehen, wie weit das Fallen desselben gehen wird. Bey der Scheidemünze sieht



man doch in ihrem innern Gehalte irgend einen Punct vor sich, unter welchen sie nie fallen kann. Aber das Papiergeld kann am Ende bis zu Nichts herabsinken, und dieselben Gründe, welche machen, daß es ein Procent verliert, können auch machen, daß es zwey und mehrere Procent verliert, bis der ganze Werth desselben vernichtet ist. Unter solchen Umständen muß jeder Kaufvertrag mit der größten Furchtsamkeit unternommen werden. Denn Niemand ist sicher, ob die Papiere, welche er heute für seine Güter annimmt, morgen noch so viel werth seyn werden, als heute. Der Preis, den ich heute bedinge, kann in einigen Wochen bis zur Hälfte, bis zum Drittel seines Werths herabgesunken seyn; für das Capital, das ich heute verleihe, erhalte ich übers Jahr, in denselben Papieren, vielleicht kaum den dritten Theil zurück. Das Geld, was ich für ein Landgut erhalte, kann während des Transports von einem Ende des Reichs bis zum andern, ohne daß jemand die Hand daran legt, in die Hälfte seines Werths oder gar in Nichts verwandelt werden. Welche Bedenklichkeiten, solches Geld auszuleihen, dafür zu verkaufen, kurz, irgend ein Geschäft anzufangen, des-



sen Beendigung mehr als eine Stunde oder einen Tag verlangt! — Ein solches Geld wird also seinen Hauptnutzen verlieren, es wird den Umtausch der Güter erschweren; es wird den Zweck der richtigen Vertheilung derselben durch den Umtausch, nach dem Princip: dafs gleiche Werthe gegen gleiche Werthe vertauscht werden können, gänzlich verfehlen, und vielmehr die grösste Ungleichheit in die Vertheilung bringen.

- 2) Der Nominalpreis aller Waaren im Lande muß erhöht werden. Dafs alle ausländischen Artikel steigen müssen, ist an sich klar, da diese nur in baarem Gelde oder mit reellen Landesproducten gekauft werden können. Man wird also so viel Papiergeld dafür geben müssen, als erfordert wird, um so viel Metallgeld dafür zu erhalten, welches es kostet, die ausländische Waare herbeyzuschaffen. Nun brauchen aber alle inländischen Arbeiter eine Menge ausländischer Waaren, und müssen, wenn deren Werth steigt, auch ihren Arbeitslohn erhöhen; es werden daher alle Arbeitslöhne im Lande, folglich auch die Producte des Landes proportionirlich steigen, ohne dafs deshalb irgend einer an reeller Einnahme mehr erhält. Die Befol deten werden dadurch in Noth gerathen,



und der Staat wird sich am Ende genöthiget sehen, die Befoldungen der Staatsbedienten zu erhöhen, ohne daß er ihnen dadurch mehr reelles Einkommen verschafft. Wenn aber das Sinken des Papiergeldes continuirlich fortschreitet, so wird das Elend der Befoldeten und der Arbeiter sich auch continuirlich erneuern, da die Erhöhung der Befoldung und des Lohnes selten in gleichen Schritten folgt; ein solches continuirliches Sinken des Papiergeldes wird daher den größten Theil der Menschen im Staate höchst unglücklich machen.

- 3) Der Staat wird im auswärtigen Handel grofse Verluste leiden. Da die inländischen Producte nicht in dem Mafse steigen, als das Papiergeld fällt, theils weil der Name des Geldes im Lande bey vielen die Einbildung lange erhält, als ob sie immer noch denselben Werth erhielten, wenn sie nur ein Stück Geld mit demselben Namen bekommen, theils die innere Nachfrage nach den Landesproducten durch die Armuth, welche das sinkende Papiergeld verursacht, vermindert wird; so kann der Ausländer die Producte eines solchen Landes sehr wohlfeil kaufen. Sein Silber oder Gold kauft um so mehr Papiergeld, je mehr die-



ses fällt, und mit demselben kauft er im Lande weit mehr Waare, als er hätte kaufen können, wenn das Papiergeld al pari mit der Landesmünze stände. Die Ausländer ziehen also für einen kleinen Werth, der ihnen wenig Arbeit kostet, einen großen Werth, der dem Lande viel mehr Arbeit kostet, heraus, wobey das Land offenbar an Reichthum verliert. Was aber die ausländischen Waaren betrifft, so muß sie das Land zu ihrem vollen Werthe bezahlen. Denn der Ausländer bestimmt den Werth seiner Waare in seiner Landesmünze oder in baarem Metallgelde, und nimmt das Papiergeld nie höher an, als der Cours das Metallgeld bestimmt, welches er ohne Schwierigkeit dafür bekommen kann.

Noch mehr leidet ein solches Land bey allen Creditgeschäften. Denn da jeder fürchtet, daß das Papiergeld noch mehr fallen möchte; so sucht er sich bey Contracten, die in der Zukunft eine Zahlung verlangen, so zu sichern, daß er dabey nichts einbüßen kann. Das Land muß daher selbst für das bloß mögliche Fallen seines Papiergeldes bezahlen.

Will der Staat selbst Anleihen machen oder sich in Creditgeschäfte einlassen; so setzt ihn das Sinken seines Geldes den



größten Verlusten aus. Denn jedermann findet gerade in solchen öffentlichen Anleihen einen richtigen Grund, daß das Papiergeld bald noch mehr fallen werde, und der Staat muß nach dem Grade dieser Furcht seine Anleihen und seinen Credit desto theurer bezahlen.

4) Die Regierung selbst leidet in allen Staatseinkünften und in allen zu erhehenden Abgaben einen großen Verlust, indem der Realwerth der Staatseinkünfte gerade in dem Maße abnimmt, als das Papiergeld sinkt. Die mehresten ihrer Ausgaben nehmen aber in der Proportion zu, in welcher der Werth der Einnahme abnimmt. Alle auswärtige Zahlungen, die Befoldungen der Gesandten u. s. w. müssen in baarem Gelde geleistet werden, und lassen den Ausfall zuerst empfinden. Noch lästiger drückt ein ausbrechender Krieg, der sich mit Papiergelde nie, am wenigsten aber mit creditlosem Papiergelde führen läßt. Die Regierung wird also zu neuen Auflagen schreiten müssen, und wenn diese, wie es gemeiniglich geschieht, vorzüglich von den Consumumenten erhoben werden: so werden die Stände, welche so schon von der Papiernoth das meiste leiden, noch härter gedrückt werden. Mit der Zeit aber wird



der Staat auch dem Jammer seiner Officianten, seiner Armee, abhelfen und alle Beforderungen erhöhen müssen, weil sie mit dem bisherigen Nominalwerthe gar nicht mehr auskommen können. Also wieder neue Auflagen aufs Volk, neuer Druck, und dennoch keine reelle Abhülfe. Und so stürzt das Sinken des Papiergeldes eine Regierung in tausend Verlegenheiten, und wirkt von mehrern Seiten dahin, das Volk arm und elend zu machen.

- 5) Der einzige Vortheil, den der Staat aus dem durch das Papiergeld erniedrigten Realpreise seiner innern Producte ziehen könnte, wäre vielleicht eine Belebung der innern Manufacturen und der innern Production überhaupt. Denn da das Arbeitslohn und selbst die Lebensmittel dem Realpreise nach niedriger sind, als in andern Ländern, so könnte die Nachfrage nach den inländischen Producten vermehrt werden, und einige Manufacturen können durch fremden Debit in Aufnahme kommen. Allein was hilft die Erzeugung dieser Producte, wenn dafür nur ein solcher Tauschwerth erhalten wird, daß den Arbeitern kaum das Leben dadurch gefristet werden kann? und wird nicht der Mangel an Credit, der bey solchem Geldwe-



fen unvermeidlich ist, und der übrige lange Zug von Nachtheilen, die damit verbunden sind, den Vorthail vielfach aufwägen?

- 6) Aber vielleicht das allergrößte Uebel ist, daß, wenn einmal das Papiergeld ins Sinken kommt, es außerordentlich schwer ist, das tiefere Sinken zu verhindern, daß der Staat seinem Credit dadurch eine unheilbare Wunde versetzt, und daß nur die größten Aufopferungen im Stande sind, dem Papiergelde seinen vollen Werth wieder zu verschaffen, daß die Mittel dazu so schwer herbeyzuschaffen sind, wenn man es einmal zu weit hat kommen lassen, daß es gemeiniglich gänzlich unterbleibt, und am Ende ein totaler Staatsbankerott das schreckliche Mittel wird, die Nation von dem creditlosen Papiergelde zu befreyen.

Ist dieses Uebel so fürchterlich; so muß die Regierung um so mehr darauf wachen, den Credit ihres Papiergeldes zu erhalten und dem ersten Sinken desselben mit aller Stärke entgegenarbeiten, da es weit leichter ist, das erste Fallen zu verhindern, als den gefallenenen Papiercredit zu erheben. Hat aber das Papiergeld einmal einen Stofs empfangen; so wird doch das Uebel um so leichter zu verbessern seyn, je früher man die gehörigen Anstalten zur Wieder-



herstellung des vollen Credits des Papiergeldes trifft. Wir müssen daher zeigen, welche Grundsätze der Staat befolgen müsse, um das Pari seines Papiergeldes mit dem Metallgelde jederzeit zu erhalten, oder im Fall es gesunken ist, wieder herzustellen.

§. 223.

Vor allen Dingen muß die Regierung den Umfang von Papiergelde kennen lernen, welches die Circulation des Landes aufnehmen kann, ohne daß der Nominalwerth desselben von dem Werthe des Metallgeldes, den es vorstellen soll, etwas verliert. Sie muß erforschen 1) wie viel Papiergeld das Land in seinem mittlern, gewöhnlichen oder schlechtesten Nahrungsstande vertragen könne; und 2) in welcher Proportion fruchtbare Jahre, ein verbesserter Nahrungsstand, eine vermehrte Bevölkerung, neu acquirirte Länder u. f. w. eine Vermehrung des Papiergeldes ohne Beforgnis, daß es sinken werde, zulassen. Dieses zu erforschen kann der Regierung nicht schwer werden, da sie weiß, wie viel sie Papiergeld ausgegeben hat, und die Nachfrage nach neuem Papiergelde sie bald belehrt, ob das Publicum zur Genüge damit versorgt sey oder nicht?

Nach der heutigen Staatswirthschaft kann jede Regierung in einem Lande von einigem



Umfange eine gewisse Quantität Papiergeld in Umlauf setzen und selbige mit dem Metallgelde in gleichem Werthe erhalten, selbst ohne daß sie die Realisirung desselben mit Metallgelde verspricht. Gibt sie das Papiergeld unter der Bedingung aus, daß alle Abgaben oder ein bestimmter Theil derselben in Papiergelde entrichtet werden muß; so wird sich eine so große Quantität, als zu Bezahlung dieser Abgaben nothwendig ist, zuverlässig bey vollem Werthe erhalten, und hat die Regierung das Vertrauen der Unterthanen, ist keine Furcht vor Staatsrevolutionen vorhanden; so wird selbst eine größere Menge Papiergeld nach und nach von der Circulation aufgenommen werden, ohne daß man Ansprüche auf Auswechslung macht, und ohne daß das Papiergeld etwas verliert. Das Papiergeld hat nemlich in manchen Fällen so viele Vorzüge bey der Zahlung, Versendung u. s. w., daß jedermann sich sehr gern desselben bedient, wenn er nur sicher ist, daß er es immer wieder zu seinem vollen Werthe anbringen kann, und wenn viele geneigt sind, es zu seinem vollen Werthe anzunehmen; so erweitert sich der Gebrauch desselben durch diese Neigung selbst. Gibt nun der Staat anfangs nicht mehr Papiergeld aus, als zu Bezahlung des Theiles der Abgaben, den er darin verlangt, unentbehrlich ist, so bringt jedermann dieses Papier-



geld leicht zu seinem vollen Werthe an, und die Nation gewöhnt sich um so mehr daran, je länger dieses fortgesetzt wird und je weniger jemand Schwierigkeit bey der Ausgabe findet. Die Neigung, Papiergeld anzunehmen, wird sich immer mehr ausdehnen, so dafs weit mehr verbraucht wird, als zur Bezahlung der Abgaben nothwendig ist und wenn der Staat nur Anstalten trifft, dafs das Papiergeld sogleich in dem Masse eingezogen und vermindert wird, als es das Publicum nicht gern nimmt; so wird es immer beliebter werden, so dafs zuletzt der grösste Theil der innern Circulation, ohne allen Verlust, damit bestritten werden kann. Nur in dem Masse, als sich das Bedürfnis der innern Papiercirculation vermindert oder erweitert, muß er dasselbe einziehen und wieder ausgeben, und dabey so viel baares Geld oder Silber und Gold im Umlaufe erhalten, als das Bedürfnis des Landes erfordert. Um sich von diesem Gegenstande ganz deutliche Begriffe zu bilden, und die Möglichkeit der Ausführung zu begreifen, werden die im folgenden Paragraphen angestellten Betrachtungen dienen.

## §. 224.

Das allerzuverlässigste Mittel, Papiergeld im beständigen Pari mit dem Metallgelde des Landes zu erhalten, ist die jedesmalige volle Aus-



wechselung oder Realisirung desselben in Metallgelde in jeder Quantität, sobald es von den Inhabern des Papiergeldes verlangt wird. Errichtet der Staat in allen Hauptstädten der Provinzen Wechselbänke, welche, im Zusammenhange mit der Hauptbank, stets offene Cassen halten und alles ihnen angebotene Papiergeld ohne Agio und ohne allen Aufenthalt realisiren; so ist es unmöglich, daß das Papiergeld etwas verliere. Indessen gehört dazu allerdings ein großer Vorrath von baarem Gelde, welcher stets in allen Wechselanstalten unterhalten, und sobald der Zulauf stärker wird, vermehrt werden muß; ja es gibt Mittel, wie speculative Köpfe mit wenig Papiergelde in kurzer Zeit den ganzen Schatz der Bank ausräumen, und wie diese bloß als Werkzeug gebraucht werden kann, den Kaufleuten oder andern Personen das Gold und Silber anzuschaffen, welches sie zum auswärtigen Handel oder zu andern Zwecken nöthig haben. Umstände, welche die Bank von England hauptsächlich vermocht haben, ihre Zahlungen zu suspendiren. In andern Ländern gibt es indess vielleicht noch andere Vorbauungsmittel, um einen solchen Mißbrauch zu verhüten, und bey gewöhnlichen Friedenszeiten, wo die innere Production im Flor ist, ist dergleichen überhaupt nicht zu beforgen.



Es ist aber jederzeit ein schlimmer Umstand, wenn sich die Regierung in den Fall gesetzt sieht, ein einmal öffentlich gegebenes Versprechen brechen, oder auch nur modificiren zu müssen. Der Credit der Regierung leidet dadurch allemal einen sehr harten Stofs, und es ist daher weit besser, wenn die Regierung weniger öffentlich verspricht, als sie wirklich leistet. Wenn daher die Regierung nicht vollkommen überzeugt ist, dafs sie das vorhandene Papiergeld in jeder Quantität und zu allen Zeiten wird realisiren können; so ist es gerathener, eine solche öffentliche Verbindlichkeit gar nicht zu übernehmen, sondern sich lieber anderer Mittel zur Aufrechterhaltung des Papiercredits zu bedienen. Diese Mittel sind folgende:

- 1) Dafs sie nie mehr Papiergeld in Umlauf setzt, als die Circulation mit Bequemlichkeit aufnehmen kann. Wo die rechte Grenze sey, lehrt sie das Suchen des baaren Geldes gegen Papiergeld.
- 2) Theils um dem Papiergelde vollen Credit zu sichern, theils um dem Agiotiren entgegenzuwirken und schnell zu erfahren, wenn es Zeit ist, Mafsregeln zur Verminderung des Papiergeldes zu ergreifen, muß der Staat seine Staatscassen autorisiren, oder auch mit Privatbankiers Uebereinkunft treffen, dafs sie das ihnen angebote-



ne Papiergeld bis zu einem gewissen Belauf gegen ein ganz unbedeutendes Agio (um den Mißbrauch zu verhüten) realisiren, und muß über den Zustand dieser Realisationen genaue Erkundigungen einziehen.

- 3) Sobald aus Unglücksfällen des Landes, schlechten Ernten, Kriegereignissen oder auch aus den zu häufigen Anforderungen an die Wechsler geschlossen werden muß, daß zu viel Papiergeld im Umlauf sey, muß der Staat den Ueberfluß so lange an sich ziehen, bis das Bedürfnis ihn zurück verlangt. Er kann ihn aber an sich ziehen entweder durch Einwechselung gegen Metallgeld, oder da dieses oft viel Schwierigkeiten findet, durch Anleihen in Papiergelde, in welchem letzteren Falle er bloß den Verlust der Zinsen so lange tragen muß, bis die Circulation das Capital wieder zurück verlangt. — Die Methode, das Papiergeld durch Anleihen zu vermindern, und dadurch den Cours desselben zu heben, ist in der That so unausführbar nicht, als sie manche vorstellen. Man sagt: es würde dadurch das Circulations-Capital vermindert werden, und die Anleihen würden nicht zu finden seyn. Allein  
1) wenn das Papiergeld so viel im Werthe steigt, als die Anleihe beträgt; so wird die



Summe des circulirenden Geldes gar nicht vermindert; 2) wenn nicht zu viel Papiergeld vorhanden wäre, würde es gar nicht fallen; also kann es nichts schaden, wenn etwas aus der Circulation herausgezogen wird; 3) der Staat hat so viel Wege und Reizmittel, das Geld durch Anleihen an sich zu ziehen, daß es ihm nicht leicht fehlen kann, das überflüssige Geld selbst zu den leichtesten Zinsen zu erhalten.

Außerdem gibt es noch einige allgemeine Mafsregeln, welche bey jedem Papiergelde beobachtet werden müssen, wenn dessen Credit nicht vermindert und nicht eine Abneigung gegen dessen Annahme entstehen soll. Nämlich:

- 1) darf es neben dem Papiergelde nie an der nöthigen kleinen Münze fehlen, welche zur Bezahlung der geringeren Summen nöthig ist, welche mit Papiergelde nicht ausgeglichen werden können. Alle Landescaffen und alle öffentliche Einnahmen müssen gehalten seyn, nicht bloß auf kleine Zettel Scheidemünze herauszugeben, sondern auch kleine Zettel zu verwechseln. Jeder, der durch Oesterreich und Rußland gereist ist, wird wissen, wie der Wuchergeist die Verlegenheiten der Reisenden mißbraucht, und wie sehr deßhalb die ge-



meinen Leute infonderheit das Papiergeld scheuen.

2) Es müssen allenthalben Anstalten getroffen werden, groſſe Billets in kleine und umgekehrt, ohne alles Agio und ohne allen Aufenthalt zu verwechseln.

3) In allen Hauptstädten der Provinzen müssen Anstalten seyn, beschädigte Zettel mit bessern zu verwechseln, und die von den Städten entfernteren Oerter müssen das Recht haben, für ihr zerrissenes oder beschädigtes Papiergeld postfrey bessere Zettel aus den ihnen zunächst gelegenen Cassen zu beziehen.

4) Alle Zettel müssen vom Staate für voll angenommen werden, an welchen sich alle diejenigen Zeichen finden, welche der Staat als Zeichen der Echtheit seines Papiergeldes öffentlich bekannt gemacht hat, und welche nicht offenbare Spuren der Verfälschung an sich tragen. Je mehr der Staat diese Grundsätze befolgt, desto angenehmer und allgemeiner wird der Gebrauch seines Papiergeldes werden; je mehr er davon abweicht, desto mehr wird sich der Widerwille dagegen zeigen und desto weniger wird davon bey vollem Credit erhalten werden können.



## §. 225.

Falsche Münzen sind ein großes Uebel für den Staat. Leichter noch als Metallmünzen läßt sich Papiergeld auf eine täuschende Art nachmachen. Welche Mittel gibt es, diesem Uebel entgegenzuwirken?

Was die Metallmünzen betrifft; so ist das sicherste Mittel, das Nachmünzen zu verhindern, wenn die Landesmünzen aus feinem Golde und Silber geprägt werden. Das feine Gold und Silber hat ein solches characteristisches Ansehen, daß es sich von allen Metallen, welche einen Zusatz haben, merklich unterscheidet. Kömmt ein künstliches feines Gepräge hinzu, das ohne kostbaren Apparat nicht zu bewerkstelligen ist; so hat ein Land in Ansehung seiner Metallmünzen nichts zu fürchten. Je stärker die Legirung der Metalle ist, aus welchen das Geld geprägt wird, desto leichter wird es dem Nachmünzer, seinen schlechteren Producten vollkommne Aehnlichkeit mit den echten Münzen zu verschaffen. Könnte die Münzkunst einen Apparat und eine Ausprägung erfinden, welche wegen ihrer Kostbarkeit und Kunst nicht mit Vorthail nachgemacht werden könnte; so würde man aus Metall eben so gut Creditmünzen prägen können, als aus Papier, und nur dann würden ohne Nachtheil die Schei-



demünzen unter dem Gehalt, welchen sie vorstellen sollen, ausgeprägt werden können.

Beym Metallgelde hat der Nachmünzer bloß die Form nachzumachen, da ihm die Natur eine gleiche Materie liefert; beym Papiergelde hingegen muß der Nachmünzer Form und Materie nachmachen, und in der That muß es leichter seyn, ein unnachahmliches Papiergeld als ein unnachahmliches Metallgeld zu erfinden. Dagegen ist freylich der Reiz, Papiergeld nachzumachen, viel größer als Metallgeld nachzuprägen, da letzteres ohne beträchtliche Kosten nie zu erreichen ist, wenn es nicht sogleich seine Falschheit verrathen soll, ersteres aber unendlichen Gewinn für die geringsten Kosten verspricht.

Die Mittel, welche der Staat in seiner Gewalt hat, das Eindringen des falschen Papiergeldes zu hindern, sind folgende:

- 1) Dafs er auf Stempel, Schrift und das Material, woraus das wohlfeile Geld gemacht werden soll, die größte Kunst verwende. Sollte es nicht der Mühe verlohnen, eine Prämie auf die Erfindung eines unnachahmlichen oder doch äußerst schwer nachzuahmenden wohlfeilen Geldes zu setzen? Sollte die Chemie keine Zusammensetzung einer Masse, keine Farbe u. s. w. erfinden können, die etwas so Un-



terfcheidendes an sich hätte, daß sie das Auge mit einer andern nicht leicht verwechseln könnte, und die doch außer dem, der sie gefertigt hat, Niemand nachzumachen vermöchte? Gibt es doch Arzeneyen, Pulver, Tropfen u. f. w., die Niemand nachmachen kann, deren Bestandtheile sogar die Chemie nicht einmahl vollständig heraus bringt! Sollte nicht auch eine festere, und doch eben so bequeme, Masse dieser Art erfunden werden können, als das Papier ist?

2) Es muß eine solche Circulation veranstaltet werden, daß alle Zettel periodisch durch die Hände solcher Personen gehen, welche die unechten Zettel leicht entdecken können und solches dem Staate zur schnellen Remedur anzeigen. Wo wenig Papiergeld ist, das durch die landesherrlichen Cassen von Zeit zu Zeit gehen muß, ist dieses am leichtesten auszuführen; wo die Circulation desselben auf solche Städte eingeschränkt ist, in denen sich Banken befinden, in deren Händen sich das Papiergeld herumdrehet, da kann sich das falsche Papiergeld gleichfalls nicht lange verbergen: wo aber das Papiergeld durch alle Classen und Stände, in allen Provinzial- und Landstädten und selbst auf den Dörfern



ausgebreitet ist, da kann das falsche Papiergeld am ersten einen langen Umlauf finden. Um nun dieses doch so viel als möglich zu verhüten, kann der Staat

3) dem Papiergelde ein geheimes Zeichen geben, und es einem sichern Beamten in jeder Provinz anvertrauen, damit er die Echtheit der Zettel jedem in zweifelhaften Fällen verificiren und die Regierung, sobald sich falsche Papiere zeigen, sogleich davon benachrichtigen könne;

4) Muß es verordnet seyn, daß jeder von dem Ausgeber verlangen könne, seinen Namen auf den Zettel zu schreiben. So viele schriftliche Namen, so viele Bürgen der Echtheit. Die Handschriften großer Bankiers, der öffentlichen Cassenbeamten u. s. w. sind sehr bekannt, und vielerley Hände schwer nachzuahmen. Mehrere solche Unterschriften vermehren daher das Zutrauen, und erschweren den Umlauf des unechten Papiergeldes ungemein. Hat man doch schon zu solchen Zetteln ein größeres Vertrauen, deren äußeres einen langen Umlauf verräth; wie viel größer muß die Sicherheit werden, wenn ersichtlich ist, daß der Zettel in den Händen vieler Kenner gewesen und von diesen für echt erkannt worden ist. Endlich



- 5) Muß die Regierung von Periode zu Periode ihr Papiergeld gegen neues einwechseln, das nach erforderlichen Umständen eine andere Form, andere Zeichen u. f. w. hat. Sobald sich falsche Zettel in einiger Menge zeigen, ist diese Auswechselfung das einzige Mittel, die Vermehrung derselben zu verhindern.

§. 226.

Ist das Uebel einmal vorhanden, daß das Papiergeld unter den Werth des Metallgeldes gesunken ist; so ist es dennoch wesentlich nothwendig, daß der Staat keine Opfer scheuet, um den Credit des Papiergeldes wieder zum Pari zu erheben. Der Rath, das Papiergeld einzulösen oder Realisationscassen zu eröffnen, ist leichter gegeben, als ausgeführt. Wäre es möglich gewesen, so hätte es wahrscheinlich der Staat nicht zum Sinken kommen lassen. Es entsteht überdem die Frage, wie soll der Staat das Papiergeld einwechseln? Für voll? wenn es im Curse viele Procente verliert, welche Aufopferungen! Kein Staat wird dieses leicht möglich machen können. Ueberdem läßt sich die Menge der Anfoderungen, die an ihn gemacht werden können, wenn er sich einmal zur Realisirung erbietet, gar nicht übersehen, und er setzt sich der Gefahr aus, seine Wechselbänke bald wieder schliessen zu müssen. Ueber-



dem macht er allen denen, welche das Papiergeld nur nach dem bisherigen Cours empfangen haben, ein unerwartetes und unverdientes Geschenk. Soll er aber das Papiergeld nach dem Cours auswechseln; so erkennt er den Unwerth seines Papiergeldes selber an, und dennoch werden seine Anstrengungen mit den hervorgehenden Wirkungen in keiner Proportion stehen.

Ein Mittel, das eben so sicher und wohlfeil als gerecht ist, hat der Staat, welcher nur einigen Credit bey seinen Unterthanen hat, in seiner Gewalt, um das Uebel zu heben. Dieses sind öffentliche Anleihen im Papiergelde bis zu dem Belauf des drückenden und den Cours erniedrigenden Ueberflusses. Das angeliehene Papier darf aber nicht wieder ausgegeben werden, wenn es seine Wirkung erreichen soll. Wenn der Staat bey einer solchen Anleihe die Zettel für voll annimmt, und landübliche Zinsen bewilliget, so wird die Anleihe nicht nur guten Fortgang haben, sondern sie wird auch das Papiergeld augenblicklich zum Steigen und sehr bald wieder zum Pari bringen. Der Staat bewirkt dieses mit der geringen Aufopferung der Zinsen. Denn so wie sich die Umstände verbessern, kann er die durch die Anleihe erhobenen Zettel wieder zu ihrem vollen Werthe ohne Gefahr ausgeben. Die geringe Aufopfe-



rung der Zinsen gibt der Nation ein mehr als tausendmal so großes Vermögen zurück, von welchem das Volk jene Zinsen mit der größten Leichtigkeit tragen kann.

## §. 227.

So lange das Geld müßig im Kasten liegt, bringt es keinen Nutzen. Je schneller jedermann Gelegenheit findet, seine Geldvorräthe wieder nutzbar anzulegen, je weniger das Geld durch die Einrichtungen des Staats zurückgehalten wird, desto mehr kann es zur Beförderung des Nationalreichthums beytragen.

Wenn der Staat nur für gute Creditgesetze sorgt; so erfinden die Privatleute selbst eine große Menge Mittel, die Circulation zu beschleunigen, und das Geld sogar wieder in Circulation zu setzen, ehe sie es noch empfangen haben, wohin die Wechsel als die sinnreichsten Erfindungen von dieser Art gehören. Auch Girobanken \*), welche auf mancherley Weise die Circulation befördern, gedeihen am besten in den Händen von Privatleuten, wenn nur der Staat für die Sicherheit derselben sorgt. Die Regierung kann aber auch selbst auf vielerley Weise die Schnelligkeit und Leichtigkeit der Circulation befördern helfen, nicht nur indi-

---

\*) S. meine National - Oekonomie. §. 771.



recte durch Beförderung des Nahrungsstandes, und Eröffnung von allerley Creditanstalten, sondern auch directe durch Einrichtung guter Posten, durch ein gutes Finanzsystem, wornach sie alle Abgaben in kleinen Ratis und kurzen Fristen erhebt, und das erhobene Geld sogleich wieder seiner Bestimmung zufließen läßt, wornach sie die Staatsbeamten und die Armee so im Lande vertheilt, daß sie ihre empfangenen Befoldungen größtentheils an die zurückgeben müssen, welche sie vorher zusammengebracht haben u. s. w.

Vor allem muß aber dem Staate daran gelegen seyn, den Credit im Lande fest zu gründen. Denn je weiter sich derselbe ausdehnt und je fester er ist, desto leichter kann jeder seine überflüssigen Capitale anbringen, und desto geneigter wird er, kein Capital müßig ruhen zu lassen. Der Credit gründet sich theils auf Grundvermögen, theils auf bewegliches Capitalvermögen. Den Credit, welcher auf dem Grundvermögen ruhet, kann der Staat befestigen und ausdehnen durch eine gute Hypothekenordnung, durch Beförderung solider Affecuranzanstalten, vorzüglich aber durch Einrichtung guter Credit-systeme, d. h. solcher Anstalten, wornach sich

---

\*) S. in der citirten Schrift S. 760.



die Grundeigenthümer verbinden, für die auf ihre Güter anzuleihenden Capitale gemeinschaftlich zu haften, oder alle ihre Güter zusammen zur Hypothek für jedes einzelne Capital, welches die Gesellschaft borgt, zu setzen. Die auf einen solchen Credit gegründeten Papiere können leicht so eingerichtet werden, daß nicht nur alles überflüssige baare Geld leicht darin nutzbar angelegt werden kann, sondern daß sie auch selbst die Stelle des baaren Geldes in vielen Stücken vertreten können. Wie weit sich diese Creditanstalten ausdehnen lassen, und wie sie in jedem besondern Falle eingerichtet werden müssen, läßt sich im allgemeinen nicht wohl bestimmen, sondern muß hauptsächlich nach der besondern Lage eines jeden Landes abgemessen werden. Die allgemeinen Grundsätze darüber finden sich in allen neuen Staatswirthschaftlichen Schriftstellern, und Beyspiele solcher Creditanstalten existiren in vielen wohl organisirten Ländern. Eine schöne Idee über ein allgemeines Creditssystem, die ins Grose geht und alle Aufmerksamkeit denkender Staatsmänner verdient, kann man in des Grafen Soden Nationalökonomie \*) lesen. Bey Einrichtung der speciellen Creditinstitute hat man darauf zu sehen, daß die Errichtung derselben den Cre-

---

\*) Bd. II. §. 424 u. f. w.



dit anderer nicht gewaltsam unterdrückt, welches allemal geschehen muß, wenn die Errichtung solcher Creditinstitute nur gewissen Ständen verstattet wird und den übrigen verboten ist, durch ihre Vereinigung ihren Gläubigern einen gleichen Grad von Sicherheit zu gewähren \*).

Zur Begründung des Credits auf das bewegliche Capital dienen die Banken. Institute, in welchen ein großes Capital zusammengebracht wird, welches denen zur Sicherheit dient, die ihnen ihre Capitale anvertrauen wollen. Die Zwecke und Einrichtungen der Banken können sehr verschieden seyn. Ihre Theorie wird aus der Nationalökonomie vorausgesetzt; hier betrachte ich sie nur als Mittel, welche den Credit befestigen und den Umlauf beschleunigen. Hierzu dienen

- 1) Die Girobanken. Sie sind ein Mittel, nicht nur die Zahlungen zu sichern und zu beschleunigen, sondern sie dienen auch, welches noch wichtiger für das ganze Reich ist, ein unveränderliches Geld zu schaffen, welches ein untrüglicher Maßstab für den Werth aller Münzsorten ist und können daher selbst denen die

---

\*) Die Zeiten von Voss 1806. Augst. Ueber das neue in Südpreußen zu errichtende Creditssystem.



Vergleichung der Werthe der Münzen erleichtern, welche sich der Bank selbst bey ihren Zahlungen gar nicht bedienen.

- 2) Die Zettelbanken, welche Noten auf ihren Credit ausgeben und diesen Credit durch ein dem Umfange ihrer Zettel angemessenes Capital dergestalt begründen, daß sie das Vertrauen erwecken, daß sie ihre Noten auf jedermanns Verlangen augenblicklich zu realisiren im Stande sind.
- 3) Die Leihbanken, welche Capitale borgen, um sie sicher wieder auszuleihen und ihren Gläubigern theils durch ein eignes zusammengebrachtes Capital, theils durch die Hypotheken, auf welche sie borgen, Sicherheit verschaffen.

Wenn diese Banken als Privatinstitute errichtet und bloß in so weit unter die Aufsicht des Staats gesetzt werden, daß die Vorsteher keine falsche Sicherheit vorspiegeln und das Publicum durch sie nicht betrogen werden kann, wenn ihnen Publicität zur Pflicht gemacht wird und allen Interessenten die Prüfung ihres Creditstandes frey gegeben wird; so muß lauter Nutzen für das Land daraus entspringen. Errichtet aber der Staat selbst dergleichen Institute oder macht er die Privatbanken so abhängig von sich, daß es eben so gut ist, als ob sie Staatsbanken wären; so verliert das Publi-



cum den höhern Grad von Sicherheit, sobald er die Grundsätze der Privatverwaltung verläßt, und sie als Finanzinstrumente oder zu andern Staatszwecken gebraucht, als sie ihrer Natur nach bestimmt sind. In der That ist kein Grund vorhanden, weshalb der Staat sich der Bankinstitute bemächtigen sollte; wenn er nicht die Absicht hat, irgend einen Gebrauch von ihnen zu machen, der ihrer Natur zuwider ist, und daher den Credit derselben in Gefahr bringt. Allenthalben, wo die Regierungen Banken haben, ist die Einsicht in diese Institute dem Publikum mehr oder weniger verschlossen, und fast allenthalben hat sich entdeckt, daß die Regierungen sie zu ihren Finanzoperationen gebraucht haben. Es ist gar zu verführerisch, bey Geldverlegenheiten zuerst seine Zuflucht zur Bank zu nehmen, und um dieses versteckt thun zu können, muß man den Zustand der Bank zum Staatsgeheimniß machen. Kurz, das Publikum kann keinen einzigen Vortheil davon haben, daß die Bank eine Bank der Regierung ist, wohl aber ist es in Gefahr, eine große Menge Nachtheile davon zu erfahren. Eine Regierung sollte sich gar nicht der Versuchung aussetzen, ein Institut zu übernehmen, welches zu missbrauchen der Reiz für sie sehr groß ist. Und wie, wenn Feinde ins Land dringen? — Alle Staatsinstitute sind dann immer mehr in Ge-



fahr, ein Raub der Feinde zu werden, als die Privatinstitute. Die preussische Bank ist ruiniert, weil es eine königliche Bank war, und hunderttausend Familien, die ihr ihre Capitale anvertraut hatten, wissen noch nicht, ob ihre Capitale nicht verloren gehen werden; indessen sind die ritterchaftlichen Creditssysteme unangetaftet geblieben \*).

---

\*) Die preussische Regierung ist von jeher eine der ökonomischsten gewesen; sie hat daher nie oder doch nur in sehr eingeschränktem Maass die Bank zu ihren Finanzoperationen gebraucht. Dennoch liess sie sich bey dem Verborgnen der Bankgelder von Grundsätzen leiten, von welchen sich eine Bank nicht hätte sollen leiten lassen. Die Art, wie sie auf Landgüter geliehen hat, wurde unstreitig hauptsächlich durch das Motiv bestimmt, den neupreussischen Gutsbesitzern zu helfen. Eine Bank darf aber nie deshalb dem andern borgen, weil er in Noth ist, sondern weil er stets im Stande ist, schnell wieder zu bezahlen. Die preussische Bankmaschine hätte noch lange gehen können, wenn der unglückliche Krieg nicht ausgebrochen wäre. Dennoch durfte das Unglück bey weitem nicht so gross seyn als es wirklich war, um die Bank in einen Zahlungsunfähigen Zustand zu setzen. Das Herzogthum Magdeburg, Halberstadt, Westphalen hätten nur in solche Noth gerathen dürfen, dass sie die Millionen, welche sie in der Bank hatten, schnell zurückfordern müssten, und die Bank würde sie nicht haben bezahlen können. Denn wie wollten die preussischen Gutsbesitzer die Capitale schaffen, welche ihnen in diesem Falle aufgekündigt werden müssen. Die französische Nationalbank ist gleichfalls eine Regierungsbank geworden, und es ist sehr zu zweifeln, ob ihr Credit dadurch fester und ihr Nutzen für das Land grösser geworden ist. Ich habe



§. 228.

4. Gewöhnlich haben die Regierungen dem äußern Handel zu viel, dem innern zu wenig Vortheil für das Nationalwohl zugeschrieben. Jetzt ist man deutlich genug belehrt, daß der innere Handel die Nation in weit höherem Grade bereichern kann, als der äußere, daß er das Nationalwohl in viel größerer Ausdehnung und auf eine viel solidere und beständigere Weise befördert. Dennoch gewährt die Handelsverbindung mit auswärtigen Nationen realen Nutzen, indem sie nicht nur den Reichthum des Landes vermehren, sondern auch die Cultur der Nation auf die mannigfaltigste Weise befördern hilft. Durch den auswärtigen Handel erhalten 1) allein diejenigen Landesproducte einen Werth, welche für die Einwohner des Landes überflüssig sind; 2) die auswärtige Nachfrage ermuntert den Fleiß und belebt die productiven Kräfte; 3) er vermehrt und erweitert die Genüsse, folglich die Glückseligkeit des Volks, indem er ihm für seinen Ueberfluß Bedürfnismittel der Nothwendigkeit, der Bequemlichkeit oder des Luxus zuführt.

---

mich hierüber bey einer andern Gelegenheit ausführlicher erklärt. S. Ueber die neueste Crisis der Nationalbank in den Zeiten von Voss 1806. October.



Herrsichte eine durchgängige Handelsfreyheit in allen Staaten; so könnte der auswärtige Handel, ohne Nachtheil zu fürchten, seinem eignen Gange überlassen werden (§. 211). Da aber in den mehresten Ländern der Handel mit fremden Nationen eingeschränkt ist, und Privatleute weder die Macht noch die Gelegenheit haben, die Hindernisse, welche man ihrem Handel in den Weg legt, wegzuschaffen, so muß sich die Regierung dieses Zweiges annehmen und die Bedingungen und Vorthelle eines freyen Handels mit fremden Nationen zu befestigen und zu erweitern suchen. Dafs Forts, Comptoire unter landesherrlicher Auctorität in entfernten uncivilisirten Ländern, und Anstalten für die Sicherheit der Schifffahrt am besten vom Staate veranstaltet werden können, ist bekannt. Die grösste Staatsklugheit setzt man aber in die Schliessung von Handelsverträgen mit andern Nationen; die gemeine Politik dabey ist, sich, jedoch unmerklich und versteckter Weise Vorthelle auszubedingen, dagegen wo möglich der andern Nation, mit der man den Handelsvertrag schliesst, eben so viele Nachtheile, ohne dafs sie es doch gewahr wird, zuzufügen; andern handelnden Nationen aber die Handelsvorthelle zu entreissen. Diese Sucht, bey den Handelsverträgen einander zu überlisten, ist in der Geschichte derselben unverkenn-



bar. Die Folgen davon waren, Erbitterung der Nation, welche sich durch den Vertrag betrogen fand, Feindschaft aller andern Staaten, welche durch dergleichen Verträge sich beeinträchtigt sahen, und endlich blutige, kostspielige und die Glückseligkeit der Nationen zerstörende Kriege. Die Vortheile, welche man durch dergleichen Handelsverträge erjagt zu haben glaubte, waren oft mehr eingebildet; sie fügten mehr andern Nationen Schaden zu, als sie der begünstigten Nation Vortheil brachten, und auf keinen Fall kommt der Vortheil mit dem Schaden, welchen der Verlust der Ehre und die blutigen Kriege nach sich ziehen, in Vergleich.

Ehrlichkeit, Rechtschaffenheit und das Princip, nichts zu thun, was den allgemeinen Frieden stören könnte wird auch bey Abschließung der Handelsverträge die beste Politik seyn. Die Tendenz aller Handelspolitik muß Sicherung und Erweiterung der Handelsfreyheit seyn. Directe oder indirecte Ausschließung anderer Nationen von dem Handel kann nie einen Artikel von einem gerechten Handelsvertrage ausmachen. Ungestörte Einfuhr und Verkauf der gegenseitigen Producte der verschiedenen Länder, gegenseitige Uebereinkunft über die Zolltariffe, über Gesetze, wornach die Handelsleute und ihr Eigenthum behandelt werden



sollen, das sind die Hauptgegenstände, worüber die Nationen sich mit einander vereinigen sollen, und selten wird dazu ein förmlicher Vertrag nöthig seyn. Denn was sich auf den gegenseitigen Vortheil gründet, bedarf keines Vertrages, sondern nur deutlicher Erklärungen, was aber den Vortheil des einen oder des andern verletzt, wird der leidende Theil zu erfüllen nie Lust haben; und wo ist zwischen Staaten ein Gerichtshof? — Innere zunehmende Industrie, gehörige Vertheilung des Grundeigenthums, Ausbreitung des Wohlstandes bis in die niedern Classen, wird dem auswärtigen Handel eine bessere Richtung geben, als alle Handelsverträge. Das weitere hierüber muß die äussere Politik entwickeln.

~~~~~

Achter Abschnitt.

*Von der öffentlichen Vorsorge für die Armen.*

§. 229.

Diejenigen, welche dem Staate bloß Rechtspflichten auflegen, und alle Liebespflichten als unverträglich mit seiner Function von ihm trennen, werden den größten Theil der Staatspolicy austreichen müssen. Sie werden ihm auch die Verbindlichkeit, für die Armen zu



forgen gänzlich absprechen müssen. Beschränkt man den Staatszweck auf den Schutz der Rechte, so wird sich ebenfalls nur auf eine höchst gezwungene Art die öffentliche Verpflichtung zur Verforgung der Armen erweisen lassen. Denn daß die Armen innere Feinde des Staats seyn, welche sich ohne öffentliche Armenverforgungsanstalten nicht überwinden lassen, wie Hr. *Gerstäcker* \*) zu beweisen sich bemüht, hält eine scharfe Critik nicht aus, weil es in der That eine Menge anderer Mittel gibt, die weit mehr mit dem Begriffe einer Gesellschaft, die bloß das Recht schützen will, zusammenstimmen, als Armenverforgungsanstalten, um sich gegen einen solchen innern Feind sicher zu stellen.

In der That läßt sich, an sich betrachtet, ein Recht der Armen auf die Unterstützung des Staats so wenig beweisen, als ein Recht derselben auf den Beutel der Reichern. Die allgemeinen Bedingungen, unter welchen jemand der Staatsgesellschaft beytritt, sind nur: 1) daß jedem das gesichert werde, was er rechtmäßig besitzt und nach Rechtsgesetzen erwirbt, und 2) daß ihm die Bedingungen der Möglichkeit,

---

\*) In seiner interessanten Schrift: *Einzig zweckmäßige Methode, das Bettelwesen u. s. w. zu verbannen*. Leipzig 1805.



feinen Unterhalt durch Arbeit zu verdienen, erhalten werden. Jedem aber seine Unterhaltsmittel zu sichern, ist keine Bedingung des Staatsvereins. Zwar hat man den rechtlichen Anspruch der Armen auf die Versorgung durch den Staat daraus ableiten wollen, daß die gesellschaftlichen und bürgerlichen Einrichtungen selbst eine Menge Armen erzeugten, und daß also der Staat deshalb verpflichtet sey, seine Fehler wieder gut zu machen, und sich der Unglücklichen, die es durch seine Einschränkungen geworden sind, anzunehmen. Allein wenn gleich manche fehlerhafte Einrichtungen der bürgerlichen Gesellschaft allerdings den leichten Erwerb einiger ihrer Glieder erschweren; so gewähren doch selbst die unvollkommensten bürgerlichen Verfassungen den Menschen mehr Gelegenheiten zum sichern Erwerb, als im bloßen Naturstande vorhanden seyn würden.

## §. 230.

Der Arme mag aber ein Recht haben oder nicht, von dem Staate Unterstützung und Hülfe zu verlangen; so ist es gewiß, daß dieser eine Pflicht hat, sie ihnen zu leisten, oder daß die Armenversorgung einen wichtigen Gegenstand der Staatsvorfrage ausmachen müsse.

Der Staat soll alle gemeinfamen Zwecke der Gesellschaft realisiren helfen, in wiefern sie



durch ihn besser, als durch Privatkräfte realisiert werden können (§. 23). Nun ist aber die Versorgung der Armen 1) ein gemeinsamer Zweck, und 2) kann sie ohne Zutritt des Staats nicht vollkommen erreicht werden. Folglich liegt sie auch in soweit dem Staate ob.

Die Versorgung der Unglücklichen und Nothleidenden ist ein gemeinsamer Zweck. Denn 1) sie ist ein Gegenstand der allgemeinen Menschenpflicht, ein Wunsch des allgemeinen Mitleidens, von dem sich Niemand losfagen kann, ohne sich als einen Feind aller Moralität anzukündigen, und so sich für ein ganz unwürdiges Glied der Gesellschaft zu erklären; 2) Noth und Hülflosigkeit verleitet die Menschen zu einer Menge grober Laster, selbst solcher, welche der allgemeinen Sicherheit drohen. Dafs also dergleichen Noth und Hülflosigkeit im Staate nicht existire, muß allgemeiner Wille seyn.

Dieser Zweck kann aber, auch ohne dafs sich der Staat desselben annimmt, nicht vollständig erreicht werden. Mögen immerhin einzelne Personen und Privatgesellschaften ihre Armen versorgen. Nimmermehr kann doch die Ueberzeugung entstehen, dafs alle Arme im Staate versorgt werden, dafs Niemand vor Hunger u. s. w. umkommen könne, wenn der Staat nicht eine allgemeine Aufsicht über das Armen-



wesen übernimmt. Ueberdem kann der Staat die Betteley nicht dulden, weil sie den Müßiggang zum Gewerbe macht (§. 85), und jeder Wohlthätige muß selbst wünschen, daß die Betteley abgeschafft, und seine Wohlthaten besser, als nach dem Grade der Zudringlichkeit der Bettler vertheilt werden, da er nie die Bedürftigkeit jedes Bettlers prüfen kann, und er doch wünschen muß, daß seine Wohlthaten nach dem Grade der Bedürftigkeit vertheilt werden möchten. Die Betteley kann aber ohne Grausamkeit nicht verboten werden, wenn nicht die Einrichtung getroffen ist, daß jeder Hüfslose nach einer bestimmten Regel Unterstützung finden kann. Dieses ist aber nur durch allgemeine Staatseinrichtungen möglich zu machen. Der Staat muß sich eine Uebersicht aller Privatanstalten für die Armen verschaffen, muß die Regeln, nach welchen sie verfahren, übersehen und richten; und sie, so viel es möglich ist, in einen Zusammenhang unter einander und in eine bestimmte Ordnung bringen, damit er genau zu beurtheilen wisse, wo durch allgemeinere Anstalten den Mängeln der Privatinstitute zu Hülfe zu kommen sey.

## §. 231.

Dennoch wird es gut seyn, die Versorgung und Unterstützung der Armen stets als, bloße



Liebespflicht zu behandeln, und die Mittel dazu mehr von der Mildthätigkeit zu erwarten, als durch eine Armensteuer zu erzwingen. Es liegen außerordentlich viele Antriebe in der menschlichen Natur zum Mitleiden gegen die Armen und zur Wohlthätigkeit gegen Unglückliche, so daß die Beyspiele höchst selten sind, daß sich jemand dieser Pflicht gänzlich entziehen sollte, der mehr als das Unentbehrliche hat; ja es ist nicht selten, daß Menschen die Freygebigkeit gegen Arme übertreiben. Sind daher die Armenanstalten so eingerichtet, daß sie die Ueberzeugung erwecken, es herrsche darin eine gerechte und billige Vertheilung der Wohlthaten; so werden dieselben gewiß nicht ohne ausreichende Mittel bleiben, wenn nur die Glieder der Gesellschaft irgend im Stande sind, sie zu erschwingen, und wenn die öffentliche Verwaltung nur die Ehrliche der Bürger gehörig zu benutzen versteht. Es ist wahr, daß reiche Geizhälfe sich auf diese Art den Beyträgen entziehen und die ganze Last der Armenversorgung von sich abwälzen können, ob sie gleich alle Vortheile davon genießen. Indessen gibt es deren, welche die öffentliche Schande nicht scheuen, die mit der Verweigerung aller Beyträge zum Almosen verbunden ist, nur sehr wenig, besonders da es mancherley Mittel gibt, auch den größten Geizhals durch das bloße



Spiel freyer Leidenschaften dahin zu bringen, dafs er es nicht wagt, sich dieser Pflicht gänzlich zu entziehen.

Käme die Gesellschaft wirklich in den Zustand, dafs es ihr schwer, ja unmöglich fiele, ihre Armen zu ernähren, ohne dafs die Wohlhabenderen selbst in Gefahr geriethen, durch ihre Beyträge zur Ernährung der Hülfbedürftigen zu verarmen; so wäre dieses allerdings ein höchst trauriger und fürchterlicher Zustand. Aber es würde auch denn höchst ungerecht seyn, die mit Gewalt zu Bettlern zu machen, die es noch nicht sind, es würde dieses eine Auffoderung an die Fleissigen seyn, mit der Arbeit inne zu halten, um sich der Allmosen werth zu machen. Ein solcher Zustand kann nicht eintreten, ohne dafs die gröbsten Fehler in der bürgerlichen Verfassung vorhergehen; und es wird besser seyn, diesen Fehlern frühzeitig nachzuspüren und sie wegzuschaffen, als sich mit Schwierigkeiten zu beschäftigen, die jede Staatskunst vereiteln.

Ich glaube nicht, dafs eine Armensteuer aufzulegen rechtswidrig sey, wie einige dafür halten. Denn wenn es einmal Staatszweck ist, dafs die Armen versorgt werden sollen; warum sollte der Staat nicht auch zu den dazu nothwendigen Mitteln berechtigt seyn? Und wenn daher die freywilligen Bey-



steuern nicht mehr ausreichen wollten, oder das Verderbniss ganzer Classen von Einwohnern so groß würde, daß die Last der Armenversorgung einige wenige wohlthätige Seelen zu sehr drückte; so würde eine Auflage zu diesem Zwecke nothwendig werden. Ich behaupte aber, der Staat müsse es so lange vermeiden, als es nur möglich ist, zur Armensteuer seine Zuflucht zu nehmen, um der Wohlthätigkeit nicht das Verdienstliche zu nehmen. Er wird aber die Armensteuer um so länger ohne Unbequemlichkeit vermeiden können, je geringer die Anzahl derer ist, welche öffentliche Unterstützung bedürfen, und je ausgebreiteter und allgemeiner der Wohlstand unter den Bürgern des Staats ist, je mehr es ihm gelingt, freywillige Unterstützungsanstalten zu organisiren, und überhaupt die Wohlthätigkeit nach gewissen allgemeinen Regeln den gemeinfamen Zwecken gemäß zu leiten.

§. 232.

Die erste und wichtigste Pflicht des Staats besteht unstreitig darin, daß er alle Ursachen aus dem Wege räumen muß, welche machen können, daß der Fleissige keine Gelegenheit finden kann, so viel zu verdienen, als zum Unterhalte seiner Familie nöthig ist. Jeder Mensch findet es in der Regel, wenn er noch nicht ver-



wöhnt ist, lästig, von andern Wohlthaten anzunehmen, da sie ihn jedesmal in eine Art von Abhängigkeit setzen; er wird daher eifrig bestrebt seyn, ein solches Verhältniß zu vermeiden, so lange er Mittel sieht, sich selbst eine unabhängige Existenz zu verschaffen und sich ein Eigenthum zu erwerben. Der Staat muß daher darauf finnen, wie er diese Neigung, sich durch eignen Fleiß unabhängig von den Wohlthaten anderer zu erhalten, auf alle Weise erhalten, nähren, stärken und durch alle Volksclassen verbreiten kann. Er muß die Fälle, wo jemand keinen andern Zufluchtsort finden kann, als das Mitleiden anderer, so selten zu machen suchen, als möglich, und die Auswege, durch Fleiß Brot zu gewinnen, auf alle Weise vervielfältigen.

Je mehr die Reichern und Wohlhabenden geben müssen, um die Armen zu ernähren, desto mehrere werden aus der Classe der Wohlhabenderen selbst arm. Die Beyträge für die Armen mögen freywillig oder erzwungen seyn; immer sind sie ein Ruin fürs Land, wenn sie so stark sind, daß sie den Wachsthum des Nationalreichthums verhindern oder den arbeitenden Classen ihre Erwerbsmittel schmählern. Was die Gesellschaft zur Unterstützung der Nothleidenden braucht, muß nur ein so geringer Theil des Einkommens der übrigen seyn, daß da-



durch der Abgang von der Production kaum bemerkt wird. Die Hauptmaxime der Regierung muß also seyn: Es sollen so wenige Arme im Lande als möglich seyn.

Die allgemeinen und wirksamsten Mittel, zu verhindern, daß keine große Anzahl Armer im Staate bestehen kann, bestehen in der Realisirung der Maximen einer gefunden Staatspolicy, welche wir bisher zergliedert haben, besonders in Ansehung dessen, was die Freyheit der Gewerbe und die Vertheilung der Güter betrifft (§. 182 u. f. w.). Ist dieses, so wird es

1) Niemanden, der Lust zu arbeiten hat, an Arbeitsstoffe fehlen. Wenn es in einem Staate viele Menschen gibt, die nicht arbeiten wollen, so ist dieses gewiß die Folge fehlerhafter Einrichtungen. Es find der Faulheit zu viele Schlupfwinkel eröffnet; der Müßiggang findet in Klöstern, Hospitälern u. f. w. zu viel Unterstützung. Hierdurch setzt sich ein verdorbener Geist im Volke fest, indem es verleitet wird, das Müßigseyn für ehrenvoll und die Arbeit für schimpflich zu halten. Das wahre und nützliche Ehrgefühl geht verloren, wonach es jedermann für eine Schande halten muß, sich bey gefunden Gliedmaßen von andern ernähren zu lassen. Ist genug Gelegenheit vorhanden, Stoff zur Arbeit zu



finden, und wird die Arbeit gehörig belohnet, so wird es auch Reizmittel genug geben, den Fleiß zu erwecken. Es würde aber zu viel gefodert seyn, wenn man verlangen wollte, daß der Staat selbst direct den Arbeitslosen Arbeit verschaffen sollte, daß er Fabriken anlegen, Brüche urbar machen, Bergwerke eröffnen sollte u. f. w., um nur Stoff zur Arbeit zu schaffen. Denn dieses kann der Staat nicht thun ohne Capitale, die Capitale hierzu aber müßte er doch erst von den Privatleuten nehmen; folglich diesen eben so viel Mittel, die Arbeiter zu beschäftigen, entziehen. Privatpersonen aber können in der Regel Capitale immer besser anlegen, als öffentliche und insbesondere der Staat. Das Volk verlangt daher vom Staate zu viel, wenn es von ihm fodert, er solle ihm Arbeit und Verdienst verschaffen. Die Reichen und Wohlhabenden finden von selbst ihren größten Vortheil dabey, andern Verdienst zu geben; wo es aber keine Reichen gibt, da kann sie der Staat auch nicht ersetzen, und würde durch solche Operationen, wodurch er selbst die Gewerbe betreiben und den Armen Arbeit verschaffen wollte, nur die Quellen des Privatreichthums, d. h. das Mittel für den Unterhalt der Armen,



verstopfen. Die einzigen Mittel, welche daher innerhalb des Wirkungskreises des Staats liegen, um dem Volke Arbeitsstoff und Verdienst zu sichern, sind: volle Gewerbsfreyheit, wie sie oben (§. 182) beschrieben ist. Der Nahrungswege und Gewerbszweige gibt es unendlich viele. Steht es jedermann frey, sich einen auszusuchen, welchen er will, so kann es fast nicht fehlen, daß er irgend einen für ihn und seine Kräfte passenden Weg findet, sich sein Brot zu verdienen, sobald er nur von Fleiß und Thätigkeit belebt wird. Mengt sich der Staat hinein und will den einzelnen anweisen, was sie thun sollen, und andere von diesen Beschäftigungen ausschliessen; so irrt er sich auf tausenderley Weise und lähmt gegen seine Absicht eine Menge Kräfte, die, wenn sie ein freyes Spiel gehabt hätten, sich thätig bewiesen haben würden.

2) Da wird auch der Arbeitsstoff vor Niemanden verschlossen oder eingeschränkt werden. In vielen Staaten ist das Land noch in politische Fesseln geschmiedet. Bald müssen die großen Güter beyammen bleiben, und können deshalb nicht so vortheilhaft bearbeitet werden, als wenn man beliebig theilen könnte, bald können die



Landgüter nur von gewissen Ständen besessen werden, bald ist die Benutzung des Bodens durch Jagd, Hutrecht u. s. w. beschränkt, bald ist die Art der Benutzung befohlen; lauter Schranken, welche die beste Benutzung des Bodens verhindern und welche machen, daß nicht so viel nutzbare Arbeit an ihn verwendet werden kann, als möglich wäre, wenn diese Schranken nicht existirten. Gleiche Fesseln drücken auch die Kunstgewerbe, und diese sind eben so viel Ursachen, die Gelegenheiten, Arbeit zu finden, zu vermindern. Da wird auch

- 3) der Arbeitslohn am ersten in einem solchen Verhältniß erhalten werden, daß der Arbeiter mit seiner Familie dadurch gegen Mangel gesichert ist. Denn das sicherste Mittel, den Arbeitslohn auf einem solchen Punkte zu erhalten, daß der Arbeiter gern arbeitet und zur Fortsetzung und Vermehrung seines Fleißes aufgemuntert wird, ist überflüssiges Capital in den Händen vieler oder allgemein verbreiteter Reichthum und Wohlstand. Je mehr es in einem Lande Wohlhabende gibt, je mehrere von denselben Lust haben, ihre Capitale, ihren Fleiß, ihre Erfindungskraft auf gewinnreiche Arbeit zu verwenden,



desto mehr Nachfrage nach Arbeit und Beschäftigungen aller Art wird vorhanden seyn, desto mehr Gelegenheit, etwas zu verdienen, folglich desto weniger Arme.

Wo der allgemeine Wohlstand eine so große Nachfrage nach Arbeit unterhält, da wird sich der Arbeitslohn von selbst am besten so reguliren, daß er das richtige Verhältniß zu den Preisen der Lebensmittel hat. Die Regierungen haben oft geglaubt, den Preis der Lebensmittel nach dem Arbeitslohne reguliren zu müssen, um den Arbeitern zu Hülfe zu kommen; es ist aber weit besser, wenn es dahin gebracht wird, daß der Arbeitslohn nach den Preisen der Lebensmittel und nicht umgekehrt, diese nach jenem bestimmt werden. Die Mittel, welche die Regierungen angewandt haben, niedrige Preise der Lebensmittel zu bewirken, sind oft weder gerecht noch zweckmäfsig gewesen (§. 205). Das einzige gerechte und zweckmäfsige Mittel, gute Preise der Lebensmittel zu bewirken, ist: solche Quellen zu eröffnen, woraus Ueberfluß derselben hervorströmt. Werden sie dann auch theuer, so hat doch die Gegend den meisten Profit davon, und kann dann die Arbeiter desto besser bezahlen.



## §. 233.

Indessen mag ein Staat organisirt seyn wie er will; so wird es doch immer möglich seyn, daß einige seiner Bürger in einen solchen Zustand gerathen, in welchem sie nicht mehr im Stande sind, sich selbst zu ernähren, und in diesem Falle tritt die Verbindlichkeit ein, den unglücklichen Zustand solcher Menschen erträglich zu machen. Wir müssen zuerst die Ursachen auffuchen, durch welche ein Mensch, auch bey der besten Staatsorganisation, in einen solchen Zustand gebracht werden kann, dadurch werden wir in den Stand gesetzt werden, die Heilmittel des Uebels desto besser zu erforschen.

Das Unvermögen, sich seinen Unterhalt zu erwerben, rührt entweder von Umständen her, die kurz und vorübergehend sind, und daher den Arbeiter nur eine Zeit lang um das Vermögen, seinen Unterhalt zu erwerben, bringen, oder sie sind von der Beschaffenheit, daß sie eine beständige und fortdauende Unfähigkeit begründen. Beyde Umstände können theils von dem schlechten Willen der Subjecte, theils von solchen Ursachen herrühren, die ausser der Gewalt der Verarmenden liegen.

Zwey Laster wirken von Seiten des Willens hauptsächlich auf Verarmung, nemlich Verschwendung und Faulheit. Die Po-



licey vermag durch Verbote selten etwas über die Macht des Willens, in wiefern es darauf ankommt, nicht einzelne Handlungen zu verhindern, sondern andere Fertigkeiten und Gewohnheiten und gleichsam einen andern Character hervorzubringen.

Um der Verschwendung entgegenzuwirken, hat man Aufwands- und Luxusgesetze, Kleiderordnungen, Traueredictе, Verbote der Hazardspiele u. f. w. gegeben. Allein dieses sind lauter schwache und gröfstentheils ganz unwirksame Mittel, um jenen Endzweck zu erreichen. Ist einmal Neigung zur Verschwendung da; so wird sie tausend andere Wege finden, sich zu zeigen, wenn ihr auch einige verschlossen werden. *Bodin* erzählt, daß, nachdem den Damen in Frankreich verboten war, Gold- und Silberstoffe zu tragen; so trugen sie Kleider von Mailändischen Zeugen, welche ohne alles Gold und Silber, aber noch viel theurer waren, als die vorigen. Wird durch dergleichen Gesetze, wie es fast nothwendig ist, ein gewisser Aufwand nur gewissen Ständen verboten; so bringt man den Aufwand selbst in Credit, da er einen Vorzug gewisser Stände ausmacht. „Was durch Gesetze eingeführt ist,“ sagt *Montesquieu* sehr richtig, „läßt sich durch Gesetze heben, was aber durch die Sitten wirklich wird, läßt sich auch nur durch die Sitten



verändern." Es ist gut, wenn die Bürger eines Staats mäßig und haushälterisch sind, aber nimmermehr werden die Gesetze diese Tugenden dadurch hervorbringen, daß sie die Ausschweifungen der entgegengesetzten Laster verbieten. Gegen die Verbreitung des Hanges zur Verschwendung gibt es keinen Damm, den der Staat entgegensetzen könnte, als das Beyspiel der Mäßigkeit, das die Großen im Reiche und die regierenden Personen geben. Wo der Hof ein eitles Gepränge liebt, wo er die Großen nach diesem Gepränge auszeichnet, wo er es darauf anlegt, alle Reichen in die Hauptstadt zu ziehen, wo der Adel es unter seiner Würde hält, sich mit Gewerben abzugeben, wo die Größe der Landgüter das Sinnen auf Verbesserung derselben überflüssig macht, da wird die Verschwendung immer eine schädliche Ausdehnung erhalten, und wenn sie auch die Opfer derselben nicht eben zu Bettlern macht; so wird sie der Production einen desto größern Abbruch thun. Um also die Verschwendung nicht zum Volkscharacter werden zu lassen, muß die Gesetzgebung auf die Verbesserung der Sitten durch bürgerliche Institute zu wirken suchen (§. 137 u. f. w.). Das Hauptinstitut aber, was am sichersten der Verschwendung entgegen arbeitet, ist eine bessere Vertheilung des Grundeigenthums nach dem Princip der Freyheit, wornach Fleiß,



Wirthschaftlichkeit und Geschicklichkeit Reichthum erwerben kann, und kein Geburts- oder Familienrecht dieses verhindert. Einzelne von ihren Verderben zurückhalten zu wollen, kann nicht der Zweck der öffentlichen Gesetzgebung seyn. Bloß da kann mit Recht der Verschwendung ein Ziel gesetzt werden, wo sich der Verschwender dem Zustande nähert, der bürgerlichen Gesellschaft lästig und von ihr unterhalten zu werden. Hier muß sie allerdings berechtigt seyn, so viel von seinem Vermögen unter vormundschaftliche Verwaltung zu setzen, als nöthig ist, zu verhindern, daß sein Unterhalt nicht der Gesellschaft zur Last falle.

Was die Faulheit anlangt, so gibt es kein Mittel gegen sie, als ihr allen Beystand zu verweigern, und den Faulen durch die Entziehung aller Unterstützungsmittel zur Arbeit zu nöthigen. Der Staat muß in allen seinen Armenanstalten den Grundsatz practisch beweisen: Niemand soll von öffentlichen Wohlthaten leben, wer durch Arbeit sein Brot verdienen kann. Faulheit wird nie Volkscharacter werden, wo der Fleiß guter Belohnung gewiß ist, wo die Arbeiter frey sind, und in ihren Anstrengungen eine Quelle des Wohlstandes erblicken. Die Leidenschaften der Ehrliche und der Eitelkeit sind bey Menschen, welche nur den ersten Anfang der



Cultur gemacht haben, viel stärker, als die Liebe zur Trägheit. Man eröffne also nur den Menschen Ausichten, durch ihren Fleiß Eigenthum zu erlangen, frey und unabhängig zu werden, bürgerlicher Auszeichnungen fähig zu werden, und die Klagen über Nationalträgheit werden bald verschwinden. In gut organisirten Staaten, wo alle Arbeiter frey sind, wo der Zugang zu jedem Gewerbe jedem offen stehet, wo die Arbeit geehrt und einträglich zugleich ist, da sind Verschwendung und Faulheit so seltene Laster, daß der Nationalreichthum wenig oder nichts davon zu fürchten hat.

§. 234.

Was die außer dem Willen der Subjecte liegenden Ursachen betrifft, welche Armuth hervorbringen können; so gibt es derselben sehr viele und mancherley, und diese wirken auf den einen Stand viel plötzlicher und schneller, als auf den andern. Wir wollen daher die verschiedenen Stände der bürgerlichen Gesellschaft betrachten, welche der Verarmung am leichtesten ausgesetzt sind, und sehen, wie sie in einen hilflosen Zustand gerathen können.

- 1) Die gemeinste Classe der Arbeiter sind die Tagelöhner oder Handarbeiter. Ihr Lohn ist gemeiniglich nicht größer, als so groß, daß er zu ihrer täglichen Nahrung hin-



reicht. Bleiben Mann und Frau das ganze Jahr hindurch gesund und fehlt ihnen die Arbeit nie; so verdienen sie wohl so viel, daß sie mit ihren Kindern keinen Hunger zu leiden brauchen; sie erschwingen auch wohl ein Bett, kärgliche Meubeln; aber an wenig Orten ist es möglich, daß dergleichen Leute sich ein Capital sammeln, wovon sie, zur Zeit eintretender Noth, eine Zeitlang leben könnten, und wenn dieses auch geschehen wäre; so hält es doch nie lange vor. Wird solchen Leuten die Arbeit nur einige Zeit entzogen — werden sie selbst oder ihre Kinder krank, können sie einige Tage nichts zu thun finden, treten Umstände ein, welche den Lohn vermindern, so müssen sie ihre wenigen Habseligkeiten versetzen oder verkaufen, und werden dennoch bald der Hungersnoth ausgesetzt.

- 2) Handwerker werden besser bezahlt, als Tagelöhner; sie haben daher grössere Vorräthe und können sich bey eintretender Noth etwas länger halten. Die mehresten aber bedürfen zur Fortsetzung ihrer Arbeit selbst kleine oder grössere Capitale. Gerathen sie nun in einen solchen Zustand, wo es ihnen entweder an Absatz ihrer Producte fehlt, oder wo ihr Verdienst



nicht zureicht, ihre Bedürfnisse zu bestreiten, so müssen sie das Capital, welches zu Fortsetzung ihres Gewerbes nothwendig ist, verzehren. Der Abgang an Capital zwingt sie sodann, für andere Meister zu arbeiten und drückt sie wieder in den Stand der Gefellen herab, oder stößt sie gar in die Classe der gemeinen Handarbeiter, deren Function sie gemeiniglich schlecht verrichten, und dann weit eher als andere verarmen.

Eine den Handwerkern ähnliche Classe von Arbeitern sind die Manufacturarbeiter und alle, welche von großen Capitalen in der Arbeit unterhalten werden. Diese hängen ganz und gar von den Unternehmern ab; diese aber werden von dem Debit ihrer Waaren bestimmt, für ihr Capital ferner gleiche Waaren verfertigen zu lassen, die Arbeit einzuschränken oder zu erweitern. Wird einer von dergleichen großen Unternehmern bankrott, so entsteht zwar unter den Leuten, welche er bisher beschäftigt hat, eine Stockung; aber es werden sich doch bald andere Unternehmer dieses Nahrungszweiges bemächtigen, wenn nur sonst das Geschäft vortheilhaft ist, und es nicht an Capitalen im Lande fehlt. Schlimmer aber ist es, wenn der Debit stockt, sich vermindert oder plötzlich gehemmt wird. Denn dadurch werden mit einem



Male um so mehr Menschen arbeitslos, je mehr durch dergleichen Manufacturen beschäftigt sind; die Noth verbreitet sich durch tausend Familien, und wenn sie gleich nach und nach ein Unterkommen finden, indem die Capitale gleichfalls andere Gewerbzweige suchen; so kann doch das Elend eine Zeitlang sehr allgemein und sehr groß werden.

Sind die Manufacturen grösstentheils für das Inland berechnet, so treten höchst selten dergleichen plötzliche Revolutionen ein. Die Verminderung des Vertriebes zeigt sich allmählig, und so erfolgt auch die Einschränkung des Geschäftes nur schrittweis, und läßt den Arbeitern Zeit, sich nach andern Beschäftigungen umzusehen. Schlimmer ist es, wenn die Manufacturen hauptsächlich aufs Ausland berechnet sind. Denn hier können sehr viele Vorfälle plötzlich eintreten, welche den Debit mit einem Male hemmen, und daher so viel Arbeiter mit einem Male nahrungslos machen, daß es ganz unmöglich ist, allen in kurzer Zeit ein gehöriges Unterkommen zu verschaffen. Eben dieses ist auch der Fall bey Bergwerksarbeiten und andern Unternehmungen, die ins Große gehen und plötzlich in Stockung gerathen.

- 3) Eine dritte Classe von Arbeitern, die ebenfalls leicht brotlos werden können, ist die Classe der Dienstthuenden: a) die



Privatdienstleute, Knechte, Mägde, Bedienten u. f. w., die während ihrer Dienstzeit selten mehr erhalten, als zu ihrem täglichen Unterhalt gehört, und welche in Noth kommen, sobald sie zu dergleichen Diensten unfähig werden. Sehr häufig haben sie dann auch die Geschicklichkeit zu andern Arbeiten verloren, und werden dann, wenn sie keine Unterstützung finden, bis zur tiefsten Armuth herabgedrückt. b) Die öffentlichen Dienstthuer. Dahin gehören erstlich die Militärpersonen. Diese werden im Dienste des Staats oft alt und steif, und am Ende unfähig, durch Arbeit ihr volles Brot noch zu verdienen; zweytens aber trifft die Civilbedienten ein gleiches Schicksal. Zuerst kommen hier schon viele auf halbem Wege um, indem sie in der Vorbereitung stecken bleiben, und sich dadurch zu gemeinen und andern productiven Arbeiten unfähig machen, sodann werden die Staatsdienste meistens so gering bezahlt, daß sie zwar allenfalls dem Staatsdiener sein Auskommen gewähren, so lange er lebt, aber nach seinem Tode Frau und Kinder in dem tiefsten Elende zurücklassen. Es ist nicht möglich, daß dergleichen Personen ihre Zuflucht zur gemeinen Arbeit nehmen



können, da ihnen theils die Körperkraft dazu fehlt, theils sie auch den Begriffen ihres Standes so zuwider ist, daß das Brot, welches sie auf diese Art gewinnen müssen, sie noch unglücklicher machen würde, als der Hunger, den sie bey der Beybehaltung ihres Standes erdulden müssen. Endlich würde auch die größte Anstrengung der gemeinen Arbeit doch nicht so viel geben, daß sie sich mit ihrer Familie, nach ihrer gewohnten Art zu leben, davon unterhalten könnten.

- 4) Seltener kommen die Glieder solcher Stände in Noth, welche in der Regel im Besitz der Grundstücke und der größeren Capitale sind, Gutsbesitzer, Kaufleute, Manufacturherren u. s. w. — Daher ist es auch viel leichter, für diese Hülfe zu schaffen, um sie nicht in den Stand der Bettler herabsinken zu lassen.

§. 235.

Der Staat muß alles thun, was in seiner Gewalt steht, um zu verhindern, daß die verschiedenen Stände in einen solchen Zustand gerathen, daß sie fremder unmittelbarer Unterstützung bedürfen. Jeder Mensch will gern in einem gewissen Wohlstande bleiben, und so lange er nur einigermaßen die Möglichkeit ein-



sieht, strengt er auch alle Kräfte an, sich in demselben zu erhalten; sieht er aber, daß einmal alles verloren ist, daß er das liebste opfern muß, so geräth er leicht in Verzweiflung oder Stumpf sinn, legt das bisherige Gefühl der Ehre und Schamhaftigkeit ab, und verläßt sich auf die Unterstützung anderer. Der Gesellschaft muß daher alles daran liegen, den Arbeitern ihr Eigenthum, das ihren Wohlstand ausmacht, und das sie selten durch ihre Arbeit wieder gewinnen können, zu erhalten und in ihnen die Triebfeder zur Arbeit nicht verloren gehen zu lassen. Sie muß das Versinken in eine totale Armuth auch deshalb zu verhindern suchen, weil ihr dieses zugleich den größern Aufwand, den die Ernährung gänzlich verarmter kostet, erspart. Diesem Verarmen wirkt die Gesellschaft entgegen, theils durch allgemeine Mafsregeln und Anstalten, welche für alle Stände, die leicht verarmen können, heilsam sind, theils durch solche, welche für die einzelnen Stände insbesondere berechnet sind. Alle diese Anstalten können entweder von dem Staate selbst errichtet und administriert werden, oder sie werden in den Händen der Privatpersonen und Privatgesellschaften gelassen, jedoch so, daß der Staat das Ganze leitet und die Verbindung der Unterstützungsanstalten gehörig organisiert.



Alle Wohlthätigkeitsanstalten gedeihen in der Regel weit besser, wenn sie Privatinstituten so nahe als möglich gebracht werden. Je mehr jede Provinz, jede Stadt, jedes Dorf, jeder Gewerbsstand u. s. w., die Anstalten für seine Armen einzurichten hat, desto zweckmäßiger werden dieselben eingerichtet werden können, desto mehr wird man im Stande seyn, die Bedürfnisse der einzelnen, seinen Character, seine Würdigkeit u. s. w. zu kennen und die Unterstützung den Bedürfnissen gemäß einzurichten, desto mehr wird sich jedermann von der guten Verwaltung der Unterstützungsmittel überzeugen können, desto mehr wird sich die Neigung ausbreiten, die Wohlthätigkeitsanstalten durch freywillige Beyträge zu unterstützen. Dennoch müssen alle Anstalten für die Armen in einem gewissen Zusammenhange unter einander stehen; der Staat muß eine allgemeine Uebersicht ihrer Wirkungen, einen Einfluß auf ihre Direction haben, wenn sie eine solche Wirkung ausüben sollen, die dem allgemeinen Interesse der Gesellschaft am zuträglichsten ist. Wollte sich der Staat um diese Anstalten gar nicht bekümmern; so würde die Versorgung der Armen bloß zufällig seyn; hier würden zu viel Wohlthätigkeitsanstalten, dort zu wenig oder gar keine existiren; hier würde man ohne alle Ordnung und Plan, dort nach schlechten Planen zu



Werke gehen. Der Staat muß daher den Unterstützungsanstalten systematischen Zusammenhang und Einheit geben; er kann der Privateinrichtung vieles, ja das meiste überlassen, aber er muß sie doch allgemeinen Anordnungen und Regeln unterwerfen, damit durch das ganze Land gleiche Principien herrschend werden.

## §. 236.

Die Armenanstalten müssen theils auf gewöhnliche, theils auf ungewöhnliche Zeiten oder auf außerordentliche Zufälle berechnet seyn.

Gewöhnliche Zeiten nenne ich solche, wo keine außerordentlichen Vorfälle den Verdienst der Arbeiter erschweren oder unmöglich machen, wo die gewohnten und üblichen Nahrungswege jedem Arbeiter ein leichtes und sicheres Auskommen verschaffen. In solchen Zeiten werden in einem gut organisirten Lande nur wenige Fälle vorkommen, wo jemand der öffentlichen Unterstützung bedarf. Um so leichter wird es seyn, für diese Fälle zu sorgen.

Arbeit muß in dem Lande das Mittel seyn, sich Nahrung und Auskommen zu verschaffen. Die erste Mafsregel, die der Staat zu nehmen hat, um jedermann es zu erleichtern, daß er Arbeit für sich finde, ist, daß er nicht bloß jedermann gestatte, sich im Lande Arbeit zu suchen, wo er sie findet, und jedem die Er-



laubniß zu jeder Art von Arbeit gebe, wo nicht ein höherer Zweck ausdrücklich eine Einschränkung verlangt, sondern daß er auch Mittel treffe, daß jeder, dem es an Arbeit fehlt, leicht den Ort finden könne, wo seine Arbeit gesucht wird. Eine Association der Gewerbsgenossen im ganzen Reiche nach den Abtheilungen ihrer Gewerbsarten, und Communicationswege, wodurch leicht bekannt gemacht werden kann, wo zu viel oder zu wenig Arbeiter einer gewissen Art vorhanden sind, wird das beste Mittel seyn, müßig werdenden Händen auf das schnellste wieder Beschäftigung zu verschaffen und die Arbeiter aller Art gleichmäßig im Reiche zu vertheilen.

Dergleichen Associationen der Gewerbsgenossen oder Zünfte (§. 185) werden aber auch am besten dazu dienen können, die Hilfsanstalten zu organisiren, und es ist billig, daß jede Genossenschaft zunächst ihrem Unglück mit eignen Kräften entgegen zu arbeiten suche. Auf diese Weise ist es am ersten möglich, den Nothleidenden sicher und ohne Verletzung des Ehrgefühls zu helfen, da sie ihre eigne Casse als ihre Sparcasse ansehen können. Es wird daher

1. Eine Genossenschaft der Handarbeiter in jeder Stadt, für die freyen Stadtarbeiter, und in jedem Kreise für die freyen Landarbeiter



organisirt werden. Wer sich in dieselbe einschreiben läßt, gibt wöchentlich einen kleinen Theil seines Wochenlohnes in die Unterstützungscasse dieser Zunft, und erhält dafür, wenn er nach einer bestimmten Reihe von Jahren in einen Nothfall geräth, den die Deputirten dieser Zunft nach vorgeschriebenen Regeln beurtheilen, eine vorübergehende oder länger daurende Unterstützung.

2. Verschiedene Genossenschaften der männlichen und weiblichen Dienstboten. Die Mitglieder erlegen nach ihrem Alter ein verhältnißmäßiges Eintrittsgeld und einen kleinen monatlichen oder vierteljährigen Beytrag. Dagegen sind sie, wenn sie zu dienen unfähig werden und eine gewisse Zeitlang ununterbrochen beygetragen haben, berechtigt, wöchentlich eine gewisse bestimmte Summe zu verlangen. Es ist Pflicht für diejenigen, welche Gefinde halten, treue Dienstboten, die im Alter unfähig werden, ferner zu dienen, zu versorgen. Eine öffentliche Einrichtung, wornach selbst jede Herrschaft für ihr Gefinde steuern kann, erleichtert dieses Liebeswerk außerordentlich und ist zugleich das schönste Mittel, das Gefinde gut und ordentlich zu erhalten.



3. Eine Pensionsanstalt für alte Staatsdiener für ihre Wittwen und Kinder ist in jedem Lande nothwendig. Wenige Staatsdiener haben eine solche Befoldung, daß sie davon in ihrer Dienstzeit so viel sollten sammeln können, daß sie, bey eintretender Unfähigkeit, von ihrem Vermögen sollten leben können. Dennoch ist der Staat schuldig, Personen, deren Kräfte in seinem Dienste erschöpft sind, nicht darben zu lassen. Es muß daher ein Pensionsfond für invalide werdende Staatsdiener eröffnet werden. Am besten geschieht dieses durch einen verhältnißmäßigen Gehaltsabzug, wobey dem Beamten und seiner Wittwe und unmündigen Kindern zugleich ein Theil seines Gehalts als Pension auf den Fall, daß er invalide wird oder stirbt, versichert wird. Billig muß diese Versorgung nach seinem Stande abgemessen werden und ihn nicht dem Mitleiden Preis geben. Denn das Alter der Ruhe darf nicht die Zeit des Jammers und Elendes werden. Das ausgediente Militär gehört in dieselbe Classe. Dessen Versorgung ist ganz Sache des Staats.

4. Jeder Gewerbscorporation (§. 185) muß zur Bedingung gemacht werden, für ihre unglücklich oder invalide werdenden Mit-



glieder Hülf- und Unterstützungscassen zu errichten. In grossen Manufacturen läßt sich leicht die Einrichtung treffen, daß jeder Arbeiter wöchentlich eine Kleinigkeit in die Versorgungscasse geben muß, und ein gleiches gilt vom Gefellenstande der Handwerker u. s. w.

Was die Handwerksmeister, Künstler und Krämer betrifft; so müssen auch von ihnen Hülfscassen formirt werden. Aber diese müssen einen doppelten Zweck haben, nemlich ihren Gliedern theils kleine Capitale vorzuschies- sen, theils ihnen in den äußersten Nothfällen wirkliche Almosen zu geben. Oft fehlt es dem Handwerker, dem Künstler, dem kleinen Kaufmanne, nur an einem Vorschusse, um sich in gutem Stande zu erhalten, oft hat er sogar Waaren und einen grossen Werth im Hause, aber er kann sie nicht sogleich zu einem guten Preise absetzen. Um einen bessern Verkauf abzuwarten, muß er aber Geld zur Fortsetzung seines Gewerbes haben. Ein kurzer Credit kann ihm oft aus aller Noth helfen und die grössten Vortheile schaffen. Eine solche Leihcasse wird aber viel besser in der kleinen Gesellschaft, von welcher er ein Glied ist und die er selbst mit hat errichten helfen, verwahrt seyn, und die Vorschüsse zu bessern Bedingungen machen, als



wenn der arme Mann, der in Noth ist, zu andern Leihinstituten seine Zuflucht nehmen soll.

Andre können durch die Hülfe dieser Casse mit Werkzeugen, rohen Materialien u. f. w. unterstützt werden. In das Detail der Ausführung dieser Institute einzugehen, ist hier der Ort nicht. Nur so viel sieht ein jeder leicht ein, das sie außerordentlich wirkfame Mittel seyn müssen, der Armuth vorzubeugen, oder sie da, wo sie unvermeidlich ist, nicht zu Schanden werden zu lassen. Dabey haben sie noch die nicht gering zu achtende Nebenwirkung, das sie den Gewerbsgesellschaften eine politische Wichtigkeit verschaffen, und Gelegenheit geben, sich auszeichnende Bürger durch Würden und Ehrenstellen zu belohnen.

§. 237.

Außerdem muß jede Gemeinde, jede Stadt, jeder Kreis, jede Provinz ihre allgemeinen Anstalten haben, welche denjenigen nach gleichen Principien zu Hülfe kommen, die zu keiner Zunft oder engeren Gesellschaft gehören, oder noch kein Recht an die kleinere Gesellschaft erlangt haben. Für diese allgemeinen Anstalten wird, nach den bisher vorgeschlagenen Einrichtungen wenig übrig bleiben, und um so mehr werden sie durch freywillige Beyträge und durch Unterstützung aus der Staats-



Casse errichtet und erhalten werden können. Es scheint zwar einerley zu seyn, ob der Staat aus seiner Casse die Armenanstalten unterstützt, oder ob er dazu eine eigne Steuer ausschreibt, und letztere scheint fogar noch besser zu seyn, da auf diese Art die Bestimmung der Abgabe klar ist, und ein ganz eigner abgeforderter Fond gebildet wird, der seiner Bestimmung nicht so leicht untreu wird. Dennoch scheint es mir besser zu seyn, wenn der Staat lieber einen Theil von der allgemeinen Staatseinnahme zur Versorgung der Armen bestimmt. Auf diese Weise behält 1) die öffentliche Beyhülfe das Ansehen der Wohlthätigkeit und wird eine Aufmunterung für die Privatwohlthätigkeit. Zieht der Staat eine Armensteuer, so hält sich jeder mann für entbunden, etwas weiteres für die Armen zu thun: jeder hält es nun für eine Rechtspflicht des Staats, die Armen von der Steuer zu versorgen, und die Neigung zur Privatwohlthätigkeit wird dadurch ungemein geschwächt. Thut aber der Staat aus den allgemeinen Einkünften den Armen Gutes; so scheint die Hülfe von seiner Sparsamkeit aus einer besondern Vorforge zu fließen; kurz, seine Handlungsweise erhält ein viel lebenswürdigeres und interessanteres Ansehen, und ist viel fähiger, große Beyspiele unter dem Volke zu erwecken. Dabey kann dieselbe Ordnung herrschen, als



wenn eine Armensteuer vorhanden wäre, indem ein besonderes Collegium und ein besonderer Armenfond errichtet wird, der regelmässig von den allgemeinen Einkünften gespeiset wird.

2) Auch in Ansehung der Armen hat die Armensteuer die nachtheilige Wirkung, dass sie die Unterstützung, welche sie empfangen, nicht mehr als eine Wohlthat, sondern als etwas betrachten, das sie von Rechtswegen fodern können, und wofür sie weder der ganzen Gesellschaft noch der Regierung Dank schuldig sind. Die Armen fangen an, eine völlige Opposition gegen die Verwalter der Armenkasse zu machen, indem sie diese als ihren Schatz betrachten, worüber sie Rechenschaft fodern können. Niemand schämt sich mehr, öffentliche Unterstützung zu fodern, weil er es von Rechtswegen thun zu können glaubt.

§. 238.

Die öffentlichen allgemeinen Anstalten müssen zum Zweck haben, das Fehlende der specielleren Privatinstitute zu ergänzen, nemlich:

- 1) Denjenigen Arbeit zu schaffen, welche durchaus keine finden können oder keine finden zu können vorgeben. Zwar wird es in einem gut organisirten wohlhabenden Lande den Arbeitsuchenden nicht leicht an Arbeit fehlen, indessen können doch



einzelne Fälle vorkommen, wo einzelne Arbeiter kein Unterkommen finden und dieses zum Vorwande der Betteley nehmen könnten. Ein Industriehaus, öffentliche Magazine, aus welchen Materialien zur Arbeit verabreicht werden können, Anweisung an öffentliche Arbeiten u. f. w. sind Mittel, um dieses auszuführen, die aber nur nach den verschiedenen vorhandenen Localumständen näher bestimmt werden können. Indessen bemerke ich im allgemeinen, daß es immer als ein Uebel anzusehen ist, wenn an den Staat Ansprüche gemacht werden, den Unterthanen Arbeit zu verschaffen. Wo sich daher diese Anforderungen häufen, da muß der Staat lieber die Quellen des Mangels der Nachfrage nach Arbeit wegzuschaffen, als seine Arbeitsanstalten zu erweitern suchen. Ueberhaupt muß die Arbeit, welche der Staat verschafft, nur eine Interimsarbeit, ein Rettungsmittel gegen die Noth seyn, die dem Arbeiter Zeit verschafft, sich nach einem andern Unterkommen umzusehen. Daher muß auch die Arbeit, welche der Staat solchen Personen verschafft, nie einladend, nie fesselnd seyn. Jeder muß lieber wünschen, bey Privatpersonen, als in dergleichen öffentlichen Instituten zu ar-



beiten. Der Staat soll es bey seinen Arbeitsinstituten zwar nicht auf Gewinn anlegen, er soll aber auch der Privatindustrie den Verdienst nicht wegnehmen, er darf die Arbeiter weder besser bezahlen, noch die Waaren wohlfeiler verkaufen, als der gewöhnliche Marktpreis bestimmt; kurz seine Arbeitsinstitute müssen immer nur als Nothmittel, als Rettungsmittel gegen das Elend angesehen werden. Ist es daher möglich zu machen, daß er die Arbeitslosen bey Privatleuten, bey solchen, bey welchen er seine eignen Arbeiten bestellt hat, als Armeeschneidern, Armeeschuhmachern, Gewehrfabriken u. f. w. unterbringt, so ist es besser, als in öffentlichen Arbeitshäusern, und dieses wird sich um so eher ausführen lassen, je mehr er die Arbeiten für die Armee in die verschiedenen Provinzen nach dem Verhältniß der Garnisonen vertheilt hat und diese Art der Arbeit regelmäsig fort dauert, auch leicht auf eine kurze Zeit etwas vermehrt werden kann.

- 2) Oeffentliche Leihanstalten gegen sichere Pfänder zu mäßigen Zinsen, um auch denen zu Hülfe zu kommen, welche in den Privatleihanstalten, deren wir vorher gedacht haben, keine Hülfe finden können.



3) Zwangsarbeitsanstalten für Müßige und Faule, welche auf der Betteley oder bey einer lasterhaften Lebensart ertappt werden.

Die Policey muß wachsam und streng seyn, und das Princip genau ausüben, nicht zu dulden, daß ein Müßiggänger sich bloß von dem Vermögen anderer ernähren könne. In dieser Hinsicht muß sie so organisirt seyn, daß ein Aufenthalt von Vagabonden, Bettlern, Spielern u. s. w. nicht wohl möglich ist; eine gute Organisation des Armenwesens kann ihr hierin trefflich zu Hülfe kommen, wenn in den Städten und in den Dörfern ein Aufseherwesen eingerichtet wird, das nicht bloß jeden Armen ausforscht, sondern vor welchen sich auch kein Mensch verbergen kann, der den Müßiggang zum Gewerbe macht. Gegen solche Menschen muß die Policey streng und unerbittlich seyn.

Bey der Aufmerksamkeit auf Fremde muß indess auch dahin gesehen werden, daß der Fleißige und Arbeitsame nicht zurückgedrückt werde. Da, wo jedes Kirchspiel und jeder District seine Armen ernähren muß, erwacht gemeinlich ein starker Geist der Unduldsamkeit. Um sich nicht mit Armen zu überladen, läßt man keinen, der nicht zum Kirchspiel schon gehört, herein, wenn er nicht ein gewisses Vermögen mitbringt oder einen Bürgen stellt. Eine solche Einrichtung herrscht in vielen deut-



fchen Staaten und in England ist das Law of Settlement defshalb sehr übel berüchtigt. Durch ein folches Gesetz wird der Umlauf der arbeitenden Kräfte gestört, und in dem einen Kirchspiele ein Ueberfluß arbeitender Hände zur Last der übrigen gehalten, indess sie in andern fehlen. Sind die Bedingungen der speciellen Unterstützung an die Beyträge der Arbeiter und an eine gewisse Zeit des Beytrags gebunden, und sind für die, welche keine Ansprüche an die speciellen Anstalten haben, allgemeine Landesinstitute vorhanden; so fällt diese Schwierigkeit weg und die Bewegung der Arbeiter nach den Orten, wo sie gesucht werden, wird nach den von uns aufgestellten Principien ganz frey.

Wo die Faulheit und der Müßigang keine Nahrung findet, sondern unaufhörlicher Verfolgung ausgesetzt ist, da werden sich die Lüderlichen von selbst entfernt halten, und wenn die Arbeiter sich ihren Aufenthalt beliebig wählen können; so werden sie natürlicher Weise sich dahin ziehen, wo die mehreste Nachfrage nach Arbeit ist. Die Armen- und Versorgungsanstalten werden sie auch von der Arbeit nicht zurückhalten, wenn nur die Ordnung beobachtet ist, daß durch Arbeit sich jeder mann einen bessern Zustand verschaffen kann, als er in jenen Anstalten findet.



- 4) Wittwencaffen, Leichencaffen, Sparcaffen und Rentenanstalten aller Art sind Mittel, sich für außerordentliche Fälle mit einem Nothpfennig zu versehen, und können gute Unterstützungsmittel für Leute ohne Vermögen seyn. Sie gedeihen am besten, wenn sie als Privatinstitute errichtet und verwaltet werden. Jedoch müssen sie unter der allgemeinen Beurtheilung und Aufsicht der Policey stehen.
- 5) Einen Hauptgegenstand der allgemeinen Vorforge müssen die elternlosen armen Kinder ausmachen. Ueberläßt man diese ihrem eignen Schicksale, so werden sie leicht eine Last der Gesellschaft, indem sie sich an Müßiggang und Betteley gewöhnen und auf diese Art den verderblichsten Gift des geselligen Lebens einsaugen und fortpflanzen. Werden sie aber bey fleissigen Leuten untergebracht, so kosten sie nur kurze Zeit geringe Unterstützung und ersetzen der Gesellschaft durch ihren Fleiß in der Zukunft diesen Aufwand reichlich. Sind Arbeitsschulen vorhanden, so können sie in denselben sowohl die gehörige Ausbildung des Verstandes und Herzens als auch Geschicklichkeit und Lust zur Arbeit bekommen, und es läßt sich in dieser Hin-



sicht nichts wohlthätigeres denken, als die Einrichtung guter Arbeits- und Industrieschulen. Die Jugend der Armen verdient besonders in einem manufacturreichen Lande die allergrößte öffentliche Aufmerksamkeit; die Kinder lassen sich aber gerade hier auch am ersten unterbringen, und können daselbst am leichtesten Stoff und Gelegenheit zu nützlichen Beschäftigungen finden. Von der Einrichtung solcher Schulen haben wir schon oben (§. 137) geredet.

§. 239.

Bey einer solchen Organisation der Armenanstalten, wie wir sie bisher beschrieben haben, bleiben nur gänzlich Hülfslose, Krüppel, kraftlose Greise, Kranke, kleine Kinder, die ohne alles Vermögen sind, ganz zu ernähren übrig. Krankenhäuser, Spitäler, Waysenhäuser u. f. w. werden theils durch Privatwohlthätigkeit, theils auf öffentliche Kosten im Lande entstehen und diesen Bedürfnissen abhelfen können, und eine aufmerksame und weise Regierung wird leicht die Wege finden, wie sich diese Anstalten am besten vertheilen und verwalten lassen.

Gute Verwaltung ist eine Hauptfache bey allen Armenanstalten. Sie ist am ersten von einer Gesellschaft redlicher und öffentlich geachteter Männer zu erwarten, und man er-



reicht dieses am besten, wenn die Vorsteher aus der Mitte der Gemeinde erwählt werden, wenn jeder Ort seine eigne offene Verwaltung hat. Ueberhaupt muß in der Führung des Armenwesens die größte Publicität herrschen. Das Publicum muß von der Verwendung der Armen-gelder auf das bestimmteste Unterricht erhalten und alle Armeninstitute eines Orts müssen unter einander in Harmonie gesetzt werden, so wie das ganze Armenwesen der Provinz und des ganzen Landes unter einer allgemeinen Direction stehen muß, wenn sie ihren Zweck ganz erreichen sollen. — Dabey ist eben nicht nothwendig, daß alle Anstalten nach einem Leisten geschmiedet werden. Man kann immer jedem Orte seine besondern Einrichtungen lassen, wenn sie nur zweckmäfsig sind. Alles dieses ist nach Localumständen zu beurtheilen. Mancher Ort kann so reichlich mit Privatversorgungsanstalten versehen seyn, daß eigne Staatsanstalten daneben überflüssig seyn würden. An andern Orten wird schon ein Beytrag aus der öffentlichen Casse hinreichend seyn, das noch Fehlende zu ergänzen. Es ist unmöglich, hierüber allgemeine Vorschriften zu geben, genug, daß die Grundfätze fest stehen.

Ueberhaupt haben die verschiedenen Länder auch ganz verschiedene Bedürfnisse in Ansehung der Armenanstalten. Ernährt sich ein



Land grösstentheils von der Erzeugung roher Producte, so wird es wenig Arme haben, da der Landbau überflüssige Arbeit darbietet. Hier wird das Armenwesen, selbst ohne öffentliche Organisation, leicht in eine gute Ordnung kommen können, da das Mitleiden wenig zu verfor-gen hat. Selbst wenn der Ackerbau in einem solchen Lande schlecht bestellt ist, und durch Leibeigne betrieben wird, werden wenig Bettler entstehen. Denn die Leibeignen werden sämmtlich von ihren Herren nothdürftig ernährt, und wenn man in solchen Ländern dennoch die Strassen mit Bettlern angefüllt findet, so ist dies nur ein Zeichen der allerschlechtesten Policey, die sich nicht einmal die Mühe gibt, dergleichen Personen in das Gebiet ihrer Herren zu weisen und diese zu ihrer Ernährung anzuhalten. Entstehen aber in dergleichen Ländern Menschenklassen, die zum Ackerbau nicht zugelassen werden, oder sich dessen schämen, und denen es doch an Capital oder Geschicklichkeit fehlt, andere Arbeiten zu verrichten; so kann, des Ueberflusses der Nahrungsmittel ungeachtet, das Land mit Bettlern und Armen aller Art überschwemmt werden. Dieses ist immer ein Zeichen einer sehr schlechten Landesverfassung.

In Ländern, wo es viele Manufacturen gibt, wo insonderheit die Manufacturen viel



Waaren fürs Ausland liefern, da können viel leichter die Arbeiter in Verlegenheit kommen, da wird das Armenwesen viel künstlicher und zusammengesetzter, und die Politik muß daher in dergleichen Ländern einen viel künstlicheren Character annehmen. Man würde sich indessen sehr irren, wenn man glauben wollte, daß ein solches Land, in welchem Ackerbau hauptsächlich getrieben wird, deshalb viel glücklicher sey, als ein anderes, wo der Manufacturfleiß einen größern Umfang gewinnt. Denn der Ackerbau kann nur da alleinige Nahrungsquelle bleiben, wo Leibeigenschaft herrscht und das Land in lauter große Güter getheilt ist. Hier ist aber der Leibeigne so elend daran, daß der Bettler in einem freyen Lande gegen ihn ein König ist, und die elende Nahrung, die er bekömmt, reicht auch weiter nicht, als daß sie ihn gegen den Hungertod schützt. Wo aber der Ackerbau von freyen Leuten betrieben wird, und wo das Land in kleine Grundstücke vertheilt ist, da werden sehr bald Manufacturen entstehen. Können in einem Manufacturlande leichter Arme in Verlegenheit kommen, so hat es auch weit mehr Mittel, diesen Verlegenheiten abzuhelpen, und eine gute Staatswirthschaft kann hier den Wohlstand viel allgemeiner und ausgedehnter machen, als dort, obgleich bey gleich schlechter Staatswirthschaft



das Elend hier in viel grelleren Farben zum Vorschein kommt, als dort.

§. 240.

So lange alles im gewöhnlichen Zustande und im ordentlichen Gange bleibt, reichen die gewöhnlichen Mittel hin, den Unfällen der Armuth abzuhelpen, wenn sie nach den bisher zergliederten Principien organisirt sind. Sobald aber unvermuthete oder aufserordentliche Vorfälle eintreten, welche einen grofsen Theil des Volks plötzlich aufser Stand setzen, seine Subsistenzmittel zu verdienen, reichen alle Armenanstalten nicht mehr hin, den Bedürfnissen der Armuth abzuhelpen. Sind die Ursachen so, dafs sie fortdaurend wirken, dafs sie nach und nach das Volk in Armuth stürzen und eine immerwährende Nahrungslosigkeit herbeyführen; so ist in den Armenanstalten gar keine Rettung mehr, und keine Armenpolicey kann das allgemeine Elend verhindern. Hier müssen ganz andere Mittel angewandt werden, das Uebel zu heilen, als Unterstützungsanstalten der Dürftigen. Bringen aber vorübergehende Ursachen dergleichen Erscheinungen hervor, dann kann sich der Staat allerdings gegen dieselben vorbereiten oder aufserordentliche gleichfalls vorübergehende Gegenmittel anwenden.



Zwey Umstände sind es infonderheit, welche machen, daß die gewöhnlichen Hülfsmittel für die Armen des Landes nicht mehr ausreichen:

- 1) Eine plötzlich eintretende außerordentliche Theurung der nothwendigsten Lebensmittel. Die Lebensmittel können aus dreyerley Ursachen im Preise steigen. Erstlich, weil die Bevölkerung des Landes und der innere Reichthum wächst, indem die dadurch vergrößerte Nachfrage eine erweiterte Cultur nothwendig macht und auf die Bebauung schlechterer und entfernterer Felder mehr Kosten verwandt werden müssen \*). Eine Theurung, welche aus dieser Ursache entspringt, wird zugleich das Arbeitslohn erhöhen und den Wohlstand der Arbeiter vergrößern und daher die Sorge der Armenanstalten eher vermindern als vermehren; sie wird ein Zeichen von dem Glück des Volks seyn. Zweytens kann die Theurung von der Vermehrung der auswärtigen Nachfrage nach Lebensmitteln herrühren. Wenn reiche benachbarte Völker Mangel an Lebensmitteln leiden; so werden sie den Preis derselben in unserm Lande so hoch in die

---

\*) S. meine Nat. Oek.



Höhe treiben können, daß dadurch eine Menge Menschen in große Noth gerathen, weil es nicht in ihrer Gewalt steht, so plötzlich die Preise ihrer Waaren und Arbeiten in gleicher Proportion zu erhöhen. Nähme die auswärtige Nachfrage einen beständigen Character an, so daß jährlich auf eine Wiederkehr derselben gerechnet werden könnte; so würde sie die innere Production und den Reichthum des Landes vermehren und daher sehr bald nur wohlthätige Folgen äußern. In diesem Falle dürften also nur in den ersten Jahren außerordentliche Mafsregeln zur Abhelfung der durch eine solche Crisis eintretenden Noth ergriffen werden, wozu schon oben (§. 211) einige Winke gegeben sind; kömmt aber eine solche Nachfrage nur ruckweise und hört im folgenden Jahre auf; so wirkt sie wenig auf Verbesserung des Ackerbaues und Vermehrung der Nahrungsmittel, und in diesem Falle muß von den oben (§. 211) angezeigten Mitteln ein desto stärkerer Gebrauch gemacht werden. Es ist nichts billiger, als daß in diesem Falle diejenigen das meiste zur Verstärkung der Mittel, dem leidenden Theile zu helfen, beytragen, welche den größten Gewinn davon ziehen. **Drittens** kann



aber auch die Theuerung aus Missernten, aus wirklichem Mangel oder aus der realen Verminderung der Lebensmittel entspringen. In diesem Falle reicht das bis dahin übliche Arbeitslohn nicht mehr, um damit die gewohnten Lebensbedürfnisse zu bestreiten, und es tritt nicht bloß unter den Tagelöhnern, sondern auch unter den gemeinen Handwerkern und Manufacturarbeitern die größte Noth ein. Der vorhergehende Fall ist bey weitem nicht so nachtheilig für das Land, und eröffnet durch sich selbst eine Menge neuer Hülfquellen. Denn da der Landmann dadurch viel gewinnt, so erweitert sich auch die inländische Consumtion, folglich die Nachfrage nach Arbeit, und wenn diese Nachfrage gleich nicht zunächst diejenigen Volksclassen trifft, auf welche der erste Druck der Theuerung fällt, so zeigt sich doch der Einfluß davon sehr bald in der Ferne, indem diejenigen, welche zunächst Vortheile von dem Landmanne ziehen, ihren dadurch entstehenden Wohlstand auch bald andern mittheilen, und auf diese Art es bald die meisten Stände in ihre Gewalt bekommen, den Preis ihres Lohnes so zu erhöhen, daß sie Antheil an dem Wohlstande des Landmannes nehmen.



Selbst wenn die Ausfuhr nur ruckweise geschieht, entschädiget doch der dadurch entstandene Wohlstand des Landmannes die Handwerker und Fabricanten, welche fürs Inland arbeiten, in dem Verlauf der Zeit, für die in einer kurzen Periode erlittene Verlegenheit, und ein großer Theil des auf diese Art eingebrachten Capitals wird immer auf die Verbesserung und Erweiterung des Landbaues führen. In diesen Fällen sind es daher fast nur die öffentlichen Beamten, welche kleine Befoldungen haben, deren sich der Staat hauptsächlich annehmen muß. Ganz anders aber ist es, wenn die Theurung aus wirklichem Mangel im Lande herrührt. Dann hat es keine einzige Classe von Arbeitern in ihrer Gewalt, ihren Lohn proportionirlich zu erhöhen. Denn da alle Stände mehr für Brot ausgeben müssen; so verzehren sie in andern Dingen weit weniger, als sonst, und selbst die Landleute, welche die hohen Preise erhalten, können keinen größeren Aufwand machen, da sie wenig verkaufen können, also der hohen Preise ungeachtet, wenig einnehmen, und viel Capital vielleicht gar ins Ausland für Getreide geht, welches sonst auf inländische Arbeit verwandt ist. Die Nachfrage



nach Arbeit nimmt also aus mehreren Ursachen eher ab als zu, und es ist folglich eher ein Grund zur Verminderung, als zur Erhöhung des Arbeitslohnes vorhanden. Eine sehr kräftige Unterstützung wird daher den ärmern Classen gewährt und das Verarmen sehr verhindert, wenn ihnen bey einer solchen eintretenden Theurung das Brot zu einem Mittelpreise überlassen werden kann. Da eine Theurung dieser Art gewöhnlich nicht sehr lange anhält, so braucht diese Unterstützung nie sehr lange zu dauern, und es würde dadurch nicht bloß den Armen, sondern der ganzen Gesellschaft ein Dienst geschehen, insbesondere, wenn es möglich zu machen wäre, diese Unterstützung aus gesammelten Vorräthen zu reichen. Denn dann würde dadurch das Getreide auf dem Markte vermehrt und eben dadurch auch auf Verminderung des Getreidepreises, folglich auf Erleichterung der übrigen wohlhabenderen Stände gewirkt.

Am leichtesten würde sich dieses ausführen lassen, wenn jede Commune in wohlfeilen Zeiten sich ein so großes Mehlmagazin anschaffte, als nöthig wäre, um ihren dürftigen Mitgliedern auf ein Jahr wohlfeiles Brot zu verabreichen. Würde eine solche Anstalt durch die



Verordnung des Staats allgemein gemacht, so würde sie ein unfehlbares Mittel gegen eine solche vorübergehende Theurung seyn. Zwar wäre es auch möglich, dieses durch Geldzuschüsse zu zwingen. Denn wenn die Commune den Ueberschufs über den Mittelpreis zuschießt; so liefert sie dem Armen gleichfalls wohlfeiles Getreide. Allein *a)* fällt gemeiniglich zur Zeit der Theurung ein solcher Zuschufs der Commune selbst sehr schwer, da jeder für sich selbst gröfsere Ausgaben hat. Wenn sie aber auch das Capital dazu vorher gesammelt hätte; so wird doch *b)* dadurch nicht die Quantität des Getreides vermehrt, welches aber der Fall ist, wenn die Mehlmagazine eröffnet werden.

Man hat häufig vorgeschlagen, zur Unterstützung der Armen auf dergleichen Nothfälle grofse Landesmagazine zu errichten. Allein die Erfahrung lehrt im allgemeinen, dafs dergleichen Anstalten, wenn sie vom Staate im Grofsen ausgeführt werden, viel schlechter und viel kostbarer ausfallen, als wenn es von kleinern Gesellschaften geschieht. Anschaffung des Getreides, Aufsicht, Vertheilung, alles wird in solchen grofsen Magazinen erschwert und kostbarer. Alles erscheint viel leichter und zweckmäfsiger, wenn jede Stadt und jeder Dorfdistrict sein eignes Magazin halten mufs, und gleichsam unter unmittelbare Aufsicht und Administration



derer gesetzt wird, denen es gehört und die es gebrauchen sollen. Jeder Ort kann sein Bedürfnis am leichtesten berechnen, den Einkauf am vortheilhaftesten machen, und am besten beurtheilen, wo die Nothwendigkeit der Unterstützung vorhanden ist. Dergleichen Magazine würden auch den Gemeinden nicht sehr schwer fallen, da sie nur die erste Auslage kosteten, und der höhere Preis, zu welchem alles gegen den Einkaufspreis verkauft werden könnte, die Wiederanschaffungskosten hinreichend decken würde. Dem Staat würden nur die Militärmagazine, vielleicht auch die Magazine für die ärmeren Civilbedienten überlassen bleiben. Denn je mehr das Magazinwesen getheilt wird, desto leichter wird die Ausführung, und wenn es nur unter eine systematische Controlle gesetzt und nach einer einzigen Idee organisiert wird; so kann dabey alles erfüllt werden, was nur von Magazinanstalten gefodert werden kann. Auf jeden Fall scheinen mir solche von mir vorgeschlagene reale Magazine besser und sicherer zu seyn, als das vom Hrn. Grafen Soden \*) vorgeschlagene ideale Getreidemagazin. Jedoch ist der Zweck dieser von mir vorgeschlagenen Anstalten auch nur von engem Umfange, indem sie nur zur Unterstützung der ärmeren Classen zur

---

\*) Nationalökonomie, Bd. II.



Zeit reeller aus Mangel herrührender Theuerung dienen sollen. Sobald Staatsdienern der Werth ihrer Befoldung nach dem Durchschnittswerth des Getreides von Zeit zu Zeit gesichert würde, würden diese vor dergleichen Noth schon sicherer gestellt werden.

2) Ein anderer ausserordentlicher Fall, auf welchen die gewöhnlichen Armenanstalten nicht berechnet seyn können, ist, wenn plötzlich ein starker Nahrungszweig abgebrochen wird. In einem Lande, wo Getreidebau die Hauptnahrungsquelle ist, kann dieses so leicht nicht vorfallen. Die Arbeiter werden daselbst von den Gutsherren fast immer auf gleiche Weise ernährt, und es interessirt den Landarbeiter wenig, ob sein Herr mehr oder weniger Producte aus dem Lande führen kann. Wird daher die Nachfrage nach den rohen Producten mit einem Male durch Krieg oder andere Vorfälle gehemmt; so fühlen bloß die Herren, die Kaufleute und reicheren Fabrikanten das Ungemach, auf die ärmere arbeitende Classe hat es keinen bedeutenden Einfluß, da nur wenig Menschen mit der Fabrication und Exportation dieser Producte beschäftigt sind. Ganz anders ist dieses in einem Manufacturlande, besonders wenn groÙe Manufacturen für das Ausland be-



beschäftiget sind. Die kleinen Bebungen, welche Veränderung der Mode, des Geschmacks u. f. w. hervorbringen, sind nicht sehr zu achten. Denn theils treten sie selten plötzlich ein, theils finden die dadurch müßig werdenden Arbeiter leicht ein anderes Unterkommen, da sich nur die Direction des Capitals im Lande ändert, und also dieselbe Quantität Arbeit immer fort gesucht wird. Werden aber im Auslande Waaren verboten, oder mit starken Zöllen belegt, verbreiten sich die Landesmanufacturen in andern Ländern, welche uns sonst abkauften, oder hemmt ein Krieg die Abfuhr u. f. w.; so können zuweilen so gewaltige Stockungen entstehen, daß viele tausend Hände ihre Arbeit verlieren und tausende brotlos werden. Man sieht leicht ein, daß in solchen Fällen den einzelnen Orten nicht zugemuthet werden kann, die große Menge der dadurch brotlos werdenden Familien zu versorgen. Denn oft würde das Vermögen einer ganzen Stadt kaum hinreichen, einen solchen Schaden zu decken. In den gewöhnlichen Armenanstalten finden sich auch selten Mittel, die Folgen eines solchen Uebels zu mildern. Die Sache ist aber so wichtig, daß der Staat dabey nicht gleichgültig blei-



ben kann. Die Mafsregeln müssen nach der Verschiedenheit der Ursachen und der Beschaffenheit solcher Stockungen verschieden seyn:

1) Rührt die Stockung der Manufacturen daher, daß der Debit nur eine kurze Zeit aufgehalten wird, wie wenn grofse Banquerotte vorgefallen sind, die Zahlungen ausbleiben, Schiffe untergegangen sind, oder sonst Ursachen eintreten, welche den regelmässigen Debit eine gewisse Zeit aufhalten, wobey sich aber doch voraussehen läfst, daß er bald wieder in Gang kommen wird; so fehlt den Fabricanten zur Fortsetzung ihrer Gewerbe nur Capital. Der Staat kann in diesem Falle den Credit der Unternehmer unterstützen, und oft dadurch allein den Fortgang einer Manufactur unterhalten, deren Unterbrechung der Gesellschaft sehr grofse Summen gekostet haben würde. Die preussischen Manufacturen sind auf diese Art sehr häufig unterstützt worden. Indefs muß der Staat bey solchen Unterstützungen sehr vorsichtig seyn, und es ist immer besser, wenn der Privatrecredit in dem Lande so ausgedehnt ist, daß dergleichen Manufacturherrs die Capitale woanders finden können. Denn wenn sie



auch ihre Manufacturen unter den angeführten Umständen etwas einschränken; so werden sie dieselben doch nicht leicht ganz aufgeben.

2) Oft rührt die Stockung daher, weil andere Concurrenten den Markt überfahren. Um die fremden Concurrenten bankrott zu machen, oder sie vom Markte zu vertreiben, hat man die Manufacturherren durch Prämien in den Stand gesetzt, ihre Waaren so wohlfeil zu verkaufen, daß die fremden Verkäufer aus der Concurrenz zu treten genöthigt wurden, und sie dann nach kurzer Zeit wieder zu den alten Preisen verkaufen konnten, wo denn die Prämien wieder wegfielen. Die Prämien betrugen immer eine Kleinigkeit gegen das, was man hätte anwenden müssen, wenn mit einem Male eine so große Menge Arbeiter brotlos geworden wären. Wenn im Staate einmal auf dergleichen auswärtige Debite viel gerechnet werden muß, so mag freylich die Noth oft zwingen, zu einem solchen Mittel seine Zuflucht zu nehmen. Unterdeffen hält es vor der Critik einer echten Politik keine Prüfung aus, da ihm 1) eine ungerechte und feindselige Absicht gegen die Manufacturen anderer Län-



der zum Grunde liegt; 2) das Mittel so-  
gleich nichtig wird, sobald die fremden  
Regierungen durch gleiche Mittel entge-  
genwirken. Es wird daher besser seyn,  
wenn in solchen Fällen die Fabrikanten  
genöthiget werden, durch grössere Kunst,  
bessere Maschinen, oder auch durch Ver-  
minderung ihrer Profite den obersten Platz  
in der Concurrrenz zu behaupten.

Die Prämien werden nur da nützlich anzu-  
wenden seyn, wo eine innere Theurung eine Er-  
höhung des Arbeitslohnes auf kurze Zeit noth-  
wendig macht und doch der Preis der Fabrik-  
waaren nicht erhöht werden kann. Herrscht  
nemlich auf den auswärtigen Märkten Concur-  
renz mit unsern Manufacturwaaren; so steht  
es nicht in der Gewalt der Manufacturherren,  
den Preis ihrer Waaren zu erhöhen, wenn gleich  
in ihrem Lande Ursachen dazu vorhanden sind.  
Sie können also auch nicht mehr Arbeitslohn  
geben. Tritt nun eine ausserordentliche Theu-  
rung im Lande ein; so werden die Manufactur-  
arbeiter dieser Art vor Hunger sterben müssen,  
wenn sie nicht hier oder anderswo höhern Lohn  
empfangen können. Eröffnen sich nun andere  
Gelegenheiten in einer solchen Theurung, wo-  
bey mehr zu verdienen ist, und welche die Ar-  
beiter solcher Manufacturen sich leicht zu Nu-  
tze machen können; so ist es besser, daß jene



Manufacturen sich vermindern oder ganz eingehen, als daß die Gesellschaft für sie Aufopferungen macht. Sind aber dergleichen Gelegenheiten nicht vorhanden: so ist es allerdings anzurathen, diese Manufacturen die kurze Periode, wo die Theurung so sehr drückt, durch Prämien zu unterstützen, und auf diese Weise den Arbeitslohn zu erhöhen. Der Fond zu diesen Prämien könnte in guten Zeiten leicht von den Manufacturherren selbst begründet werden, und es wäre vielleicht gut, wenn bey allen Manufacturen, die aufs Ausland berechnet sind, ein Prämienfond zur Unterstützung vorübergehender Nothfälle gesammelt würde. Ob diese Prämie in Gelde oder wohlfeilem Verkauf des Getreides u. s. w. besteht, ist im Grunde einerley, und man sieht leicht, daß die Unterstützung auf vielerley Art möglich ist. Je zeitiger man darauf bedacht ist, desto leichter wird es möglich seyn, den Fond zur Prämie durch die, welche den Vortheil vom Gewerbe ziehen, selbst zusammenzubringen.

- 3) Sind aber die Ursachen, welche unsere Manufacturwaaren von den fremden Märkten vertrieben, beharrlich, als Verbote, hohe Auflagen, zunehmende Kunst in jenen Ländern, oder zunehmende Theurung der Lebensmittel, der rohen Materialien u. s. w. in unserm Lande; so



kann vielleicht eine kurze Unterstützung derer, welche dabey allzusehr leiden, nothwendig seyn. Aber da es unmöglich ist, diese lange fortzusetzen; so müssen zugleich Anstalten getroffen werden, den müßig werdenden Capitalen neuen Stoff und den arbeitslosen Händen andere Arbeit zu verschaffen. Bey einer guten Organisation des Landes werden nun zwar die Privatleute schon von selbst die Wege dazu am leichtesten finden. Aber oft kann auch der Staat bald directe, bald indirecte dazu behülflich seyn. Sind die Felder noch gebunden, sind noch Gemeinheiten, Hut-, Trift-, Jagdrechte u. f. w., welche den Landbau einengen; so kann er durch Gesetze den Boden frey machen, und dadurch den Capitalen und müßigen Händen ein fruchtbares und gewinnbringendes Feld eröffnen. — Auch kann er, nach der besonderen Beschaffenheit der Umstände die öffentlichen Arbeiten eine Zeit lang etwas vermehren, um den vielen müßigen Arbeitern ein einstweiliges Unterkommen und Zeit zu verschaffen, sich nach besseren Gelegenheiten umzusehen.

Auch die Einführung der Maschinen kann bisweilen einige Vorforge des Staats er-



fodern. Denn so nützlich und heilsam die Einführung der Maschinen und aller Mittel ist, wodurch menschliche Kräfte erspart werden können; so läßt sich doch nicht leugnen, daß, wenn sie plötzlich eingeführt werden, dadurch viele Menschen außer Brot gesetzt werden, und es eine Zeitlang dauert, ehe diese wieder ihr Unterkommen finden. Der Staat muß daher in diesem Falle darauf bedacht seyn, den Arbeitern, welche durch Einführung der Maschinen ihr Brot verlieren, den Uebergang zu andern Arten der Arbeiten etwas zu erleichtern. Immer wird sich der Staat hierzu der Privatkräfte am vortheilhaftesten bedienen. Er hat aber viele Mittel in seiner Macht, directe und indirecte, ohne Gewalt anzuwenden, sie aufzuregen, sie zu richten, und nach den gemeinfamen Zwecken zu lenken.

*E n d e.*

---



## Register.

(Die Zahlen bedeuten die Paragraphen.)

### A.

Academien, 154.  
Achtung, 132.  
Ackerbau, 194.  
Adel, 164.  
Aeltern, deren Gewalt  
über die Kinder, 165.  
Anstalten, 14.  
Anstand, öffentlicher. 137.  
Arbeitslohn. Mittel ihn  
zu erniedrigen, 205.  
Arme, ob sie ein Recht ha-  
ben, Almosen zu verlan-  
gen, 229.  
Armeen, ihr Einfluss auf  
Bevölkerung, 99.  
Armensteuer, 231.  
Armuth und Nah-  
rungslosigkeit hin-  
dern die Bevölkerung, 91.  
— Die Veranlassungen der-  
selben müssen gehoben  
werden, 232.  
Aufklärung, 148.  
Auflagensystem, wie es  
zur Beförderung der Indu-

strie gebraucht werden kön-  
ne, 201.

Aufwandsgesetze sind  
verwerflich, 137. 232.

Aus- und Einfuhrver-  
bote, ihr Einfluss auf die  
inländische Industrie, 201.  
202.

Auswanderung, deren  
Einfluss auf Entvölkerung,  
96.

### B.

Banken, 227.

Beamte, deren Bildung,  
152.

Bequemlichkeit, 157.

Bergbau, 193.

Betteley, ist nicht zu dul-  
den, 139.

Bevölkerung, Theorie  
derselben, 72 u. ff. — Ur-  
sachen derselben, 84 u. ff.  
— Ob sie bei uns schäd-  
lich werden könne, 103.



— Ihr Verhältniß zur Pro-  
duction, 104.  
Bevölkerungs - Tabel-  
len, ihre Einrichtung, 45.  
Bordelle, 118. 138.

## C.

Cölibat, Einfluß auf die  
Bevölkerung, 97.  
Censur, 65, 136, 155.  
Circulation, 227.  
Colonien, 215. — Kön-  
nen der Bevölkerung scha-  
den; 88.  
Colonisten, 100.  
Concentrirung der Ein-  
nahme in wenige Hände  
schadet der Bevölkerung,  
87.  
Confiscationen, 177.  
Credit, 227.  
Cultivirung, 148.  
Cultur, Begriff, 22. — Des  
Geistes, 146.

## D.

Dienstzwang, soll abge-  
schafft werden, 128.  
Druckerpresse, 155.

## E.

Ebioniten, deren Reli-  
gion verdient keine Dul-  
dung, 144.  
Ehen zwischen ungesunden  
Personen, ob sie zu verbie-  
ten, 110.  
Ehre, 132. Bürgerli-  
che, Rang- und Stan-  
desehre, ebend.  
Eid, ob er nothwendig in  
der bürgerlichen Gesell-  
schaft, 144.  
Eigenthum, öffentliches.  
Privateigenthum, 167. —  
Dessen Schranken, 208.  
Eigenthumsrecht, 168.  
— Ist kein absolutes Recht,

173. — Schranken, 174.  
— Sicherheit, 175.

Einwanderungen sind  
der Bevölkerung vortheil-  
haft, 100.

Erziehung, 147.

Etats, deren Ueberlicht, 51.

Experimentalschulen,  
154.

## E.

Festungen, 71.

Finanzen, gute, vermeh-  
ren die öffentliche Macht,  
66.

Finanzgesetze, 24.

Findelhäuser, 113.

Fischerey, 190.

Forstwirthschaft, 191.

Freyheit, gesetzliche, wie  
sie geschützt werde, 120.

— Der Gewerbe, 182.

Fremde, arme, Behutsam-  
keit gegen sie, 237.

## G.

Gebährhäuser, 113.

Geburtsehre und Ge-  
burtschande, 133.

Geburtshelfer, 112.

Geldwesen, dessen Ein-  
richtung, 219.

Gemeinden, deren Ar-  
menanstalten, 237.

Geschlechtstrieb, un-  
sittlicher Gebrauch dessel-  
ben, 138.

Gesetze, 24. — Müßen  
in Ansehen erhalten wer-  
den, 57. — Müßen deut-  
lich seyn, 162. — Ueber  
das Eigenthum können  
verändert werden, 172. —

Des Eigenthums, de-  
ren Schranken, 175. — De-  
ren Bestimmungen, 178.

Gesinde, dienstbares, 139.

Gesundheit, Policy der-  
selben, 108 u. ff.



Gewerbe, 22. — Wie deren Umfang zu erforschen, 50. — Betrügerische sind nicht zu dulden, 129. — Einzige Quelle des Reichthums, 180. — Wie die Einwohner dazu zu bestimmen, 182. — Vervollkommnung, 184. — Ob die Stadt- und Landgewerbe durch Gesetze zu trennen? 204. — Ob sie ganz frey zu lassen, 209.

Gewerbs - Associationen, wie sie für die Armenanstalten zu nutzen, 226.

Gewerbs - Corporationen, 185.

Gewerbsfreyheit, 131. — Innere, 210.

Gewerbstabellen, 50.

Gift, venerisches, Mittel der Policey dagegen, 116.

Grausamkeit gegen Thiere, 140.

Güte der Waaren, wovon sie abhängt, 207.

H.

Hagelstolze, 98.

Handel, ausländischer, kann der Bevölkerung schaden, 88. — Handel, soll in der Regel frey seyn, 209. — Ausnahmen, 211, 212, 228.

Handelsverträge, 238.

Hauptstadt, schadet der Bevölkerung, 87.

Hebammen, 112.

Herrschaften und Gefinde, 165.

Heyrathscassen, 98.

Hurenwirthschaft, 158.

Hurerrey, 128. — Oeffentliche ist nicht zu dulden, 118, 138.

J.

Jagd, 190.

Innungen, in wie weit sie nützlich werden können, 166.

Juden, ob sie zu dulden, 144.

Justizgesetze, 24.

Justizverfassung, 178.

K.

Kenntniß des Volkes, 36 u. ff. — Nutzen davon, 52, 55.

Keuschheits - Commissionen richten nichts aus, 115.

Klöster hindern die Bevölkerung, 89. — Ob der Staat ein Recht habe, sie aufzuheben, 85, 145.

Knechtschaft, Folgen derselben, 113.

Krankenhäuser, 119.

Krankheiten und Epidemien, 118. — Ihr Einfluß auf Entvölkerung, 95.

Krieg, Einfluß desselben auf Entvölkerung, 99.

Kupfer schickt sich nicht zu Gelde, 220.

L.

Landstraßen, 158.

Lasten darf keine Publicität haben, 138. — Allgemeine, wie ihnen der Staat entgegen wirken solle, 141.

Leben, Sorge der Policey dafür, 108.

Leibeigene, wie sie frey zu machen, 126.

Leibeigenschaft, eine Quelle der Empörung, 164. — Deren Aufhebung, 197.

Lehranstalten für Religionslehrer, 145.



Listen der Gebornen etc.,  
47.

## M.

Macht gibt Würde, 66.

Magazine, 211.

Manufacturen, wo sie  
nur gedeihen können, 196.  
— Was der Staat bey deren  
Stockung zu thun habe,  
240.

Manufacturländer be-  
dürfen einer künstlichen  
Regierung, 213.

Manufacturstaat, des-  
sen Verhältniß zur Bevöl-  
kerung, 104.

Märkte, 217.

Marktschau, 116.

Maschinen, ihr Nutzen,  
207.

Matrosenpressen, 130.

Medicinal - Departe-  
ment, 119.

Medicinalwesen, ob es  
ohne Aufsicht zu lassen,  
119.

Messen, ob sie nützlich,  
217.

Metallgeld, was dazu er-  
fordert werde, 220.

Militärwesen, dessen Ein-  
richtung, 69.

Monopol, 188.

Moralisirung, 148.

Münzen, schlechte, was  
sie dem Lande für Schaden  
bringen, 220.

Münzfuss, dessen Erhö-  
hung, Erniedrigung, 177.  
— Schwerer, leichter, 221.

Münzsorten, 221.

Müßigang ist der Bevöl-  
kerung nachtheilig, 85.  
Oeffentlicher, ob er gedul-  
det werden dürfe, 139.

## N.

Nachmünzen, Mittel ihm  
zuvorzukommen, 225.

Nahrungsmittel, gesun-  
de, 116.

National - Erziehung,  
147.

Neugeborene, Sorge der  
Policey für sie, 110.

## P.

Papiergeld, 222. — Was  
die Regierung in Ansehung  
desselben zu thun habe,  
223. — Wie es mit dem  
Metallgelde al pari zu er-  
halten, 224. — Wie des-  
sen Cours zu heben, 226.

Pasquill, 136.

Patente, 188.

Pest, 113.

Pocken, 118.

Policey, Schwierigkeiten  
dieses Begriffs, 1. — Defi-  
nition, 26. — Litteratur,  
35. — Schränkt die Fi-  
nanzwissenschaft ein, 171.

Policeygesetze, 24.

Politik und Policey, 25.

Posten, 157.

Postporto, 156.

Prämien, 188.

Principien der Policey, 31.

Privat-Eigenthums-  
recht, dessen Nothwen-  
digkeit, 172. — Schranken,  
174.

Privilegien, wie sie auf-  
zuheben, 124, 125. —  
Schaden den Manufacturen,  
199.

## Q.

Quarantaine - Anstal-  
ten, 118.



R.

- Rechenkunst, politische, 43.  
 Recht, Definition, 16.  
 Rechtscatechismus in den Schulen, 262.  
 Rechtspflege, gute, ist für den Handel nützlich 216.  
 Regierung, muß ihr Reich kennen lernen, 32 u. ff. — Deren Ansehen muß erhalten werden, 57. — Wie sie sich Achtung verschaffen könne, 58. u. ff. — Soll keine Manufacturen treiben, 203.  
 Religion, ihr Zusammenhang mit der bürgerlichen Ordnung, 142. — Ob sie der Staat von jedem Bürger fodern solle, 143. — Wie sie der Staat befördern kann, 145.  
 Religionslehrer, ihre Bildung, Befoldung, 145.  
 Religionssecten, welche von der Theilnahme an der Regierung auszuschließen, 144.  
 Römer dulden nur eine Religion, 143. Note.  
 Rousseau behauptet das Recht der Verbannung gegen Irreligiöse, 143.

S.

- Sanitätsdepartement, 119.  
 Schauanstalten, 207.  
 Scheidemünze, 220.  
 Schlaghatz, ob ein solcher zu nehmen, 221.  
 Schulen, 147.  
 Schutzblättern, 95. 118.  
 Slaven, wie sie frey zu machen, 126. — Als Stand betrachtet, 164.

- Spiele, nicht zu dulden, 160.  
 Spieler von Profession, 139.  
 Staat, Begriff, 20. — Darf kein Privatgewerbe treiben, 170, 184.  
 Staatsbeamte, Aufsicht der Policey auf sie, 129. — Ihre Organisation, 163.  
 Staatsgewalt, 23.  
 Staatszweck, Art ihn zu bestimmen, 3. — Formelle Bestimmung, 6, 10. — Materielle, 14. — Deren System, 19.  
 Städte, Anlagen derselben. Wie die Policey dabey mitwirken müsse, 115. — Verlangen öffentliche Bequemlichkeiten, 158. — Deren Versorgung, 210.  
 Stände, 132, 164.  
 Strafgesetze, 24. — Wie sie beschaffen seyn müssen, 262.

T.

- Tabellen, Regeln dabey, 53.  
 Taxe für Gefindelohn, 165.  
 Teleologie, politische, 19. 21.  
 Territorialcredit gebührt dem Staate, 170.  
 Theurung, wie die Noth derselben zu vermindern, 240.  
 Transport, leichter, 218.  
 Trunkenheit, 157.

U.

- Ueberfluß an unproductiven Arbeitern schadet der Bevölkerung, 89.  
 Unabhängigkeit von andern Staaten, 214.



Unehliche Geburten, was der Staat in Ansehung ihrer zu beobachten habe, 113.

Unehliche Zeugungen haben keinen Werth, 92.

Unehlichgeborne dürfen keine öffentliche Verachtung erfahren, 133.

Universtitäten, 153.

Unterricht, 147.

## V.

Vergnügungen, öffentliche, 159.

Verträge, durch solche darf niemand seine persönliche Freyheit veräußern, 128. — Wie die positiven Gesetze in Ansehung ihrer beschaffen seyn sollen, 162.

Verschwendung, 232.

Vervollkommnung, 146.

Vollkommenheit der Menschen, 18.

Volksmenge, Unterschied von Bevölkerung, 75.

Völlerey, 137.

## W.

Waldungen, ihr gemeinsamer Gebrauch, 170.

Wasser, gutes, ein Gegenstand der Policeyvorfrage, 116.

Werbungen, gewaltsame, 130.

Wohlthätigkeits-Anstalten werden von Privatpersonen am besten verwaltet, 235.

Wohnörter sollen gesund seyn, 115.

## Z.

Zählung des Volks, 44.

Zeugungstrieb. Hauptquelle der Bevölkerung, 93.

Zinsfuß, Mittel ihn zu erniedrigen, 206.

Zolllisten, 50.

Zufälle, wodurch das Leben leicht in Gefahr kommen kann. Policeymittel dagegen, 117.

Zunftgeist, dessen Schädlichkeit, 134. — Nützlichkeit, 134.

Zunftverfassung, die alte ist schädlich, 200.

Zwecke der Policey, 28.

Zweykampf, 134.



















Jakob, Ludwig Heinrich <<von>>,

Grundsätze der Policeygesetzgebung und der Policeyanstalten

Bd.: 2

Charcow (1809)

Pol.civ. 73-2

urn:nbn:de:bvb:12-bsb10766815-5